

THOMAS DOSTAL

DAS „BRAUNE NETZWERK“ IN LINZ

Die illegalen nationalsozialistischen Aktivitäten
zwischen 1933 und 1938

INHALTSÜBERSICHT

Einleitung 22

Der Weg der Nationalsozialisten in die Illegalität 24

Strukturelle Probleme einer Parteiorganisation in der Illegalität 43

Die NS-Propaganda- und Terrorwelle in Linz 47

Der Juliputsch 1934 in Linz 66

Vom Juliputsch zur so genannten „Selbstaflösung“ 73

Das braune Netzwerk 79

Die großdeutschen NS-Honoratioren 79

Die Parteiorganisation (PO) 90

Die Sturmabteilung (SA) 98

Die Schutzstaffel (SS) 106

Die Hitler-Jugend (HJ) 110

Die Folgen des Juliabkommens 1936 113

Anschlusstaumel und lokale „Machtergreifung“ 131

Du bist eben leider ein Kriegskind, die haben alle nichts Ordentliches gelernt, immer nur alles versäumt, entweder wahrens zu früh dran oder zu spät –...

Immer wieder hören müssen: „Vor dem Krieg, das war eine schöne Zeit!“ – da werd ich ganz wild. Mir hätt sie nicht gefallen, deine schöne Zeit! ... Es war eine verfaulte Zeit. Ich hasse sie. Jeder konnte arbeiten, verdienen, niemand mußte hungern, keiner hatte Sorgen – eine widerliche Zeit! Ich hasse das bequeme Leben!

Ich bin doch auch ein anständiger Mensch und es war ja nur die Hoffnungslosigkeit meiner Lage, daß ich so schwankte wie das Schilf im Winde – sechs trübe Jahre lang. Die Ebene wurde immer schiefer und das Herz immer trauriger. Ja, ich war schon sehr verbittert. Aber heut bin ich wieder froh! Denn heute weiß ichs, wo ich hingehör ...

Jetzt ist alles fest. Endlich in Ordnung ... Ordnung muß sein! Wir lieben die Disziplin. Sie ist für uns ein Paradies nach all der Unsicherheit unserer arbeitslosen Jugend –

Ödön von Horváth¹

¹ Ödön von Horváth, Ein Kind unserer Zeit. Roman. Gesammelte Werke 14. Frankfurt am Main 1985, 80, 20, und 13 f.

EINLEITUNG

Eine Beschäftigung mit den Erscheinungsformen, Struktureigentümlichkeiten und Besonderheiten des Nationalsozialismus in Linz kann nicht nur ausschließlich die Regimephase der etablierten Herrschaftsausübung nach der „Machtergreifung“ in Österreich umfassen, sondern hat auch die „Bewegungsphase“ sowohl der legalen Zeit, als auch der davon abzugrenzenden Phase der Illegalität der NSDAP und ihrer Gliederungen, mit all ihren strukturellen und personellen Kontinuitäten und Brüchen, miteinzuschließen.

Die folgende kurze und aufgrund der Quellenlage² pointilistisch bleibende Abhandlung will die Zeit der Linzer Nationalsozialisten in der Illegalität behandeln, die, gemäß den großen soziopolitischen Entwicklungsphasen der Republikgeschichte, auch auf der lokalen Stadtebene in drei Untersuchungszeiträume geteilt werden soll: In einen ersten vom Einsetzen des Betätigungsverbots am 19. Juni 1933 bis zum Juliputsch 1934, inklusive einer kurz vorangestellten Replik auf die Ausgangssituation in der legalen Zeit davor, in einen zweiten vom 25. Juli 1934 bis zum Juliabkommen 1936 und in einen dritten vom 11. Juli 1936 bis zum „Anschluss“ am 12. März 1938. Der erste Zeitraum zeichnete sich im Wesentlichen durch eine terroristische Kampfphase der Partei aus, in der mit den Mitteln der Gewalt die Macht im Staate erobert werden sollte und die letztendlich im Juliputsch als deren Höhepunkt mündete. Diese in sich selbst wieder sehr heterogene Politik des reichsdeutschen und österreichischen Nationalsozialismus schloss freilich parallel dazu ablaufende, sehr intensive und sich oft konkurrierende Verhandlungsaktivitäten zwischen Nationalsozialisten und Dollfuß-Regime sowie diverser Heimwehrgruppen nicht aus.³ Die letztendlich desaströsen Folgen des gescheiterten Juliputsches,⁴ und somit des revolutionären, gewaltsamen und putschistischen Kurses, führten analog zum Hitlerschen Kurswechsel nach seinem gescheiterten Novemberputsch in München 1923 zu einem grundsätzlichen Umschwenken in der nationalsozialistischen Österreichpolitik auf einen diese zweite Phase kennzeich-

² Quellengrundlage folgender Abhandlung stellen in erster Linie die Polizei-, Gendarmerie- und Sicherheitsdirektorenberichte sowie Justizakten des Landesgerichts Linz dar, die in den verschiedenen Beständen des Archivs der Republik in Wien erhalten geblieben sind. Da das Archiv der Polizeidirektion Linz nicht auf uns gekommen ist, stellen diese summarischen Berichte an das Staatspolizeiliche Büro der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit in Wien die diesbezüglich einzig erhaltenen Quellen dar, wobei deren grundsätzliche Problematik aus der spezifischen Ermittlungsarbeit abzuleiten ist. Der damalige Ermittlungs- und Wissensstand über eine behördlich verbotene und somit im Untergrund agierende politische Bewegung und das damalige Erkenntnisinteresse sind die Grundlagen des heutigen empirischen Wissens. Die immer wieder in den Akten beigelegten propagandistischen Äußerungen der NS-Akteure in Form von Flugschriften und Zeitungen stellen nicht minder problematische Selbstdarstellungen und Selbststilisierungen dar.

³ Jagschitz, Putsch, 54 ff.; Ross, Hitler und Dollfuß, 90 ff.; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, 65 ff.

⁴ Jagschitz, Zwischen Befriedung, 168 ff.; Jagschitz, Der Putsch. Vergleiche neuerdings auch die Zusammenfassung bei: Jagschitz, 25. Juli 1934, 273 ff.

nenden „evolutionären“, schleichend systemunterwandernden Kurs. Dieser korrespondierte mit einer unter der Regierung Schuschnigg praktizierten verhängnisvollen Doppelstrategie, die einerseits durch ein aktives Vorgehen gegen die illegalen Bestrebungen der NSDAP und ihren Gliederungen gekennzeichnet war, andererseits aber durch eine Verhandlungs-, Integrations- und Befriedungspolitik mit jenen angeblich „gemäßigeren“ Teilen des nationalsozialistischen Lagers, die sich aus den alten großdeutschen, deutschnationalen und katholisch-deutschen Kreisen rekrutierten. Mit diesen hoffte die Bundesregierung eine Kooperationslösung zu finden, die sich insgesamt mäßigend auf den Nationalsozialismus in Österreich und damit auf die gesamte innenpolitische Situation auswirken sollte.⁵

Die NSDAP selbst wandelte sich in dieser zweiten Phase von einer Massenpartei zu einer konspirativen Elite- und Kaderpartei mit einem beträchtlichen Anteil an neuen, den Behörden oft unbekanntem Funktionären aus der zweiten und dritten Garnitur, welche ihre Aktivitäten nun primär vom jeweiligen Bundesland selbst aus führten. Man erhielt zwar auch weiterhin finanzielle und sonstige Unterstützung aus dem Deutschen Reich, der Schwerpunkt der Organisationsarbeit lag aber nun im Gegensatz zu vorher in Österreich, wo man sich ganz auf die Gegebenheiten in der Illegalität einzustellen hatte.⁶

Eine zentrale Zäsur, nicht nur in der strategisch-operativen nationalsozialistischen Politik, sondern des „Austrofaschismus“ und der gesamten Geschichte der Ersten Republik überhaupt stellte das Abkommen Österreichs mit dem Deutschen Reich vom Juli 1936 dar. Mit ihm bekamen die Kräfte der legalen Unterwanderung innerhalb des Nationalsozialismus endgültig die Oberhand. In der weiteren Folge mündete die systematische Aushöhlung und Penetrierung des österreichischen Staatswesens in die erfolgreiche Eingliederung in das Großdeutsche Reich und damit in seine Volfaschisierung ein.

Diese Großphasen innerhalb des zu untersuchenden Zeitraumes sollen einen chronologischen Raster für die Ein- und Zuordnung der Linzer Empirie darstellen, welche durch strukturelle Betrachtungen der Politik- und Propagandaformen, der sozialen Basis sowie der Sozialstruktur der NSDAP, ihrer Gliederungen von SA, SS und HJ, aber auch des darüber hinaus gehenden nationalsozialistischen Milieus methodisch ergänzt werden soll.

Der Titelgebung vom „braunem Netzwerk“ ist die These grundgelegt, dass der österreichische Nationalsozialismus die Zeit seines offiziellen Verbots nur dank des Zusammenwirkens von traditionellen deutschnational-völkischen Kräften und modernen Organisations- und Kampfesformen der NSDAP und ihrer Gliederungen erfolgreich überstehen konnte. Dabei kam dem Nationalsozialismus in Österreich nicht nur die massive materielle und

⁵ Reichhold, Kampf um Österreich, 149.

⁶ Jagschitz, Zwischen Befriedung, 169; Jagschitz, Illegale Bewegungen, 158 f.

ideelle Unterstützung aus dem Deutschen Reich zugute, sondern auch die schwache und uneinige Abwehrfront seitens der „austrofaschistischen“ Regierung und Behörden. Die Nationalsozialisten waren aber selbst viel zu schwach und zerstritten, um alleine die Macht im Lande zu ergreifen. Diese konnte daher nur durch die reichsdeutsche Intervention und Okkupation implementiert werden.

Wie die interdependenten Kommunikations- und Interaktionsnetze dieses „braunen Netzwerks“ auf lokaler Ebene im Mikrokosmos einer regionalen Stadt zweiter Ordnung konkret funktionierten, um letztendlich erfolgreich den Nationalsozialismus auch machtpolitisch in Linz etablieren zu können, soll im Folgenden skizziert werden.

DER WEG DER NATIONALSOZIALISTEN IN DIE ILLEGALITÄT

Im Gegensatz zu einer der Theorie einer formal strikten „Führerpartei“ mit straffer Führungs- und Befehlshierarchie ziemlich widersprechenden, von kantonistischen partei- und lagerinternen Führungskämpfen und Querelen geprägten Zeit bis in die ausgehenden zwanziger Jahre kam es in den beginnenden dreißiger Jahren in Österreich nicht zuletzt aufgrund parteiorganisatorischer und personeller Straffungen und Effektivierungen zu einem stetigen Aufstieg der NSDAP.⁷ Der markante Eckpunkt für die diesbezügliche Trendumkehr war die am 11. Juli 1931 erfolgte Vereinheitlichung und Unterstellung der einzelnen österreichischen Gauleitungen unter die gemeinsame Organisationsstruktur des „Landes Österreichs“ als Teil der Gesamtorganisation der NSDAP des Reiches mit einer eigenen Landesleitung unter Alfred Proksch⁸ und mit dem Reichsdeutschen Theo Habicht⁹ als ihrem Landesge-

⁷ Jagschitz, Die nationalsozialistische Partei, 235.

⁸ Alfred Proksch wurde am 8. März 1891 in Larischau, Mährisch Schlesien, als Sohn eines Schneidermeisters geboren. Er war sudetendeutscher Herkunft und wurde später konfessionslos. Nach dem Besuch der Staatsoberrealschule und der Eisenbahnakademie war er seit 1912 Eisenbahnbeamter und trat im selben Jahr in die Deutsche Arbeiterpartei ein. Zwischen 1914 und 1916 diente er als Reserveoffizier, anschließend als Eisenbahnbeamter im Kriegsgebiet. Nach dem Krieg musste er wegen seiner politischen Aktivitäten aus der Tschechoslowakei flüchten und emigrierte nach Linz, wo er 1919 die erste nationalsozialistische Ortsgruppe gründete. Proksch war bis 1933 bei der Bundesbahndirektion Linz beschäftigt, wo er auch als Gewerkschaftsfunktionär arbeitete. Zudem war er zwischen 13. Juli 1923 und 14. Jänner 1932 Linzer Gemeinderat. Als Presse- und Verlagsleiter gründete er 1923 die „Linzer Volksstimme“. 1926 trat Proksch an exponierter Stelle für die parteiinternen Sezessionisten von der Hitlerbewegung innerhalb der nationalsozialistischen Partei ein und avancierte zwischen 1926 und 1928 zum Gauleiter von Oberösterreich. Nachdem sich die österreichischen Gauleiter auf keinen Landesleiter einigen konnten, wurde Proksch 1928 auf Befehl Georg Strassers zum „geschäftsführenden Landesleiter“ ernannt, was er bis 1931 blieb. Mit der Parteiorganisationsreform wurde er zwischen 1931 und 1933 Landesleiter in Österreich. Unmittelbar nach dem Parteiverbot ins Deutsche Reich geflüchtet, war er dort zwischen 1936 und 1945 Mitglied des Deutschen Reichstags.

schäftsführer und Verbindungsmann zu Hitler. Mit dieser entscheidenden Weichenstellung wurde nun erstmals erfolgreich die von internen Graben- und Machtkämpfen geschüttelte österreichische NSDAP, die bisher mehr Energie für die Ausschaltung parteiinterner Gegner aufgewandt hatte als für die Bekämpfung der externen Gegner, an die reichsdeutsche „Kandare“ genommen. Alle nationalsozialistischen Organisationen wurden der Landesleitung untergeordnet, und allen Ebenen darunter war es von nun an verboten, mit der Münchner Reichsleitung unmittelbar in Verbindung zu treten. Sitz des Landesgeschäftsführers Habicht und damit der österreichischen NSDAP wurde Linz, das bereits seit 1928 Sitz der administrativen Landesleitung für Österreich war. Das parteiamtliche Presseorgan wurde die in Linz erscheinende „Volksstimme“. Mit Hitlers Einverständnis wurde die Leitung der oft widerspenstig-rebellisch und parteischädigend agierenden HJ ebenso wie die der SA und SS von Wien nach Linz verlegt. Dies entsprach auch voll und ganz der Hitlerschen Vorstellung, dass es weit wichtiger und effektiver sei, zunächst die „gutrassische“ Provinz zu erobern bzw. dort Hochburgen zu gewinnen, von denen aus man erst das hoffnungslos „fremdrassisch“ majorisierte „Völkerbabel“ Wien erobern könne.¹⁰ Diese Standortverlagerung führte aber in der Folge zu heftigen Querelen und Reibereien zwischen Proksch bzw. Habicht und dem um Macht und Einfluss fürchtenden Wiener Gauleiter Alfred Eduard Frauenfeld.

Mit Habicht, dem es trotz aller Widerstände rasch gelang, in Österreich das Heft fest in die Hand zu nehmen, kam es zu einem ersten großen Disziplinierungs-, Hierarchisierungs- und Verbürokratisierungsschub innerhalb der österreichischen NSDAP.¹¹ Doch der Ausbau der Organisation, die Einsetzung reichsdeutscher Funktionäre in wichtige Parteipositionen, die Ausschaltung und Disziplinierung innerparteilicher „Störenfriede“ sowie die versuchte strikte Dienstweg- und Kompetenzfestlegung¹² stießen auf heftige innerparteiliche Widerstände der eifersüchtig auf ihren Einfluss achtenden österreichischen Funktionäre. Doch Habicht konnte sich letztendlich durch-

Aufgrund seiner Verdienste um die „Bewegung“ wurde Proksch nach dem „Anschluss“ zum Reichstreuhand der Arbeit in Österreich bestellt, was er bis 1940 blieb. Danach erhielt er den Posten des Präsidenten des Landesarbeitsamts für Wien und Niederdonau. 1943 wurde er zum SA-Obergruppenführer ernannt. Vgl. Pauley, *Der Weg*, 62; Bart/Puffer, *Die Gemeindevertretung*, 226 f.

⁹ Theodor Habicht wurde am 4. April 1898 in Wiesbaden geboren, wo er zwischen 1927 und 1931 Kreisleiter der NSDAP war. Ab 1931 deutscher Reichstagsabgeordneter, war er zwischen 1932 und 1934 Landesinspekteur der NSDAP in Österreich. Nach dem Juliputsch verschwand er als der Hauptverantwortliche für die NS-Terror- und Putschpolitik in Österreich von der politischen Bildfläche. Zwischen 1937 und 1939 Oberbürgermeister von Wittenberg, wurde er erst 1939 mit seiner Ernennung zum Unterstaatssekretär im Reichsaußenministerium wieder mit einer höheren Funktion betraut. 1944 fiel er als Hauptmann der Reserve. Siehe Walser, *Die illegale NSDAP*, 31; Slapnicka, *Hitler und Oberösterreich*, 89.

¹⁰ Bukey, *Patenstadt*, 148 und 138 f.

¹¹ Pauley, *Der Weg*, 74 ff.

¹² Dienstbuch der NSDAP Österreichs.

setzen, sodass seine relativ erfolgreichen Zentralisierungsbemühungen im August 1932 mit der Ernennung zum Landesinspekteur für Österreich honoriert und weiter gefestigt werden konnten.

Diese organisatorische Straffung der Partei und ihr nach berufsständischen Kriterien geleiteter Ausbau beförderte neben den pauperisierenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, der damit einhergehenden virulent werdenden Demokratie- und Parlamentarismuskrisis und neben der Sogwirkung einer im Deutschen Reich reüssierenden großen Bruderpartei auch den politischen und wahlmäßigen Aufstieg der NSDAP in Österreich. Hatte die Partei bei den letzten Nationalratswahlen von 1930 mit 111.627 Stimmen österreichweit noch kein einziges Mandat erringen können, so konnte sie bei den Landtagswahlen am 24. April 1932 in Salzburg mit 29 Prozent, in Niederösterreich mit 14 Prozent und Wien mit 17 Prozent sowie bei der Landtagswahl am 6. November 1932 in Vorarlberg mit 11 Prozent beträchtliche Gewinne erzielen. Insgesamt entfielen auf sie über 344.000 Stimmen oder 16 Prozent der Wählerschaft in denjenigen Bundesländern, in denen die Landtagswahlen stattfanden.¹³ Aufgrund der erheblichen Dynamisierung der Partei in den Jahren 1931 und 1932 kann man anhand der letzten demokratischen Wahlen, den Gemeinderatswahlen in Niederösterreich und Tirol im März und April 1933, bei denen die NSDAP in Innsbruck 41 Prozent erhielt, umgerechnet auf ganz Österreich bei starken regionalen Schwankungen mit einem durchschnittlichen Stimmenanteil von 20 bis 25 Prozent rechnen.¹⁴ Nimmt man die Ergebnisse der letzten oberösterreichischen Landtagswahl vom 19. April 1931, bei der die Nationalsozialisten in Linz 6,1 Prozent erhielten, und summiert man diese in Anbetracht der wahlmäßigen Absorbierung des deutschnationalen Lagers 1932 durch die NSDAP mit den Prozentergebnissen der anderen Parteien dieses Lagers wie Landbund, Heimatblock und nationaler Wirtschaftsblock (Großdeutsche Volkspartei), so kommt man 1931 in Linz auf einen großdeutsch-völkisch-nationalsozialistischen Stimmenpool von insgesamt 25 Prozent.¹⁵

In dieser Erfolgszeit am Beginn der dreißiger Jahre gelang es der NSDAP nicht nur ihr eigenes Wählerpotential erheblich auszubauen. In der Mitgliederentwicklung zeigte sich österreichweit ein fast exponentielles Wachstum, das erst durch das Parteiverbot und den nationalsozialistischen Juliputsch in ein gemäßigeres Wachstum der Parteimitglieder übergang. Erst mit dem Jahr 1936 und der weit gehenden Auflösung der Anti-NS-Politik des „Austrofaschismus“ kam es wieder zu einem neuerlich progressiven Wachstum, welches in den Beitrittsboom unmittelbar vor dem „Anschluss“ mündete.¹⁶

¹³ Zur Analyse der nationalsozialistischen Wahlerfolge siehe Botz, Faschismus und Lohnabhängige, 119; Botz, Die österreichischen NSDAP-Mitglieder, 108 f.; Falter/Hänisch, Wahlerfolge; Hänisch, Die österreichischen NSDAP-Wähler.

¹⁴ Jagschitz, Der Putsch, 28.

¹⁵ Ergebnisse der Wahl ... 1931.

¹⁶ Botz, Strukturwandlungen, 176 f.; ders., Soziale „Basis“, 33 f. mit Tabelle.

Als soziales Rekrutierungsfeld gelang es, die ideologisch-programmatisch „verwandten“ Organisationen und Gruppierungen der diversen völkisch-alldeutschen und deutschnationalen Gruppierungen und Vereine, allen voran die völkischen Turnvereine, aber auch die „gesamtdeutschen“ katholischen Reichsmystiker, die paramilitärischen Frontkämpfervereinigungen und sämtliche Anschlussorganisationen sowie darüber hinaus politische Parteien wie den Steirischen Heimatschutz, die Großdeutsche Volkspartei und zuletzt den Landbund zu gewinnen, in sie einzudringen, sie zu vereinnahmen, zu übernehmen bzw. sie völlig zu absorbieren oder zumindest zu marginalisieren. Somit stand 1932 und 1933 das „nationale“ Lager als de facto nationalsozialistisches Lager in einer bisher nie da gewesenen Geschlossenheit unter der Führung der NSDAP als entschiedener Gegner der Regierung Dollfuß gegenüber.¹⁷

Der Aufstieg der Partei ab 1931 stellte zugleich auch eine Verbreiterung ihrer sozialen Basis vor allem durch Akademiker-, Beamten-, Angestellten- und Freiberufler-Gruppen, aber auch durch Studenten, Handwerker und Bauern dar, wobei der Höhepunkt in der Parteientwicklung vor 1938 mit der Phase kurz vor dem Parteiverbot 1933 erreicht worden war.

Dieser generelle Befund entspricht auch den Verhältnissen auf der Linzer Stadtebene: Laut Bukey waren von 84 Personen, die zwischen 1931 und 1933 der NSDAP in Linz beitraten, fast die Hälfte Ingenieure, Rechtsanwälte, Apotheker, Bankiers, Fabrikanten, Facharbeiter oder Geschäftsinhaber, womit sich die Partei durch die Absorbierung des großdeutschen Milieus von einer Partei der Mittelstands-Außenseiter mit einem erheblichen Anteil an nach dem Krieg zugewanderten Sudetendeutschen, mit einem großen Anteil kleiner Privatangestellter sowie (Bahn- und Post-)Beamter zu einer etablierteren Partei der besitzenden Schichten in einem Ausmaße wie nie zuvor entwickelt hatte. Parallel zu diesem deutlichen Ansteigen der Rate der etablierten Selbstständigen bei den Neuzugängen sank in Relation dazu die Quote der Lohnabhängigen im Allgemeinen sowie die der Beamten, Lehrer, Soldaten, Polizisten und sonstigen Staatsangestellten im Besonderen deutlich ab, deren prozentueller Anteil während der zwanziger Jahre noch nahezu die Hälfte der Linzer NSDAP-Parteigänger ausmachte.¹⁸

Die Quantität der Linzer Nationalsozialisten wurde aufgrund ihres politischen Aktionismus von Seiten der Behörden überschätzt: Denn betrug laut Polizeiangaben die Zahl der eingeschriebenen Linzer Parteimitglieder Ende 1931 zirka 1.000 Personen, und gab es darüber hinaus weitere 5.000 sonstige Anhänger, wurden also zusammen zirka 6.000 Personen dem NS-Milieu zugerechnet, so erhielten sie im Vergleich dazu bei den Landtags-

¹⁷ Jagschitz, Die Nationalsozialistische Partei, 239.

¹⁸ Bukey, Patenstadt, 127 f. und 155 f. Siehe auch die Analyse der berufssozialen Herkunft der NSDAP-Mitglieder für ganz Österreich bei Botz, Soziale „Basis“, 40 ff. und die Tabelle auf 41. Zum Prozess der Verbürgerlichung der NS-Parteiaktivisten in Kärnten vergleiche Elste/Hänisch, Auf dem Weg zur Macht, 89 ff.

und Gemeinderatswahlen vom 19. April 1931 in Linz bei insgesamt 72.470 Wahlberechtigten lediglich 4.202 Stimmen.¹⁹ Für April 1932 wurde mit einem Mitgliederstand von rund 1.100 Personen gerechnet, zu dem noch rund 7.000 weitere sympathisierende Anhänger gezählt wurden, welche sich vorwiegend aus deutschvölkischen Kreisen rekrutierten.²⁰

Die gestiegenen zahlenmäßigen Schätzungen der Behörden korrespondierten mit der beträchtlichen Intensivierung von Massenversammlungen, Demonstrationen und Aufmärschen, bei denen neben prominenten NS-Größen aus dem Reich umfangreiche und für damalige Verhältnisse höchst neuartige und moderne Propaganda- und Werbemethoden eingesetzt wurden. Mit dieser Mobilisierungskampagne der eigenen Anhänger sollten breitere Bevölkerungsgruppen erreicht sowie die Größe, Geschlossenheit und Dynamik einer „Volksbewegung“ augenscheinlich demonstriert werden. Im Gefolge der „Machtergreifung“ Hitlers im Deutschen Reich wurde die Medien- und Versammlungspropaganda mit beträchtlicher reichsdeutscher finanzieller Unterstützung weiter intensiviert²¹ und mit direktem politischen Druck und offenen politischen Provokationen sowie der „Tausend-Mark-Sperre“²² versucht, auch in Österreich einen politischen Machtwechsel, zumindest aber eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung zu erreichen.

Wie aus den am 29. April 1932 an sämtliche Parteidienststellen verteilten Richtlinien eines Aufrufs der Propagandaabteilung der Gauleitung für Oberösterreich mit dem bezeichnenden Titel „Vorwärts wir greifen an“ hervorgeht, war für das Frühjahr 1932 eine groß angelegte Propagandaoffensive der Nationalsozialisten geplant. Dabei wurde das Ziel vorgegeben, bis zum 5. Juni in jedem Bezirk mindestens eine neue Ortsgruppe und in jeder Ortsgruppe mindestens einen 50-prozentigen Mitgliederzuwachs zu erreichen. Dazu sollte in erster Linie die intensive Werbung von Mann zu Mann als auch für die Parteizeitung „Volksstimme“ forciert werden. Die „Volksgenossen“ sollten sowohl an ihren Arbeitsstätten durch die Tätigkeiten der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen als auch in ihren Wohnungen propagandistisch angeworben werden. Durch die „Bearbeitung der einzelnen Haushaltung“ könne ein persönliches Kennenlernen gewährleistet werden, womit der Propagandaerfolg am höchsten wäre. Darüber hinaus wurde die Straße als ein weiteres Feld des „Kampfes“ betrachtet, wobei ihre Eroberung jene der einzelnen Häuser voraussetzte. Die Propaganda müsse solange fortgesetzt werden, bis zumindest ein „Volksgenosse“

¹⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.102, Zl. 124.738/32: Politische Parteien und Wehrverbände in Linz; Mitgliederbewegung. Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 17. Februar 1932.

²⁰ Ebenda: Zl. 151.662/32: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 16. April 1932.

²¹ Jagschitz, Die Nationalsozialistische Partei, 242.

²² Otruba, Hitlers „Tausend-Mark-Sperre“, 113–162; Otruba, Hitlers „Tausend-Mark-Sperre“ und die Folgen sowie: Slapnicka, Hitler und Oberösterreich, 90 ff.

gewonnen wäre, welcher als Propagandist eine Straße weiter zu bearbeiten habe. Auf diese Weise sollte Straße für Straße erobert werden, „bis es gelungen ist, ein Netz von Propagandastellen über den ganzen Ort zu spannen. Denn nichts [wäre] verkehrter, als der Glaube, durch eine allgemeine, nicht durchdachte Massenverteilung von Propagandamaterial oder durch die Abhaltung einer einmaligen Versammlung einen Ort erobern zu können. Denn nur die zielbewußte und ausdauernde Kleinarbeit, das ist das Rätsel des Erfolges.“ Eine besondere Bedeutung wurde auch den Sprechabenden zugeschrieben, bei denen der Besucher den Eindruck bekommen sollte, dass er in aller Ruhe sämtliche Anfragen beantwortet bekomme und so langsam, aber sicher für den Nationalsozialismus gewonnen werden könnte. Ein solcher Werbeabend sollte mit zirka 10 bis 20 Personen durchgeführt werden, vorzüglich in einem kleinen Nebenzimmer eines Gasthauses, insbesondere auch in gegnerischen Vierteln. Nach einem 20-minütigen Grundsatzreferat hatte anschließend Raum für Aussprache und Beantwortung der Anfragen geboten zu sein. Es müsste aber darauf geachtet werden, dass aus der Aussprache kein endloses Debattieren und Kritisieren werde. Indem dabei jeweils auch eine Anzahl von SA- und SS-Männern zur Teilnahme verpflichtet werden sollte, könnte auf diesem Wege die notwendige politische Durchbildung der beiden Parteiorganisationen durchgeführt werden.²³

Zusätzlich zur breit angelegten Werbe- und Propagandaoffensive manifestierte sich das in der nationalsozialistischen „Bewegung“ bereits bisher latent vorhanden gewesene Potential von individueller wie organisierter Gewalt in Gruppen, das bisher oft nur punktuell in Erscheinung trat, vor allem ab Juni 1933 in einer ersten größeren Terrorwelle, die durch Mordanschläge, Böller-, Tränengas- und Sprengstoffattentate vorwiegend in Wien und in diversen Tourismusgegenden gekennzeichnet war. Mit diesen Terrormethoden, die mit Habichts aktiver Zustimmung, Unterstützung und partieller Steuerung sowie mit Hitlers stiller Duldung erfolgten, erhoffte man sich mittels der Erzeugung einer permanenten politischen Unruhe die Zermürbung des politischen Gegners, die Schwächung der Regierung und in letzter Konsequenz deren Sturz von der Straße her.²⁴ Im Gegensatz zu Wien, Innsbruck oder Graz erlebte Linz vor dem Parteiverbot der NSDAP keine schweren Terrorakte und Bombenanschläge. Die Aktivitäten der Linzer SA und SS beschränkten sich auf das Verteilen von Flugschriften und andere eher harmlose Formen der Politagitation und Parteiwerbung auf der Straße, in den Betrieben und von Haus zu Haus.

²³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.102, GZl. 138.250/32, Zl. 161.852/32: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 10. Mai 1932. Vergleiche dazu die NS-Propagandastrategien bis zum Parteiverbot im Bezirk Scheibbs bei Mulley, Nationalsozialismus im politischen Bezirk Scheibbs, 39 ff. Zur Strategie der permanenten und umfassenden Agitation in Kärnten bis 1933 siehe: Elste/Hänisch, Auf dem Weg zur Macht, 85 ff.

²⁴ Jagschitz, Zur Struktur der NSDAP, 12; Botz, Gewalt in der Politik, 261.

Die dominante und wirkungsvolle Kraft gegen den aufstrebenden Nationalsozialismus war zu dieser Zeit die Sozialdemokratie, gegen die sich freilich primär die Repressalien der Regierung Dollfuß richteten. Immer wieder kam es zu Provokationen, Konflikten und Zusammenstößen zwischen Linzer Sozialdemokraten und Nationalsozialisten: So unternahmen etwa Trupps des „Vaterländischen Schutzbundes“, der Vorgängerorganisation der SA, wiederholt mit einem Lastwagen, welcher mit den Aufschriften „Tod dem Marxismus“ und „Deutschland erwache“ geschmückt war, Propagandafahrten durch das Arbeiterviertel an der Franckstraße. Dort wurden sie jedoch einmal, als sie vor dem Personalhaus der Bundesbahnen vorbeifuhren, von den wie auf ein Kommando gleichzeitig aufgerissenen Fenstern aus mit Pfuirufen überhäuft.²⁵

Neben den Provokationen auf der Straße waren zu dieser Zeit parallel abgehaltene Veranstaltungen sehr beliebt, die auch von der jeweils gegnerischen Partei besucht wurden. So fand etwa am 13. Februar 1931 in einem sozialdemokratischen Gasthaus eine Veranstaltung der „Sozialdemokratischen Arbeiterjugend“ unter dem Motto „Schach dem Hakenkreuz, das wahre Antlitz des Nationalsozialismus!“ statt, zu der zirka 550 Personen, darunter auch 40 Nationalsozialisten und 10 Kommunisten erschienen waren. Noch bevor der begeistert empfangene Nationalrat und spätere Linzer Bürgermeister Ernst Koref das Wort ergreifen konnte und sich über den völkischen Rassismus lustig machte, indem er betonte, dass es der Sozialdemokratie nicht auf die Schädelform, sondern auf den Inhalt des Schädels ankomme, waren die meisten der rassistischen Hitzköpfe nach mehreren „Heil-Hitler“-Rufen bereits aus dem Saal geworfen worden. Der nationalsozialistische Gegenredner wurde ausgepiffen und mit heftigen Pfuirufen bedacht, so dass man ihn fast gar nicht verstand. Er hätte vielleicht besser auf der genau zur selben Zeit im städtischen Volksgartensaal stattfindenden nationalsozialistischen Versammlung sprechen sollen, wo sich vor den zirka 450 Teilnehmern der ehemalige Parteiführer der „Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei“, Walter Riehl, über das „Judentum“ ausließ.²⁶

Neben der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie wurde von den Nationalsozialisten die öffentliche Konfrontation mit der österreichischen Heimatschutzbewegung gesucht. Da deren Anziehungskraft bereits wieder nachzulassen begann, versuchten die Nationalsozialisten diese politisch zu beerben. So fand am 26. November 1931 im städtischen Volksgartensaal unter dem Vorsitz des nationalsozialistischen Stadtparteileiters Hugo Bohrn eine Versammlung zum Thema „Nationalsozialismus und Heimatschutz“ statt, an der rund 1.200 Personen teilnahmen, unter ihnen zirka 180 Heimatschutzmitglieder. Allein als Saalschutz waren bei den Nationalsozialisten

²⁵ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.100, Zl. 112.070/GD. St.B. 1930: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 2. Februar 1930.

²⁶ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.101, Zl. 117.179/GD. St.B. 1931: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 14. Februar 1931.

sten ebenso viele in Uniform aufgeboten, von denen beim Podium 30 SS- und 80 SA-Männer Aufstellung genommen hatten. Als nach dem Hauptreferat des steirischen Gauleiters Walter Oberhaidacher einige Heimwehführer auch zu Wort kommen wollten, dies aber von den Veranstaltern nicht zugelassen wurde, wandten sich jene direkt an ihre Gesinnungsgenossen, worauf nach heftigen Schreiduellen und tumultartigen Szenen eine erbitterte Saalschlacht entbrannte, für deren Auslösung natürlich jeweils die andere Streitpartei bezichtigt wurde. Dabei gab es 17 Verletzte auf beiden Seiten.²⁷

Bei solchen Parallel- und Gegenveranstaltungen hatten die Polizeibehörden zwischen den Fronten als Schlichtungsinstanz aufzutreten und die Streitparteien im Sinne der Ruhe und Ordnung auseinander zu halten. Dass sie aber dabei sehr wohl auch zu Gunsten der Nationalsozialisten eingriffen, zeigt etwa deren Verhalten anlässlich einer öffentlichen Versammlung am 27. Mai 1932 im Volksgartensaal, zu der die Linzer Stadt-NSDAP auch die sozialdemokratische Stadtparteiorganisation unter Zusicherung einer halbstündigen Redefreiheit geladen hatte. Diese Form der gegenseitigen Einladungspolitik stellte in jener Phase der Parteientwicklung eine gar nicht so selten geübte Praxis dar, mit der durch den verbalen und physischen Kampf mit dem politisch-ideologischen Gegner die eigene Stärke erprobt, durch die vorprogrammierten Auseinandersetzungen aber auch die eigenen Kampfmethoden verbessert werden konnten. Mit den organisierten Mitstreitern im Plenum konnte das Meinungsklima in der Auseinandersetzung zu seinen Gunsten manipulativ beeinflusst werden. Diese Propagandamethode mochte wohl in politisch schlecht durchorganisierten Gegenden erfolgreich sein, in einer Stadt mit einem starken sozialdemokratischen Organisationsgrad konnte dies aber leicht ins Auge gehen. Denn im konkreten Fall besetzte die sozialdemokratische Menge den Versammlungssaal noch bevor die Nationalsozialisten unter Führung des Linzer Gemeinderats Andreas Bolek²⁸ und des

²⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.872, GZl. 110.958/GD. 1/1932, Zl. 232.004/31: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 4. Dezember 1931.

²⁸ Andreas Bolek wurde am 3. Mai 1894 in Weinbergen bei Lemberg/Galizien als Sohn eines Lehrers geboren, war nach Einöd/Bezirk Villach zuständig und evangelisch A.B. Nach dem Besuch des Untergymnasiums und der Handelsakademie nahm er am Ersten Weltkrieg teil. Danach war er kaufmännischer Angestellter bei der ÖKA in Linz, ab 1923 Beamter und erster Betriebsrat der ESG. Bolek war seit 1919 für die DNSAP tätig; 1923 als Führer des Landeskommandos der österreichischen SA, 1926 als stellvertretender Gauleiter der NSDAP Oberösterreich und zwischen 3. Mai 1927 und 6. Oktober 1933 als Linzer Gemeinderat. 1928 wurde er Gauleiter der NSDAP Oberösterreich und flüchtete als solcher Anfang Juli 1933 nach Passau. Wegen seiner Angriffe auf die Bundesregierung anlässlich der Grenzlandkundgebung vom 19. August 1933 wurde ihm die Landesbürgerschaft aberkannt. Bolek war ab 1935 im reichsdeutschen Polizeidienst tätig, wurde 1936 Mitglied des Deutschen Reichstags und mit 1. Dezember 1937 Polizeipräsident von Magdeburg. Er fiel als SS-Brigadeführer bei der Verteidigung der Stadt im Mai 1945. Slapnicka, Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg, 368; AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.011, GZl. 300.371/38: Militärische und politische Nachrichten aus Deutschland; Bart/Puffer, Die Gemeindevertretung, 110 f.

Gaugeschäftsführers Karl Doppelmayr,²⁹ der als Gegenredner vorgesehen war, eintrafen. Trotz der Vermittlungsversuche des sozialdemokratischen Landesrats Eduard Euler und des Schutzbundkommandanten Richard Bernaschek kam es erwartungsgemäß zur Eskalation, wobei in der entbrannten Saalschlacht die Polizei eben zum Schutz der Nationalsozialisten einschritt. Bei der Schlägerei, welche auf der Straße ihre Fortsetzung fand, wurden drei Sozialdemokraten und neun Nationalsozialisten verletzt, unter ihnen auch der spätere Chef des Reichssicherheitshauptamtes, der damalige Rechtsanwaltsanwärter Ernst Kaltenbrunner.³⁰ So nimmt es nicht wunder, dass die Sozialdemokraten die Schutzfunktionen für ihre Einrichtungen selbst in die Hand nahmen, wobei sogar noch nach dem Auflösungsbefehl für den „Republikanischen Schutzbund“ mobile Straßenstreifen unter ihrem Kommandanten Bernaschek in den Linzer Straßen patrouillierten.³¹

Im Juni 1932 wurde zwar von Seiten der Sicherheitsbehörden insgesamt ein schwaches Ansteigen des Mitgliederstandes der Linzer Partei auf 1.200 vermerkt, doch schienen die erhofften Auswirkungen des moralischen Eindrucks der Wahlerfolge im Frühjahr eher ausgeblieben zu sein. Gemäß einer Münchner Weisung sollte nun parteistrategisch ein besonderes Augenmerk auf den Schulverein „Südmark“ und den „Deutschen Handelsgehilfenverband“ gerichtet werden.³² Man vermerkte jedoch vor allem ein deutliches Abdriften der Mitglieder der deutschvölkischen Turnvereine in Richtung SA.

Als Sitz des Gau- und Kreisturnrats stellte Linz mit seinen sechs deutschvölkischen Turnvereinen mit insgesamt zirka 2.500 Mitgliedern eine Hochburg des völkischen Turnerwesens dar. Diese Vereine verfügten nicht nur über ein ansehnliches Barvermögen und Liegenschaften, sondern rekrutierten ihre führenden Funktionäre und Vorstände vorwiegend aus sozial besser gestellten, bürgerlich-deutschnationalen Kreisen, welche tunlichst darauf bedacht waren, politisch nicht zu sehr aufzufallen, da man die Vereinsauflösung und somit die Vermögensbeschlagnahme befürchtete. Doch ihre vor allem jüngeren Mitglieder waren bereits überwiegend zu den Nationalsozialisten abgewandert. So wurden etwa 50 Prozent aller Turner als Mitglieder der NSDAP geschätzt und weitere 40 Prozent als mit der „Bewegung“ sympathisierend bezeichnet. Auch stellten Linzer Turnvereine der

²⁹ Karl Doppelmayr wurde am 28. April 1889 in Hallein geboren, war Berufssoldat und brachte es bis zum Major. Bis 1929 war er Mitglied der Heimwehr, bei der er Kreisleiter von Steyr war. Am 1. Februar 1930 trat er der NSDAP in der Ortsgruppe Steyr bei. Doppelmayr war von 1930 bis 1932 Führer des SA Sturmbannes II/14 und Gauredner. Zwischen 1932 und 1933 war er Gaugeschäftsführer und Landesredner, Hauptstellenleiter der Gauamtsleitung der NSV und Referent im Propagandaamt. In der SA bekleidete er den Rang eines Obersturmbannführers. AdR, Gaupersonalamt des Gauess Wien, Gauakt Nr. 101.380: Karl Doppelmayr. Botz, *Gewalt in der Politik*, 198 f.; Black, Ernst Kaltenbrunner, 84 f.

³⁰ Bukey, *Patenstadt*, 158.

³² AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.102, Zl. 174.972/32: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 14. Juni 1932.

³³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.877, GZl. 199.854/GD. 1/1933: Betätigung nationaler Turnvereine. Zl. 210.466/33: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 8. 9. 1933.

SA wiederholt ihre Turnplätze zur Verfügung,³³ wofür vor allem ein Mitglied des „Deutschvölkischen Turnvereins Urfahr“, der Obmann des 3. Bezirks des Donau-Turngaues und Mitglied des Bezirks- und Gauturnrats Gustav Nohel,³⁴ verantwortlich zeichnete, der zudem auch der Führer der Linzer SA-Standarte 14 war. Aber auch der Obmann des „Deutschvölkischen Turnvereins 1862“, Hofrat Max Niklas,³⁵ zählte bald zu einem prominenten Mitglied der NSDAP.³⁶

³⁴ Gustav Nohel wurde am 19. Juli 1896 in Sedlnitz, Bezirk Neutitschein, Mähren, als Sohn eines Bauern geboren, war als Optant in Linz/Urfahr wohnhaft und römisch-katholisch. Nach der Volks- und Bürgerschule und einer kaufmännischen Ausbildung wurde er als Handelsangestellter Filialleiter bei der Firma Meinel, schließlich kaufmännischer Direktor. Schon seit 1. April 1920 Mitglied der SA-Ordnertuppe Linz, stieg Nohel zwischen 1925 und 1926 zum Landeskommandanten des „Vaterländischen Schutzbundes“ im Gau Oberösterreich auf, wurde Führer der Turnerwehrzüge und des SA-Sturmbannes Mühlviertel. Am 8. Oktober 1926 trat er der NSDAP bei und wurde einer ihrer Gauredner. Zwischen 1926 und 1931 war Nohel Ortsgruppen- und Kreisleiter des Mühlviertels sowie Parteigeschäftsführer von Linz-Stadt, Linz-Land und Urfahr-Umgebung. Ab 1931 war er hauptamtlich in der SA tätig und mit der Führung der Linzer Standarte beauftragt. 1932 wurde er Führer des SA-Gausturms von Oberösterreich und Gaugeschäftsführer in der Gauleitung. Er war bis zum Parteiverbot Gaugeschäftsführer und Bezirksverbandsleiter des Bezirksverbandes Linz-Stadt, Linz-Land und Urfahr-Land sowie zwischen 21. Mai 1931 und 6. Oktober 1933 Linzer Gemeinderat. Nach der Illegalisierung der Partei wurde er stellvertretender Gauleiter und verbrachte wegen NS-Betätigung mehr als acht Monate in Polizeigefängnissen und im Anhaltelager Wöllersdorf. Nach der Auffindung eines Sprengstofflagers in Lembach im Mühlviertel flüchtete Nohel 1935 ins Reich, wo er der „Österreichischen Legion“ beitrug und Referent für Weltanschauung und Kultur wurde. Am 12. März 1938 zum SA-Brigadeführer befördert, wurde er von Gauleiter Eigruber am 13. Juni 1938 zum Führer der SA Gruppe West vorgeschlagen und mit 1. Juli 1938 mit der Führung der Brigade 94 (Oberdonau) beauftragt. Am 28. August 1939 übernahm Nohel die stellvertretende Führung der SA-Gruppe „Alpenland“ (Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg) mit Sitz in Linz. Er war SA-Oberführer, dann Stabsführer der SA-Gruppe Österreich sowie ab 1938 Mitglied des Deutschen Reichstags in Berlin. Im Oktober 1938 stellte er das „Sudetendeutsche Freikorps, Abschnitt Linz“ auf und bereitete den Anschluss der südböhmischen Bezirke an Oberdonau vor. Zwischen 3. Februar 1939 und 5. Mai 1945 fungierte er als Ratsherr der Stadt Linz und mit 1. Mai 1939 wurde Nohel zum Mitglied der Gauarbeitskammer im Reichsgau Oberdonau berufen. Zudem war er ab 20. Mai 1939 Aufsichtsrat bei der ESG in Linz, ab 15. Februar 1940 Gauehrenrichter der DAF im Reichsgau Oberdonau, ab 10. September 1940 Beirat für allgemeine Kulturfragen der Gauhauptstadt Linz und ab 16. Oktober 1940 Gaukolonialrat für Oberdonau. Nach einer Kriegsverwundung während seines Einsatzes im Küstenschutz am Kanal übernahm Nohel Ende Juli 1941 abermals die stellvertretende Führung der SA-Gruppe „Alpenland“. Nohel war Träger des Goldenen Parteiabzeichens, der Ostmarkmedaille und Blutordensträger. Er wurde am 21. Mai 1945 in Linz in Haft genommen und war nach 1948 als einfacher Arbeiter in den VÖEST-Werken tätig. AdR, Gaupersonalamt des Gaues Wien, Gauakt Nr. 130.362: Gustav Nohel; Vgl. Slapnicka, Oberösterreich – Oberdonau, 477 f.; Bart/Puffer, Die Gemeindevertretung, 214 f.

³⁵ Dipl.-Ing. Max Niklas wurde am 31. Juli 1876 in Linz als Sohn eines Brauereibesitzers geboren und war römisch-katholisch. Nach dem Besuch der Realschule in Linz und der Technischen Hochschule für Maschinenbau in Wien (Diplom 1901) war er seit 1902 bei der Staatsbahn in Ebensee, Attnang und Linz beschäftigt. Von 1918 bis 1926 war er Gruppenleiter des Wagenaufsichtsdienstes. Zwischen 31. Juli 1911 und 11. Juni 1919 war Niklas Linzer Gemeinderat. 1918 trat er der Deutsch-Freiheitlichen Partei bei. Zudem übte er verschiedene Funktionen im „Deutschvölkischen Turnverein 1862“ aus, dessen Obmann er schließlich wurde. Niklas verstarb am 23. Februar 1960 in Linz. Vgl. Bart/Puffer, Die Gemeindevertretung, 214.

³⁶ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.102, Zl. 142.970/32: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 5. April 1932.

Die politische Führung der Stadt-Partei war zu dieser Zeit von politischen Gegensätzen und persönlichen Kontroversen erschüttert. Im Juni 1932 führten die Personalquerelen zu umfangreichen Neubesetzungen und Umgruppierungen innerhalb der Parteiorganisation. So legten wegen Meinungsverschiedenheiten mit höheren Parteifunktionären der bisherige Stadtparteileiter Hugo Bohrn sowie sein Stellvertreter Ing. Robert Wilczek ihre Funktionen zurück. An ihre Stelle traten der frühere Sturmkommandant von Linz, Gauzahlmeister, Gaupropagandaleiter und Werberedner Karl Wolfsgruber sowie der Gauorganisationsleiter Leopold Pendl³⁷. An die Stelle des bisherigen SA-Standartenführers Nohel wurde der Volksschullehrer Hans Gattinger zum Bezirksleiter von Urfahr-Land ernannt. Adjutant des SA-Untergruppenführers Generalmajor a.D. Karl Haas wurde der ehemalige Heimwehrangehörige und nunmehrige Obmannstellvertreter der Landesleitung des „Vaterländischen Schutzbundes“ für Oberösterreich Karl Northen. Zum Adjutanten des Linzer Buchhalters und Sturmbannkommandanten Ferdinand Moser wurde der Forstingenieur Theodor Schwab ernannt.

Bei der SS trat, angeblich aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit Gauleiter Bolek der Linzer Sturmbannführer, der Apotheker Walter Holitscher, zurück. Sein Nachfolger wurde der Baumeister Arthur Hofmann, der Mitte Mai 1932 von Wien nach Linz übersiedelt war, um den Umbau der neuen Linzer Parteizentrale, des „Braunen Hauses“, zu leiten. Bei der SA hatte der Sturmkommandant von Linz, der aus Böhmen stammende arbeitslose Schneidergehilfe Rudolf Scherbaum, seine Stelle zurückgelegt, da er zum Gauinstruktor für die SA in Oberösterreich ernannt wurde. In dieser Eigenschaft hatte er als Absolvent der Münchner NS-Führerschule die SA-Leute auf dem Land auszubilden. Sein Nachfolger als Sturmkommandant wurde der Linzer Fritz Krüttner,³⁸ seines Zeichens Geschäftsführer

³⁷ Leopold Pendl wurde am 23. Oktober 1905 in Leonding geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und vier Klassen Oberrealschule wurde er Privatbeamter. Am 4. November 1926 trat er der Ortsgruppe Linz der NSDAP bei und war seit 16. September 1930 Mitglied der SA. Bei dieser wurde er Führer der Motorstandarte Oberösterreich. Nach dem Parteiverbot flüchtete er ins Reich, war dort zwischen 2. August 1934 und 23. Juni 1938 Mitglied bei der „Österreichischen Legion“ und anschließend Führer im RAD. Pendl wurde zum SA-Obersturmführer ernannt und war Blutordensträger. AdR, Gaupersonalamt des Gau Wien, Gauakt Nr. 139.747: Leopold Pendl.

³⁸ Friedrich Krüttner wurde am 28. Dezember 1905 als Sohn einer angesehenen Kaufmannsfamilie in Linz geboren. Nach Absolvierung der Volks- und Bürgerschule sowie der Bundeshandelsakademie in Linz wurde er kaufmännischer Angestellter bei der „Danubia“ Futtermittel AG. Zwischen 14. Oktober 1925 und 31. Dezember 1933 war Krüttner Bezirkssekretär der „Deutschen Verkehrsgewerkschaft“ in Linz und seit 1. Jänner 1935 bis zu seiner Flucht ins Reich am 8. April 1935 arbeitslos. Er war seit November 1922 Mitglied der NSDAP und seit 27. Juli 1924 Mitglied der Linzer SA. Nach kurzzeitigem Parteiaustritt trat er am 1. Oktober 1926 abermals der NSDAP bei. Er entfaltete eine rege Werbe- und Organisationsarbeit für die SA, bei welcher er bis zum 1. Juni 1933 Sturmführer des Linzer Sturmes 1/14 war, um danach die Funktion eines Sturmführers zur besonderen Verwendung im Stab des Sturmbannes Linz auszuüben. Als solcher fungierte er bei vielen Propagandaaufmärschen und größeren Appellen als Kommandant der Linzer SA. Krüttner war Mitglied des Gau-Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses Oberösterreich und

der „Deutschen Verkehrsgewerkschaft“ bei der Österreichischen Bundesbahn.

Da durch den Aufstieg der Partei und die Verlagerung diverser Parteidienststellen nach Linz die bisherigen Parteilokale viel zu klein geworden waren, schritt man im April 1932 zum Ankauf einer neuen Parteizentrale an der Weingartshofstraße 2, dem „Braunen Haus“. Das dafür notwendige Kapital von 230.000 Schilling wurde mittels einer Bausteinaktion unter Parteimitgliedern, Sympathisanten und nahe stehenden Vereinen in ganz Österreich durch die eigens dafür als Genossenschaft gegründete „Linzer Treuhandgesellschaft“ aufgebracht. Der Kauf und die Ausstattung des Parteihauses wurde über den NS-Verein „Deutsches Heim“ abgewickelt.³⁹ Bereits ab Mitte Juni 1932 wurden einige Räume von der Redaktion der „Volksstimme“ besetzt,⁴⁰ und Anfang 1933 übersiedelte die Bezirksleitung Linz-Stadt von ihrem bisherigen Standort an der Goethestraße 7/I in das neue Haus. Doch schon am 13. Juni 1933 wurde das „Braune Haus“ von der Linzer Polizei behördlich gesperrt. Da aber die „Linzer Treuhandgesellschaft“ noch am selben Tag das Pfandrecht auf das Haus erworben hatte, wurde aufgrund der Überschuldung des Vereins „Deutsches Heim“ das anteilige Vermögen der „Linzer Treuhandgesellschaft“ mit der Begründung beschlagnahmt, dass dieses zur Förderung der Bestrebungen einer verbotenen Partei gedient hätte. Gegen diese Argumentation, dass sich die privaten Darlehensgeber des Vereins „Deutsches Haus“ durch die Darlehensvergabe als Nationalsozialisten betätigt hätten, erhob aber ein stadtbekannter Linzer NS-Anwalt im Namen der „Linzer Treuhandgesellschaft“ Einspruch, dem auch Recht gegeben werden musste, da die Geldaufbringung ja noch vor dem Parteiverbot stattgefunden hatte.⁴¹

Für den 4. und 5. Juni 1932 plante die Gauleitung der NSDAP Oberösterreichs in Linz einen großen „Gausturmtag“ abzuhalten, zu dem die Veranstalter 5.000 bis 6.000 Teilnehmer erwarteten. Doch unmittelbar nach Bekanntwerden der geplanten Veranstaltungen meldeten die Sozialdemokraten eine Gegenveranstaltung unter dem bewährten Motto „Schach dem Hakenkreuz“ an, welche gleichfalls behördlich genehmigt wurde. Zugleich traf die Exekutive entsprechende Vorkehrungen, um programmmäßige Kollisions-

betätigte sich während der Illegalität im NS-Hilfswerk. Nach seiner Flucht ins Reich war er als Sekretär bei der Münchner Landesleitung tätig, danach beim „Hilfswerk-Nord-West“. Er wurde SA-Obersturmführer, schließlich Sturmbannführer der SA-Gruppe „Alpenland“ in Linz und am 23. Februar 1946 verhaftet. AdR, Gaupersonalamt des Gauess Wien, Gauakt Nr. 176.101: Friedrich und Maria Krüttner. AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.966, Zl. 345.307/GD. St.B. 1936. Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 14. Juli 1936.

³⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.102, Zl. 142.970/GD. St.B. 1932: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 5. April 1932.

⁴⁰ Ebenda: Zl. 174.972/GD. 1/1932: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 14. Juni 1932.

⁴¹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.114, GZl. 311.478/GD. 5/1937: Verein „Deutsches Heim“ in Linz, Verkauf einer Liegenschaft, Beschlagnahme eines Teilerlöses.

sionen sowie ein eventuelles Zusammentreffen von gegnerischen Gruppen so weit wie möglich schon im Vorfeld auszuräumen. Dafür wurde nicht nur der ganze Sicherheitsapparat aufgeboten, sondern auch die gesamte Garnison und die lokale Gendarmerieschule in Bereitschaft gestellt.⁴²

Zum „Gausturmtag“ trafen mit Zügen, dem Schiff und mit privaten Verkehrsmitteln Parteigenossen aus allen Bundesländern sowie aus Deutschland ein. Extra aus Berlin reisten auch Hermann Göring und der spätere Generalstaatskommissar in Bayern, Franz Xaver Ritter von Epp, als Redner an, welche von einer größeren Menschenmenge begrüßt wurden. Um den Eindruck einer die ganze Stadt füllenden nationalsozialistischen Manifestation zu vermitteln, fanden die Veranstaltungen zeitlich parallel im Volksgartensaal mit zirka 2.000 Teilnehmern (davon 200 Uniformierte) und im Parteiheim Märzenkeller an der Bockgasse 2a mit 1.800 Teilnehmern (davon 1.400 Uniformierte) statt. Im Restaurationsgarten fanden sich zusätzlich noch zirka 1.600 Personen (davon 900 Uniformierte) ein. Die parallel abgehaltene sozialdemokratische Gegenkundgebung in der Südbahnhofhalle wurde von zirka 5.500 Personen (davon 1.600 in Schutzbunduniform) besucht, welche überwiegend aus Linz kamen und nicht wie bei den Nationalsozialisten von weit her angekart werden mussten, um dann dennoch die Linzer Sozialdemokraten an Zahl nicht übertrumpfen zu können. Darüber hinaus hielt auch noch der Heimatschutz mit 150 Personen einen – im wahrsten Sinne des Wortes – „Familienabend“ in einer Gastwirtschaft auf dem Freinberg ab. Durch die umfangreichen polizeilichen Sicherheitsvorkehrungen konnten mögliche Zusammenstöße während der Veranstaltungen verhindert werden. Am darauffolgenden Sonntag, dem 5. Juni, kam es dann zum angemeldeten Appell der Nationalsozialisten auf dem deutschvölkischen Turnplatz in Urfahr. Parallel dazu veranstaltete der „Republikanische Schutzbund“ auf den ehemaligen Südbahnhofgründen einen Appell mit 1.486 Uniformierten. Vorsichtshalber sicherten zur gleichen Zeit zirka 80 Mann der Eisenbahnordner das Redaktionsgebäude des sozialdemokratischen Parteiorgans „Tagblatt“ auf der Spittelwiese. Aber auch auf dem Arbeitersportplatz etablierte sich eine Bereitschaft der Schutzbündler von zirka 1.000 Mann. Nach Beendigung des NS-Appells wurde ein Marsch durch die Innenstadt zurück zum Märzenkeller durchgeführt, an dem 5.191 Mann, davon 3.717 SA-, 343 SS- und 627 HJ-Angehörige mitmarschierten. Der Aufmarsch bestand weiters aus 40 Autos, 134 Motorrädern, 6 Musikkapellen, 72 Fahnen und 4 Standarten und glich damit einer Heeres- und Leistungsschau der „Bewegung“. Nach dem Mittagessen im Parteiheim Märzenkeller konzertierten die Kappelle der Linzer und Wiener SA anstatt des sonst üblichen sonntäglichen Militärkonzerts im großen Gastgarten des

⁴² AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.102, Zl. 169.023/GD. St.B. 1932: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 3. Juni 1932 über die nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Veranstaltungen am 4. und 5. Juni 1932 in Linz.

Volksgartenrestaurants, womit unter regem Besuch der Bevölkerung der „Gasturmtag“ ohne die befürchteten Zusammenstöße ruhig und weitgehend diszipliniert ausklang.

Ein bemerkenswertes Schlaglicht auf das Ausmaß der nationalsozialistischen Durchdringung des in Linz stationierten Bundesheeres wirft der nach Beendigung der strengen Militärbereitschaft durchgeführte Empfang von zirka 160 Soldaten, zumeist Artilleristen in Zivilkleidung mit Kniehosen und weißen Hemden teilweise mit Hakenkreuzabzeichen im Märzenkeller, wo sie General von Epp vorgestellt wurden.⁴³ Insgesamt sollte die Militärsektion der NSDAP zu dieser Zeit rund 300 bis 350 Mitglieder zählen.⁴⁴ Die Linzer Polizei schätzte, dass in der Schlosskaserne etwa 60 Prozent der Heeresangehörigen treu zur Regierung hielten und für Politik nichts übrig hätten, aber 30 Prozent der NSDAP und 10 Prozent der sozialdemokratischen Partei angehörten. Das II. Bataillon des Alpenjägerregiments Nr. 7 in der Fabrikaskaserne wäre zu 35 Prozent nationalsozialistisch gesinnt, 50 Prozent regierungstreu bzw. indifferent. Im Ernstfall rechnete man aber mit einer restlosen Pflichterfüllung der beiden Bataillone des Alpenjägerregiments. Bei den technischen Truppen in der Artilleriekaserne wurden allerdings fast 75 Prozent der Heeresangehörigen als bekennende Nationalsozialisten geschätzt, ein Bereich, in dem auch die NS-Werbearbeit am intensivsten praktiziert worden war. Die Angehörigen der Telegraphenkompanie, die den Namen „Funker“ führten, sollten durchwegs der NSDAP angehören. Viele waren bereits vom Heimatschutz abgefallen, darunter auch Offiziere. Durchschnittlich waren an den von der NSDAP, Sektion Bundesheer, veranstalteten Versammlungen 150 bis 200 Heeresangehörige in Zivil anwesend.⁴⁵

Die im Sommer versuchte Veranstaltungs- und Mobilisierungspropaganda schien Ende des Jahres wieder einer Ernüchterung gewichen zu sein. Die Linzer Silvesterfeier im Märzenkeller wurde lediglich von zirka 300 Personen besucht. Nach einer vertraulichen Mitteilung an die Linzer Polizei sollen zu dieser Zeit auch viele ältere Führer und Amtswalter, die am Ausbau der Organisation erfolgreich mitgearbeitet hatten, amtsmüde geworden sein. Insbesondere sollen die langjährigen und heimischen Mitarbeiter gegen die Neuanstellung von reichsdeutschen Nationalsozialisten und solchen, die noch vor kurzem dem Heimatschutz oder einer anderen Partei angehört hatten, Stellung nehmen. Eine besondere Gleichgültigkeit soll in den Reihen der SA Platz gegriffen haben. Während bei früheren Appellen stets 40 bis 50 Mann und noch mehr anwesend waren, wurden im Winter 1932/33 nie mehr als 15 bis 20 Mann gesehen. Darüber hinaus waren langjährige Führer der SA teilweise beurlaubt, teilweise hatten sie sich krankgemeldet. Insge-

⁴³ Ebenda: GZl. 169.023/32: Zl. 169.028/GD. St.B. 1932: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 4. Juni 1932.

⁴⁴ Ebenda: Zl. 170.072/33: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 7. Juni 1932.

⁴⁵ Ebenda: Zl. 120.426/GD. 1/1932: Heimatschutz und nationalsozialistische Bewegung in Oberösterreich. Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 6. Februar 1932.

samt gesehen war das Vertrauen der Anhänger zu ihren Führern nicht mehr so groß wie früher. Dazu kamen noch Streitigkeiten unter den Funktionären der Stadtparteileitung, in deren Gefolge der Bezirksleiter Herbert Karobath⁴⁶, der Hauptabteilungsleiter Bäckermeister Ernst Bauer und der Hauptkassier Franz Kilian ihre Stellen zurückgelegt hatten. Der Anlass dazu war angeblich die Ernennung des bisherigen Leiters der Bezirksleitung Linz-Land, des Privatbeamten Hans Grabner, zum Bezirks-Inspekteur der Bezirksleitung Linz-Stadt sowie dessen Verhalten gegenüber den alten Funktionären. Diese Ernennung erachteten die zurückgetretenen Funktionäre als eine Zurücksetzung.⁴⁷

Über die Mobilisierungsfähigkeit der Linzer Nationalsozialisten einige Monate vor dem Parteiverbot kann die Veranstaltung der Bezirksleitung am 6. März 1933 Auskunft geben, mit welcher der deutsche Wahlsieg der NSDAP in Form eines Fackelzugs und einer anschließenden Kundgebung feierlich begangen wurde. Mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 875 Mann zog der Fackelzug vom Märzenkeller über das Landhaus zum Platz des 12. November (Hauptplatz), um über die Landstraße zum Volksgartensaal zu gelangen. Unter ihnen befanden sich 260 uniformierte SA- und SS-Angehörige, 200 Turner, 112 Angehörige der Hitler-Jugend und 303 Zivilisten mit Parteiabzeichen, von denen 78 Heeresangehörige waren. An der Spitze des Zugs fuhren acht Kraftwagen und sieben Motorräder. Drei Kapellen besorgten die Marschmusik. Vor dem sozialdemokratischen Parteiheim „Hotel Schiff“ an der Landstraße kam es dann zu einer heftigen Gegenkundgebung vieler Kommunisten und Jungsozialdemokraten, deren Zahl auf insgesamt 300 Personen anwuchs. Nach dem Eintreffen der Polizeiverstärkung wurde die Demonstration unter Anwendung von Gummiknüppeln zerstreut und sieben überwiegend kommunistische und sozialdemokratische Parteigänger kurzfristig verhaftet. Auf der anschließenden Versammlung im großen Volksgartensaal, die von Gauleiter Bolek eröffnet wurde, nahmen dann insgesamt 1.800 Personen, darunter der deutsche Konsul in Linz, Dirk von Langen, der evangelische Pfarrer Tiebel, der Obmann des Bundes der

⁴⁶ Herbert Karobath wurde am 10. September 1901 in Peuerbach in Oberösterreich geboren. Nach der Volksschule, der Unterrealschule und der Handelsakademie wurde er Beamter der Centralbank der deutschen Sparkassen. Er arbeitete als Angestellter bei der Gummifabrik Reithoffer in Garsten und als Beamter bei der oberösterreichischen Angestelltenkrankenkasse. Am 20. Oktober 1930 trat er der Ortsgruppe Linz der NSDAP bei und war dort in der Organisationsarbeit tätig. Karobath wurde Sprengelleiter, Kreisorganisationsleiter und Kreisleiter von Linz-Stadt. Er war Gauredner und Mitglied des Stabs der Motorstandarte Oberösterreich. Mit Wirkung von 20. April 1934 erfolgte die Ernennung zum Obertruppführer. Während seines illegalen „Kampfes“ wurde er mehrmals verhaftet. Nach dem „Anschluss“ belohnte man ihn dafür mit der Funktion eines ehrenamtlichen Geschäftsführers der Gaubetreuungsstelle Oberdonau. Seit August 1938 war er zudem Personalreferent bei der Sempert AG in Wien. AdR, Gaupersonalamt des Gauces Wien, Gauakt Nr. 157.485: Herbert Karobath.

⁴⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.103, Zl. 102.830/GD. St.B. 1933: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 7. Jänner 1933.

Reichsdeutschen in Linz, Generaldirektor Heinrich Schlosser, sowie viele prominente vormalige Angehörige der Großdeutschen Volkspartei teil. Anlässlich dieser Wahlfeier wurde eine Entschließung für sofortige Neuwahlen in Österreich verlesen, und vom Landesinspekteur Habicht die Hoffnung auf den baldigen Zusammenschluss von Österreich und Deutschland zum Ausdruck gebracht. Nach Beendigung der Versammlung versuchte dann noch eine kleinere Gruppe von Nationalsozialisten vor der Wohnung des Landeshauptmanns durch Schreien und Johlen ihrer Begeisterung Ausdruck zu verleihen. Sie wurde aber von der Sicherheitswache zur Ruhe gemahnt und zerstreut. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung war an diesem gesamten Tag ein Großaufgebot der Exekutive vonnöten, aber auch der „Republikanische Schutzbund“ hatte bis in die Abendstunden vorsichtshalber 150 Mann in Zivil im Arbeiterkammergebäude stationiert.⁴⁸

Als im März 1933 die österreichische Bundesregierung den Nationalsozialisten die Abhaltung von politischen Veranstaltungen untersagte, sandte die Landesleitung in Linz ausführliche Anweisungen an die Gaupropaganda-leiter, wie „unparteiische Leseabende“ abzuhalten seien. Bei diesen hatte mittels „unpolitischer Gespräche“ über historische, philosophische und wirtschaftliche Themen, bei denen unter der Verwendung von Satire und Humor Vergleiche zwischen Deutschland und Österreich angestellt werden sollten, Propaganda betrieben zu werden. Dabei wäre aber zu achten, dass ausschließlich geschulte und mit dem Thema gut vertraute Redner eingesetzt werden. Aber auch persönliche Stimmwerbungen, welche die Nationalsozialisten als die wirkungsvollste Propaganda ansahen, sollten so oft wie möglich betrieben werden.⁴⁹

Zu Ostern wurde die Entwicklung des Nationalsozialismus in Linz durch eine zeitlich höchst unpassende antichristliche Provokation empfindlich gestört, die den schwebenden Konflikt mit der katholischen Kirche offen zum Ausbruch brachte. Mitten in der Karwoche, am Abend des 13. April 1933, wurde beim Eingangstor des katholischen Pressvereinsgebäudes ein handgemaltes Plakat entdeckt, das sowohl durch seinen Text⁵⁰ als auch durch die Darstellung des gekreuzigten Jesus eine heftige Protest- und Empörungswelle in der katholischen Bevölkerung auslöste und einen feierlichen Protest des Linzer Diözesanbischofs zur Folge hatte, welcher auch von den Kanzeln der Diözese und in der katholischen Presse verlautbart wurde. Das „Linzer Volksblatt“ bezeichnete in seiner Nummer vom 15. April in einem Leitartikel mit dem Titel „Christus am Hakenkreuz – schamlose Gotteslästerung durch nationalsozialistische Buben“ eben letztere als die Urheber dieses Plakats.

⁴⁸ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton: 5.103, Zl. 128.310/GD. St.B. 1933: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 7. März 1933.

⁴⁹ Pauley, Der Weg, 92.

⁵⁰ „Einmal ist er aus jüdischen Horden, von arischen Römern gekreuzigt worden. Jetzo, der Heiland Hitler gebeuts, hängen wir Christus ans Hakenkreuz.“ Sowie: „Heil Hitler, Juda-Christus verrecke.“

Wie ungelegen den Nationalsozialisten diese Provokation kam, mag man an den heftigen Zurückweisungen der Anschuldigungen ersehen sowie an der erfolgten abermaligen Versicherung des Bekenntnisses der NSDAP zur Religion. Das schien aber angesichts der Brisanz der Angelegenheit nicht zu genügen, und so ging die Gauleitung zum Gegenangriff über, indem sie in einem am 21. April angeschlagenen Plakat die Christlichsozialen der wahren Urhebererschaft bezichtigte, die – gespeist aus der Angst vor dem Eindringen des Nationalsozialismus auch in ihr Milieu – eine Hetzkampagne entfaltet hätten: „Der Zweck solcher Verleumdungsaktionen ist heute bereits klar genug. Es ist ja nicht das erste mal, daß gerade christlichsoziale Kreise die Religion dazu mißbrauchen, um die nationalsozialistische Bewegung in der Öffentlichkeit verächtlich zu machen.“ Zur Untermauerung ihrer Nichtinvolvierung wurde für Beweise einer tatsächlichen nationalsozialistischen Täterschaft eine Prämie von 1.000 Schilling ausgesetzt. Im gleichen Kontext standen die in Linz aufgetauchten haltlosen Gerüchte, dass der Verfasser des Schmähplakats der Sohn des christlichsozialen Nationalrats und Präsidenten des Katholischen Volksvereins von Oberösterreich, Josef Aigner, wäre. Nach langwierigen, intensiven polizeilichen Ermittlungen, umfangreichen Tätererhebungen und elaborierten Expertengutachten richtete sich der zentrale Verdacht bezüglich der Urhebererschaft des Plakats jedoch auf den Inhaber eines Vervielfältigungsbüros und langgedienten Mitarbeiter der radikal-antisemitischen „Linzer fliegenden Blätter“, Anton Dietrich Pollak.⁵¹

Erst das mit Erlass der Bundesregierung verhängte Uniformverbot, dessen Bestimmungen am 6. Mai 1933 der hiesigen Nationalsozialistischen Partei ausdrücklich zur Kenntnis gebracht wurde, ließ die Linzer Nationalsozialisten wieder zur Offensive schreiten. Denn gleich am darauf folgenden Tag veranstalteten sie vormittags auf der Landstraße einen lebhaften Bummel. Die Teilnehmer suchten sich, vereinbarungsgemäß überwiegend mit weißen Ausschlaghemden, Lederhosen und dunklen Selbstbindern, teilweise auch mit militärischen Leibriemen adjustiert, durch lautes gegenseitiges Begrüßen, durch anderwärtiges Rufen und Absingen von Sprechchören bemerkbar zu machen. Die Polizei ging gegen die Ruhestörer, vorwiegend junge Burschen, mit insgesamt 100 Mann energisch vor, verhaftete 38 Personen kurzfristig und zerstreute die restlichen Teilnehmer in die Seitenstraßen. Einen abermaligen NS-Bummel am gleichen Abend konnte ein heftiger Gewitterregen gerade noch verhindern.⁵² Als Reaktion auf diese polizeiliche Vorgangsweise gegen die „Bummelei über die Landstraße“ gab die Gauleitung Oberösterreich im Mai die allgemeine Weisung heraus, dass künftig größere Zusammenstöße soweit als möglich zu vermeiden wären.

⁵¹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.103, GZl. 147.475/33, Zl. 209.656/GD. St.B. 1933: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 5. September 1933; ebenda: Zl. 147.475/GD. St.B. 1933: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 21. April 1933.

⁵² Ebenda: Zl. 155.185/GD. St.B. 1933: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 8. Mai 1933.

Durch die gezielte Beteiligung von Frauen und Kindern sei das Eingreifen der Exekutive zu erschweren.⁵³

Zu dieser Zeit intensivierte sich als Folge des öffentlichen Betätigungsverbots bei der NSDAP die Werbung von Mann zu Mann. Im Monat Mai schien die Partei wieder sehr große Erfolge zu verzeichnen und konnte nun bereits auch in der ländlichen Bevölkerung Fuß fassen, was bei den Sicherheitsbehörden in erster Linie auf die Werbung durch die Radioübertragungen der deutschen Sender zurückgeführt wurde. Vor allem aber bereitete die bereits weit fortgeschrittene nationalsozialistische Verhetzung der Jugend Sorge.⁵⁴

Einen beliebten Anlass für nationalsozialistische Manifestationen bildete die Störung von privaten Veranstaltungen der politischen Gegner, zu denen man auch via Parteiweisungen angehalten wurde. So wurde am 28. Mai 1933 die Hochzeit eines Heimatschützers in der Stadtpfarrkirche Urfaß von jugendlichen Nationalsozialisten gestört, indem sie auf dem Hauptplatz die mit rot-weiß-roten Armbinden ausgestatteten Hilfspolizisten des Heimatschutzes anpöbelten, woraufhin diese sich mit langen Schlagstöcken ausrüsteten. Trotz der überaus gespannten und erregten Stimmung während des abendlich üblichen Bummels gelang es der Sicherheitswache dennoch, eine Eskalation der Lage zu verhindern. Auch am Abend des 30. Mai ereigneten sich anlässlich eines Bummels nach einem Militärkonzert im Volksgarten mehrere Zusammenstöße zwischen Hilfspolizisten in Uniform und ebenfalls jugendlichen Nationalsozialisten, sodass die Sicherheitswache an mehreren Stellen der Stadt zum Schutz der Hilfspolizisten einschreiten musste.⁵⁵

Eine letzte große öffentliche Kundgebung der Nationalsozialisten vor dem Parteiverbot fand am 5. Juni 1933 in Thening bei Hörsching statt, wohin aus ganz Linz und den umliegenden Orten die Parteigänger samt ihren Familien strömten. In Form eines Festmarsches wurde von Kirchberg aus in Thening einmarschiert, wo bereits ungefähr 2.000 Menschen warteten, davon die Hälfte Parteianhänger unter der Führung des Linzer Bezirksleiters Nohel. Als festlicher Höhepunkt wurde zu Ehren Hitlers eine „deutsche“ Eiche, als symbolischer Ausdruck für die unbezwingbare Kraft des Nationalsozialismus gepflanzt. In der Festrede wurde aber auch der Mythos des oberösterreichischen Bauernführers Stefan Fadinger beschworen, um den Widerstandsg Geist der Bauern bis zum endgültigen Sieg zu bestärken. Gleichzeitig wurde aber auch die bevorstehende Auflösung der NSDAP angesprochen. Nach

⁵³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.876, GZl. 172.206/33, Zl. 174.210/33: Bericht des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung vom 21. Juni 1933 sowie Abschrift der Weisung der Gauleitung Oberösterreich vom 11. Mai 1933 an alle Bezirksleitungen.

⁵⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.103, Zl. 163.691/GD. St.B. 1933: Landesgendarmeriekommando für Oberösterreich. Periodische Berichterstattung der Landesgendarmeriekommandos an das BKA, GD. vom 27. Mai 1933.

⁵⁵ Ebenda, Zl. 166.426/GD. St.B. 1933: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 30. Mai 1933.

dem Absingen des obligatorischen „Horst-Wessel-Lieds“ klang die völlig ohne Störung abgelaufene Veranstaltung mit einer gemütlichen Zusammenkunft in einem nahe gelegenen Gasthaus aus.⁵⁶

Die Konstituierung nationalsozialistischer Herrschaft im Deutschen Reich Anfang 1933 beförderte das Krisenempfinden der regierenden Christlich-sozialen. Angesichts der Gefahr, bei demokratischen Wahlen aufgrund der zu erwartenden nationalsozialistischen Stimmengewinne die bürgerliche Regierungsmehrheit an die oppositionelle Sozialdemokratie zu verlieren, leiteten sie gemeinsam mit den Heimwehren, mit Unternehmervertretern und der katholischen Kirche einen Faschisierungsprozess des politischen Systems ein. Den Auftakt dazu stellte die Ausschaltung des Parlaments im März 1933 dar.⁵⁷ Im Kontext dieser Politik der Entdemokratisierung stand die nun österreichweit anlaufende NS-Propaganda- und Terrorwelle, welche von dem Hochgefühl getragen war, auch in Österreich in kurzer Zeit ein nationalsozialistisches Regime etablieren zu können. Die dafür vorhandene Rückendeckung von der reichsdeutschen NSDAP sollte auch in Zukunft eine bleibende Konstante der österreichischen Innenpolitik werden. Auf den Terror der Nationalsozialisten und auf ihre Politik der zunehmenden Radikalisierung reagierte die Regierung mit einer Politik der sukzessiven Illegalisierung, die von den Einschränkungen in der Organisations- und Bewegungsfreiheit der NSDAP bis zu Verhaftungen und Landesverweisen von prominenten Funktionären reichte. Am 12. Juni 1933 wurde die Linzer Landesparteizentrale von der Polizei umstellt, Generalinspekteur Habicht unter Arrest gestellt und nach erfolgter Einvernahme aus Österreich in Richtung Bayern abgeschoben.⁵⁸ Dort schlug er in München seine Zelte auf und begann, die Exilparteizentrale aufzubauen. Dorthin wurden auch die SA-Obergruppe VIII und die SS-Führung Abschnitt VIII für Österreich transferiert. Doch der oberösterreichische Gauleiter Bolek ließ sich im näher gelegenen Passau nieder, um so seinen bisherigen Einfluss auch weiterhin möglichst unmittelbar ausüben, aber auch um einen gewissen autonomen Einflussbereich gegenüber den Münchner Parteibehörden wahren zu können.

Die Exilierung reichsdeutscher Parteifunktionäre leitete das endgültige Verbot der Partei ein. Einer der weiteren Anschläge, das Handgranatentat auf einen Trupp christlich-deutscher Turner in Egelsee bei Krems am 19. Juni 1933, bei dem eine Person getötet und 30 verletzt worden waren, bot der Regierung den willkommenen Anlass, noch am selben Tag im Ministerrat die Parteitätigkeit der NSDAP sowie aller ihrer Gliederungen unter Anwendung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes behördlich zu

⁵⁶ Ebenda, Zl. 169.095/GD. St.B. 1933: Bericht des Gendarmeriepostenkommandos Pasching, Bezirk Linz vom 6. Juni 1933 über die Setzung einer „Hitler-Eiche“ in Thening.

⁵⁷ Tálos/Manoschek, Zum Konstituierungsprozeß, 36 ff.

⁵⁸ Bukey, Patenstadt, 222.

verbieten. Neben einem Betätigungsverbot im Allgemeinen und dem Verbot der Bildung einer Parteiorganisation im Besonderen wurde auch das Tragen jedweder Parteiabzeichen untersagt. Ein diesbezügliches Zuwiderhandeln konnte jenseits der allfälligen strafrechtlichen Verfolgung mit einer Geldstrafe von bis zu 2.000 Schilling bzw. mit Arrest bis zu sechs Monaten geahndet werden.⁵⁹ Darüber hinaus erließ die Bundesregierung am 10. Juni 1933 eine Verordnung, mit welcher sie im erweiterten Maße gegen die nationalsozialistische Presse, aber auch gegen andere, vor allem linke Zeitungen vorgehen konnte. In der weiteren Folge führte dies auch zum Verbot zahlreicher, auch reichsdeutscher NS-Blätter.⁶⁰

Mit dem Verbot der Parteiorganisation und ihrer Tätigkeit wurde die NSDAP mitten in einer entscheidenden Phase ihres organisatorischen und propagandistischen Aufschwungs getroffen. Umso schwieriger vollzog sich die Umstellung auf die Bedingungen der Illegalität.

STRUKTURELLE PROBLEME EINER PARTEIORGANISATION IN DER ILLEGALITÄT

Das Verbot der Partei traf diese relativ unvorbereitet. Konkrete Maßnahmen für den „illegalen Kampf“ waren so gut wie keine getroffen worden, obwohl die Parteiführung bereits seit Juli 1932 ihre Ausweisung aus Österreich erwartet hatte und sogar die Verlegung der Landesleitung nach Freilassing erwogen wurde.⁶¹ Die zahlreich in das Deutsche Reich flüchtenden Funktionäre – allen voran Habicht, Proksch und Reschny⁶² als Führer der

⁵⁹ Reichhold, Kampf um Österreich, 102.

⁶⁰ Ebenda, 101. Stoppacher, Die Anschluß-Propaganda, 42 ff.

⁶¹ Jagschitz, Zur Struktur der NSDAP, 12 f.

⁶² Hermann Reschny wurde am 15. Juni 1898 in Stammersdorf bei Wien geboren und war römisch-katholisch bzw. gottgläubig. Von 1919 bis zu seiner Entlassung 1933 war er in Wien als städtischer Gewerbelehrer beschäftigt. Bereits seit 1921 Angehöriger der SA, trat er am 3. September 1926 der NSDAP bei. In der SA hatte er die Funktion eines Gruppenführers inne. 1932 wurde er Landtagsabgeordneter in Niederösterreich und war bis 1933 Mitglied des österreichischen Bundesrats. Nach seiner Flucht ins Reich wurde er Führer der SA-Obergruppe VIII in München und Führer bei der „Österreichischen Legion“. Am 29. Jänner 1935 wurde er von der Bundes-Polizeidirektion Wien wegen Hochverrats (Anstiftung zum Juliputsch) zur Verhaftung ausgeschrieben. 1936 wurde Reschny Mitglied des Deutschen Reichstags. 1938 war er wieder SA-Obergruppenführer und Führer der SA-Gruppe „Donau“ in Wien sowie Ratsherr der Stadt Wien. Im August 1943 war er bei der obersten SA-Führung in München als Inspekteur der Nachrichten-SA tätig und wurde im Oktober des selben Jahres vom Oberkommando der Wehrmacht mit der wehrgeistigen Betreuung und weltanschaulichen Schulung im Wehrkreis XVII beauftragt. Zwischen Mai und Dezember 1945 war er vom CIC Braunau, Sub-Section in Mauerkirchen, inhaftiert. Es folgten eine Haft im Landesgericht Wien und ein Verfahren beim Volksgericht nach dem Kriegsverbrechergesetz. Reschny wurde vom Wiener Volksgericht wegen Hochverrats als Rädelsführer einer hochverräterischen Unternehmung zu 16 Jahren schweren Kerkers, verschärft durch ein hartes Lager vierteljährlich und Dunkelhaft, verurteilt. Im Jahr 1971 verstarb Reschny. AdR, Gaupersonalamt des Gauess Wien, Gauakt Nr. 234.743: Hermann Reschny.

österreichischen SA sowie der Großteil der Gauleiter – versuchten nun von dort aus, mit beträchtlicher Unterstützung der reichsdeutschen Behörden ihren bisherigen Einfluss weiter auszuüben. Dies brachte sie aber in erhebliche Konflikte zu jenen Funktionären, die in Österreich verblieben waren, um vor Ort eine illegale Organisation aufzubauen. Jenseits dieser personellen, interessensmäßigen Spaltung zwischen emigrierten und hier gebliebenen Funktionären kam es darüber hinaus auch noch zu einer Spaltung auf strategischer Ebene zwischen jenen, die einen terroristischen Weg beschreiten wollten und jenen, die einen evolutionären, das Regime unterhöhrenden Weg bevorzugten. Dies führte zu zahlreichen innerösterreichischen Führungskämpfen, die durch die Rivalitäten der verschiedenen Exilfunktionäre nur noch weiter verstärkt wurden und neben den naturgemäß konspirativen Methoden einer verbotenen Organisation zu einer weiteren Schwächung der Gesamtpartei führten. Es kam in der Folge zu einer abermaligen Föderalisierung und Kantonisierung der Partei und zu einer Ausbildung von regional sehr unterschiedlich dynamischen Gruppen, sodass während der Zeit der Illegalität zu keinem Zeitpunkt eine einheitliche, zentral organisierte Führung bestand.⁶³

Darüber hinaus hatte sich die Parteiarbeit auf die Gesetze der Illegalität einzustellen. Personelle Kontakte lösten nun tendenziell die bürokratische und schriftliche innerparteiliche Kommunikation ab. So verfügte etwa am 19. Juni 1933 der Bezirksleiter der NSDAP Linz, Gustav Nohel, für alle Parteigenossen des Bezirks, dass künftig alle Weisungen und Anordnungen mündlich durch die Vertrauenspersonen der Partei zu erfolgen haben.⁶⁴ Auch richtete sich das Augenmerk darauf, dass die lokalen Führer nur noch ihren unmittelbaren Untergebenen und Vorgesetzten bekannt waren, damit bei einem eventuellen Verrat der Schaden für die Organisation möglichst gering blieb.⁶⁵ Um jedoch die Verbindung zwischen Exilführung und der Anhängerschaft im Lande aufrecht zu erhalten, mussten Nachrichtendienste aufgebaut werden, die Informationen aus Österreich beschafften, zugleich aber auch Kurierdienste, die die Anordnungen aus Deutschland wiederum nach Österreich brachten.⁶⁶ Der Schmuggel von Flugblättern, Propagandamaterial, aber auch von Organisations- und Unterstützungsgeldern erfolgte von Passau aus über Schärding, Simbach und Aigen-Schlägl nach Wels und Linz,⁶⁷ wobei man als Kurier vorwiegend unverdächtige Personen, darunter Frauen, einsetzte. Im Verkehr zwischen den Bundesländern wurden die Befehle auch mittels Motorrad, Bahn oder Kraftwagen an die betreffenden

⁶³ Jagschitz, *Die Nationalsozialistische Partei*, 243.

⁶⁴ AdR, BKA, Inneres, 22 OÖ, Karton 5.104, Zl. 190.291/33: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 22. Juli 1933.

⁶⁵ Pauley, *Der Weg*, 141.

⁶⁶ Jagschitz, *Der Putsch*, 34.

⁶⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.900, Zl. 318.242/GD. St.B. 1934: Nationalsozialistischer Kurierdienst, Kamillo Fuchs aus Linz: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 11. Dezember 1934.

Stellen durchgegeben. Für den unvermeidlichen Schriftverkehr zwischen den höheren Führungsebenen wurden Deckadressen und Chiffren benützt, deren Schlüssel die Polizei manchmal mit etwas Glück aufdeckte. Vor allem aber durften keine Mitgliederlisten mehr geführt werden.⁶⁸

In dieser ersten Phase der Illegalität hatte sich der Loyalitäts- und Konformitätsdruck von Seiten des „austrofaschistischen“ Regimes vor allem auf Beamte und Staatsbedienstete zunehmend erhöht. Korrespondierend zu den Loyalitätserklärungen, die Beamte und Lehrer dem Staat gegenüber abzugeben hatten, stellte jedoch Landesleiter Proksch den öffentlichen Bediensteten den Parteiaustritt bereits mit 2. Juni 1933 frei. Statt dessen gewannen jene Gruppen, die mehr politischen Spielraum hatten, vorwiegend deutschnationale akademische Freiberufler, selbstständige Händler und Handwerker, in der Mitgliederstruktur mehr an Bedeutung. In der Zeit des Parteiverbots nahm aber auch der Arbeiteranteil unter den NS-Mitgliedern zu, wobei vor allem jüngere Militante, die, enttäuscht über das kampflose Zurückweichen der Sozialdemokratie vor dem „Austrofaschismus“, schließlich zu den gleichfalls gegen das verhasste christlichsoziale Regime kämpfenden Nationalsozialisten stießen.⁶⁹ Dies traf aber auch auf sozialdemokratisch oder christlichsozial unterorganisierte, nichtindustrielle Randschichten wie Landarbeiter, unselbstständige gewerbliche Handwerker, Arbeiter in gewerblichen Kleinbetrieben, Arbeitslose, junge Arbeiter und vor allem auf arbeitslose Jungarbeiter zu. Faschismusanfällig waren darüber hinaus lohnabhängige Gruppen, die mit einem in der Weltwirtschaftskrise enttäuschten, „kleinbürgerlichen“ Aufsteigerbewusstsein ausgestattet waren, wie kleine Angestellte, Vorarbeiter oder Meister.⁷⁰ Auch aus bäuerlichen Schichten kam es während der Illegalität zu einem stärkeren Zustrom, der nach dem Juliabkommen von 1936 jedoch wieder von öffentlich Bediensteten, Angestellten, sowie Selbstständigen in Handel und Gewerbe überlagert wurde.⁷¹

Bei den während der Illegalität beigetretenen Mitgliedern scheint auch eine stärkere Organisationsbindung konstatierbar zu sein, als dies etwa bei den „alten Kämpfern“, also den Parteimitgliedern der legalen Zeit, der Fall war.⁷² Denn entschloss man sich erst einmal, aus welchen Gründen auch immer, aktiv am illegalen Kampf gegen das herrschende Regime teilzunehmen, war es im eigenen als auch im Interesse der Gruppe notwendig, sich mit seiner ganzen Person mit vollem Einsatz und Risiko, was keineswegs unbekannt war, auf die konspirativen „Gesetze des Untergrundes“

⁶⁸ Wir wurden legal, 14.

⁶⁹ Botz, Die österreichischen NSDAP-Mitglieder, 110, 122 f. sowie Botz, Arbeiterschaft und österreichische NSDAP-Mitglieder, 36 f.

⁷⁰ Botz, Faschismus und Lohnabhängige, 124; vgl. auch: Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft, 80 ff.

⁷¹ Botz, Strukturwandlungen, 185 f., 188 und 192; Botz, Soziale „Basis“, 42.

⁷² Ebenda, 34.

einzustellen. Dies galt natürlich vor allem für die militanten Teilorganisationen von SA, SS und HJ. Besonders seit der taktisch-methodischen Umstellung des illegalen Kampfes aufgrund des Scheiterns der Putschpolitik im Sommer 1934 wurden den Aktivisten daher jahrelang mittels Schulungsbriefen auf den wöchentlichen Appellen immer wieder die „Verhaltensmaßregeln für den illegalen Kampf“ eingetrichtert. Dessen Grundregeln lauteten: Unterlassung von Vertrauensseligkeiten oder Prahlereien mit den eigenen Taten, Verharmlosen des eigenen Agierens, Bewahren des Stillschweigens, der Unauffälligkeit, Aufmerksamkeit, Vorsicht und Wachsamkeit, rationell-taktisches und vorausschauendes Denken und Handeln, Erfinden und rechtzeitiges Zurechtlegen von Ausreden vor geplanten Aktionen und geheimen Treffen. Das Gebot des Abstreitens von allen unbeweisbaren Anschuldigungen vor der Polizei und dem Gericht wurde in den leicht merkbaren Grundsatz „Sagst Du ja, bleibst Du da, sagst Du nein, gehst Du heim“ gegossen.⁷³ Es bestanden auch eigene Instruktionsblätter für die SA, in denen ein detaillierter Verhaltenskatalog mit allen Eventualitäten und exemplarischen Ausreden im Falle einer Verhaftung und eines Verhörs angeführt wurde. Dabei wurde der SA-Mann „bei seiner Ehre verpflichtet, vollkommen dicht zu halten und keinen Kameraden auch nur in irgend einem Zusammenhang zu nennen“. Gleichzeitig wurde betont, dass „Vorsicht mit Feigheit nicht das geringste zu tun habe und dass jeder für jeden mitverantwortlich sei“.⁷⁴ Laut einem im Sommer 1937 aufgefundenen oberösterreichischen Gauweisungsblatt hatte jeder Nationalsozialist, der verhaftet wurde, zudem noch folgenden Spruch aufzusagen:

Ich bestreite nicht, daß ich Nationalsozialist bin. Ich bemühe mich im Sinne des 11. Juli [1936, des Datums der Unterzeichnung des Juliabkommens; Anm. T.D.] einen inneren Frieden zwischen den Nationalen und unserer Regierung herbeizuführen. Dies ist eine Angelegenheit, die mit Polizei und Gendarmerie nichts zu tun hat. Ich habe mich illegal nicht betätigt, daher lehne ich es ab, vor Kriminalbeamten verhört zu werden. Im übrigen verweigere ich jede Aussage.

Darüber hinaus wurde angeordnet, dass Verhörprotokolle grundsätzlich nicht mehr zu unterschreiben seien.⁷⁵ Das machte die behördliche Ermittlungsarbeit, in welche sich durch das Juliabkommen ohnedies ein eher pragmatischer Stil eingeschlichen hatte, natürlich nicht einfacher. Dazu muss man noch in Rechnung stellen, dass die Angst des verhafteten National-

⁷³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.879, Zl. 229.129/GD. St.B. 1933: NS-Flugblatt der Gauleitung „An alle Nationalsozialisten“ Verteilung in Linz. Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 23. Oktober 1933. Ebenda: Karton 5.003, Zl. 348.417/GD. St.B. 1937: NS-Schulungsbrief über das Verhalten von Nationalsozialisten vor Polizei und Gericht. Bericht der Bundes-Polizeidirektion Wien vom 2. August 1937.

⁷⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.906, Zl. 300.576/GD. St.B.1935: Dienstinstruktionen für SA-Männer für den Fall ihrer Verhaftung aus dem November 1934.

⁷⁵ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.003: Zl. 347.956/GD. St.B. 1937: Weisungsblatt der Gauleitung der NSDAP Oberösterreich, Hauptabteilung 1; Beschlagnahme in Oberösterreich. Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 31. Juli 1937.

sozialisten, beim Verrat seiner Kameraden potentiell der Racheaktion einer Femegruppe ausgeliefert zu sein, vorhanden war.⁷⁶

Im Gegensatz zu diesen Methoden der Unauffälligkeit, Geheimhaltung und Tarnung als taktisches Arbeitsprinzip nach dem Juliputsch, war die erste Phase der Illegalität nach einer intensiven militärischen Aufrüstung aus dem Reich von einer zunehmenden Politik des Terrors und der Attentate geprägt. Im Sommer 1933, vor allem aber in der Zeit zwischen Dezember 1933 und Februar 1934 kam es zu einer intensiven Welle massiver Böller- und Sprengstoffattentate, welche primär gegen öffentliche Gebäude und Einrichtungen gerichtet waren und die die Einschüchterung und Resignation der Sicherheitsorgane und der Funktionäre des „Ständestaates“ zum Ziel hatten. Parallel dazu wurde auf ideologischer Ebene eine Zeitungs- und Flugschriftenpropaganda geführt und diverse Schmieraktionen veranstaltet.

DIE NS-PROPAGANDA- UND TERRORWELLE IN LINZ

Der Anfang des Propagandakampfes war vergleichsweise harmlos und mitunter von naivem Dilletantismus geprägt, doch die Methoden waren vielfältig, einfallsreich und sicherlich nicht ohne – je nach weltanschaulicher Position – verunsichernder oder beeindruckender Wirkung auf die Bevölkerung. Die multidimensionalen und multimedialen Propagandaaktivitäten sollten sowohl den eigenen Aktivisten, als auch der Bevölkerung den Idealismus der „Bewegung“ und die aufopfernde Beharrlichkeit demonstrieren. Sie wurden durch die Radiopropaganda aus München hilfreich sekundiert.

In den Monaten Mai und Juni 1933 waren in Linz zunächst noch kaum NS-Aktivitäten zu verzeichnen, was die Polizei auf ihre Überwachungsaktivität und ihr verstärktes Eingreifen zurückführte. Doch aufgrund der Aufforderung der Österreichischen Landesleitung via Sender München, zu einer intensiven Propagandatätigkeit überzugehen, kam es auch in Linz zwischen 9. und 18. Juli zu verstärkten Hakenkreuzschmierereien und Ausstreuungen von Hakenkreuzen. Die bevorzugten Objekte dieser Schmierereien lagen zunächst an der weniger überwachten ländlicheren Peripherie der Stadt, vor allem im Gebiet des Haselgrabens und der entlang der Donau führenden Straßen. Es wurden an Häusermauern, Bäumen, Telegraphenmasten, an

⁷⁶ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.913, GZl. 320.044/35, Zl. 357.515/GD. St.B. 1935: Nationalsozialistische Femegruppe in Linz: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 9. September 1935 über das Bestehen einer fünf- bis sechsköpfigen Linzer Femegruppe, von der in Anlassfällen eine Person als Antragssteller, eine andere als Verteidiger und eine dritte als Richter des Delinquenten gestellt wurde. Der Richter hatte dabei auch ein oder mehrere Mitglieder aus der Femegruppe zu bestimmen, welche die verfügte Strafe gegen den „Verräter“ auszuführen hatten. Mitglied einer solchen Femegruppe war der Linzer SA-Standartenführer Franz Peterseil.

den Felsen der „Urfahrwänd“, an Pfeilern der Eisenbahnbrücke, an den Wänden beim Ursulinenkloster und ab 18. Juli in den Straßen der inneren Stadt Hakenkreuze geschmiert. Beim Priesterseminar und beim Haus des „Katholischen Volksvereins“ als zentrale Lokalitäten des bekämpften politischen Systems wurden Papierhakenkreuze gestreut. An Gehsteigen und Brückenköpfen der Traunbrücke in Ebelsberg wurden mit roter Miniumfarbe Hakenkreuze mit der Aufschrift „Heil Hitler, Ein Volk ein Reich“ und „Dollfuß verrecke“ angebracht. Täter konnten nur teilweise ausgeforscht werden und waren – soweit ermittelt – allesamt 16- bis 23-jährige Burschen, die auch sonst bei solchen nächtlichen, jugendlich-abenteuerlichen Propagandaaktionen den aktivistischen Kern stellten. Die Schmierereien wurden zu Beginn noch durch eine Truppe von Wachbeamten entfernt,⁷⁷ bald aber stellten die Polizeibehörden Putzscharen aus amtsbekannten Nationalsozialisten dafür zusammen. Doch Wirkung und Effizienz einer solchen Vorgangsweise waren denkbar gering. Im Mai 1934 wies der Sicherheitsdirektor für Oberösterreich, Johann (Baron von) Hammerstein-Equord, auf die Unzulänglichkeiten in der Verwendung von Putzscharen hin, „weil durch dieselben meistens nur Unfug ausgelöst wurde“. Er hielt es stattdessen für weit zweckmäßiger, „vaterländisch“ gesinnte Arbeitslose für solche Einsätze zu bezahlen und die entstandenen Reinigungskosten zahlungskräftigen Nationalsozialisten vorzuschreiben.⁷⁸ Zudem meinte er, dass die Abgabe der NS-Delinquenten in Anhaltelager nicht mehr die gewünschte Wirkung erzielte, noch dazu wo viele Terrorakte von kleinen, mobilen und kaum fassbaren Terrorgruppen verübt wurden. Statt der Anhaltelager schlug Hammerstein daher Zwangsarbeit als wirksameres Gegenmittel vor, was aber von der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit wegen rechtspolitischer Bedenken als indiskutabel zurückgewiesen wurde.⁷⁹

Kurz nach dem Parteiverbot setzte auch eine Kampagne des ökonomischen Boykotts und der politischen Verunsicherung durch Verbreitung falscher Gerüchte ein: Am 21. Juli 1933 wurden in Linz Flugzettel verschickt, mit denen der fingierte „Verband der oberösterreichischen Spar- und Kreditinstitute“ vor einer unmittelbar bevorstehenden österreichischen Zwangsanleihe warnte, durch die auch kleine Spareinlagen in Banken und Sparkassen von der zwangsweisen Einziehung und Übertragung an die Nationalbank bedroht wären, da eine freiwillige Zeichnung nicht den notwendigen Erfolg bringen würde. Deswegen wurde auch die vorzeitige Abziehung der Spar-

⁷⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.104, Zl. 189.501/GD. St.B. 1933: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 20. Juli 1933.

⁷⁸ AdR, BKA, Inneres, Polizeidirektion Wien, Berichte 1919–1938, Karton 42, Sicherheitsdirektorenberichte 1934, Mappe Berichte der Sicherheitsdirektoren Mai 1934: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 15. Mai 1934.

⁷⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.889, Zl. 176.918/GD. St.B. 1934: Sicherheitsdirektor für Oberösterreich; Vorschläge betreffend Bekämpfung von Terrorakten und staatsfeindlicher Propaganda vom 23. Mai 1934.

einlagen „empfohlen“.⁸⁰ Ebenfalls im Juli wurden in Linz, aber auch in anderen Gegenden Oberösterreichs Gerüchte über Meutereien, Überläufe und Verhaftungen von Teilen der österreichischen Exekutive gestreut, gegen die von Seiten der Behörden in aller Schärfe vorgegangen wurde.⁸¹ Die Vehemenz und der Nachdruck, mit denen man gegen diese taktisch sehr klug gestreuten Gerüchte vorging, lässt wohl auf eine gewisse Glaubwürdigkeit in Teilen der Bevölkerung schließen. Dies sagt aber weniger über die Leichtgläubigkeit aus als über die Einschätzung der Inhomogenität und Illoyalität im bestehenden Regime. Im Herbst 1933 wurde von den Linzer Nationalsozialisten zum Steuerstreik aufgerufen, mit welchem sie sich im Namen der österreichischen Bauern und Gewerbetreibenden gegen die „Vernichtung“ der Wirtschaft durch die Regierung Dollfuß aussprachen.⁸² Kurz vor Weihnachten wurden falsche Gerüchte über die Insolvenz des Wiener Bankvereins gestreut.⁸³ Mit 1. Mai 1934 rief das illegale „Kampfblatt der NSDAP“ des Bezirks Linz einen Raucherstreik aus, der auch von der stellvertretenden Gauleitung jedem Parteigenossen unter Androhung des sofortigen Parteiausschlusses bei Nichteinhaltung anbefohlen wurde. Zumindest in den Gasthäusern und Straßen der Stadt schien der Raucherstreik auch eingehalten worden zu sein, wengleich von den Behörden ein verstärkter Zigarettenschmuggel aus der Tschechoslowakei wahrgenommen wurde, den die Nationalsozialisten organisiert hatten, „weil ihre Mitglieder das an sie ergangene Rauchverbot schwer einhalten“ konnten. Als Ersatzzigaretten kam zudem bald eine größere Anzahl an Mentholstiften zur Verteilung, deren Tragen den Beweis dafür lieferte, dass man sich dem Raucherstreik angeschlossen hatte.⁸⁴ Das „Lutscherl“ im Mund wurde auf diese Weise ein quasi Ersatzabzeichen für die Nationalsozialisten. Mit solchen promenierten junge Männer demonstrativ durch die Straßen von Linz. Damit protzten aber auch einige großdeutsche Stadthonoratioren. Und vereinzelt brachten damit Geschäftsleute zum Ausdruck, dass sie auf „vaterländische“ Kundschaft keinen Wert legten.⁸⁵ Laut Sicherheitsdirektor Hammerstein war der Raucherstreik aber ökonomisch nicht besonders fühlbar gewesen. Im

⁸⁰ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.104, Zl. 189.949/GD. St.B. 1933: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 22. Juli 1933.

⁸¹ Ebenda: Zl. 189.288/GD. St.B. 1933: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 22. Juli 1933.

⁸² Ebenda: Zl. 212.325/GD. St.B. 1933: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 9. September 1933 über das Einlangen einer Postkarte beim Steueramt Linz, mit der zum Steuerboykott aufgerufen wurde.

⁸³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.879, Zl. 255.253/GD. St.B. 1933: Nationalsozialistisches Flugblatt; beunruhigende Gerüchte über den Wiener Bankverein. Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 24. Dezember 1933.

⁸⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.887, GZl. 165.562/GD. St.B. 1934: NS Raucherstreik (Sammelmappe): Zl. 167.010/34: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 6. Mai 1934; Zl. 193.189/34, Zl. 188.804/34, Zl. 172.608/34 und Zl. 183.592/34.

⁸⁵ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.107, Zl. 184.944/GD. St.B. 1934: Dr. Max Stelzl, Hofrat in Ruhe in Linz; staatsbürgerliches Verhalten. Linzer Volksblatt, vom 15. Juni 1934.

Gegensatz dazu hatte die zeitlich parallel stattfindende Propaganda gegen die katholische Kirche immerhin einen nicht unbedeutenden Übertritt zum protestantischen Glauben bewirkt.⁸⁶

In diesem Sinne betätigte sich etwas südöstlich von Linz der seit 1922 amtierende evangelische Pfarrer von Thening, Gerhard Fischer, der als leidenschaftlicher NS-Propagandist galt. Fischer hatte als Vorsitzender des evangelischen Landespresseverbands und als Vorstandsmitglied des innerkirchlich verbotenen „Bunds deutscher Christen“ einflussreiche Positionen inne. Seine NS-Propagandaveranstaltungen tarnte er als harmlose Bibelstunden und bewirkte so im Laufe der Zeit eine deutliche Resistenz eines Großteils der Bevölkerung um Kirchberg und Marchtrenk gegenüber der VF. Zu diesem Thema hatte er auch ein Pamphlet über seine „Bedenken gegen den Eintritt in die Vaterländische Front“ verfasst. Durch diese Propaganda bewirkte Fischer vor allem in Kreisen der jüngeren Landbevölkerung eine deutliche Abwanderungsbewegung zum Nationalsozialismus, was sich auch in einer Konversion zum evangelischen Bekenntnis ausdrückte.⁸⁷

Die allgemeine Propagandatätigkeit der Nationalsozialisten flaute zwar Ende 1933 etwas ab, setzte aber in der ersten Dezemberwoche verstärkt und in ihren Methoden intensiviert wieder ein, wobei man nun zu gewalttätigeren Mitteln überging. So wurde am 4. Dezember 1933 versucht, die im Linzer Volksgartensaal tagende „vaterländische“ Kundgebung, bei der auch Minister Schuschnigg sprach, mit Tränengasbomben zu sprengen. Die in anderen Teilen Oberösterreichs verübten Sprengstoffanschläge wiesen eine Planmäßigkeit auf, welche die Behörden auf das Bestehen von NS-Sprengkommissionen schließen ließ,⁸⁸ die sich offensichtlich überhaupt nicht von der am 10. November 1933 wieder eingeführten und auch auf Anschläge aller Art zumindest theoretisch anwendbaren Todesstrafe abschrecken ließen. In Linz wurde von heimischen SS-Leuten gemeinsam mit dem Geschäftsführer eines Linzer Taxi- und Transportunternehmens ein umfang-

⁸⁶ AdR, BKA, Inneres, Polizeidirektion Wien, Berichte 1919–1938, Karton 42, Sicherheitsdirektorenberichte 1934, Mappe Berichte der Sicherheitsdirektoren Mai 1934: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 15. Mai 1934.

⁸⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.974, GZl. 300.109/GD. St.B. 1937: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 12. Mai 1935. AVA, Justizministerium, Landesgericht Linz, Strafsachen 1933–1938, Karton 5.356, Zl. 6Vr. 1.276/35 sowie Karton 5.365, Zl. 6Vr. 1.761/35. Strafsache Gerhard Fischer: Wegen seiner NS-Umtriebe angeklagt, kam es auf Initiative eines Linzer NS-Rechtsanwalts in der weiteren Folge zu einer Bürgermeistererklärung der Gemeinden Kirchberg, Hörsching, Oftering, Pasching, Holzhausen und Wilhering, in der die Rückkehr des NS-Pastors gefordert wurde. Sein Verfahren vor dem Landesgericht endete im Juli 1935 auch mit einem Freispruch, was von der nationalsozialistischen und protestantischen Pfarrgemeinde mit Begeisterung und Kirchenglockenläuten goutiert wurde, in der „vaterländischen“ Bevölkerung aber erhebliche Missstimmung auslöste. Dazu: AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.112, Zl. 317.711/GD. St.B. 1936: Rechtsanwalt Dr. Walter Nadler in Linz; ebenda, 22 gen., Karton 4.907, Zl. 350.188/35: Situationsbericht vom 3. Juli 1935.

⁸⁸ AdR, BKA, SR/22 OÖ, Karton 5.104, Zl. 249.793/GD. St.B. 1933: Lagebericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 11. Dezember 1933.



Abb. 1: Von der Exekutive sichergestelltes Sprengmaterial der illegalen Nationalsozialisten.

reicher Sprengstoff- und Waffenschmuggel mit zentraler Sprengmittelverteilung und Sprengmittelnachschub aufgezogen.⁸⁹ Die Polizei konnte zwar immer wieder solche Transporte aus dem Reich abfangen,⁹⁰ die zentralen Lager in Oberösterreich wurden aber bis zum Juliputsch 1934 nicht entdeckt.

Je länger der erwartete Zusammenbruch der österreichischen Regierung auf sich warten ließ, desto intensiver gestaltete sich der nationalsozialistische Terror. Ziel war es, einerseits die Regierung sukzessive zu demoralisieren und sie andererseits vor dem Ausland zu diskreditieren, dass sie der innenpolitischen Lage nicht mehr Herr wäre. Die Terrorpolitik wurde aktiv von Habicht aus München geleitet, wobei aber auch regionale und lokale Eigeninitiativen in der konkreten Umsetzung bestanden. Wurden in Oberösterreich ab Herbst 1933 erstmals im größeren Stil Böller eingesetzt, begann mit Silvester 1933 eine große Böller- und Sprengstoffwelle.⁹¹ Parallel dazu wurden aber immer noch eine Vielzahl von Verhandlungsfäden zwischen verschiedenen Exponenten des „Austrofaschismus“ und des Nationalsozialismus gesponnen.⁹²

⁸⁹ Bukey, Patenstadt, 223.

⁹⁰ Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte, 44 ff.

⁹¹ Jagschitz, Zur Struktur der NSDAP, 16.

⁹² Ross, Hitler und Dollfuß, 145 ff.; Langoth, Kampf um Österreich, 120 ff.

In Linz stellten der Dezember 1933 und Jänner 1934 einen ersten Höhepunkt im Böller- und Sprengstoffterror der Nationalsozialisten dar. Der Auftakt wurde am Abend des 12. November 1933 mit mehreren Sprengstoffanschlägen gesetzt, darunter einen auf die Arbeiterkammer, auf ein Heimwehrlokal sowie auf die Wohnung des Polizeidirektors. Für den letzteren Anschlag konnte ein 17-jähriger Friseurgehilfe der Tat überführt werden.⁹³ Als in der Nacht des 30. Novembers 1933 vor dem Wachzimmer und dem Bezirksgericht in Urfaß je ein Sprengkörper explodierte, konnten als Täter zwei SA-Scharführer festgenommen werden, die vom Beruf Handelsangestellte waren.⁹⁴ Am 15. Dezember folgte dann ein Anschlag auf das Landhaus: Auf der Promenade unmittelbar vor dem Sitz der Sicherheitsdirektion wurde ein Sprengkörper zur Explosion gebracht, der trotz seiner abgelegenen Positionierung deutlich wahrgenommen wurde, jedoch kaum Schaden anrichten und auch keine Personen gefährden konnte.⁹⁵ Nach diesem eher symbolischen Angriff auf die Zentrale der Exekutive in Oberösterreich wurde am Morgen des 22. Dezember bei Schneeräumarbeiten auf der Promenade nächst dem Stifterdenkmal noch ein weiterer scharf adjustierter, aber nicht explodierter Böller entdeckt.⁹⁶ Diese Sprengkörper bestanden zumeist aus Papierschachteln, weswegen sie auch die Bezeichnung „Papierböller“ erhielten, und waren zunächst meist mit Schwarzpulver gefüllt, das mittels einer Lunte zur Explosion gebracht werden konnte. Im Laufe der Zeit ging man jedoch zur Verwendung des gefährlicheren Chloratsprengstoffes über, wobei dieser mit Lehm vermischt, in Form von kleinen Kugeln von NS-Parteigängern auf das entsprechende Ziel geworfen werden konnte.⁹⁷

Neben öffentlichen Gebäuden des Staates, der Landesverwaltung oder der Exekutive waren Lokalitäten des bekämpften Klerikalismus, aber auch der Arbeiterbewegung beliebte Ziele von Anschlägen: Am 31. Dezember 1933 kam es zu je einem Papierbölleranschlag gegen das Haus des Linzer Maria-Empfängnis-Dombauvereins und gegen die Kammer für Arbeiter und Angestellte. Die Linzer Garnison hielt darauf über die Weihnachtsfeiertage mit einer Kompanie Bereitschaft, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein,⁹⁸ was aber wenig nützte: In der Silvesternacht kam es im ganzen Stadtgebiet zu mindestens sechs Papierbölleranschlägen, zu vier Hakenkreuzfeuern und zu einer Unmenge an Hakenkreuzstreuungen. Dabei wurde auch

⁹³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.879, Zl. 245.751/GD. St.B. 1933: Situationsbericht und Bericht des Polizeidirektors Scholz vom 13. November 1933.

⁹⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.879, Zl. 245.751/GD. St.B. 1933: Situationsbericht vom 30. November 1933.

⁹⁵ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.104, Zl. 251.827/GD. St.B. 1933: Polizeidirektion Linz. Vorfällenheitsbericht. Linz, am 16. Dezember 1933.

⁹⁶ Ebenda: Zl. 257.153/GD. St.B. 1933: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 23. Dezember 1933.

⁹⁷ Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte, 11 f.

⁹⁸ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.105, Zl. 100.946/34: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 30. Dezember 1933.



Abb. 2: Versand von Papier-Hakenkreuzen in Bensdorp-Schokolade-Schachteln (1933/34).

der damalige Rechtsanwaltsanwärter Ernst Kaltenbrunner wegen des Verdachts des Werfens eines Papierböllers verhaftet. Bei der anschließenden Hausdurchsuchung wurden bei ihm und bei drei seiner Mitstreiter über 150.000 Papierhakenkreuze aufgefunden.⁹⁹ Diese wurden mittels einer eigenen Hakenkreuzstanze in Linz erzeugt und zu 15.000 Stück in gebrauchten Bensdorp-Schokoladeschachteln nach auswärts versandt, weswegen in NS-Kreisen die Papierhakenkreuze auch als „Bensdorp-Streuschokolade“ bezeichnet wurden.¹⁰⁰

Mit den Anschlägen am 4., 10., 16., 17., 19., 23., 25., 27. und 28. Jänner 1934 wurde die Welle von Papierböllern- und Sprengstoffanschlägen auch im neuen Jahr fortgesetzt, in deren Folge der oberösterreichische Sicherheitsdirektor aufgrund der Verordnung vom 12. Jänner 1934 bekannten NS-Aktivistinnen, aber auch großdeutschen Stadthonoratioren, die als stadtbekanntes NS-Sympathisanten galten, in Form von Kollektivhaftung eine finanzielle Ersatzleistung für die entstandenen Sachschäden aus den Terroranschlägen vorschrieb. In der konkreten Form des Verwaltungsstrafverfahrens der politi-

⁹⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.885, Zl. 142.272/GD. St.B. 1934: Situationsberichte; Jänner 1934: Situationsbericht vom 1. Jänner 1934.

¹⁰⁰ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.889, Zl. 183.615/GD. St.B. 1934: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 6. Juni 1934.

schen Polizeistrafgerichtsbarkeit konnten sie ohne gerichtliches Urteil bis zu sechs Wochen inhaftiert oder zu einer Strafzahlung bis zu 1.000 Schilling angehalten werden. Auch Alfred Proksch wurde vom Sicherheitsdirektor eine Ersatzleistung von über 1.000 Schilling als Schadenswiedergutmachung aufgrund der Terrorakte des Jänners 1934 vorgeschrieben.¹⁰¹ Die restlichen insgesamt 64 durch Berufsangaben sozialstrukturell erfassbaren Linzer, die zu „Ersatzleistungen für Schäden aus Terrorakten“ in der Höhe von 50 bis 1.000 Schilling herangezogen wurden, waren zu 45 Prozent Angestellte (technische und kaufmännische Angestellte, Buchhalter und Bankangestellte), zu 30 Prozent selbstständige Unternehmer (Inhaber eines Friseur- oder Uhrmacherladens, Bäckereibesitzer, Kaufleute und Gasthausbesitzer, Kleinunternehmer sowie ein Druckereibesitzer und Bankdirektor), zu 14 Prozent Freiberufler (Anwälte, Ärzte, Zahntechniker) und zu elf Prozent Beamte (Lehrer, Finanz- und ÖBB-Beamte, Offiziere und sogar ein Gendarmeriemajor).¹⁰²

Am Abend des 16. Jänner 1934 wurde ein abermaliger Anschlag auf das Landhaus verübt. Dabei wurde im Promenadepark hinter dem Stifterdenkmal ein Papierböllchen von so starker Sprengladung gelegt, dass er in spektakulärer und weithin hörbarer Weise zur Explosion gelangte und dabei insgesamt 53 Fenstertafeln zertrümmerte, Teile der Fassade beschädigte und einen großen Menschenauflauf zur Folge hatte. Am Tatort konnten keine Verdächtigen wahrgenommen und auch die unmittelbaren Täter nicht ermittelt werden. Doch wurden gleich nach dem Anschlag von der Polizeidirektion Linz insgesamt 60 Personen als die „geistigen Urheber solcher Handlungen“ festgenommen, die vorwiegend aus Intelligenzberufen stammten. Unter diesen befanden sich fünf Rechtsanwälte, drei Mittelschulprofessoren, drei Ingenieure, zwei Beamte der Finanzlandesdirektion, zwei Gemeinderäte, zwei pensionierte Gendarmeriebeamte, ein Lehrer und viele Privatbeamte. Der kleinere Teil bestand aus Handwerkern wie Bäcker, Schlosser, Steinmetze, aus Hilfsarbeitern sowie Handelsangestellten. Bei Hausdurchsuchungen wurde teilweise belastendes Material gefunden. Über die Verdächtigten wurden empfindliche Arreststrafen wegen verbotener Parteibetätigung ausgesprochen, bei einem Teil der Festgenommenen, darunter zwei Rechtsanwälten, beantragte man sogar die Internierung im Anhaltelager Wöllersdorf. 24 festgenommene Personen mussten mangels an Beweisen einer illegalen Tätigkeit oder wegen amtsärztlich bestätigter Krankheiten wieder auf freien Fuß gestellt werden.¹⁰³

¹⁰¹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.107, Zl. 182.904/GD. St.B. 1934: Proksch Alfred, Ersatzleistung für Schäden aus Terrorakten; Berufung.

¹⁰² AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.107 und 5.108: Diverse Vorschreibungen für Linzer NS-Sympathisanten. Vgl. dazu die Sozialstruktur der NS-„Förderer“ im Bezirk Scheibbs, die vorwiegend aus gewerblichen Besitzern und selbstständigen Handels- und Gewerbetreibenden sowie Gastwirten bestand: Mulley, Nationalsozialismus im politischen Bezirk Scheibbs, 86 f.

¹⁰³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.105, Zl. 109.259/GD. St.B. 1934: Sprengkörperanschlag auf das Landesregierungsgebäude in Linz. Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 18. Jänner 1934.

Am 17. Jänner 1934 erfolgte ein Bölleranschlag auf das Haus des Katholischen Gesellenvereins an der Langgasse, und am 19. Jänner 1934 explodierte ein weiterer Böller vor dem Toreingang der Seminarkirche, wodurch Gebäude- und Fensterschäden verursacht wurden.¹⁰⁴ Am selben Tag kam es zu einem größeren Anschlag auf das Missionshaus bei St. Ignatius der Gesellschaft Jesu an der Domgasse. Auch dort wurden einige Fenster und Türen zertrümmert.¹⁰⁵

Weniger antiklerikal orientiert war der Anschlag am Abend des 23. Jänner, bei dem ein 16-jähriger, als eifriger Nationalsozialist bekannter Student und Sohn eines pensionierten Majors einen Papierböllner in den Garten der Kaiser-Franz-Josef Volks- und Hauptschule an der Figulystraße warf, der insgesamt 62 Fensterscheiben zerbersten ließ.¹⁰⁶ Am Abend des 25. Jänner kam es zu Papierböllneranschlägen auf das Hauptpostgebäude, bei denen 96 große Fensterscheiben zersplitterten, sowie auf das Bezirksgericht in Urfahr.¹⁰⁷ Am 27. Jänner explodierte im Hofraum des katholischen Pressvereinsgebäudes ein Papierböllner. Am darauf folgenden Tag erreichte die Böller- und Terrorwelle ihren vorläufigen Höhepunkt: Am Vormittag kam es zur Anbringung von Hakenkreuzen an verschiedenen exponierten Stellen, am Abend desselben Tages detonierten im Hof der Waldeggschule, vor dem Bischofshof, vor der Knabenvolksschule 2 in der Altstadt, im Park des Schillerplatzes bei der Studienbibliothek, bei der Arbeiterkammer, in Margarethen und beim Zollamtsgebäude bzw. bei der Finanzlandesdirektion Sprengkörper, die insgesamt einige Hundert Fenstertafeln zertrümmerten. Sie wiesen teilweise eine sehr starke Detonationswirkung auf, konnten jedoch keinen schwereren Sachschaden anrichten. Weitere nicht explodierte Böller wurden auf der Blumauerstraße und im Museumspark gefunden.¹⁰⁸

Parallel zur Jänner-Terrorwelle kam es in Linz zur Verbreitung eines öffentlichen Aufrufs der Nationalsozialisten, in welchem man, überzeugt die „deutsch gesinnte“ Bevölkerung Österreichs hinter sich zu haben, angesichts der Wirkungslosigkeit der „Demonstrationen“ der Jahreswende

¹⁰⁴ Ebenda, Zl. 119.635/GD. St.B. 1934: Bescheid des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 3. Februar 1934 gegen den Kaufmann Ing. Ernst Allrecht und seine Frau Paula Allrecht aufgrund der Verordnung der Bundesregierung vom 12. Jänner 1934 (BGBl. Nr. 20) bezüglich der Vorschreibung einer Ersatzleistung wegen NS-Terroranschläge.

¹⁰⁵ Ebenda, Zl. 119.636/GD. St.B. 1934: Bescheid des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 3. Februar 1934 über Ersatzleistung an Professor Fritz Werbik, Prokurist der Linzer Poschacher-Brauerei, ehemaliges Leitungsmitglied des nationalsozialistischen Arbeitervereins für Österreich, Landesschatzmeister der Landesleitung Österreich der NSDAP und ehemaliger Kassier des Vereins „Deutsches Heim“ in Linz. Wegen illegaler NS-Betätigung wurde er bereits zuvor mit sechs Wochen Arrest bestraft. AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.885, Zl. 142.272/GD. St.B. 1934: Situationsbericht vom 20. Jänner 1934.

¹⁰⁶ Ebenda, GZl 112.020/GD. St.B. 1934: Telephonischer Bericht vom 27. Jänner 1934 und Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 25. August 1934.

¹⁰⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.885, Zl. 142.272/GD. St.B. 1934: Situationsberichte vom 26. Jänner 1934.

¹⁰⁸ Ebenda, Zl. 114.462/GD. St.B. 1934: Vorfällenheitsbericht der Polizeidirektion Linz vom 29. Jänner 1934, sowie Karton 5.106, Zl. 168.936/GD. St.B. 1934.

1933/34 das „Recht der Notwehr“ proklamierte. Man rief auf, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Sturz der Gewaltherrschaft in Österreich zu betreiben, um schließlich zu verlangen, „daß die Mitglieder dieser Regierung ehestens standrechtlich aufgehängt werden und eine nationalsozialistische Regierung den Wiederaufbau Österreichs an der Seite des großen Bruderreiches endlich in die Wege“ leiten sollte.¹⁰⁹

Zur gleichen Zeit war ein Flugblatt der Linzer Bezirksleitung der NSDAP mit dem Titel „Der Linzer Polizei ins Stammbuch“ im Umlauf, in welchem Klage über die Schikanen der Polizeibehörden, über die willkürlichen Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Arrestierungen auch von „unschuldigen“ ehemaligen Nationalsozialisten aus der Zeit der Legalität geführt wurde, wodurch die Achtung vor dem Gesetz verloren ginge, und „unsere ehemalige gute und gerechte Justiz zu einer willfährigen politischen Hure herabgesunken“ wäre. Zwar wurde „Verständnis“ darüber geheuchelt, dass die Exekutive den Befehlen der Regierung, solange sie an der Macht wäre, Folge zu leisten habe, um eben dem Gesetz Genüge zu tun, doch wurde unverhohlen – „Aug um Aug – Zahn um Zahn“ – mit der Sühnung der „willkürlichen und wahllosen“ Polizeiübergriffe gedroht und dabei der Polizeipräsident Viktor Bentz heftig verhöhnt und an den Pranger gestellt.¹¹⁰ Wie ernst diese Drohungen in der retrospektiven Betrachtung zu nehmen waren, ist daran zu ersehen, dass Bentz unmittelbar nach dem „Anschluss“ von der SS ermordet wurde.

Gleichzeitig jedoch wurde in einer internen Anweisung der Linzer NSDAP jedem Parteigenossen unter Androhung seines sofortigen Ausschlusses aufgetragen, in einem unermüdlich, rücksichtslos und fanatisch geführten „Kleinkrieg“ den Kampf gegen das Regime zu führen. Dabei sollten auch deren Frauen und die Jugendlichen miteingebunden und auch in der Partei fern stehende Kreise eingedrungen werden, um diese politisch zu unterminieren. Es wurde angeordnet, nur noch bei Nationalsozialisten einzukaufen, bei Schiausflügen sollten unermüdlich Hakenkreuze in den Schnee gemalt werden. Vor allem sollte die bäuerliche Bevölkerung in den Landgasthäusern propagandistisch mit dem Verweis auf den Missbrauch des Katholizismus und die „Judenhörigkeit“ des Dollfuß-Regimes gewonnen werden. Denn gerade bei der Bauernschaft, aber auch in der Arbeiterschaft konstatierte man eine große Unzufriedenheit und erhoffte gar einen „beginnenden Volksaufstand“ in Oberösterreich. Die letzte große Offensive, die „Entscheidungsschlacht“, setzte man für die nächsten Monate des Jahres 1934 an, worauf man sich auch dementsprechend vorbereitete.¹¹¹ So fand die Polizei am

¹⁰⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.105, Zl. 109.116/GD. St.B. 1934: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 19. Jänner 1934.

¹¹⁰ Ebenda, Zl. 118.724/GD. St.B. 1934: Schreiben der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 6. Februar 1934.

¹¹¹ Ebenda, Zl. 109.116/GD. St.B. 1934: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 19. Jänner 1934.

27. Jänner in zwei Linzer Gasthäusern ein großes Depot von Propagandamaterial und Sprengmitteln. Bei einer weiteren Hausdurchsuchung bei einem Beamten der Linzer Schifffahrtsagentie wurde eine Geldverteilerstelle aufgedeckt, bei der die reichsdeutschen Gelder zur Finanzierung der Propaganda- und Sprengstoffaktionen eingelangt waren und weiterverteilt wurden.¹¹² Am 8. Februar wurde anlässlich einer Hausdurchsuchung bei einem Linzer Tischlermeister ein weiteres Sprengstofflager mit über 200 Stück Sprengkörpern, Papierböllern und Gas-Nebel-Eiern sowie reichliches, aus Deutschland stammendes Propagandamaterial entdeckt.¹¹³ Dieses wurde unter anderem in größeren Mengen über Donauschiffe des Bayerischen Lloyd nach Linz geschmuggelt. Auf dem selben Wege wurden auch Parteinachrichten übermittelt.¹¹⁴

Parallel dazu versuchte man auf propagandistischer Ebene, mit gruppenspezifischer Sozialdemagogie verschiedene fern stehende Bevölkerungsschichten zu gewinnen und proklamierte für die eigenen Kreise im „Notwinter 1933/34“ eine Hilfsaktion, durch die es „keinen hungernden und frierenden Nationalsozialisten [mehr] geben“ sollte. Mit diesem „Werk christlicher Nächstenliebe“ sollte eine symbolische klassen- und schichtenübergreifende Gruppensolidarität ganz im Sinne der „nationalen“ und „sozialen Volksgemeinschaft“ zumindest für die eigenen Reihen propagiert werden.¹¹⁵

Trotz der Ende Jänner in Linz schnell abflauenden Terrorwelle konstatierte Sicherheitsdirektor Hammerstein noch lange keine Entspannung der Lage, sondern befürchtete im Gegenteil sogar einen nahe stehenden nationalsozialistischen Putschversuch, der auch von sozialdemokratischen und kommunistischen Kreisen eine gewisse Unterstützung finden könnte.¹¹⁶ Vor allem schien die sozialdemokratische Arbeiterjugend in größerem Ausmaß zu den Nationalsozialisten überzutreten, obgleich die sozialdemokratischen Führer alles daran setzten, um „zu retten was noch zu retten“ sei.¹¹⁷ Die allgemeine Unruhe unter den Sozialdemokraten hielt laut Hammerstein auch Anfang Februar an, da sich vor allem die jüngere Arbeiterschaft durch ihre Führer irregeleitet fühlte und stark zu den Nationalsozialisten hinneige.¹¹⁸

¹¹² AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.885, Zl. 142.272/GD. St.B. 1934: Situationsberichte vom 28. Jänner 1934.

¹¹³ Ebenda, Zl. 142.271/GD. St.B. 1934: Situationsbericht vom 8. Februar 1934.

¹¹⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.879, Zl. 242.625/GD. St.B. 1933: Motorschiff „Fugger“ des Bayerischen Lloyd; Schmuggel von Briefen und nationalsozialistischem Material: Berichte der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 16. und 22. November 1933; ebenda, Karton 4.880, Zl. 104.784/GD. St.B. 1934: Blank Eugen, Beamter der Süddeutschen Donau-Dampfschiffarts-Gesellschaft, Bestrafung wegen nationalsozialistischer Parteibetätigung. Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 2. Februar 1934.

¹¹⁵ Carsten, Faschismus, 232.

¹¹⁶ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.105, Zl. 110.677/GD. St.B. 1934: Allgemeiner Lagebericht des Sicherheitsdirektors Hammerstein vom 22. Jänner 1934.

¹¹⁷ Ebenda, Zl. 113.970/GD. St.B. 1934: Lagebericht des Sicherheitsdirektors Hammerstein vom 29. Jänner 1934.

¹¹⁸ Ebenda, Zl. 118.108/GD. St.B. 1934: Lagebericht aus Oberösterreich: Bericht Hammersteins vom 5. Februar 1934.

Der Höhepunkt der österreichweiten Terrorwelle, welche nicht auf die ungeteilte Zustimmung der oberösterreichischen NS-Funktionäre stieß und die im Gegensatz zu Linz Ende Jänner noch weiter zunahm, wurde Anfang Februar 1934 erreicht. Doch kurz vor dem sozialdemokratischen Februar-aufstand brachen diese Aktionen ab.¹¹⁹ Auch wenn die Nationalsozialisten am 12. Februar entsprechend den ausgegebenen taktischen Weisungen strikte Neutralität zwischen den Kampfparteien zu halten hatten, bestanden doch regional und schichtspezifisch unterschiedliche Reaktionsmuster in Grad und Form der Involvierung bei den Februarkämpfen. Stellte sich der völkisch-antisemitische „Deutsche Turnerbund“ am 12. Februar zur Abwehr der „völkischen Gefahr“ den Sicherheitsbehörden zur Verfügung, und ordnete die oberösterreichische Landesgruppe des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ schärfsten Widerstand gegen jegliche Streikversuche der Sozialdemokratie an, so verfolgte vor allem die SA den Aufstand der Sozialdemokratie insgeheim mit Sympathien. In Linz-Urfahr hatten sich Nationalsozialisten sogar bewaffnet, um sich auf der Hauptstraße zu sammeln. Fallweise wurden Kontakte zu postierten Schutzbündlern geknüpft, wobei den Nationalsozialisten von diesen in der Knabenseminarstraße ihre Walther-Pistolen wieder abgenommen wurden.¹²⁰

Mit der Niederringung des Aufstands wurde zugleich auch der Hauptgegner des Nationalsozialismus ausgeschaltet: die organisierte sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Um die führerlos gewordenen und desorientierten Sozialdemokraten begannen nun sofort die Nationalsozialisten intensiv und partiell auch erfolgreich zu werben. Die Perzeption des Dollfuß-Regimes als den gemeinsamen Feind von Sozialdemokraten, insbesondere von aufständischen Schutzbündlern, und Nationalsozialisten konnte dabei gerade in Linz als einer der Hochburgen des Februaraufstands dazu beitragen. Selbst verhaftete Schutzbundführer bestätigten den Übertritt von Teilen ihrer Leute zur NSDAP, weil diese den Eindruck vermitteln konnte, dass sie unter den gegebenen Verhältnissen die einzige wäre, welche sich für bessere Lebensbedingungen in der Arbeiterschaft einsetzen würde.¹²¹ Zweifelsohne war das vorherrschende Verhaltensmuster der Sozialdemokratie nach dem Februar 1934 das der politischen Resignation, gefolgt von der Anpassung an das herrschende Regime. Doch gerade in Linz, wo der in der Monarchie wurzelnde Deutschnationalismus als das dominante Muster der kulturellen Hegemonie¹²² aufgrund der mangelnden Prägekraft einer

¹¹⁹ Zu den Kämpfen in Linz siehe etwa Fiereder, *Der Republikanische Schutzbund*, 201–248.

¹²⁰ Schafranek, *NSDAP und Sozialisten*, 97 ff.; Kammerstätter, *Der Aufstand des Republikanischen Schutzbundes*, Bd. 3, 1884 ff.

¹²¹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.105, Zl. 120.003/GD, St.B. 1934: Lagebericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 26. Februar 1934; AdR, BKA, Inneres, Polizeidirektion Wien, Berichte 1919–1938, Karton 42, Sicherheitsdirektorenberichte 1934, Mappe Berichte der Sicherheitsdirektoren März 1934: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 12. März 1934.

¹²² Mayrhofer, Franz Dinghofer; Tweraser, Dr. Carl Beurle; Embacher, *Von liberal zu national*.

sozialistischen Gegenkultur weit über die Kernschichten des Provinz-Bildungs- und Besitzkleinbürgertums hinausgehend, auch in die zumeist gewerblich und kleinbetrieblich geprägte Arbeiterschaft hineinreichte, erleichterten die so verschwimmenden Grenzen zwischen „sozial“, „national“ und „antiklerikal“ so manche Übergänge vom Sozialismus zum Nationalsozialismus. Aber auch der gewerkschaftlich-sozialdemokratische Provinzantisemitismus mit einer parteiinternen Spitze gegen die Wiener Zentrale, hat den Wechsel von der Sozialdemokratie zum Nationalsozialismus erleichtert. Von Signalwirkung waren sicherlich die Parteiübertritte der Anfang April 1934 aus dem Linzer Landesgericht von Nationalsozialisten befreiten oberösterreichischen Schutzbundführer Franz Schlagin und Otto Huschka nach ihrer Aufsehen erregenden Flucht ins Reich. Eine nicht geringere Wirkung wird die einige Monate andauernde ideologische Verwirrung des dabei ebenfalls befreiten Schutzbundführers Richard Bernaschek erzielt haben, der mit dem Nationalsozialismus als einem „zweiten Sozialismus“ liebäugelte, was die Nationalsozialisten natürlich intensiv für ihre Eigenwerbung nutzten.¹²³ Doch vollzog sich in Oberösterreich der Übertritt vom Schutzbund zu den Nationalsozialisten im größeren Ausmaß und sogar teilweise in geschlossenen Einheiten erst nach ihrer Flucht ins Reich, wo sie dann zumeist bei der „Österreichischen Legion“ landeten.¹²⁴ Von den Hiergebliebenen waren es weniger die fest sozialdemokratisch Organisierten, sondern vielmehr die jungen, organisations- und milieungebunden, oft auch arbeitslosen Arbeiter, Hilfsarbeiter und Lehrlinge, die zu nationalsozialistischen Militanten wurden.

Auf propagandistischer Ebene versuchten die Nationalsozialisten die besiegten Sozialdemokraten zu gewinnen, indem sie strikt zwischen dem „feigen, hetzerischen und verbrecherischen jüdischen Marxismus“ und dem „wahren, deutschen und nationalen Sozialismus“ unterschieden.¹²⁵ Adolf Hitler wurde dabei zum „Mann der deutschen Arbeiter“ stilisiert, der aus eigenem Erleben das Los der Proletarier kenne und daher auch verstehe und der aus diesem Grunde für die Befreiung der Arbeit vom Kapital kämpfe. Das klassenkämpferische Pathos der Sozialdemokratie wurde in Form eines antisemitisch und antibolschewistisch aufgeladenen Antiinternationalismus durch den Nationalsozialismus als dem selbstlegitimierten Nachfolger der gescheiterten und besiegten Sozialdemokratie weiterverwendet.

Parallel dazu wurde die Bauernschaft, die man ja bereits in Oberösterreich durch die Aufstellung von so genannten NS-Bauernschaften nicht

¹²³ Kykal/Stadler, Richard Bernaschek, 101 ff.

¹²⁴ Konrad, Das Werben der NSDAP, 75 ff.

¹²⁵ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.106, Zl. 136.705/GD. St.B. 1934: Nationalsozialistische Flugblätter – Zusendung an einen hiesigen Arzt per Post. Bericht des Bundes-Polizeikommissariats Wels vom 12. März 1934. Slapnicka, Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg, 178 f. Weitere Beispiele der sozialen Demagogie der Nationalsozialisten bei Schafranek, NSDAP und Sozialisten, 101 ff.

gerade erfolgreich zu organisieren versucht hatte, nun mit einem Antiitalianismus umworben, womit geschickt mit einem noch deutlich aus dem Ersten Weltkrieg nachwirkenden Feindbild die Speerspitze sowohl gegen die Regierung, die mit ihrem außenpolitischen Kurs die Interessen der Bauernschaft verkaufe, als auch gegen die ausländischen Feinde des „Deutschtums“ geführt wurde. Dabei wurden immer wieder Beispiele der Unterdrückung des „deutschen Volkstums“ in Südtirol angeführt, was in Linz auch in weiten Kreisen der Bevölkerung auf offene Ohren stieß.

Die bürgerlichen Mittel- und Gewerbeschichten wurden wieder mit der Behauptung umworben, dass das Dollfuß-Regime ihre ökonomische Substanz vergeudet habe, wobei hier oft auch antisemitische Stereotypen ihre aufnahmebereite Anwendung fanden. Kurz: Die Antwort auf die sozio-ökonomischen Probleme von Arbeiterschaft, Bauernschaft und Bürgertum wäre der Anschluss Österreichs und Hitler.¹²⁶

Die am 19. Februar 1934 von Habicht decouvrierend proklamierte vorübergehende Einstellung der Terrorpolitik, was de facto einem Ultimatum an die Regierung gleichkam, wurde in Linz lückenlos eingehalten. Die lokalen Nationalsozialisten entfalteten keine besonderen Tätigkeiten, lediglich die Hitler-Jugend, unter der sich viele Mittelschüler befanden, hielt auch weiterhin ihre Appelle ab und bekam Weisungen.¹²⁷ Noch für Mitte März berichteten die Linzer Polizeibehörden, dass das Verbot der öffentlichen Propaganda auch befolgt werde, doch bestand eine rege personelle Werbetätigkeit von Mann zu Mann zur Gewinnung der ehemaligen Schutzbündler und Sozialdemokraten, wobei abermals auf einige Erfolge in der Gewinnung jüngerer Arbeitsloser hingewiesen wurde.¹²⁸ Gerade in diesen ökonomisch deprivierten, sozial exkludierten und gesellschaftlich unzufriedenen Kreisen fußte das aktivistische und sehr unruhige Moment der nationalsozialistischen Bewegung dieser Zeit. Denn in den Regionen außerhalb Wiens fehlte die kulturelle Hegemonie einer breiten sozialdemokratischen Vereinskultur, welche ein Abwandern der jungen Militanten zu anderen politischen Bewegungen oder in die Passivität hätte verhindern oder zumindest stark abfedern können.¹²⁹ Am Land kamen zudem noch die jüngeren, durch die Wirtschaftslage bedrängten Landwirte und Bauernsöhne hinzu. Diese Entwicklung wurde durch die Unfähigkeit des „austrofaschistischen“ Regimes, wirtschafts- und sozialpolitische Integrations- und Befriedungsangebote an die geschlagene Arbeiterschaft zu entwickeln und die Agrarkrise zu lösen, nur noch weiter gefördert.

¹²⁶ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.106, Zl. 159.399/GD. St.B. 1934: „NS Rundschau“ der Bezirksleitung Linz, Jg. 1, Folge 1, und „Kampfblatt“ der NSDAP Bezirk Linz, Jg. 2, Folge 17. Bericht des Bundes-Polizeikommissariats Wels vom 21. April 1934.

¹²⁷ Ebenda, Zl. 129.555/GD. St.B. 1934: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 23. Februar 1934.

¹²⁸ Ebenda, Zl. 137.305/GD. St.B. 1934: Situationsbericht der Polizeidirektion Linz über die Bewegung der NSDAP in Oberösterreich. Bericht vom 14. März 1934.

¹²⁹ McLoughlin, Das intensive Gefühl, 54.

Dank dieser Abwanderungstendenzen schien sich die Situation der Nationalsozialisten leicht verbessert zu haben. Für März schätzte die Polizei die Mitglieder der Linzer SA auf etwa 500 Mann. Diese waren aber nicht besonders straff organisiert und überdies durch die Bestrafung und Anhaltung ihrer Führer in der Entwicklung geschwächt. Deswegen wurden sie für die Sicherheitsbehörden als nicht besonders gefährlich eingeschätzt. Die viel straffer organisierte Linzer SS wurde auf etwa 100 Mann geschätzt, deren Aufgabe in dieser Zeit hauptsächlich in der Werbetätigkeit und in der Organisation von Terrorakten bestand. Zudem erhielt sie den Auftrag, wenn möglich einer »vaterländischen« Organisation beizutreten, wobei insbesondere die SS-Führer als Tarnorganisation den „Freiheitsbund“, die militante Organisation des „ständestaatlichen“ Gewerkschaftsbundes, bevorzugten.¹³⁰ Aber auch aus den Reihen der SA rekrutierten sich einige Freiheitsbündler.¹³¹ Nicht zuletzt durch ehemalige Sozialdemokraten, welche dieselbe Idee hatten, zählte der vaterländische „Freiheitsbund“ im Mai 1934 in Oberösterreich bereits rund 2.000 Mitglieder und war weiter im Wachsen begriffen.¹³²

Der Linzer Polizei war es mit der Abgabe der Intelligenz der lokalen Parteiführung in die Anhaltelager gelungen, die NSDAP schwer zu treffen. In der Folge versuchten nur noch die einzelnen Unterführer, die Bewegung weiterzuführen. Daher erwarteten sich die Sicherheitsbehörden für die nächste Zeit keine größeren Aktionen von Seiten der Nationalsozialisten.¹³³ Doch sollten sie sich täuschen. Die am Sonntag, dem 29. April 1934, in Linz stattfindende große vaterländische Bauernkundgebung, bei der auch Dollfuß als Redner angesagt war, sollte im großen Stil gestört werden. Ein Großteil der führenden Funktionäre von Parteiorganisation (PO), SA, SS und HJ flüchtete aus Furcht vor Verhaftungen angeblich schon Tage zuvor auf das Land und kehrte am betreffenden Tag zwecks Störung der Kundgebung wieder in die Stadt zurück. Dabei erwarteten sich die Nationalsozialisten eine Teilnahme von mindestens 10.000 Personen, die in den von der VF bereitgestellten Sonderzügen und Autobussen nach Linz anreisen sollten. Aus diesem Grund erließ aber der Sicherheitsdirektor am 25. April die Weisung, Sonderzüge und Sonderbusse strikt zu kontrollieren. Auch der private Reiseverkehr nach Linz solle genau beobachtet und NS-verdächtige Personen sofort abgewiesen werden.¹³⁴ Aufgrund umfangreicher Sicher-

¹³⁰ AdR, BKA, Inneres, Polizeidirektion Wien, Berichte 1919–1938, Karton 42, Sicherheitsdirektorenberichte 1934, Berichte der Sicherheitsdirektoren März 1934: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 18. März 1934.

¹³¹ Ebenda, Berichte der Sicherheitsdirektoren April 1934: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 3. April 1934.

¹³² Ebenda, Berichte der Sicherheitsdirektoren Mai 1934: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 15. Mai 1934.

¹³³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.106, Zl. 137.305/GD. St.B. 1934: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 14. März 1934.

¹³⁴ Ebenda, Zl. 159.679/GD. St.B. 1934: Bauernkundgebung in Linz am 29. April 1934; beabsichtigte Störungen.

heitsvorkehrungen, einer 300 Mann-Verstärkung der Exekutive aus Wien und rigoroser Verkehrskontrollen 5 Kilometer im Umfeld von Linz konnte ein reibungsloses Ablaufen der Veranstaltung sichergestellt werden. Der Ablauf der „vaterländischen“ Kundgebung, zu der fast 40.000 Teilnehmer in 30 Sonderzügen in die reich beflaggte Stadt gebracht worden waren, konnte zwar nicht gestört werden, aber als am Platz vor der Südbahnhofhalle die obligatorische Feldmesse zelebriert, vor dem Landhaus das große Festzugsdefilee abgenommen und anschließend am überfüllten Hauptplatz „vaterländische“ Ansprachen von Bundeskanzler Dollfuß und Landeshauptmann Gleißner gehalten wurden, explodierten in den äußeren Stadtbezirken zur gleichen Zeit 14 Sprengkörper. Es kam zu insgesamt 41 Anhaltungen wegen Schmierens von Hakenkreuzen, Hakenkreuzstreuens und des versuchten Entrollens einer Hakenkreuzfahne auf einem Fabriksschlot. In der Nähe der Wohnung des Sicherheitsdirektors explodierte ein weiterer Sprengkörper, der einige Fensterscheiben zerbersten ließ.¹³⁵

Bereits ab Mitte Mai startete dann die nächste, diesmal noch heftigere Böller- und Bombenwelle, die sich über das ganze Bundesgebiet erstreckte und im Juliputsch 1934 ihren Höhe- und Kulminationspunkt fand. Diese Wellenbewegungen in der Intensität der Terroraktivitäten stellten das Resultat einer Verbindung zweier verschiedener Strategien dar: der versöhnlicheren, evolutionären Politik Hitlers einerseits und der putschistischen Politik Habichts andererseits, wobei jedoch Hitler Habichts Plänen dennoch freie Hand ließ.¹³⁶

In diese zweite große Terrorwelle fielen in Linz am Vormittag des 26. Mai 1934 die gleichzeitigen Detonationen mehrerer Sprengkörper reichsdeutscher Herkunft vor der städtischen Dorfhalle und der Bundesrealschule an der Fadingerstraße. Ein geplanter Anschlag auf das Bundesgymnasium auf der Spittelwiese gelang nicht, weswegen der dafür vorgesehene Sprengsatz im Flur des Linzer Priesterheims gezündet wurde. Bei allen drei Detonationen entstand teilweise beträchtlicher Schaden durch zerborstene Fensterscheiben, beschädigte Türen, Schlösser oder Fassadenteile. Als Täter konnten von der Linzer Polizei vier 16- bis 17-jährige Burschen, vorwiegend ehemalige, aufgrund schulischer Misserfolge ausgetretene Zöglinge, arbeitslose Schulabgänger, bzw. ein Lehrling ermittelt werden. Als unmittelbarer Anlass dieser Anschläge wurde die versuchte Störung der am folgenden Tag in ganz Österreich abgehaltenen großen offiziellen „vaterländischen“ Feier des „Tags der Jugend“ angegeben.¹³⁷ Deren bewusst Österreich patriotischer Impetus

¹³⁵ Ebenda, GZl. 159.679/GD. St.B. 1934, Zl. 163.296/34: Berichte der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 29. und 30. April 1934 sowie des Sicherheitsdirektors vom 30. April 1934. Vergleiche auch die Erinnerungen von Sicherheitsdirektor Hammerstein: Hammerstein, Im Anfang, 129 f.

¹³⁶ Botz, Gewalt in der Politik, 225, 258 ff.

¹³⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5107, Zl. 185.712/GD. St.B. 1934: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 7. Juni 1934. Zum „Tag der Jugend“: Gehmacher, Jugend ohne Zukunft, 326, 401.

wurde auch von beträchtlichen Teilen der Schüler- und Lehrerschaft der Linzer Bundes-Handelsakademie durch das demonstrative Nichtmitsingen der Bundeshymne und anderer „vaterländischer“ Lieder systematisch boykottiert, was zu heftigen Protesten seitens der „vaterländischen“ Bevölkerung führte.

Offensichtlich waren diese Unwillenskundgebungen aber nur die Spitze des Eisbergs. Denn die daraufhin eingeleiteten polizeilichen Untersuchungen förderten so manche NS-propagandistischen Umtriebe von Teilen der Handelsakademie-Schüler zu Tage, die auch vom Großteil der vorwiegend deutschnational orientierten Lehrerschaft unterstützt und von der Direktion zumindest passiv geduldet worden waren. Die teils demonstrative, teils passive Unterstützung dieser Umtriebe durch die Lehrer führte zu einer Unterminierung der verordneten „vaterländischen Erziehung“, zur Verunsicherung der „vaterländisch“ eingestellten Schüler und spornte ganz augenscheinlich die nationalsozialistisch gesinnten Schüler nur noch zu weiteren Aktivitäten an. Doch die unmittelbare Folge der Erhebungen war lediglich die Suspendierung des am meisten diskreditierten Professors.¹³⁸

Eine weitere beliebte Form jugendlicher Propaganda, in der die Reflexe pubertärer Auflehnung, aber auch von Abenteuerlust und die Freude an Mutprobenspielen eingebracht und instrumentalisiert werden konnten, war das Abbrennen, Streuen oder Schmieren von Hakenkreuzen. Mit dieser Mythisierung des Parteisymbols sollte nicht nur der „idealistische Aktionismus“ und das jugendliche Protestpotential gegenüber dem Regime ein Ventil erhalten, sondern darüber hinaus auch eine Verunsicherung der „austrofaschistischen“ Eliten und ihrer Anhänger erreicht werden. Denn in letzter Konsequenz stand hinter jeder kleinen Hakenkreuzschmiererei die „unbesiegbare Idee“ des Nationalsozialismus mitsamt seiner machtpolitischen Repräsentanz und „Rückendeckung“ im Dritten Reich. In Linz waren die spektakulärsten Orte der Hakenkreuzpropaganda die umliegenden Anhöhen auf dem Pöstlingberg oder Pfenningberg, wo die brennenden Hakenkreuze weithin sichtbar waren. Am Abend des 31. Mai 1934 verursachte das Abbrennen eines Hakenkreuzes am Pfenningberg aufgrund der herrschenden Trockenheit sogar einen Waldbrand, welcher einige Joch Wald der Herrschaft Weissenwolff vernichtete und die umliegenden Bauernhäuser bedrohte. Die Täter konnten, wie so oft, nicht ausgeforscht werden.¹³⁹

¹³⁸ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.107, Zl. 196.852/GD. St.B.,1934: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 18. September 1934. Zu ähnlich gelagerten Fällen von NS-Umtrieben in Schulen und der Involvierung der Lehrerschaft vgl. Gehmacher, Jugend ohne Zukunft, 321 ff.

Aufgrund seiner fehlenden Universität stellten in Linz die Schüler und hier vor allem Handelsschüler das äquivalente Substitut für das zentrale akademische Substrat der NS-Aktivisten. Zu den studentischen NS-Aktivitäten in Innsbruck siehe Walser, Die illegale NSDAP, 83 f. und 110 ff. Zum korporationsstudentischen Nationalsozialismus siehe Gehler, Korporationsstudenten bzw. Gehler, Korporationsstudenten und Nationalsozialismus.

¹³⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.107, Zl. 190.804/GD. St.B. 1934: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 14. Juni 1934.

In einem Drohbrief an Landeshauptmann Gleißner vom 22. Mai 1934 kündigten die Nationalsozialisten eine abermalige Sprengstoffwelle an, falls nicht bis zum 1. Juni die gesamte Regierung zurückgetreten ist und Neuwahlen ausgeschrieben worden sind.¹⁴⁰ Doch diese dritte Böllerserie im Juni richtete sich entgegen den Ankündigungen weniger gegen Amtsgebäude, als vielmehr gegen Privatwohnungen „vaterländischer“ Funktionäre und Aktivisten und gegen Wohnungen von Heimwehrangehörigen und Polizeibeamten. Es muss dahin gestellt bleiben, wieweit dadurch eine tatsächliche Einschüchterung der Betroffenen erreicht wurde. Die am 2., 6., 8., 19., 21., 22., 26., 27. und 29. Juni erfolgten Böllerserien richteten durchwegs nur geringen Sachschaden an. Zum Teil waren die Böller beim Auffinden noch gar nicht explodiert. In der Regel waren die bekannten, 7 mal 7 mal 7 Zentimeter großen, mit Chlorat gefüllten und Spagat umwickelten würfelförmigen, in Deutschland fabrizierten Papierschachteln verwendet worden.¹⁴¹ Zudem wurde von der Landesleitung für den 18. und 19. Juni angeordnet, dass aus Anlass des ersten Jahrestags des Betätigungsverbots Hakenkreuzfeueraktionen, Klebe- und Malaktionen, Gräberbesuche von gefallenen Gesinnungsgenossen und ein „Wirtschaftsboykott“ durchzuführen wären. Der Boykott umfasste einen Gasthaus- und Vergnügungsstättenboykott, einen staatlichen Verkehrsmittelstreik und einen Klassenlotteriestreik.¹⁴²

Aufgrund der österreichweiten Zunahme von Sprengstoffattentaten wurde im Sommer 1934 die Drohung mit der Todesstrafe auch auf den Besitz und nicht wie bisher nur auf die Anwendung von Sprengmaterialien ausgedehnt. Damit war die Todesstrafe bei Hochverrat, bei Mord, räuberischem Totschlag, öffentlicher Gewalttätigkeit mit absehbarer Todesfolge, bei Sprengstoffverbrechen und Brandlegung unter vorsätzlicher Herbeiführung einer Gefahr für Leben, Gesundheit oder Eigentum anwendbar.¹⁴³ Die damit erhoffte abschreckende Wirkung auf die Sprengstoffattentäter blieb aber nicht nur aus, es kam sogar österreichweit zu einer noch weiteren Verschärfung in der angewandten Methode. Waren es am Anfang in der Regel Böllerserienanschläge, so wurden im Juni gezielt durchgeführte und gefährliche Sprengstoffanschläge immer dominanter. Die Schwerpunkte der Anschläge lagen in infrastrukturellen Bereichen wie Straßen, Brücken und Bahnlagen und konzentrierten sich vor allem auf die Westbahn, etwas später dann auch auf die Südbahn.

¹⁴⁰ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.889, Zl. 175.576/GD. St.B. 1934: Drohbriefe gegen die Regierung. Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 23. Mai 1934.

¹⁴¹ AdR, BKA, NS-Bewegung 1934–1938, Karton 8.140, Varia, Mappe 7, Konvolut über Anschläge der Nationalsozialisten in Oberösterreich: Liste der Bundes-Polizeidirektion Linz über die nationalsozialistischen Böllerserienanschläge in Linz zwischen Mai und Juni 1934.

¹⁴² AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.890: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 14. Juli 1934.

¹⁴³ Reichhold, Kampf um Österreich, 118.

Schon am 10. April 1934 gelang es den Nationalsozialisten nach mehrmaligen erfolglosen Versuchen durch die Entfernung einer Eisenbahnschiene einen D-Zug samt vier weiteren Waggons zwischen Offering und Marchtrenk zur Entgleisung zu bringen. Eine Person verstarb dabei, mehrere wurden unterschiedlichen Grades verletzt.¹⁴⁴ Ein Linzer Exempel für diese Stufe des Terrors bietet der am frühen Morgen des 26. Juni verübte Sprengstoffanschlag auf den Bahnkörper der elektrischen Lokalbahn Ebelsberg – St. Florian beim Bundesstraßen-Viadukt, der sowohl den Gleiskörper als auch den Unterbau so erheblich beschädigt hatte, dass der Zugsverkehr für mehr als drei Stunden lahm gelegt werden konnte.¹⁴⁵ Am Abend des selben Tages kam es beim städtischen Volksgarten zu einer weiteren Explosion eines Sprengkörpers, der unter einer Parkbank versteckt worden war und die Fensterscheiben des naheliegenden Gärtnerhauses zertrümmerte. Personen kamen dabei nicht zu Schaden. Die Polizei vermutete als Grund dieses Anschlags die Anwesenheit eines ausländischen Journalisten im nahen Hotel Scharmüller, dem man wohl einen berichtenswerten Eindruck von Linz vermitteln wollte.¹⁴⁶ Ein weiterer allerdings fehlgeschlagener Versuch, die Verkehrsinfrastruktur der Stadt zu schädigen, betraf am Morgen des 11. Juli die Lokalbahn Linz–Eferding. Auf den Schienen wurde eine noch nicht explodierte Sprengladung Schwarzpulver entdeckt.¹⁴⁷

Im Vergleich zur Intensität des Terrors in anderen Gegenden Österreichs kann man die Linzer Böller- und Sprengstoffwellen, abgesehen von einigen spektakulären Ausnahmen, insgesamt doch als vergleichsweise moderat bezeichnen. Die lokale Attentatspolitik war zwar partiell von entsprechenden Aufforderungen aus dem Reich beeinflusst, von wo vorwiegend die erforderlichen Sprengmittel kamen, sie korrespondierte darüber hinaus grundsätzlich mit der allgemeinen Entwicklung in Österreich, wies aber dennoch starke regionale Besonderheiten auf. Zwar gelang es zeitweise auf gesamtösterreichischer Ebene, eine straffe Lenkung des Terrors durchzusetzen, doch die Eigendynamik innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung war letztendlich zu groß, die Sozialstruktur zu heterogen und die einzelnen Gruppierungen zu verfeindet, um den angestauten Mittelstands- und Jugendprotest in geordnetere Bahnen lenken zu können. Die Steuerungsmittel der deutschen Zentralinstanzen wirkten so weniger koordinierend, sondern heizten die Gewaltbereitschaft lediglich an. Daher formte sich auf Bundesländer- und lokaler Ebene die terroristische „Propaganda der Tat“ sehr spontan und

¹⁴⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.106, GZl. 150.944/34, Zl. 151.858/GD. St.B. 1934.

¹⁴⁵ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.107, Zl. 206.023/GD. St.B. 1934. Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 7. Juli 1934.

¹⁴⁶ Ebenda, Zl. 198.430/GD. St.B. 1934: Vorfällenberichtsbericht der Polizeidirektion Linz vom 27. Juni 1934.

¹⁴⁷ AdR, BKA, NS-Bewegung 1934–1938, Karton 8.140, Varia, Mappe 7, Konvolut über Anschläge der Nationalsozialisten in Oberösterreich: Verzeichnis der Bezirkshauptmannschaft Linz über die in der Zeit vom 1. Juli bis 14. Juli 1934 erfolgten Sprengstoffanschläge.

unkoordiniert aus, was auch den strukturimmanenten Grund für das letztendliche Scheitern der „revolutionären“ NS-Gewaltstrategie im Juliputsch darstellte.¹⁴⁸

DER JULIPUTSCH 1934 IN LINZ

Je länger es Habicht und seiner Exilführung weder auf dem Verhandlungsweg noch mit terroristischen Mitteln gelang, die Macht in Österreich zu erringen, umso mehr begann die NSDAP in Österreich zu zerfallen und sein direkter Einfluss auf sie zu schwinden. Dem drohenden völligen Machtverlust versuchte Habicht mit einem Befreiungsschlag durch einen bewaffneten Aufstand zu begegnen.¹⁴⁹ Von seinen Putschplänen, die seit dem Frühjahr 1934 von der Wiener SS ausgearbeitet worden waren, hatten die Linzer und die restlichen oberösterreichischen Nationalsozialisten keinerlei Kenntnis. Der seit September 1933 neu bestellte geschäftsführende Gauleiter von Oberösterreich, der Volksschullehrer Benedikt Klaushofer, der die Aufgabe hatte, die Untergrundpartei neu zu organisieren und ihre Tätigkeit mit der Boleks in Passau abzustimmen, galt als ein dezidierter Gegner der Habichtschen Gewaltpolitik. Deretwegen hatte er sogar mit einem Bruch mit München gedroht. Darüber hinaus blieb aber auch die SA, die eigene Pläne wälzte, von den Putschvorbereitungen der SS völlig ausgeschlossen. Sie hatte lediglich den Aufstand in den Bundesländern zu gewährleisten, der zeitgleich mit dem Wiener SS-Putsch erfolgen sollte. So traf also die Nachricht vom gescheiterten Wiener Putsch und der Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß am 25. Juli die Linzer Nationalsozialisten völlig überraschend. Weder die PO um Benedikt Klaushofer noch die deutschnationalen Nationalsozialisten um den ehemaligen großdeutschen oberösterreichischen Landeshauptmannstellvertreter Franz Langoth waren diesbezüglich vorgewarnt worden.¹⁵⁰

Aber selbst die Linzer SS war von den Wiener Ereignissen überrascht. Obwohl Waffen und Sprengstoff in Verstecken bereit lagen, existierten keine ausgearbeiteten Operationspläne. Am 26. Juli übernahm Heinrich Weithner-Weithenturn¹⁵¹ kommissarisch das Kommando der SS-Standarte 76 in Linz,

¹⁴⁸ Botz, *Gewalt in der Politik*, 262 f. Zur besonders intensiven Kärntner NS-Terror- und Propagandapolitik vergleiche Elste/Hänisch, *Auf dem Weg zur Macht*, 209 ff., 228 ff., 270 ff. und 283 ff.

¹⁴⁹ Jagschitz, *Der Putsch*, 74 ff. und Jagschitz, 25. Juli 1934, 273 ff.

¹⁵⁰ Bukey, *Patenstadt*, 225.

¹⁵¹ Heinrich Weithner (Edler von) Weithenturn wurde am 14. September 1899 als Offizierssohn in Wien geboren, war eben dorthin zuständig, römisch-katholisch, später altkatholisch und schließlich konfessionslos. Nach der Volksschule, Realschule und der Technischen Militärakademie nahm er am Ersten Weltkrieg an der Westfront bei Verdun teil. Nach dem Krieg studierte er drei Semester an der Hochschule für Welthandel, wurde aber dann technischer Beamter, ab 1929 Verkaufsbeamter in Graz und später Abteilungsleiter bei der

nachdem sein Vorgänger, der Linzer Fachlehrer Johann Feil, in die Tschechoslowakei geflüchtet und dessen Nachfolger Schützenhofer für einige Tage verreist war. Weithner nahm noch am selben Tag Kontakt mit der SA-Brigadenführung auf und traf Vorbereitungen für einen eventuellen Einsatz der SS in Linz. Da die SA fortwährend auf Terroraktionen drängte und den bereits erfolgten Einmarsch der „Österreichischen Legion“ vermeldete, ordnete Weithner an, dass mit jeweils 20 Mann die Gendarmeriekaserne und die Sicherheitsdirektion einzunehmen wären. Denn dort verfügte man über einige Verbindungsleute. Auch glaubte man, dass der Großteil der Beamtenschaft auf der Seite der SS sein werde. Darüber hinaus war geplant, durch Sprengstoffanschläge in den Vororten Unruhe zu erzeugen. Doch wurde zunehmend der Verdacht zur Gewissheit, dass es zu keinem allgemeinen Aufstand gekommen war. Die SA hatte lediglich ein viel zu optimistisches Bild von der Lage gezeichnet. Als am 27. Juli in Linz Ruhe herrschte und überdies widersprüchliche Befehle eintrafen – ein Befehl ordnete das sofortige Losschlagen an, ein anderer die Einstellung aller Aktionen – verzichtete die SS auf alle geplanten Unternehmungen. Man beschränkte sich auf eine einige Tage andauernde Alarmbereitschaft. Schließlich konnten Anfang August die Behörden Weithner und die Mehrzahl seiner Mitstreiter verhaften.¹⁵²

Etwas erfolgreicher, professioneller und vor allem weniger zögerlich agierte dagegen die Linzer SA-Standarte 14 unter der Führung von Roman Wamser.¹⁵³ Obwohl bereits am 25. Juli der Linzer Sender statt des sendeun-

Steyr-Daimler-Puch AG in Linz. Zwischen 1919 und 1929 war Weithner Mitglied der Frontkämpfer-Vereinigung, ab 1929 bis 1932 Mitglied des Steirischen Heimatschutzes und trat am 15. April 1933 in die Ortsgruppe Linz der NSDAP und mit selbem Tag der SS bei. 1934 war er Führer der SS-Motorstandarte. Im Juliputsch führte er die SS-Standarte 76. Deswegen wurde er vom Militärgerichtshof in Linz zu 18 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Er verbüßte aber lediglich zwischen August 1934 und Juli 1936 (Juliamnestie) seine Haft in den Strafanstalten Garsten und Karlau/Graz. Um sich sein in der Haft zugezogenes Magenleiden auszukurieren, gewährte man ihm eine „Heilverschickung“ ins Reich. Anschließend war er wieder in der SS aktiv. Der „Anschluss“ bedeutete für Weithner einen Karrieresprung. Er wurde Betriebsführer und Direktor der Steyr-Daimler-Puch AG in Wien, SS-Obersturmführer, dann SS-Obersturmbannführer und schließlich SS-Standartenführer. Zwischen 3. Februar 1939 und 5. Mai 1945 war er zudem Ratsherr der Stadt Linz. Für seine Verdienste um die „Bewegung“ wurde er mit dem Blutorden ausgezeichnet. Nach Kriegsende kam es zu seiner Verhaftung durch den CIC in Gmunden. Wegen des Verdachts der Teilnahme an der Ermordung von Polizeipräsident Viktor Bentz, des Linzer Polizeikommandanten Ludwig Bernegger und des Direktors der Strafanstalt Garsten Bereiter wurde gegen ihn ein Verfahren beim Volksgericht in Linz eingeleitet. Weithner verstarb am 7. Mai 1952 in Weiler in Vorarlberg. AdR, Gaupersonalamt des Gaues Wien, Gauakt Nr. 101.213: Heinz Weithner-Weitenthurn; Bart/Puffer, Die Gemeindevertretung, 279.

¹⁵² AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.894, Zl. 220.611/GD. St.B. 1934: Aktionen der SS in Österreich. Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 8. August 1934. Vgl. auch Bukey, Patenstadt, 225 f.

¹⁵³ Roman Wamser wurde am 10. Juni 1901 in Wels geboren und war römisch-katholisch. Er war nach Linz zuständig und ebendort wohnhaft. Seit 1921 war er Postrat und Rechnungs-Revident bei der Post- und Telegraphendirektion für Oberösterreich in Linz. Wegen der Teilnahme am Juliputsch wurde er suspendiert und im Februar 1936 wegen seiner illegalen Betätigung endgültig entlassen. Wamser war zwischen 1922 und 1925 Mitglied der alten

fähigen und von den Putschisten besetzten Wiener Ravag-Studios das Scheitern des Putsches übermittelt hatte,¹⁵⁴ erhielt die Führung der oberösterreichischen SA unter ihrem Brigadeführer, dem Linzer Lokomotivführer Friedrich Ludwig Commenda,¹⁵⁵ in der Nacht vom 25. auf den 26. Juli in verschiedenen Gasthöfen von Linz die Befehle zum Losschlagen. Die SA-Standarte 14 hatte, wie die Polizei vermutete, von der SA-Obergruppe aus München die Order bekommen, auf den Einfallstraßen nach Linz die Exekutivkräfte auf der Linie Wilhering, Ottensheim und Koglerau so weit zu binden, bis die „Österreichische Legion“ aus Bayern donauabwärts nach Linz gelangt wäre. In der weiteren Folge gab Commenda daher die entsprechende Order zum Sammeln der SA. Konkret hatte die in drei Sturmpanne (Bataillone) geteilte Standarte 14 folgende Positionen zu beziehen: Der in zwei Stürme (Kompanien) geteilte Sturmpanne I/14 hatte die Gegend von Gramastetten und Koglerau zu besetzen, der Sturmpanne II/14 hatte sich bei Puchenau und Ottensheim festzusetzen, um die Krummauer-Bundesstraße besetzt zu halten, und der Sturmpanne III/14 sollte die Schärdinger-Bundesstraße im Gebiet zwischen Wilhering und Alkoven absperren. Zwischen den einzelnen SA-Abteilungen hatten Motorrad-Patrouillen die Kommunikation aufrecht zu erhalten.

Das Militär patrouillierte bereits seit den Nachmittagsstunden des 25. Juli. Als die Polizei Zusammenrottungen in Richtung nördlicher Stadt wahrnahm, unternahm sie am Nachmittag des folgenden Tages gemeinsam mit einer Schulabteilung des Landesgendarmierkommandos eine umfassende Durchstreifung dieses Gebiets. Gemeinsam mit einer Schukokompagnie (Heimwehrverband) aus Linz gelang es in der Nacht zum 27. Juli im Wald-

DNSAP in Linz und zwischen März 1928 und Juli 1936 Zellenleiter bei der NS-Betriebszelle der Postdirektion Linz. Am 1. April 1929 wurde er Mitglied der SA und am 1. März 1928 Mitglied der NSDAP. Wamser besuchte im Mai 1933 die SA-Führerschule in Micheldorf. Vor dem Juliputsch war er mit der Führung des SA-Sturmpannes I/14 und anschließend mit der Führung der SA-Standarte 14 betraut. Anlässlich des Juliputsches wurde Wamser am 13. August 1934 verhaftet, doch bereits nach sechswöchiger Untersuchungshaft aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen. Nach mehrmaligen Strafen wegen NS-Betätigung wurde er zuletzt im März 1936 verhaftet, wobei ihm bei Nichtwohlverhalten die Abgabe in das Anhaltelager Wöllersdorf angedroht wurde. Da er als NS-Führer bereits amtsbekannt war, konnte er nicht mehr weiter politisch aktiv sein und flüchtete daher am 14. Juli 1936 ins Reich, wo er SA-Brigadeführer für Oberdonau wurde. Er diente bei der „Österreichischen Legion“, wurde am 18. Oktober 1937 in den Dienst der Deutschen Reichspost übernommen und war seit 4. April 1938 wieder Beamter der Reichspostdirektion Linz. Ab April 1941 wurde er zum Kreisleiter ernannt. Wamser war Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP. AdR, Gaupersonalamt des Gau Wien, Gauakt Nr. 179.415: Roman Wamser.

¹⁵⁴ Slapnicka, Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg, 190 f.

¹⁵⁵ Friedrich Ludwig Commenda wurde am 20. September 1897 in Grein geboren und war in Linz wohnhaft. Er trat der NSDAP am 13. Februar 1931 und der SA am 1. August 1931 bei. Wegen illegaler Betätigung wurde er mehrmals bestraft und verbrachte insgesamt mehrere Wochen in polizeilichem Gewahrsam. Schließlich flüchtete er ins Reich, wo er seit 1936 bei der NSV in München tätig war und zum SA-Sturmpannführer ernannt wurde. Ab März 1939 war er SA-Standartenführer bei der SA-Führerschule der Obersten SA-Führung in Wien. Im Krieg diente er als Oberleutnant der Kriegsmarine. AdR, Gaupersonalamt des Gau Wien, Gauakt Nr. 214.872: Friedrich Commenda.

gebiet der Koglerau insgesamt 120 Personen, von denen einige mit Pistolen bewaffnet waren, zu stellen.¹⁵⁶ Aufgrund der Verhöre stellte sich heraus, dass die Gestellten zu einem Appell gerufen worden waren, um im Falle des Gelingens des Putsches in Wien, Weisungen für ein gewaltsames Vorgehen in Linz und Umgebung zu übernehmen. Weiters konnte die Polizei ermitteln, dass sich an dem Appell nicht nur radikale Nationalsozialisten, sondern auch einige ehemalige Mitglieder des „Republikanischen Schutzbundes“ beteiligt haben, die auch schon am Februaraufstand mitwirkten.¹⁵⁷

Gemäß einem Befehl aus Linz rotteten sich zur selben Zeit SA-Einheiten aus Alkoven, Wilhering und Straßham zu einem Appell in Ufer bei Wilhering zusammen, wo sie die Bundesstraße abriegeln wollten. Unter Führung des SA-Sturmbannführers Heinrich Lettner¹⁵⁸ aus Linz rüstete man sich mit Gewehren aus, die bei einem Bauern in der Umgebung gelagert waren. Die Gendarmerie fand später insgesamt 36 Mannlicher-Militärgewehre und 740 Stück Partonen. Nach Mitternacht kam es dann zu einigen Konfusionen. Man erhielt keine weiteren Befehle mehr. Stattdessen erfuhr man, dass die ganze Aktion abgeblasen worden sei, woraufhin ein Teil der Männer bereits nach Hause ging. Einen Großteil der Putschisten verließ durch die Warnschüsse streifender Gendarmerie- und Schukoeneinheiten endgültig der Mut. Sie warfen ihre Gewehre in die Büsche und machten sich ebenfalls auf den Heimweg. Als eine versprengte Gruppe von fünf Mann zufällig auf eine Gendarmeriepatrouille traf, eröffnete sie das Feuer, wobei Rayonsinspektor Josef Bayerl durch vier Gewehrschüsse getötet wurde. Zwar gelang es den Behörden in den nächsten Tagen den Großteil der Putschisten auszuforschen, die

¹⁵⁶ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.108, Zl. 238.538/GD. St.B. 1934: Commenda Friedrich Ludwig, Kaufmann Gustav Adolf; Waffenlager der SA in Oberösterreich, Beteiligung an dem Juliputsch. Berichte der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 5. September 1934.

¹⁵⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.902, GZl. 229.298/34, Zl: 229.295/GD. St.B. 1934: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 29. Juli 1934. Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 28. Juli 1934. Siehe auch Bukey, Patenstadt, 226 und Slapnicka, Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg, 191.

¹⁵⁸ Heinrich Lettner wurde am 28. September 1906 in Windischgarsten als Sohn eines Bundesbahnbeamten geboren und war in Linz wohnhaft und zuständig. Nach dem Besuch der Volksschule, der Bürgerschule und einer kaufmännischen Fortbildungsschule wurde er Handelsangestellter. Zwischen 1926 und 1932 diente er beim österreichischen Bundesheer, wo er Zugführer des 7. Alpenjägerregiments und Kompanie- und Kassenführer des NS-Soldatenbunds wurde. Lettner trat am 12. August 1927 der Ortsgruppe Linz der NSDAP bei, wo er bis zum Betätigungsverbot Parteiangestellter im „Braunen Haus“ war. Am 1. Oktober 1930 trat er der SA bei und wurde 1933 SA-Sturmführer beim Radfahrsturm Linz. Wegen seiner NS-Betätigung wurde er schließlich aus dem Bundesheer entlassen. Seit 21. Juni 1934 war Lettner Obersturmführer und nahm am Juliputsch als Sturmbannführer von Linz-Land teil. Zwischen 1933 und 1936 war er arbeitslos. Wegen illegaler NS-Aktivitäten wurde er zirka zwanzigmal verhaftet und verbrachte insgesamt 32 Monate in Haft, davon zwei Jahre schweren Kerkers in Garsten. Am 24. Juli 1936 wurde er aufgrund der Juli-amnestie bedingt entlassen und flüchtete am 22. September 1936 ins Reich, wo er im NSDAP-Flüchtlingshilfswerk tätig wurde. Nach dem „Anschluss“ wurde er Gauhauptstellenleiter. Lettner war Mitglied der DAF, der NSV, Träger der Ostmarkmedaille, des Goldenen Parteiabzeichens und des Blutordens. Nach Kriegsende war er in Glasenbach interniert. AdR, Gaupersonalamt des Gauess Wien, Gauakt Nr. 333.346: Heinrich Lettner.

konkreten Täter konnten aber nicht definitiv überführt werden. Sozialstrukturell von einem nichturbanen, stark landproletarischen Sozialprofil geprägt, setzten sich die insgesamt 71 von der Gendarmerie ermittelten Putschteilnehmer zu 41 Prozent aus gewerblichen Hilfsarbeitern, Handwerkergehilfen und Bauarbeitern (29 Personen), zu 23 Prozent aus landwirtschaftlichen Hilfsarbeitern und Knechten (16 Personen), zu 18 Prozent aus Bauern- und Gutsbesitzerssöhnen bzw. einem Gastwirtssohn (13 Personen), zu mindestens acht Prozent aus Arbeitslosen (sechs Personen), zu sechs Prozent aus selbstständigen Bauern und Gutsbesitzern (vier Personen) und zu vier Prozent aus Handelsangestellten (drei Personen) zusammen. Politisch gesehen waren von diesen vor ihrem SA-Beitritt lediglich einer beim Junglandbund und einer bei der „Sozialistischen Arbeiterjugend“. Zwei weitere waren ehemalige Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Bemerkenswert ist, dass mit 25 Personen bzw. 35 Prozent ein gutes Drittel evangelisch A.B. war. Möglicherweise waren dies die Früchte der Bemühungen des Thener Pastors Fischer, dessen Pfarre geographisch im Einzugsgebiet der Putschisten lag, die fast ausschließlich aus der Gegend um Leonding, Alkoven und Kirchberg kamen. Von der Ausbildung her verfügte der überwiegende Teil lediglich über einen Volksschulabschluss, einige wenige hatten die Bürgerschule abgebrochen. Vom Alter her waren die 71 Personen zwischen 1889 und 1916 geboren. Im Durchschnitt waren sie im Jahre 1908 geboren und damit zum Zeitpunkt des Putsches 26 Jahre alt.¹⁵⁹ Dies korrespondiert mit der in der Literatur schon mannigfach festgestellten Jugendlichkeit der NS-Bewegung der dreißiger Jahre, besonders beim aktivistischen Kern der Militanten.¹⁶⁰ Im konkreten Fall war es vor allem die unmittelbare Vorkriegsgeneration, die partiell im Ersten Weltkrieg, dann aber in der krisenhaften, vom ideologischen Kampf zwischen Links- und Rechtsextremismus geprägten unmittelbaren Nachkriegszeit in Mitteleuropa, in der Zeit der Nachkriegsinflation, der Stabilisierungskrise, der Rationalisierungsarbeitslosigkeit und schließlich in der Weltwirtschaftskrise ihre politisch-weltanschauliche Sozialisation und sozialpsychologische Disponiertheit erfahren hatten. Sie waren zu jung, um das „Fronterlebnis“ noch selbst zu erleben, hatten aber den militaristisch-nationalistischen Geist sehr wohl internalisiert bekommen. Nicht mehr geprägt waren sie von der relativ „konkordanten“ politischen und gesellschaftlichen Kultur der letzten Jahre der Habsburgermonarchie.

¹⁵⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.902, GZl. 229.298, Zl. 216.686/GD. St.B. 1934: Vorfälle aus Anlass des Juliputsches im Bereich des Gendarmeriepostenkommandos Leonding: Bericht des Gendarmeriepostenkommandos Leonding vom 28. und 29. Juli 1934; ebenda, GZl. 229.298, Zl. 214.751/GD. St.B. 1934: Nat.soiz. Juliputsch 1934, Zusammenrottung von Nationalsozialisten in Wilhering in Oberösterreich in der Nacht zum 27. Juli 1934. Mord an dem Gendarmerie-Rayonsinspektor Josef Bayerl.

¹⁶⁰ Botz, Strukturwandlungen, 179 ff.; Botz, Soziale „Basis“, 35, 39 und Tabelle auf 38; Jagschitz, Die Anhaltelager, 150. Pauley, Der Weg, 93 ff.; Albrich/Meixner, Zwischen Legalität und Illegalität, 162. Zum NS-Jugendmythos vergleiche Gehmacher, Eine Bewegung der Jugend, 428 ff.

Die Motive für die Teilnahme am Putschversuch waren vielfältiger Natur: Ein SA-Führer verkündete etwa seiner Gefolgschaft den „Ausbruch der nationalsozialistischen Revolution“, erwartete zuversichtlich die Unterstützung der „Österreichischen Legion“ und machte seinen Männern unmissverständlich klar, dass die harmlose Soldatenspielerei des Appelleabhaltens nun vorbei sei und dass jetzt ernst gemacht werde, denn: „Ein Zurück gibt es nicht, wer zurückgeht, wird von uns erschossen.“ Wie ernst auch einfache Teilnehmer der Aktion die Lage sahen, geht aus einem beschlagnahmten Abschiedsbrief eines Putschisten an seine Mutter hervor, der mit den Worten schloss: „Falls wir uns nicht mehr sehen sollten, danke ich für alles Gute, bitte Dich auch Vater noch einmal von mir zu grüßen.“ Doch neben der ideologischen Überzeugtheit und der „Gefolgschaftstreue“ dürfte auch die Angst vor den Konsequenzen einer Befehlsverweigerung eine nicht untergeordnete Rolle gespielt haben. Darüber hinaus wurde aber auch versucht, die Leute mit nebulösen Wohlstandserwartungen und Zukunftshoffnungen zu mobilisieren, die alle nach dem Sturz des bestehenden Systems erfüllt werden würden: So gab etwa ein Putschist an, dass ihnen gesagt worden sei, sie müssten am Putsch teilnehmen, „damit es uns in der Zukunft, wenn die Nazi am Ruder sein werden, besser ergehen wird, wir werden gute Posten und eine bessere Bezahlung bekommen“.¹⁶¹

Im Kontext mit dem gescheiterten Juliputsch konnten auch die bisher nur vermuteten Waffendepots ausfindig gemacht werden. Bis Ende April 1934 dürfte es in Linz zu keinen Bewaffnungsversuchen gekommen sein.¹⁶² Erst in den letzten zwei bis drei Monaten vor dem Juli 1934 wurden von München aus Waffen- und Sprengstofftransporte organisiert, die mit Kraftfahrzeugen der Motorstaffel der Standarte 14 und mit Faltbooten auf dem Donauweg von der bayrischen Grenze nach Linz geschafft und dort auf drei größere Lager verteilt wurden. Eines befand sich auf einem aus Parteimitteln angekauften Grundstück am Westhang des Pfenningbergs in der Gemeinde Steyregg, das am 22. August von der Linzer Polizei unter Heranziehung von Militärassistenten aufgedeckt werden konnte. In der weiteren Folge führten die von den Polizeibehörden dort gefundenen Hinweise am 24. August zur Aufdeckung des Lagers II in der Speditionsfirma des Bruno Estermann¹⁶³ in Urfahr. Das Lager III war bereits am 29. Juli vom Gendarmerieposten Alkoven entdeckt worden.

¹⁶¹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.108, Zl. 238.538/GD. St.B. 1934: Berichte der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 5. September 1934 sowie: Jagschitz, Der Putsch, 161.

¹⁶² AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.880, Zl. 106.743/GD. St.B. 1934: Bewaffnung der NSDAP. Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 18. April 1934.

¹⁶³ Bruno Estermann wurde am 28. September 1896 in Urfahr als Sohn eines Spediteurs geboren und war römisch-katholisch. Nach der Hauptschule und der Handelsakademie nahm er am Ersten Weltkrieg als Offizier teil. Nach dem Krieg trat er in die väterliche Firma ein. Dort war Estermann bis 1938 Gesellschafter, dann Alleinbesitzer. Er war Funktionär in der Standesvertretung und in der Handelskammer, war Kommerzialrat und zwischen 3. Februar 1939 und 5. Mai 1945 Ratsherr der Stadt Linz. 1956 wurde er Mitbegründer einer Speditionsfirma für Ferntransporte. Bart/Puffer, Die Gemeindevertretung, 129.

Aufgrund der gefundenen Aufzeichnungen zur Waffen- und Munitionsverteilung schloss die Polizei aber noch auf eine weitläufigere Verteilung kleinerer Mengen von Waffen und Sprengstoffen aus den drei oberösterreichischen Zentraldepots in weitere Lokaldepots nach Enns, Traun, St. Florian und Hinterstoder. Insgesamt wurden in den Linzer SA-Depots eine Maschinepistole, zwei Maschinengewehre, 25 Pistolen verschiedenen Typs, 37 Gewehre, Bajonette und Karabiner, eine „Höllmaschine“, 48 Handgranaten, reichlich Munition und Sprengstoff von über 200 Kilogramm, sowie Papierböller, einige Hakenkreuzarmbinden und Hakenkreuzwimpel, SA- und SS-Uniformstücke, eine Hakenkreuzstanze, Leuchtraketen und Verbandszeug gefunden. In der Spedition Estermann wurde noch eine große Menge von Parteikorrespondenzen und Kartotheken der NSDAP entdeckt.

Da sich die Waffensuche auf dem Pfenningberg wie ein Lauffeuer in der Stadt verbreitet hatte, gelang es vielen Mitwissern und Mitbeteiligten noch rechtzeitig das Weite zu suchen, bevor sie von der Polizei ausgeforscht werden konnten. Die von den Behörden noch aufgedeckten Verantwortlichen für die Waffenverstecke kamen vom Beruf her überwiegend aus dem Arbeiterstand (Mechaniker, Kurschmied, Spenglergehilfe, Elektriker, Schlosser und Maschinenschlosser) und aus einfachen Angestellten- und Beamten-schichten (Bauschreiber, Vertreter, Bundesbahn-Oberwerkmann, Reisender oder Feuerwerker beim Bundesheer). Vom Jahrgang her waren sie ebenfalls durchwegs zwischen 1902 und 1913 geboren.¹⁶⁴

Der gesamte Putschversuch in Linz scheiterte wegen der miserablen Planung, einer teilweise überhaupt fehlenden Vorbereitung, der mangelnden Informationspolitik und einer nicht vorhandenen Koordination der Kräfte, hinter der das massive Misstrauen und die unterschweligen Rivalitäten zwischen der SS und der SA standen, die nach dem „Röhm-Putsch“ vom 30. Juni 1934 einen Höhepunkt erreicht hatten. Plante die SS die Erstürmung und Besetzung von behördlichen Sicherheitseinrichtungen, so konzentrierte sich die SA auf die Sicherung der Donau für eine erhoffte Invasion aus Bayern, die aber nicht kam, da sich der SA-Obergruppenführer Reschny entschloss, beim Habicht-Putsch doch nicht mitzumachen. Durch das Fehlen einer konzertierten Vorgangsweise hatten die Sicherheitskräfte in Linz relativ leichtes Spiel, da die wirklich schweren und blutigen Kämpfe in Oberösterreich nicht in der Stadt, sondern ziemlich isoliert und autonom voneinander am Pyhrnpass und im Mühlviertel an der bayrischen Grenze bei Kollerschlag stattfanden, bei denen es auch zu mehreren Todesfällen kam.¹⁶⁵

¹⁶⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.108, Zl. 238.538/GD. St.B. 1934: Commenda Friedrich Ludwig, Kaufmann Gustav Adolf; Waffenlager der SA in Oberösterreich, Beteiligung an dem Juliputsch. Berichte der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 5. September 1934.

¹⁶⁵ Slapnicka, Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg, 186–198; Jagschitz, Der Putsch, 157 ff.; Litschel, 1934, 95–112; Etschmann, Die Kämpfe, 29 ff. Zu den ebenfalls sehr unkoordinierten Aktivitäten der Nationalsozialisten in Tirol um den 25. Juli vergleiche Gehler, Tirol zur Zeit des Juli-Putsches, 159 ff.

VOM JULIPUTSCH ZUR SO GENANNTEN „SELBSTAUFLÖSUNG“

Laut oberösterreichischem Sicherheitsdirektor hörten unmittelbar nach dem Juliputsch im ganzen Land die NS-Aktivitäten kurzzeitig völlig auf.¹⁶⁶ Erst im September schien man sich langsam von dem Debakel zu erholen und begann laut Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit mit der Reorganisation der Partei, die bis zum November mehr oder weniger abgeschlossen werden konnte. Das Verhältnis zwischen den einzelnen Parteiororganisationen blieb aber denkbar schlecht, vor allem das zwischen SA und SS.¹⁶⁷

Der gescheiterte Putschversuch führte auch in Linz zu Verhaftungen, zur Flucht von Aktivisten und zur Auflösung der lokalen NS-Organisation. Die vor Ort verbliebenen Nationalsozialisten wurden zudem noch wegen der von Hitler befohlenen Auflösung der österreichischen Landesleitung in München und dem ausgegebenen reichsdeutschen Einmischungsverbot in die inneren Angelegenheiten der österreichischen Partei vorerst völlig auf sich selbst gestellt. Darüber hinaus befahl Hitler die gänzliche Einstellung aller illegalen Aktivitäten, sodass anfänglich auch tatsächlich die finanziellen Mittel aus dem Reich erheblich gekürzt und die Waffenlieferungen und Propagandahilfe völlig eingestellt wurden. Personeller Ausdruck dieses endgültigen Umschwenkens der reichsdeutschen Österreichpolitik auf einen evolutionären Weg war die Abberufung des bisherigen reichsdeutschen Gesandten und die Ernennung des deutschen Vizekanzlers Franz von Papen zum Sonderbevollmächtigten Hitlers in Österreich.¹⁶⁸

Unter solchen internen wie externen Beeinträchtigungen war eine offene politische Agitation de facto nicht mehr möglich. Die Parteiorganisation selbst war paralysiert. Die Tätigkeit der SA-Organisation in Linz beschränkte sich in dieser Zeit auf die Erhaltung der Organisation selbst, auf die Eintreibung von Mitgliedsbeiträgen und die Verteilung von reichsdeutschen Unterstützungsgeldern aus dem illegalen NS-Hilfswerk. Die Kontakte der Führer untereinander waren nur noch rein persönlich. Schriftliche Weisungen durften nicht mehr ausgegeben werden. Die Unterführer wurden von ihren Vorgesetzten in ihren Wohnungen aufgesucht, erstatteten hierbei die Standsmeldungen und führten die Mitgliedsbeiträge ab. Die meisten der aktiven Funktionäre waren bereits während der legalen Zeit in der Organisation tätig, jedoch in keinen führenden Positionen. Nun fungierten sie als Verlegenheitsbesetzungen aus der zweiten und dritten Reihe, da viele der prominenteren Führer abgestraft oder ins Reich geflohen waren. So hatte etwa seit November 1934 der Baupolier Johann Santoll, der vor dem Parteiverbot nur

¹⁶⁶ Carsten, Faschismus, 247.

¹⁶⁷ Ebenda, 269.

¹⁶⁸ Müller, Franz von Papen, 357 ff. sowie Müller, Ein „Rechtskatholik“, 87 ff.

gewöhnlicher SA-Mann war, die oberste SA-Führung in Oberösterreich als Brigadier inne.¹⁶⁹

Erst nach dem gescheiterten Putsch ging der Weg organisationsstrukturell von einer legal organisierten Massenparteiorganisation zu einer hoch konspirativen Kaderpartei. Die direkte Herausforderung des „Ständestaates“ durch eine offensive Angriffstaktik verschwand nun zugunsten einer wesentlich rationelleren und strategisch klügeren Organisationsarbeit zur Aufrechterhaltung einer inneren Struktur, die man auch für einen längeren Zeitraum in der Illegalität handlungs- und aktionsfähig erhalten konnte. Dazu gehörte einerseits der Aufbau straff organisierter Nachrichtendienste, wobei bis zum Herbst 1934 ein von Linz aus geleiteter eigener SA-Nachrichtendienst bestand. Andererseits versuchte man, sich verstärkt NS-Tarnorganisationen zu bedienen. Die Propaganda stellte man auf eine stärkere lokale Ausrichtung um. Die Hauptlast der Organisation und der strategischen Planung diverser Aktionen musste nun in Österreich selbst erfolgen. Aufgrund der damit einhergehenden strukturellen Föderalisierung gewannen die lokalen Träger des Nationalsozialismus wieder verstärkt an Bedeutung.¹⁷⁰

Unabhängig vom Verlauf der parallel dazu stattfindenden „Befriedungsgespräche“ zwischen „nationaler“ Opposition und Regierung wurde in Oberösterreich seit mindestens September 1934 an der Neuorganisation der PO, aber auch der SA gearbeitet, die nun viel straffer aufgebaut werden sollten. Dabei wurde die Taktik verfolgt, dass sich die politische Leitung den Anschein der Friedfertigkeit geben sollte, um auf diese Weise unter Ausnützung der diversen „Befriedungsaktionen“ umso eifriger am Neuaufbau der SA arbeiten zu können, um damit „das letzte Drittel des Kampfes der NSDAP in Österreich siegreich zu Ende zu führen“. Eine Auseinandersetzung mit der Regierung wurde früher oder später ohnehin für unvermeidbar gehalten. Man begann daher wieder Aufzeichnungen über die Stärke der Formationen und über ihre Ausstattung mit Kraftfahrzeugen und Bewaffnung zu führen. Außerdem hob man wieder Mitgliedsbeiträge ein. Darüber hinaus kam auch Geld aus Passau über einen Schärtinger Kaufmann ins Land. Die bis zum Juliputsch direkt von der dort befindlichen Gauleitung nach Oberösterreich kommenden Parteigelder wurden aber nun im Regelfall von der in Wien neu geschaffenen Hilfswerkzentrale abgeholt und in Oberösterreich nach einem bestimmten Schlüssel in den einzelnen Kreisen verteilt. Zudem wurden wieder Propagandaflugblätter fabriziert. Die Informationen des Linzer Nachrichtendienstes, als dessen Leiter der Angestellte der Landeshauptmannschaft Dr. Kurt Beer fungierte, dienten als Vorlage für die Verfassung der Flugschriften.¹⁷¹

¹⁶⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.114, GZl. 304.146/GD. St.B. 1937: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 16. Februar 1935.

¹⁷⁰ Jagschitz, Die österreichischen Nationalsozialisten, 244.

¹⁷¹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.109 GZl. 307.344735: Reorganisation der NSDAP in Linz. Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 24. Jänner 1935. Presse-Communiqué vom 21. Jänner 1935.

Doch Anfang 1935 war es mit dem organisatorischen Aufbau vorläufig vorbei. Im Jänner wurde in Linz, Wels, Steyr, Braunau, Bad Ischl und im Mühlviertel ein Großteil der oberösterreichischen SA- und PO-Führung aufgedeckt und verhaftet, wobei man auch kooperationswillige Nationalsozialisten wie etwa Gauleiter Klaushofer mit inhaftierte. Mit diesem versuchte nun der neue oberösterreichische Sicherheitsdirektor, der Mühlviertler Heimwehrführer Peter (Graf) Revertera-Salandra, gemeinsam mit Polizeipräsident Viktor Bentz und mit Rückendeckung von Landeshauptmann Heinrich Gleißner und Landesstatthalter Heimwehrführer Heinrich Wenninger unter Zusicherung einer von Bundeskanzler Schuschnigg garantierten Straffreiheit die Funktionäre der illegalen NS-Bewegung in Oberösterreich zur Selbststellung und freiwilligen „Selbstauflösung“ der NSDAP und ihrer Wehrformationen zu veranlassen sowie die Ablieferung von Waffen- und Sprengstoffvorräten, Propagandamaterial und Parteivermögen einzuleiten.¹⁷²

Am 24. Jänner 1935 verfasste Klaushofer die konkreten Vorschläge zur „Befriedung in Oberösterreich“. Die stimmten zwar mit den inhaltlichen Positionen der von Anton Reinthaller im August 1934 initiierten „Befriedungsaktion“ überein, wollten methodisch aber die Lehren aus dem damaligen strategischen „Doppelspiel“ zwischen Regierungsverhandlungen einerseits und Aufrechterhaltung der Beziehung zur illegalen NSDAP andererseits ziehen, indem die bedingungslose Einstellung jeder illegalen Tätigkeit und die freiwillige Auflösung aller illegalen Organisationen als die unerlässliche Voraussetzung für eine „Befriedung“ angeboten wurden. Da der „deutsche Charakter Österreichs“ durch die derzeitige Regierung als gesichert betrachtet, der „Anschluss“ von Seiten Deutschlands auf längere Zeit hin vertagt und der Gedanke des Zusammenschlusses aller „Deutschen“ von der österreichischen Regierung nicht bekämpft wurde, war für Klaushofer eine Auflösung der illegalen NSDAP in Oberösterreich bei entsprechender Einwirkung auf ihre Führer möglich. Diesem von oben ausgehenden Abbau sollte eine Integration der Nationalsozialisten in die VF und in alle öffentlichen Institutionen folgen.¹⁷³ Am 8. Februar wurde der in Wels in Haft befindliche Klaushofer in das Linzer Landesgericht überstellt, um dort die inhaftierten Nationalsozialisten zu einem Geständnis zu bewegen. Klaushofer erklärte sich darüber hinaus bereit, die übrigen nationalsozialistischen Parteiführer Oberösterreichs, die sich noch auf freiem Fuß befanden, zur freiwilligen Selbststellung zu veranlassen und ein Geständnis abzulegen. Für die Behörden war dies die Voraussetzung, sie statt der angedrohten Strafe auf Hochverrat lediglich wegen verbotener Parteitätigkeit zu belangen. Bei einem Misslingen der behördlich überwachten Mission verpflichtete sich Klaushofer, sich freiwillig bei der Welser Polizei zur Wiederaufnahme seiner

¹⁷² Jagschitz, Zwischen Befriedung, 170 ff.

¹⁷³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.109: GZl. 307.243/35: Zl. 307.778/GD. St.B. 1935: Benedikt Klaushofer, Information über die illegale Tätigkeit für die NSDAP: „Vorschläge zur Befriedung in Oberösterreich“ von Benedikt Klaushofer vom 24. Jänner 1935.

Strafverbüßung zu melden.¹⁷⁴ Doch am 12. Februar 1935 erklärten sich neben Gauleiter Klaushofer und seinem Adjutanten Fachlehrer Franz Kahowetz noch weitere Gau-, SA-Standarten- und SS-Führer Oberösterreichs zur „Selbstauflösung“ bereit. Die Selbststellung der weiteren Aktivisten und die damit verbundene Auflösung des Apparats sollte entsprechend der Befehls-hierarchie von oben nach unten vollzogen und aufgrund befürchteter Gegenbewegungen so schnell wie möglich über die Bezirkshauptmannschaften abgewickelt werden. Die beiden oberösterreichischen „Verständigungspolitiker“ Reinthaller und Langoth sahen bereits ihre Felle davonschwimmen und zeigten sich von der Aktion ganz und gar nicht begeistert.¹⁷⁵

Aber auch große Teile der Parteibasis schienen den Coup ihrer Führer nicht mitzumachen. Am 27. Februar 1935 wurde in ganz Linz ein Flugblatt angeblich von der Gauleitung der NSDAP Oberösterreichs mit dem Titel „Die Verräter sind abgetreten [...] die Nationalsozialisten kämpfen weiter!“ gestreut, mit dem verkündet wurde, dass die Nationalsozialisten im „Heimatgau unseres Führers“ sehr wohl weiterkämpfen werden. Es wären lediglich die Veräter um Klaushofer abgetreten, die sich wegen der Veruntreuung von illegalen NS-Hilfswerksgeldern nur durch ihre polizeiliche Selbststellung einem Parteiausschluss entzogen hätten. Das Flugblatt ließ weiters keinerlei Zweifel „am unerschütterlichen Opfermut und Kampfwillen der Bewegung für die Freiheit unseres deutschen Volkes bis zum Endsieg“.¹⁷⁶

Zudem tauchte sowohl von Seiten der niederösterreichischen Sicherheitsdirektion¹⁷⁷ als auch von Seiten der oberösterreichischen VF¹⁷⁸ der Verdacht auf, dass es sich bei der so genannten „Selbstauflösung“ lediglich um eine Umgruppierung und Neuformierung von PO und SA handle. Die ausgehängigten Mitgliederlisten wären zudem wertlos, da sich der ganze Apparat in Umgruppierung befand, sodass die Polizei von den Geheimnissen der oberösterreichischen NSDAP bald nichts mehr wisse. Nur Revertera hielt von all den Mutmaßungen nichts. Selbst noch Mitte April, als bereits nachhaltige Zweifel an seiner „Verständigungspolitik“ aufgekommen waren, betonte Revertera die Erfolge der „Selbstauflösungsaktion“, die in der Zerschlagung eines großen Teils der Führungsorganisation, in der „Verwirrung“ der Parteigänger und in der „seelischen Zermürbung des Kampfwillens“ bestanden hätte. Revertera hatte sich mit dieser misslungenen Aktion zwei-

¹⁷⁴ Ebenda, Zl. 307.243/GD. St.B. 1935: Vorschlag zur Befriedung in Oberösterreich des nationalsozialistischen Führers Benedikt Klaushofer: Amtsnotiz vom 9. Februar 1935.

¹⁷⁵ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.913, GZl. 302.044/35: Zl. 310.724/GD. St.B. 1935: Selbstauflösung der illegalen NSDAP Oberösterreich: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 13. Februar 1935.

¹⁷⁶ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.114, GZl. 304.146/37, Zl. 324.957/GD. St.B. 1935: Reorganisation der NSDAP in Oberösterreich; Verhaftung des Gauleiters für Oberösterreich und des SA Brigadeführers.

¹⁷⁷ Ebenda, GZl. 304.146/37, Zl. 316.395/GD. St.B. 1935: Brief des Sicherheitsdirektors für Niederösterreich vom 5. März 1935.

¹⁷⁸ Ebenda, Schreiben der oberösterreichischen Landesleitung der VF vom 27. Februar 1935.

fellos sehr weit vorgewagt und musste sich nun heftige Vorwürfe über seine angeblich persönlichen Ambitionen gefallen lassen, aber auch darüber, dass er damit unbewusst der Sache des Nationalsozialismus gedient habe. Zwar konnte er sich mit Recht auf die Billigung Wiens in der grundsätzlich verfolgten Linie einer allmählichen Annäherung an die „abseits stehenden Teile der national denkenden Bevölkerung“ berufen,¹⁷⁹ doch blieb die dahinter stehende Frage ungeklärt, wie weit sich ein „unpolitischer“ Sicherheitschef überhaupt so forciert politisch engagieren darf, eine Frage, die vom zuständigen Ministerium auch weiterhin keiner endgültigen Klärung zugeführt wurde.¹⁸⁰

Mit der so genannten „Selbstauflösung“ wurde aber nicht nur die oberösterreichische Exekutive getäuscht, sondern auch viel Verwirrung und Unruhe unter den SA-Angehörigen gestiftet, die sich wegen der zahlreichen Verhaftungen von ihren Führern verraten fühlten. Im März 1935 wurden der SA-Führer Roman Wamser und der kurzzeitige illegale oberösterreichische Gauleiter Oskar Hinterleitner¹⁸¹ samt ihren untergeordneten Funktionären

¹⁷⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.913, GZl. 302.044/35, Zl. 329.797/35, Zl. 328.629/35, sowie Zl. 328.145/35 und Zl. 325.957/35: Mitteilungen über die Tätigkeit der NSDAP in Österreich; Anwendung neuer Kampfmethoden: Konfidentenbericht und Beschwerdeschreiben Reverteras vom 26. April und vom 2. Mai 1935.

¹⁸⁰ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.939, Zl. 371.309/GD. St.B. 1935: Befriedungsaktion in Oberösterreich und Salzburg.

¹⁸¹ Oskar Hinterleitner wurde am 10. November 1891 in Gmunden geboren und war evangelisch A.B. Als Keramiker und Fabrikant war er Gesellschafter und Geschäftsführer der Ersten Linzer Tonöfenfabrik Schadler und seit 1932 Kammerrat in der Industrie- und Handelskammer. Er war Proponent des Vereins „Ständische Neuordnung“ und Gesellschafter des „Oberösterreichischen Morgenblatts“. Mit 1. Mai 1933 trat er der NSDAP bei und saß wegen verbotswidriger Betätigung 1935 für zwei Monate im Gefängnis. Seine beiden Söhne galten als leidenschaftliche Nationalsozialisten. Vorübergehend fungierte Hinterleitner als illegaler Gauleiter der NSDAP in Oberösterreich. Im Frühjahr 1936 wurde er als kommissarischer Landesleiter eingesetzt. Als Mitarbeiter der Aktion Reinhaller und der „Nationalen Aktion“ stand er in enger Verbindung mit dem NS-Hilfswerk und mit den Aktivitäten von Franz Langoth. Am 12. März 1938 wurde er zum Gauamtsleiter und Gauwirtschaftsberater der NSDAP Oberdonau ernannt. Seit 11. September 1938 war er SS-Obersturmführer, dann SS-Sturmbannführer und schließlich seit 20. April 1941 SS-Obersturmbannführer. Er wurde Mitglied bei der NSV und der DAF, wo er seit 18. Dezember 1939 Gau-Ehrenrichter beim Ehren- und Disziplinargericht war. Hinterleitner war Landesrat und Mitglied der Landesregierung, später Leiter der Hauptabteilung IV (Wirtschafts- und Sozialangelegenheiten) der Landeshauptmannschaft. Zwischen 1939 und 1944 stieg er zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer von Oberdonau auf und war Leiter der Bezirksausgleichsstelle Oberdonau für öffentliche Aufträge. Zwischen 1938 und 1945 war er u. a. Präsident des Verwaltungsrats der Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerke AG, Aufsichtsratsvorsitzender der Steyermühl-Papierfabrik, Aufsichtsratsmitglied der Zellwolle Lenzing AG, Verwaltungsausschuss- und Vorstandsmitglied der Allgemeinen Sparkasse Linz und seit 1940 Gauhauptmann und Mitglied des Gaurats. Am 4. Juli 1945 wurde er in Grieskirchen inhaftiert. Zwischen 1950 und 1963 war er Mitglied der Sektionsleitung Industrie, Mitglied der Vollversammlung der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und Vorstandsmitglied des Verbands der Vereinigung österreichischer Industrieller der Landesgruppe Oberösterreich. Hinterleitner war Gründungsmitglied und langjähriger Vorsitzender des Oberösterreichischen Heimatwerks und Ehrenbürger von Oberneukirchen. AdR, Gaupersonalamt des Gauess Wien, Gauakt Nr. 301.153: Oskar Hinterleitner. Slapnicka, Oberösterreich – Oberdonau, 463.

verhaftet, worauf sich in Parteikreisen weitere Verwirrung und Planlosigkeit einstellte. Es kam daher zu vielen gegenseitigen Verdächtigungen, Beschuldigungen, und wohl auch Denunziationen. Die inhaftierten SA- und PO-Führer bemühten sich, die Wiedererrichtung der illegalen Organisationen vor den Behörden geheim zu halten und stattdessen die illegale Hilfswerk-Aktion zuzugeben, die man aber in den Kontext der „legalen“ Befriedungsaktion Reinthallers stellte.¹⁸² Die Wiederaufrichtung der SA in Oberösterreich stellte man gar als „Vorarbeiten“ zur Aufrichtung der im Befriedungsprogramm Reinthallers vorgesehenen „nationalen Wehrformation“ dar, wodurch man lediglich wegen des Vergehens der Geheimbündelei und nicht wegen Hochverrats angezeigt werden konnte.¹⁸³

Die Hilfswerk-Gelder selbst flossen teilweise aus dem Reich über Wien nach Linz bzw. wurden teilweise auch persönlich aus Wien abgeholt. Andererseits bestanden Überschneidungen mit dem damals behördlich noch nicht legalisierten „Hilfswerk Langoth“. Die Verteilung der Hilfswerkgelder dürfte auch eine der Hauptaufgaben der Nationalsozialisten unmittelbar nach der „Selbstauflösung“ gewesen sein. Es hatte sich dafür jeweils ein eigenes Hilfswerk für die PO, die SA und die SS herausgebildet. Parallel dazu wurde unter dem Deckmantel der „karitativen“ Geldverteilungstätigkeit an „sozial bedürftige“ Parteigenossen bzw. an die Frauen geflüchteter Aktivisten von Wien aus versucht, die Aufrichtung der SA-Organisation in Oberösterreich finanziell in die Wege zu leiten.¹⁸⁴

Trotz der Turbulenzen um die „Selbstauflösung“ schritt man seit dem Frühjahr 1935 in Oberösterreich und in Linz an die Neuorganisation der NSDAP. Ein Großteil der Führerstellen wurde neu besetzt, sodass die Anhänger der „Befriedungsaktion“ keinen Einfluss mehr hatten. Die Sicherheitsbehörden standen nun tatsächlich einem ihnen weitgehend unbekanntem Apparat gegenüber. Selbst Revertera hatte schließlich sein Scheitern zugeben müssen und bedauerte wehmütig, dass die Nationalsozialisten ihr Versprechen nicht gehalten hätten und wieder zu den Illegalen gegangen wären.¹⁸⁵ Organisatorisch war beim Neuaufbau an eine straffere Zusammenfassung von PO, SA und SS gedacht, wobei sich die Wehrverbände sogar der PO unterordnen sollten. In erster Linie sollten aber die getrennt von einander agierenden Hilfswerksorganisationen zusammengelegt werden, da sich insbesondere beim Hilfswerk der SA die Geldunterschlagungen häuften. Auch die eingehobenen Mitgliedsbeiträge wurden nun

¹⁸² AdR, Gaupersonalamt des Gauess Wien, Gauakt Nr. 344.917: Ferdinand Finsterer.

¹⁸³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.913: GZl. 302.044/35: Zl. 308.101/GD. St.B. 1935: Bericht der Oberstaatsanwaltschaft Wien in der Strafsache gegen Emmerich Rodl und Genossen; Reorganisation der illegalen Organisationen der NSDAP in Oberösterreich.

¹⁸⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.114, GZl. 304.146/GD. St.B. 1937: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 8. April 1935.

¹⁸⁵ Carsten, Faschismus, 273 f.

teilweise in Form von Unterstützungen an die Parteigenossen wieder ausbezahlt. Weitere Unterstützungsgelder wurden durch Kuriere aus dem Reich eingeschmuggelt oder kamen direkt von Reinthaller. Die Gelder wurden aber nicht nur zur Unterstützung „hilfsbedürftiger“ Parteigenossen, sondern auch zum Aufbau und festen Zusammenhalt der inneren Organisationsstruktur verwendet.¹⁸⁶

Im Herbst war man jedenfalls wieder so weit konsolidiert, dass man eine neue Form des Bombenterrors entwickeln und durchführen konnte: Am 18. September 1935 verschickten Nationalsozialisten in Linz insgesamt zehn Briefbomben an prominente Salzburger, darunter den Erzbischof. Die Briefbomben konnten zwar gerade noch rechtzeitig von der Kriminalpolizei abgefangen werden. Ein Beamter wurde aber beim Öffnen eines Paketes schwer verletzt.¹⁸⁷

DAS BRAUNE NETZWERK

Die großdeutschen NS-Honoratioren

Eine wesentliche Transmitter- und Brückenfunktion zwischen den offiziellen Stellen des Staates, den „vaterländischen“ Institutionen und der österreichischen NSDAP samt ihren Gliederungen spielten einzelne Exponenten des ehemaligen bürgerlichen, großdeutsch-„nationalen“ Lagers, die früher dem aufgelösten Landbund, der Großdeutschen Volkspartei oder „unpolitischen“ Anschlussorganisationen und Vereinen nahe standen. Durch ihre bürgerliche Herkunft und Sozialisation teilten sie so manche Werte und Verhaltensnormen mit den führenden Vertretern des „Ständestaates“, konnten aber auch in weltanschaulichen Belangen wie etwa im Deutschnationalismus, im Antisemitismus oder im Antimarxismus eine gemeinsame Sprache finden. So wurde bereits unter Dollfuß und auch später unter Schuschnigg mit Hilfe dieser bürgerlichen Nationalsozialisten der Versuch unternommen, eine Kooperationslösung mit dem österreichischen Nationalsozialismus zu finden. Für die Bundesregierung stellte dies eine unabdingbare Voraussetzung für die Versöhnung mit dem Deutschen Reich dar. Sie scheiterte aber immer wieder an den überzogenen Forderungen der Nationalsozialisten oder an den zu heterogenen Interessen innerhalb der Bundesregierung bzw. der Heimwehr.

Bereits in der ersten Augusthälfte 1934 wurde die durch den Juliputsch unterbrochene nationalsozialistische Befriedungs- und Integrationspolitik,

¹⁸⁶ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.109, GZI. 307.344/GD. St.B. 1935: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 27. November 1935.

¹⁸⁷ Botz, Gewalt in der Politik, 375.

die unter der Vermittlung von Anton Reinhaller¹⁸⁸ lief, von Bundeskanzler Schuschnigg wieder aufgenommen. Reinhaller war vor dem Parteiverbot NS-Bauernführer gewesen, verfügte über eine starke politische Verankerung bei den oberösterreichischen Nationalsozialisten und hatte nicht nur die ausdrückliche Billigung seiner Bemühungen durch Hitler, sondern auch eine beträchtliche finanzielle Unterstützung aus dem Reich über Schweizer Kanäle erhalten.¹⁸⁹ Nach außen zur Regierung hin versuchten die NS-Honoratioren der „verderblichen Terrorpolitik“ ein Ende zu bereiten, nach innen hin wollten sie das Heft innerhalb des nationalsozialistischen Lagers fester in die Hand bekommen. Denn ein Gelingen der Aktion hätte zwangsläufig die Übernahme der Führung durch die Honoratioren bedeutet. Das von Reinhaller ausgearbeitete Befriedungsprogramm sah in drei Etappen die Einstellung jeglicher Verfolgung der Nationalsozialisten, deren weitestgehende Amnestierung und Entschädigung, den korporativen Eintritt einer geschlossenen „nationalen Einheitsfront“ aller nationalsozialistischen Kräfte in die VF, die sukzessive Integration akzeptabler nationalsozialistischer Exponenten in die politischen Vertretungen auf allen Ebenen des Staates und der vaterländischen Organisationen, deren freie publizistische Betätigung als auch den Aufbau eines eigenen Wehrverbandes und die Mitarbeit an einer neuen Verfassung vor. Als Gegenleistung stellte man die Beendigung der Terrorpolitik, die Verhinderung einer regierungsfeindlichen Betätigung der Nationalsozialisten und den Ausgleich mit Deutschland als unmittelbare Folge der inneren Befriedung in Aussicht. Bei allem guten Willen und Entgegenkommen Schuschniggs wäre das Eingehen auf diese Maximalforderungen einer völligen Kapitulation vor dem Nationalsozialismus gleichgekommen. Den Gegenvorschlag eines Einzelbeitritts der „nationalen“ Exponenten in die

¹⁸⁸ Anton Reinhaller wurde am 14. April 1895 in Mettmach in Oberösterreich geboren, war römisch-katholisch und vom Beruf Forstingenieur. 1923 trat er der Ortsgruppe Attergau der DNSAP bei. Sein parteiamtliches Aufnahmedatum in die NSDAP war der 23. April 1928. Er begann seine politische Karriere beim Landbund und wurde dann NS-Landesbauernführer. Reinhaller wurde Fachberater für Agrarfragen bei der Landesleitung Österreich und Leiter der Hauptabteilung Landwirtschaft in der Landesleitung der NSDAP. Nach dem Betätigungsverbot der Partei stand er als scharfer Gegner der Habichtschen Putschpolitik im Sommer 1933 in Verhandlungen mit seinem ehemaligen Regimentskameraden Unterrichtsminister Schuschnigg. Im März 1934 wurde Reinhaller von Habicht kurzfristig aus der Partei ausgeschlossen. Nach dem Scheitern der Aktion Reinhaller legte er im Dezember 1934 seine Parteiämter zurück und übergab die Landesleitung an Hermann Neubacher. Wegen illegaler Betätigung hatte er eine Haftstrafe im Anhaltelager Kaisersteinbruch zu verbüßen. Reinhaller wurde dann Mitglied des so genannten „Siebenerausschusses“ und schließlich Minister für Landwirtschaft im Kabinett Seyss-Inquart. Am 12. März 1938 wurde er zum SS-Standartenführer, am 25. Juli 1938 zum SS-Oberführer und am 30. Jänner 1941 zum Brigadeführer ernannt. Reinhaller war Gauamtsleiter im Amt für Agrarpolitik der NSDAP Oberdonau, Landesforst- und Landesjägermeister und Träger des Goldenen Parteiabzeichens. 1945 verbüßte er nach einem gescheiterten Fluchtversuch Haftstrafen in Grieskirchen und Dachau. Er wurde nach dem Kriegsverbrechergesetz beim Volksgericht in Wien angeklagt. AdR, Gaupersonalamt des Gauess Wien, Gauakt Nr. 77.246: Ing. Anton Reinhaller; Carsten, Faschismus, 236; Black, Ernst Kaltenbrunner, 89.

¹⁸⁹ Müller, Ein „Rechtskatholik“, 165, 181 ff.

VF lehnte wiederum Reinhaller ab. Darüber hinaus torpedierte ohnedies der um seine Macht fürchtende Heimwehrflügel in der Regierung um Vizekanzler Starhemberg höchst erfolgreich diese Versöhnungsverhandlungen, womit schließlich im Oktober 1934 alle weiteren diesbezüglichen Aktivitäten als illegale Parteitätigkeit verboten wurden. Gleichzeitig wurden die Sicherheitsdirektoren auf Anregung Schuschniggs hin angewiesen, die Verbindung zu den einzelnen Führern der Aktion Reinhaller aufrecht zu erhalten, um ihnen die Möglichkeit zu geben, bei ihrer Anhängerschaft für den Einzelbeitritt zur VF zu werben.¹⁹⁰

Oberösterreichischer Landesstellenleiter der Aktion Reinhaller war zunächst der illegale oberösterreichische Gauleiter Rudolf Lengauer, der Ende September 1934 auch ein kurzes Programm vorbrachte, nach dem die Aktion aufgebaut werden sollte. Am 21. September wurde nach Rücksprache mit der Sicherheitsdirektion für Oberösterreich Fritz Reithofer¹⁹¹ mit den Agenden der Aktion Reinhaller betraut, der sich auch gleich eifrig um die Verteilung der NS-Hilfswerksgelder annahm. Neben Reithofer und Lengauer sollte auch Langoth die lokale Führung der Aktion übernehmen. In der weiteren Folge wurden der Sicherheitsdirektion die Vertrauensmänner für die einzelnen Bezirke Oberösterreichs bekannt gegeben. Für Linz sollte Karl Breithenthaler¹⁹² die „Befriedung“ in die Wege leiten. Etablierte sich die Bundesstelle in der Radetzkystraße in Wien, von wo aus Reinhaller die

¹⁹⁰ Ebenda, 183. Siehe auch Streitle, Die Rolle Kurt von Schuschniggs, 295 ff. Zum erfolglosen Treffen zwischen den Vertretern der „nationalen Opposition“ und Schuschnigg aus der Perspektive Starhembergs siehe Starhemberg, Die Erinnerungen, 209 ff.

¹⁹¹ Mag. (Apoth.) Fritz Reithofer wurde am 12. Mai 1894 in Mautern, Bezirk Krems, geboren, war ebendort zuständig und römisch-katholisch. Nach seinem Studium in Innsbruck trat er am 1. Jänner 1919 der Ortsgruppe Innsbruck der DNSAP bei. Als parteioffizielles Aufnahmedatum galt vor der Reichsleitung der NSDAP der 1. Jänner 1930. Reithofer war Magister der Stadtapotheke Braunau und bis zum Juliputsch Bezirksleiter der NSDAP Braunau. Als solcher war er während der Illegalität für Schmuggeltransporte aller Art (Zeitungen, Flugzettel und Sprengstoffe) verantwortlich und arbeitete als leitender Mitarbeiter des „Österreichischen Beobachters“. Nach dem „Anschluss“ wurde er zum Kreisleiter der NSDAP in Braunau bestellt und zum SS-Untersturmführer ernannt. Reithofer war Träger des Goldenen Ehrenzeichens. Nach 1945 wurde er aufgrund des Kriegsverbrecher- und des Verbotsgesetzes verurteilt. AdR, Gaupersonalamt des Gauess Wien, Gauakt Nr. 353.821: Fritz Reithofer.

¹⁹² Dipl.-Ing. Karl Breithenthaler wurde am 13. Mai 1879 in Linz geboren und war vom Beruf Bauingenieur und Zivilgeometer. Ab 1919 arbeitete er als selbstständiger technischer Konsulent und vereidigter Landvermesser in Gmünd. Sein Parteibeitritt zur DNSAP erfolgte am 18. Juni 1919. Zwischen 24. Februar 1920 und Oktober 1923 war er Kreisleiter des Kreises Viertel ober dem Manhartsberg (Krems-Gmünd), er war Landesparteiobermann von Niederösterreich und zwischen 1922 und 1923 nationalsozialistischer Gemeinderat in Gmünd. Beruflich bedingt übersiedelte er 1923 nach Linz. Dort war er zwischen Oktober 1923 und 1927 Landesparteiobermann der NSDAP Oberösterreichs. Danach stand er bis März 1932 außerhalb der Partei. Im März 1932 trat er der Partei zunächst in Wels und dann in Linz bei. Zwischen 23. Oktober 1937 und März 1938 fungierte Breithenthaler im Einvernehmen mit der NS-Gauleitung als „Volkspolitischer Referent“ der VF in Oberösterreich. Ab März 1938 wurde er kurzfristig Landesstatthalter für Oberösterreich, dann Leiter der Hauptabteilung II der Reichsstatthalterei und nach der Installierung des Reichsgaues Oberdonau ab 1940 Gauhauptmann und somit zweiter Mann hinter Gauleiter Eigruber. 1943 erhielt er

Fäden zog, so wurden für die Organisation in Oberösterreich die Büroräume vom „Deutschen Volksbund“ in Linz zur Verfügung gestellt. Damit wurde die Volksbundkanzlei nicht nur eine Anlaufstelle für nationalsozialistische Bittsteller, sondern auch für die NSDAP-Bezirksfunktionäre. Aber auch die Gauleitung unter Klaushofer und seinem Stellvertreter Kahowetz machten bis Dezember zwei bis dreimal ihre Aufwartung und erhielten dort die „strenge Weisung“, während der „Befriedungsaktion“ keinerlei Querschüsse durch eine etwaige Flugzettel-Propaganda oder sonstige staatsfeindliche Aktivitäten zu betreiben. Klaushofer gab die Weisungen Reithofers an die unteren Stellen weiter, wo neben dem Linzer Stadtparteiführer Hugo Bohrn auch der Steyrer Kreisleiter August Eigruber¹⁹³ für die „Befriedungsaktion“

ehrenhalber den Rang eines SA-Oberführers. 1944 ernannte man ihn zum ersten Ehrensenator der 1943 errichteten Technischen Hochschule Linz-Wilhering. Breitenthaler war Träger der Ostmark-Medaille. Seit 18. Mai 1945 in Urfahr in Haft, wurde er am 30. Juni 1945 als „alter Kämpfer“ entlassen. Am 23. April 1947 wurde er der Polizeidirektion Salzburg zur Überstellung an das Gericht weitergeleitet. Es wurde eine nachträgliche strafrechtliche Verfolgung nach dem Verbots- und dem Kriegsverbrechergesetz eingeleitet. Breitenthaler verstarb am 10. Mai 1950 in Linz. AdR, Gaupersonalamt des Gaues Wien, Gauakt Nr. 116.771: Dipl.-Ing. Karl Breitenthaler; Slapnicka, Oberösterreich – Oberdonau, 447; Mulley, Die NSDAP in Niederösterreich, 174 f.

¹⁹³ August Eigruber wurde am 16. April 1907 in Steyr geboren, war dorthin zuständig und römisch-katholisch bzw. gottgläubig. Nach fünf Klassen Volksschule und vier Klassen Realschule besuchte er die Bundeslehranstalt für Eisen- und Stahlbearbeitung. Er wurde Mechanikergehilfe, war Hilfsarbeiter beim Bezirksvermessungsamt Steyr, Arbeiter in einer Rechenmaschinenfabrik, Arbeiter in der Gummifabrik Reithofer und sechs Jahre Magazinsarbeiter in den Steyr-Werken. Dort wurde er schließlich aus politischen Gründen entlassen. Am 16. November 1922 trat er der am selben Tag gegründeten „Nationalsozialistisch-deutschen Arbeiterjugend Österreichs“ in der Ortsgruppe Steyr bei. 1923 wurde er Gruppenleiter der Jugendgruppe Steyr und 1925 Jugendleiter für ganz Oberösterreich. 1927 erfolgte in Freilassung die Unterstellung der österreichischen NS-Jugend unter die Führung Hitlers. So trat Eigruber im August 1927 zur HJ über. Im selben Jahr war er mit einer kleinen Abordnung aus Oberösterreich beim Nürnberger Parteitag, wo er zum HJ-Führer für Oberösterreich bestellt wurde. Von der Reichsleitung wurde Eigrubers Aufnahme in die NSDAP mit 18. April 1928 offiziell bestätigt. Bis 1930 blieb er Gaujugendführer der oberösterreichischen HJ, seit April 1930 war er Bezirksleiter der NSDAP in Steyr-Land, seit 1931 in der Kreisleitung von Steyr-Stadt und Steyr-Land tätig, 1933 Kreisleiter des Kreises Steyr, 1935 Gaugeschäftsführer und ab 1936 illegaler Gauleiter der NSDAP in Oberösterreich. Wegen illegaler Parteibetätigung war er zweimal im Anhaltelager Wöllersdorf (insgesamt acht Monate), erhielt einige Verwaltungsstrafen (über insgesamt sieben Monate) und eine Gerichtsstrafe (über einen Monat). Nach dem „Anschluss“ war Eigruber Gauleiter der NSDAP, Landeshauptmann und Reichsstatthalter von Oberdonau. Dienstugeteilt war er dem Stab des SS-Abchnittes VIII. Er war Mitglied des Deutschen Reichstags und Träger des SS-Ehrendegens. Er wurde am 25. Juli 1938 zum SS-Oberführer und am 21. Juni 1943 zum SS-Obergruppenführer ernannt. Eigruber war Aufsichtsrat in der Alpine Montangesellschaft, Aufsichtsrat der Steyr-Daimler-Puch AG, der Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerke AG, Inhaber der Ostmark-Medaille und Träger des Goldenen Parteiabzeichens. Noch am 28. April 1945 gab er die Weisung, in Mauthausen eine Anzahl politischer Häftlinge zu ermorden. Laut Steyr-Werke-Direktor Walter Friedrich Glöckel hatte Eigruber knapp vor der Befreiung durch die Alliierten den Auftrag gegeben, den Maschinenpark der Nibelungenwerke in St. Valentin zerstören zu lassen. Am 11. August 1945 wurde er in Oberösterreich durch den CIC verhaftet und ins Gefängnis Linz gebracht. Eigruber wurde vom amerikanischen Militärgericht in Dachau zum Tode durch den Strang verurteilt und am 28. Mai 1947 in Landsberg hingerichtet. AdR, Gaupersonalamt des Gaues Wien, Gauakt Nr. 332.557: August und Johanna Eigruber.

gewonnen werden sollte. Damit reichte das Netz der Verflechtung weit in die illegale Organisation hinein, auf oberster Ebene wurde jedoch der Anschein der Legalität gewahrt. Auf einer Besprechung Ende September, Anfang Oktober 1934 in der Wiener Berggasse 14, wohin der Sitz der „Befriedungsaktion“ verlegt worden war, nahm als Berichterstatter für Oberösterreich neben Reithofer auch Oskar Hinterleitner teil. Als schließlich für die Regierung die Entwicklung zu heikel und die Gefahr einer getarnten NS-Organisation zu augenscheinlich wurde, kam es mit Erlass des Bundeskanzleramts vom 10. Oktober 1934 zum Verbot jeder weiteren Aktivität im Rahmen der Aktion Reinhaller. Der einzelne Beitritt von Nationalsozialisten in die VF unter Anerkennung der Regierung und ihres Programms und weitere Kontakte in den Ländern durch die Landeshauptleute und Sicherheitsdirektoren waren aber weiterhin erwünscht. Da das Befriedungskonzept auf Bundesebene gescheitert war, verlagerte sich die Initiative auf die Landesebene und hier vor allem auf Oberösterreich.¹⁹⁴

Hier unterstützten Landeshauptmann Gleißner und Sicherheitsdirektor Revertera die Aktivitäten Reinhallers, der zudem eine lagerinterne Rückenbedeckung von einzelnen oberösterreichischen Landbündlern und von den ehemaligen Großdeutschen Franz Langoth und Hermann Foppa erhielt.¹⁹⁵ Zu diesen prominenten bürgerlichen Mitgliedern der so genannten „nationalen Opposition“ unterhielt Revertera sehr freundliche Beziehungen mit dem Ziel, ihr auch noch nach dem Juliputsch eine „Lebensmöglichkeit“ unter der Einschränkung zu sichern, dass sich die österreichische Partei von der reichsdeutschen NSDAP trenne. Selbst die völlig gescheiterte „Selbstaflösungsaktion“ hinderte den Sicherheitsdirektor nicht daran, im November 1935 eine Aussprache mit Reinhaller zu führen, bei der er ihm mitteilte, dass er seine Bemühungen in Richtung Versöhnung fortsetzen werde und zu Weihnachten eine Teilamnestie für Nationalsozialisten plane, die er „möglichst umfangreich zu gestalten“ beabsichtige. Zwei Wochen später drückte er jedoch Langoth gegenüber sein Bedauern über die Notwendigkeit von abermaligen Verhaftungen von Nationalsozialisten aus, die ganz wider seinen eigentlichen Plänen gelaufen seien. Dass er sich dabei gleichzeitig über die mangelnden intellektuellen Qualitäten der NS-Flugblätter ausließ, unterstreicht nur seine aristokratische Verachtung gegenüber dem „proletarischen“ Flügel der Nationalsozialisten.¹⁹⁶ Diese Verachtung beruhte ganz auf Gegenseitigkeit, wobei vor allem seine Kooperationspolitik bei den Militanten auf höchste Erbitterung stieß. Sowohl die Bezirksleitung der NSDAP Linz als auch die Führung der „proletarischen“ Betriebszellenorganisation lehnten

¹⁹⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.109, Zl. 307.344/GD. St.B. 1935: Ing. Hugo Bohrn, Dr. Kurt Beer und Genossen; Reorganisation der NSDAP in Linz. Bericht der Bundespolizeidirektion Linz vom 24. Jänner 1935 sowie Verhörprotokoll von Fritz Reithofer vom 11. Jänner 1935.

¹⁹⁵ Jagschitz, Zwischen Befriedung, 162 ff. Rosar, Deutsche Gemeinschaft, 75 ff.

¹⁹⁶ Carsten, Faschismus, 273. Langoth, Kampf um Österreich, 193.

sämtliche „Befriedungsversuche“ der nationalsozialistischen Honoratioren strikt ab. Bereits im November 1934 bezeichneten Flugblätter die Verhandlungen der „nationalen“ Exponenten mit der Bundesregierung als irrelevant. Unter Betonung des nationalsozialistischen Kampfgeistes sprach man sich vehement gegen die Versuche aus, die NSDAP in die VF zu integrieren.¹⁹⁷ In dieser Position kamen die erbitterten Ressentiments der militanten und kampfbereiten Nationalsozialisten zum Ausdruck, die von Polizei und Justiz verfolgt und inhaftiert wurden, während die angeblich moderaten bürgerlichen Nationalsozialisten mit den führenden Vertretern in Bund und Land verhandelten und dabei wenig zu verlieren hatten, jedoch so manches zu gewinnen hofften.¹⁹⁸

Man kann es drehen und wenden, wie man will. Der „proletarische“ SA-Flügel, zu dem auch das soziologische Substrat der „Österreichischen Legion“ zu zählen ist, und der bürgerlich-„intellektuelle“ Flügel waren nur die zwei Seiten ein und derselben nationalsozialistischen Medaille. Man hatte zwar unterschiedliche Strategien, Methoden und Ressourcen, doch das Ziel war das gleiche: den Anschluss Österreichs an ein nationalsozialistisches Hitler-Deutschland mit all seinen positiv erhoffen machtpolitischen und lebensgestaltenden Auswirkungen für alle Kämpfer gegen das „Dollfuß-Schuschnigg-Regime“. Diese sich ausbildende strategische Teilung in einen „politischen“ Flügel, der gegenüber den Regierungs- und Landesstellen verhandlungswürdig war, und einen militanten Flügel, der vom Staat verfolgt wurde, diesem aber zugleich permanent seine Schwäche zeigen konnte, ist für Untergrundorganisationen während eines „Befreiungskampfes“ nichts Außergewöhnliches. Für die konkrete Konstellation spezifisch scheint die extreme Inhomogenität und Fragmentierung sowohl innerhalb der Untergrundbewegung selbst als auch innerhalb der Staats- und Regierungsstellen bezüglich der jeweils einzuschlagenden Taktik und Strategie dem Anderen gegenüber zu sein. Ebenso beeinflusste die starke machtpolitische Rücken- deckung, Unterstützung und Intervention für den österreichischen Nationalsozialismus aus dem Deutschen Reich die Kommunikation zwischen den innerösterreichischen Kontrahenten erheblich.

Dabei mochten vielleicht die scheinbaren Widersprüche der österreichischen „Verständigungspolitik“ durch die offensive Vorgangsweise Reverteras auf oberösterreichischer Ebene besonders drastisch hervorstechen, sie entsprachen jedoch lediglich der offiziellen NS-Politik des „Austrofaschismus“: Da aus ideologischen Gründen „der Feind links stand“, ein Ausgleich mit der Sozialdemokratie de facto nicht zur Debatte stand, konnten die „austrofaschistischen“ Eliten aus eigenem Machterhalt heraus nur eine Versöhnungslösung mit dem bürgerlich-großdeutschen Flügel des

¹⁹⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.108, Zl. 312.918/GD. St.B. 1934: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 13. November 1934.

¹⁹⁸ Bukey, *The Nazi Party*, 312 f.

Nationalsozialismus versuchen, der unter der Zusicherung einer Machtbeteiligung mäßigend auf den radikalen Flügel einwirken sollte. Diese Strategie des „divide et impera“ beförderte in der politischen Praxis lediglich die Herausbildung einer spezifischen Arbeitsteilung zwischen den beiden soziologisch unterschiedlichen Flügeln: Die bürgerlichen Nationalsozialisten spezialisierten sich auf den Interventionismus, das Antichambrieren, auf das Unterhöhlen und Penetrieren des „austrofaschistischen“ Regimes. Die „proletarischen“ Nationalsozialisten fungierten als der permanente Stachel im System, indem sie durch angedrohte bzw. durchgeführte Gewalt- und Propagandaaktionen dem „Ständestaat“ seine machtpolitischen Grenzen zeigen konnten.

Durch diese Politik bekam zwar der bürgerliche NS-Flügel Rückenwind in seinen Ambitionen, das Ruder im nationalsozialistischen Lager zu übernehmen, doch konnte er sich lagerintern machtpolitisch zu keiner Zeit durchsetzen. Vielmehr agierte man in den Verhandlungen mit der Regierung oft im luftleeren Raum, da der überwiegende Teil der Nationalsozialisten den Befriedigungs- und Integrationsstrategien nicht folgen wollte. Durch die Verfügungsgewalt über einige im politischen Tageskampf wichtig gewordene Machtressourcen wie die Distributionskompetenz bei diversen NS-Unterstützungsgeldern, die juristisch-strafrechtlichen Verteidigungsqualitäten von NS-Anwälten oder einfach die politisch-institutionellen Beziehungen zu den Behörden, konnte es den „Salon-Nazis“ dennoch gelingen, in der Zeit nach dem Juliputsch gewisse unverzichtbare Positionen zu erwerben.

Insbesondere die Verteilungsgewalt über Hilfs- und Unterstützungsgelder wurde zu einem wichtigen Hebel in der Einflussnahme der Honoratioren auf die Illegalen. Zwar ging der weitaus größte Anteil der illegalen Hilfswerksgelder von den reichsdeutschen Stellen über eine Wiener Bank durch Kontakt- und Mittelspersonen direkt an die illegalen Parteistellen in Österreich, doch gelang es NS-Honoratioren wie Reinhaller und Langoth Teile dieser Gelder zu kanalisieren.¹⁹⁹ Mit ihnen begann Langoth nach dem Juli 1934 sein eigenes „legales“ Hilfswerk in Linz aufzubauen. Denn es konnte ja nicht verboten sein, „in Not geratene Volksgenossen“ materiell und finanziell zu unterstützen. Die entsprechenden Gelder bezog er im Gegensatz zur Landesleitung der NSDAP, die ihre Organisations- und Unterstützungsgelder vom Hilfswerk Nordwest unter SA-Führer Reschny erhielt, vom NSDAP-Flüchtlingshelfswerk unter SS-Gruppenführer Rodenbücher. Freilich wurden beide Hilfswerke aus ein und derselben Quelle, der Reichsschatzmeisterei in Berlin, gespeist. Nach erfolgreichen Verhandlungen Langoths in München Ende August 1934 konnte er die Festsetzung des monatlichen Etats für sein Hilfswerk mit 30.000,— Schilling erreichen. Das Geld sollte gleich direkt von der Deutschen Verrechnungskasse auf ein Postsparkassenkonto der Öster-

¹⁹⁹ Stuhlpfarrer, *Zum Problem*, 316 ff. Williams, *Aid*, 235 ff. Zu Langoth allgemein: Schuster, *Langoth*.

reichischen Nationalbank überwiesen werden, wodurch sich die Regierung eine gewisse Kontrolle über die Geldflüsse erhoffte. Doch mussten Staatsrat Seyss-Inquart und Staatssekretär Guido Schmidt oft um die Freigabe kämpfen, da durch die Geldtransaktionen die Clearingspitze zwischen Österreich und Deutschland weiter belastet wurde. In der Folge wurden die Gelder daher teilweise gleich schwarz über die Grenze gebracht.²⁰⁰ Die Gelder des illegalen nationalsozialistischen Hilfswerks wurden durch Kuriere von Wien nach Linz transportiert. Im November 1934 versiegten vorübergehend die Geldflüsse, weshalb man sich über einen Mittelsmann persönlich in Wien nach dem Verbleib des Geldes umsah. Schließlich erhielt der „Deutsche Volksbund“ am 21. Dezember vom NS-Hilfswerk in Wien den ausständigen Betrag von 30.000,- Schilling, der an die Gauleitung und an die einzelnen NSDAP-Kreisleitungen in Oberösterreich verteilt wurde. Als Rückerstattung für angefallene Spesen erhielt Langoth 3.000,- Schilling und weitere 5.000,- Schilling, die er dem Hilfswerk in den letzten Monaten vorgeschossen hatte.²⁰¹

Die organisatorische Basis der Aktivitäten Langoths war der Parteiverein der Großdeutschen Volkspartei in Oberösterreich, der „Deutsche Volksbund für Oberösterreich“, dessen Obmann er seit 1908 war und dessen Kanzlei sich in der Lustenauer Straße 13 befand. Diese Adresse wurde bald eine

Zufluchtstätte aller Hilfsbedürftigen und Bedrängten [nationalsozialistischer Provenienz; Anm. T.D.], die dort in ihren verschiedenen Anliegen Rat und Hilfe suchten und auch fanden. Es wurden Einsprüche gegen Straferkenntnisse, Gesuche um Wiedereinstellung in den Dienst, Gnadengesuche um Aufhebung der Straffolgen, Interventionen auf allen Gebieten, Stellenvermittlungen usw. durchgeführt.²⁰²

Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag aber auf der finanziellen Unterstützung und konzentrierte sich zunächst auf die „karitative“ Geldverteilung an inhaftierte nationalsozialistische Strafgefangene und Juliputschisten in der Strafanstalt Garsten, die von Revertera trotz schwerster staatspolizeilicher Bedenken wärmstens unterstützt und von Vizekanzler Baar-Baarenfels auch mündlich erlaubt worden war.²⁰³ Mit Genehmigung des Justizministers Hammerstein fand sie schließlich ihre Ausweitung auch auf andere Strafanstalten. Unter Langoths Ägide wurden auch Lebensmittelsendungen sowie Oster- und Weihnachts-Paketaktionen an Strafgefangene organisiert. Organisatorische Basis der „Gefangenenhilfe“ war die von Langoth in Linz gegrün-

²⁰⁰ Rosar, Deutsche Gemeinschaft, 155 f.

²⁰¹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.109, GZl. 307.344/GD. St.B. 1935: Ing. Hugo Bohrn, Dr. Kurt Beer und Genossen; Reorganisation der NSDAP in Linz. Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 24. Jänner 1935, sowie Verhörprotokoll Fritz Reithofers vom 11. Jänner 1935; AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.913, GZl. 302.044/35, Zl. 305.115/GD. St.B. 1935: Aufdeckung der illegalen Organisation der NSDAP in Oberösterreich: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 14. Jänner 1935.

²⁰² Langoth, Kampf um Österreich, 210 f; vgl. allgemein auch: Schuster, Langoth, 89 ff.

²⁰³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.018, GZl. 303.270/38 (GZl. 307.682/37 und GZl. 346.413/36): Sammelakt „Hilfswerk“ Langoth sowie AdR, BKA, Inneres, SR/41/2, Karton 5.979, Zl. 370.906/GD. St.B. 1935: Behandlung der politischen Strafgefangenen in der Strafanstalt Garsten.

dete Ortsgruppe des Wiener NS-Fürsorgevereins „Deutsche Volkshilfe“, der von der ehemaligen Großdeutschen Marie Schneider geleitet wurde.²⁰⁴ Nach der lediglich behördlichen Duldung seiner Aktivitäten gelang es Langoth schließlich „stillschweigend, in echt österreichischer Art“²⁰⁵ mit 9. Dezember 1936 die offizielle behördliche Genehmigung seines eigenen Hilfswerks durch den neuen Sicherheitsminister und überzeugten „Verständigungspolitiker“ Odo Neustädter-Stürmer zu erwirken. Trotz schwerster staatspolizeilicher Bedenken hatten weder Bundeskanzler Schuschnigg noch Landeshauptmann Gleißner dagegen grundsätzliche Einwendungen.²⁰⁶

In „vaterländischen“ Kreisen begannen sich vehemente Unmutsäußerungen gegen diese einseitigen Unterstützungen für Nationalsozialisten zu regen. Trotz der Forderung der oberösterreichischen Landesführung der VF nach einem sofortigen Verbot des Hilfswerks konnte Langoth unbeirrt an den weiteren Ausbau schreiten. Er stieß jedoch in den meisten anderen Bundesländern auf heftigen Widerstand der Sicherheitsdirektionen und der Landeshauptleute. In Oberösterreich stützte sich Langoth beim Aufbau des Vertrauensleuteapparats ganz auf seine ehemaligen großdeutschen Parteigenossen, die zwar für die NSDAP sympathisierende, aber politisch nicht zu exponierte Gemeindeärzte, Drogisten, Bankbeamte, Rechtsanwälte, Fachärzte, Kaufleute, Gastwirte, Gutsbesitzer, Kleinunternehmer und selbstständige Handwerksmeister waren. Für den Stadtbezirk Linz fungierte etwa der Bundesbahninspektor außer Dienst und ehemalige Parteigänger der Großdeutschen Volkspartei, Anton Gruber, als zuständiger Bezirksvertrauensmann. Kamen damit die Verteiler der Hilfswerks-gelder aus den Kreisen der Provinzhonoratioren, so waren die Empfänger durchwegs illegale Parteiaktivisten. Unter den Linzer Befürsorgten waren etwa der SS-Schulungsleiter Josef Oberkofler, der SS-Sturmführer Ferdinand Schmid oder der SA-Standartenführer Franz Peterseil. Weiters kamen amnestierte Juliputschisten, PO-, SS-, SA- und HJ-Führer, Geldver-teiler des NS-Hilfswerks und wegen illegaler Partei- und Propagandatätigkeit bzw. wegen Sprengstoffbesitzes bestrafte „Hilfsbedürftige“ in den Genuss der Unterstützungsgelder.²⁰⁷

Am 5. Mai 1935 inszenierten die sich wieder im Aufwind fühlenden NS-Honoratioren im Kaufmännischen Vereinshaus in Linz sogar die Gründung einer de facto politischen Organisation. Unter dem Vorsitz von Reinthaller wurde gemeinsam mit Langoth, Foppa, Breithaller, Lengauer, mit Franz Hueber, dem viel zitierten Schwager Görings, und mit dem SS-Führer

²⁰⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.983, Zl. 302.952/GD. St.B. 1937: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 12. Jänner 1937; Langoth, Kampf um Österreich, 212.

²⁰⁵ So der Kommentar von „Interventionsminister“ Glaise-Horstenau. Vgl. Rosar, Deutsche Gemeinschaft, 88.

²⁰⁶ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.018, GZl. 303.270/38 (GZl. 307.682/37 und GZl. 346.413/36): Sammelakt „Hilfswerk“ Langoth.

²⁰⁷ Ebenda.

Kaltenbrunner unter Duldung von Sicherheitsdirektor Revertera die „Nationale Aktion“ aus der Taufe gehoben. Dieser abermalige Anlauf für eine „Befriedungsaktion“ konnte sich auf die deutschvölkischen Turnvereine und Sänger und auf die noch übrig gebliebenen Vertrauensleute der ehemaligen Großdeutschen Volkspartei vor allem in den urbanen Bereichen Oberösterreichs und Salzburgs stützen. Man zielte auch auf die Gewinnung der öffentlich Bediensteten ab, denen mitgeteilt wurde, dass die Bewegung von der Regierung gebilligt sei und sie daher ohne Angst um ihre weitere Anstellung mitarbeiten könnten.²⁰⁸ Die „Nationale Aktion“ gliederte sich in eine Landesstelle, in Bezirksstellen und Gemeindestellen. Sie stand zwar zunächst außerhalb der VF, strebte aber als Ziel eine Aufnahme an, um in ihr auf eine „freie Volksabstimmung“ hinarbeiten zu können. Der „Nationalen Aktion“ wurde die Abhaltung von Vertrauensleutebesprechungen, die Einhebung von Geldbeträgen und ein Interventionsrecht behördlich zugestanden. Denn „die Nationale Aktion soll[te] neben ihrem politischen Wesen auch eine Schutzstelle für die politisch verfolgten Gesinnungsgenossen sein“. Die konkreten Interventionen hätten bei den Landes- oder Bundesbehörden durch die Landesstelle, bei den Bezirkshauptmannschaften durch die Bezirksstellen zu erfolgen. Die Mitarbeiter Reinthallers waren zu 90 Prozent ehemalige Mitglieder der NSDAP. Reinthaller beabsichtigte zwar die Sammlung aller „Nationalen“, doch versagte bereits am 13. Mai 1935 die Gauleitung der NSDAP Oberösterreich ihre Mitarbeit und verbot in einem Rundschreiben allen Parteigenossen den Beitritt. Reinthaller ordnete daraufhin bis zur Klärung der Lage auf „oberbehördlichen Wunsch eine Stillhaltung“ an. Er trat aber nach wie vor für die Geschlossenheit und Einheit der „Nationalen Front“ und für die Ideale der „Bewegung“ ein. Die oberösterreichische Gauleitung war davon überzeugt, dass Reinthaller mit der „Nationalen Aktion“ nur einen Keil in die NSDAP treiben wolle. Da die „großdeutschen Herren“ ohnedies freie Hand hätten, lehnte man wegen der geschwächten Situation im Gau aufgrund der vergangenen Affären eine solche Aktion völlig ab, da sie ohnedies zum Scheitern verurteilt wäre. Um die Dissonanzen nicht aus der Bewegung hinaus zu tragen, wurden vorerst öffentliche Angriffe der Gauleitung gegen die „Nationale Aktion“ unterlassen.²⁰⁹ Auch hier kamen wieder die alten Fraktionslinien innerhalb der Bewegung zum Ausdruck. Denn die „Nationale Aktion“ befürwortete grundsätzlich die Zusammenarbeit mit der VF. Sie war bereit, den „Anschluss“ auf unbestimmte Zeit zu vertagen und die Unabhängigkeit Österreichs grundsätzlich zu akzeptieren, forderte aber dafür entweder die Auflösung der vaterländischen Wehrverbände oder das

²⁰⁸ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.920, GZl. 305.250/35, Zl. 333.195/GD. St.B. 1935: Informationsdienst im Generalsekretariat der VF vom 13. Mai 1935. Siehe auch Langoth, Kampf um Österreich, 178 ff.

²⁰⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.913, GZl. 302.044/35, Zl. 340.198/GD. St.B. 1935: Bericht der Bundes-Polizeidirektion vom 16. Juni 1935.

Recht einer Neuorganisation von SA und SS, was natürlich für die Militanten völlig inakzeptabel war.²¹⁰

Doch gaben Reinhaller und Langoth noch lange nicht auf: Ab August 1935 intensivierten sich die Befriedungsverhandlungen zwischen Reinhaller, Langoth und Hueber einerseits, Revertera und Gleißner andererseits. In deren Verlauf stellte Revertera, der auf eine rasche Abwicklung der „Befriedung“ drängte, den nationalsozialistischen Vertretern eine Teilamnestie in Aussicht, gewährte ihnen die Herausgabe einer eigenen, regelmäßig erscheinenden „Korrespondenz“, erlaubte ihnen eigene Spendensammlungen und befürwortete die „Gefangenenhilfe“. Langoth behauptete, dass er mit dieser die über hundert Garstener NS-Gefangenen „vor der Tuberkulose bewahren“ wollte. Dafür bemühten sich Reinhaller und Langoth einerseits um ein Einschwenken bzw. zumindest um ein Stillhalten der Illegalen in SA und PO. Doch war Landesleiter Leopold nicht bereit, seine Organisation preiszugeben, die sein einziger machtpolitischer Trumpf war. Reinhaller und Langoth versuchten auf Neubacher, Eigruber und die militante Gruppe um Schattenfroh mäßigend einzuwirken, verhandelten aber auch mit Kaltenbrunner, den sie von der Strategie eines „schrittweisen Vordringens ohne Erschütterung“ nicht erst zu überzeugen brauchten. Andererseits hielten Reinhaller und Langoth engen Kontakt mit dem deutschen Gesandten von Papen, der als ein „warmer Förderer“ der „Nationalen Aktion“ galt. Mit ihrer Hilfe hoffte er auf eine „Verwässerung“ im Interesse Deutschlands, so wie dies im Saarland durch die „Deutsche Front“ erfolgt war. Reinhaller brachte in mehreren Aussprachen mit von Papen vor, dass er sich vom Reich eine ausdrückliche Verfügung wünsche, mit der alle Quertreibereien der Illegalen verboten werden sollten. Zudem wünschte er sich, dass den Militanten die finanziellen Mitteln entzogen und der Einfluss der NS-Emigranten auf innerösterreichische Belange unterbunden werden sollte. In diesem Sinne versuchte er auch auf Lengauer einzuwirken. Darüber hinaus stand Hueber auf Veranlassung Reinhallers mit Glaise-Horstenau, Seyss-Inquart und Revertera in Verhandlungen, für die wiederum seine verwandtschaftlichen Beziehungen zu Göring von Nutzen waren. Schließlich sollten noch die „nationalen“ Bauern für die „Nationale Aktion“ gewonnen werden, wofür Reinhallers Vergangenheit als oberösterreichischer NS-Bauernführer, aber auch seine guten Kontakte zu Reichsminister Darré hilfreich waren, der ebenfalls den Verständigungskurs befürwortete. In diesem Zusammenhang war Reinhaller bemüht, auch auf wirtschaftlichem Gebiet einen lebhaften Ausgleich zwischen Österreich und dem Reich in die Wege zu leiten. Freilich sollten bei den Kompensationsgeschäften mit Holz und Rindern „möglichst national eingestellte Leute“ berücksichtigt werden. Am Höhepunkt all dieser Bemühungen kam es schließlich am 7. Jänner 1936 auf Vermittlung Rever-

²¹⁰ Bukey, Patenstadt, 230. Zum Programm der „Nationalen Aktion“ siehe Langoth, Kampf um Österreich, 179 ff.; allgemein: Schuster, Langoth, 76 ff.

teras sogar zu einem Treffen zwischen ihm, Reinthaller, Langoth und Innenminister Baar-Baarenfels, der sich als Verfechter des „großdeutschen Gedankens“ in Österreich zu einer Ausdehnung der „Nationalen Aktion“ auf das ganze Bundesgebiet bereit erklärte. Dafür wollte er die Zustimmung von Schuschnigg und Starhemberg erwirken. Nach Reinthallers Vorstellungen hätten am Ende dieser Verhandlungen eine „Übergangsregierung“ unter nationalsozialistischer Beteiligung und eine neue Verfassung bei Aufrechterhaltung der österreichischen Eigenstaatlichkeit stehen sollen. Diese bemerkenswerte Verständigungsbereitschaft wurde aber durch eine Verhaftungswelle Anfang März 1936 zunichte gemacht. Reinthaller und Langoth, der fälschlicher Weise verdächtigt wurde, der Leiter des illegalen Hilfswerks zu sein, wurden verhaftet. Die Hausdurchsuchungen und Polizeiverhöre erbrachten keine konkreten Anhaltspunkte für die Beschuldigungen, doch förderten sie höchst peinliche Gedächtnisprotokolle über die „Befriedungsverhandlungen“ mit Baar-Baarenfels und Revertera zu Tage. Schließlich mussten Reinthaller und Langoth zur Erleichterung des Sicherheitsdirektors wieder auf freien Fuß gesetzt werden. An eine Weiterführung der Verhandlungen war nun nicht mehr zu denken. Das Juliabkommen eröffnete ohnedies bald ein viel weiteres Aktionsfeld.²¹¹

Die Parteiorganisation (PO)

Die Verhältnisse in der nationalsozialistischen Parteiorganisation waren Ende der zwanziger Jahre noch einigermaßen bescheiden. Im Frühjahr 1929 gab es in Linz lediglich 297 eingeschriebene Parteimitglieder, in ganz Oberösterreich 867.²¹² Ende 1931 zählte der Gau Oberösterreich bereits 124 Ortsgruppen, von denen neun erst kürzlich gegründet worden waren. Organisationsleiter des Gaues Oberösterreich war zu dieser Zeit der Feuerwerker der Linzer Artilleriekaserne, Matthäus Mittermair.²¹³ Gaugeschäfts-

²¹¹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.960, Zl. 315.360/GD. St.B. 1936: Aufdeckung der illegalen nationalsozialistischen Landesleitung und der Gauleitung in den Bundesländern: Verhörprotokolle von Franz Langoth vom 11. März 1936 sowie von Anton Reinthaller vom 3., 11. und 12. März 1936. Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 15. März 1936. Langoth, Kampf um Österreich, 184 ff.; Müller, Ein „Rechtskatholik“, 188 ff.

²¹² Bukey, The Nazi Party, 309.

²¹³ Matthäus Mittermair wurde am 6. September 1906 in Wendling in Oberösterreich als Sohn eines Bauern geboren und war römisch-katholisch bzw. gottgläubig. Nach der Volksschule und zwei Klassen Bürgerschule absolvierte er eine Dreherlehre, wurde aber dann kaufmännischer Angestellter. Am 1. Februar 1928 trat er der NSDAP und der SA bei. Mittermair wurde Berufssoldat beim österreichischen Bundesheer, wo er als Feuerwerker und Telegrafener-Unteroffizier tätig war. Am 29. Juli 1933 wurde er wegen NS-Betätigung entlassen. Bei der SA war er Sturmbannführer und Brigadeführer für Oberösterreich. Im September 1934 flüchtete er ins Reich, wo er zur „Österreichischen Legion“ kam. Zwischen 1935 und 1938 arbeitete er als Abteilungsleiter in einer Hamburger Lebensversicherungsanstalt. Nach dem „Anschluss“ wurde er zum Gauinspektor und Gauamtsleiter

führer war der entlassene Beamte der Steyr-Werke und Steyrer Sturmbannführer Karl Doppelmayr, der noch bis zum Februar 1931 Bataillonskommandant der Heimatwehr in Steyr war. Als Geschäftsführer der Bezirksleitung Linz-Stadt fungierte der pensionierte Oberforstrat Robert Wilczek, der gemeinsam mit dem Linzer Stadtparteileiter Hugo Bohrn fleißig am Ausbau der Kanzlei der Bezirksleitung an der Schützenstraße 33 arbeitete.²¹⁴ 1932 wurden die Bezirksleitungen der NSDAP von Linz-Stadt, Linz-Land und Urfahr-Umgebung zusammengezogen und dem Gemeinderat Gustav Nohel unterstellt. Die Kanzlei übersiedelte im Laufe des Jahres ins „Deutsche Heim“.

Zu dieser Zeit war jede Ortsgruppe verpflichtet, allmonatlich einen Bericht samt Standesmeldung an die Landesleitung zu senden. Diesbezüglich wiederholte Nachlässigkeit konnte zur Auflösung der betreffenden Ortsgruppe führen. Zugleich schritt man an den Aufbau einer NS-Betriebszellenorganisation, welche die zentrale Waffe in der Eroberung der Arbeiterschaft darstellen sollte. Erste Erfolge stellten sich in der Gruppe „Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen“ und im Bereich der Bundesbahnangestellten ein.²¹⁵ Insgesamt waren die Ergebnisse aber eher bescheiden. Nur bei einigen mittleren industriellen und gewerblichen Betrieben gelang es, in die Arbeitnehmervertretung einzudringen. So waren 1933 bei der Linzer Elektrobau zwei der drei Betriebsräte Nationalsozialisten und in der ESG gab es neben einem Vertreter der Freien Gewerkschaften und einem Kommunisten ebenfalls zwei nationalsozialistische Angestellten-Betriebsräte.²¹⁶

Die Landesleitung der NSDAP Österreich mit ihrem Sitz an der Goethestraße 7 bestand aus den Abteilungen Organisation, Propaganda, Presse, Betriebszellenorganisation, Landwirtschaft, Kulturfragen, Jugendfragen, einem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuss als Parteigericht und aus dem Ärzte-, Juristen- und Lehrerbund,²¹⁷ womit die jeweiligen Berufsgruppen organisatorisch erfasst werden sollten. Der Juristenbund war auch für die kostenlose Rechtsberatung für NS-Aktivisten zuständig, die von Polizei und Gericht bedrängt wurden. Daneben bestand in Linz noch die von

ernannt. Er war zwischen 3. Februar 1939 und 5. Mai 1945 Ratsherr der Stadt Linz und zwischen 1943 und 1945 Kreisleiter in Vöcklabruck. Mittermair war Träger der Ostmarkmedaille. Er versuchte kurz vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen zu flüchten, konnte aber beim Volksgericht Linz wegen Hochverrats angeklagt werden. Zwischen 1945 und 1949 inhaftiert, verstarb Mittermair am 12. Dezember 1966 in Linz. AdR, Gaupersonalamt des Gau Wien, Gauakt Nr. 334.763: Matthäus Mittermair. Bart/Puffer, Die Gemeindevertretung, 205 f.

²¹⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.102, Zl. 138.250/GD. 1/1932: Bericht der Bundespolizeidirektion Linz vom 23. März 1932.

²¹⁵ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.872, GZl. 110.958/GD. 1/1932, Zl. 234.739/31: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 9. Dezember 1931.

²¹⁶ Olbrich/Özer, Linz 1938, 58; Dürr, Zur Geschichte, 92 f.

²¹⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.101, Zl. 206.786/GD. 1/1931: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 8. Oktober 1931.

Josef Oberkofler²¹⁸ gründete Ortsgruppe des Vereins „Kampfbund für Deutsche Kultur“, dessen oberste Leitung Alfred Rosenberg in München inne hatte.²¹⁹ Die Kanzleiräume der Stadtparteileitung befanden sich am Tummelplatz 6. Im Parteiheim Märzenkeller wurde im großen Saal eine „deutsche Volksbühne“ errichtet, wo alle zwei Wochen weltanschauliche Theaterstücke gegeben werden sollten.

Neben der weltanschaulichen Erbauung waren in Zeiten der wirtschaftlichen Depression die im Rahmen der allgemeinen PO geschaffenen Landes-, Gau- und Bezirkswohlfahrtsreferate von ganz besonderem propagandistischen Anreiz. Ihre Aufgabe war die sozialpolitische Erfassung aller hilfsbedürftigen Parteimitglieder. Sie reichte von Ausspeiseaktionen, Lebensmittel- und Geldspenden über die Gefangenen- und Flüchtlingshilfe bis hin zur Organisation eines ärztlichen Dienstes und der Errichtung von Heimen. Für Linz war die Errichtung einer Ausspeiseaktion und einer Wärmestube für arbeitslose Parteigenossen vorgesehen.

Auf publizistischer Ebene stellte „Die Volksstimme“ das offizielle Sprachrohr für den Gau Oberösterreich dar. Ihr verantwortlicher Schriftleiter war der SA-Sturmführer Forstingenieur Theodor Schwab, die Verwaltung und Schriftleitung befand sich an der Langgasse 4. Darüber hinaus gab es den NSP-Verlag, der sich zwei Häuser weiter an der Langgasse 6 befand, wo auch verschiedene NS-Flugschriften frei auflagen.²²⁰

Der propagandistische Aktivismus der Partei Anfang der dreißiger Jahre ließ die Behörden ihre eigentliche Stärke weit höher vermuten. Für April 1932 etwa schätzte die Polizei die Linzer Parteimitglieder auf 1.100 mit einem weiteren Sympathisantenreservoir von zusätzlich 7.000 Personen, obwohl in ganz Oberösterreich nicht einmal 700 Mitglieder in der Partei eingeschrieben waren.²²¹ Im Februar 1933 sollten der Bezirksleitung Linz angeblich bereits zirka 1.500 eingeschriebene Mitglieder angehören, und der Stand der Sympathisanten wurde von der Polizei mit mindestens 6.000 angenommen.²²²

²¹⁸ Dr. jur. Josef Oberkofler wurde am 25. Dezember 1900 in Linz geboren und war ebendort zuständig. Als Rechtsanwaltsanwärter verdingte er sich als Verwaltungsbeamter. Er trat im August 1931 der NSDAP Ortsgruppe Linz bei und im Dezember 1931 dem SS Sturm 1 von Linz. Er fungierte als SS-Schulungsleiter des Linzer Sturmbannes und war Bezirksredner der NSDAP. Am 17. Februar 1936 wurde Oberkofler wegen NS-Betätigung verhaftet und aus der Anwaltsliste gestrichen. Bereits im Zuge der Juliamnestie von 1936 bedingt entlassen, war er seitdem arbeitslos. Am 20. April 1937 wurde er zum SS-Untersturmführer ernannt. Mit der Erlaubnis von Kaltenbrunner und Rodenbücher reiste er am 4. Mai 1937 nach Deutschland aus. Nach dem „Anschluss“ wurde er Landrat. 1945 verhaftet, wurde er am 30. Juni 1945 als „alter Kämpfer“ entlassen. AdR, Gaupersonalamt des Gaues Wien, Gauakt Nr. 336.391. Dr. Josef Oberkofler.

²¹⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.102, Zl. 151.662/GD. St.B. 1932: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 16. April 1932.

²²⁰ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.103, Zl. 122.341/GD. St.B. 1933: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 18. Februar 1933.

²²¹ Bukey, Patenstadt, 149.

²²² AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.103, Zl. 122.341/GD. St.B. 1933: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 18. Februar 1933.

Nach eigenen internen Angaben hatte die NSDAP zur Zeit ihrer Auflösung in ganz Österreich 68.500 Mitglieder. Sie konnte in den folgenden vierzehn Monaten weitere 21.000 werben, von denen die meisten aus Wien und Niederösterreich stammten. Entgegen dem allgemeinen Mitgliederwachstum in der Zeit der Illegalität blieben die Zuwachsraten in Oberösterreich vergleichsweise gering. In ganz Oberösterreich wäre der Mitgliederstand der PO im Mai 1934 bei zirka 20.000 Mann gelegen,²²³ wobei aber die „tatsächliche“ Zahl nach der internen Parteizählung in Oberösterreich kaum über 2.000 lag.²²⁴

Im September 1933 wurde der abgebaute Volksschullehrer Benedikt Klaushofer aus Schörfing am Attersee von dem nach Deutschland geflüchteten oberösterreichischen Gauleiter Bolek zum Gaubevollmächtigten für Oberösterreich bestellt. Nach Weisungen, die er von Bolek aus Passau erhielt, begann er den Parteibetrieb in der Illegalität fortzuführen. Nach dem Einsetzen der Terrorakte nahm Klaushofer in einem Schreiben nach Deutschland gegen die Terrorpolitik Habichts deutlich Stellung, was angeblich zur Folge hatte, dass die oberösterreichische Partei für den Juliputsch keine Weisungen erhielt. Nach dem Juli 1934 setzte sich Klaushofer mit Reinhaller in Verbindung, um sich an der „Befriedungsaktion“ zu beteiligen. Er leitete die Aufstellung des Vertrauensleuteapparates in Oberösterreich in die Wege. Nach dem Scheitern dieser Befriedungsbemühungen betätigte er sich bei der Verteilung von NS-Unterstützungsgeldern. Wegen dieser verbotenen Tätigkeit wurde er am 3. Jänner 1935 verhaftet und wegen Hochverrats ins Kreisgericht Wels eingeliefert. Nach Einstellung des gerichtlichen Strafverfahrens wurde Klaushofer von der Welser Polizei wegen illegaler NS-Parteitätigkeit mit sechs Monaten Arrest bestraft.²²⁵ Bereits Anfang September 1934 wurde er seines Postens als Gaubevollmächtigter enthoben und dem Fachlehrer Rudolf Lengauer aus Schwanenstadt unterstellt. Dieser versuchte eine bessere Zusammenarbeit zwischen PO und SA in die Wege zu leiten, in deren Folge sich am 1. November 1934 die Standartenführer Oberösterreichs bereit erklärt haben sollen, die von der politischen Leitung herausgegebenen Weisungen auch für die SA als bindend zu betrachten. Weiters wurden die Befehle, Weisungen, Flugschriften und Schulungsblätter durch die illegalen Organisationen der PO und SA gemeinsam im Lande weiterverteilt.²²⁶

Mitte Dezember 1934 gelang es der Polizei, die PO von Linz aufzudecken. Sie gliederte sich in vier Bezirke mit insgesamt sieben Sektionen. Jede Sek-

²²³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.914, GZl. 302.051/GD. St.B. 1935: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 19. Februar 1935.

²²⁴ Carsten, Faschismus, 234.

²²⁵ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.109, GZl. 307.243/35, Zl. 307.778/GD. St.B. 1935: Benedikt Klaushofer, Information über die illegale Tätigkeit für die NSDAP.

²²⁶ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.913, GZl. 302.044/35, Zl. 308.101/GD. St.B. 1935: Reorganisation der illegalen NSDAP in Oberösterreich.

tion war in bis zu 12 Sprengel, jeder Sprengel in Gruppen, und jede Gruppe in Zellen mit jeweils drei bis fünf Mann unterteilt. Diese Organisationsstruktur befand sich gerade erst im Aufbau und war noch nicht überall durchgebildet. Hauptbezirksleiter von Linz (Linz-Stadt und Linz-Land links der Traun) war der 1899 in Zvornik im nachmaligen Jugoslawien geborene Beamte des Bezirksvermessungsamts Linz, Zivilgeometer Ing. Hugo Bohrn. Als sein Geschäftsführer fungierte der stellenlose Handelsangestellte Friedrich Novotny. Unter den zehn weiteren gefassten führenden Funktionären waren vier arbeitslose Buchhalter, ein Vertreter, ein Privatbeamter, ein selbstständiger Kaufmann, ein Pächter eines Steinbruchs, aber auch ein arbeitsloser Zwirnmeister und ein stellenloser Tapezierergehilfe. Als Sprengelleiter fungierten sogar ein Zollwache- und ein Justizwachebeamter. Damit trug die Sozialstruktur der PO deutliche Züge des Übergangs vom alten zum neuen Mittelstand, ein Übergang, der sich sogar an konkreten Personen festmachen lässt. So war etwa ein ehemaliger Gasthausbesitzer zum Zeitpunkt seiner Verhaftung als Vertreter tätig. Es waren aber auch Züge der in der Illegalität so typischen „Proletarisierung“ sichtbar. Zwischen den Jahren 1888 und 1909 geboren, wiesen die PO-Funktionäre ein durchschnittliches Geburtsjahr von 1899 auf, womit sie eindeutig älter als die Militanten in SA und SS waren. Nur drei waren in Linz geboren, der Rest kam aus dem übrigen Österreich und einer war aus Teschen/CSR. Der überwiegende Teil übernahm erst in der Illegalität Parteifunktionen.²²⁷

Eine konkrete Tätigkeit der Linzer PO bestand ab Ende September 1934 als Gauleiter Lengauer Bohrn ersuchte, „im Sinne der Befriedungsaktion“ in seinen Kreisen wieder aktiv zu werden. Schon 1931 war Bohrn durch den damaligen Gauorganisationsleiter und entlassenen Wehrmann Matthäus Mittermair zum Stadtparteileiter von Linz ernannt worden. Nach seiner Flucht ins Reich übernahm Bohrn Ende September abermals die Leitung der Stadtpartei, die er im Gegensatz zu seinem Vorgänger auf einen antiputschistischen Weg bringen wollte. Er reaktivierte die alten Sektionsleiter der Partei und begann wieder Mitgliederverzeichnisse zu führen und Mitgliedsbeiträge einheben zu lassen. Zur Erstattung der einzelnen Standesmeldungen traf man sich in verschiedenen Linzer Gasthäusern, wobei der letzte gemeldete Stand zirka 400 Mann betrug. Bei einem Einzelbeitrag von monatlich mindestens 10 Groschen wurden bis Dezember insgesamt 600 Schilling an Mitgliedsbeiträgen abgeführt. Von den Geldern wurden Flugschriften und Drucksorten, aber auch die Zeche bei den Zusammenkünften bezahlt. Trotz aller „Befriedungsbeteuerungen“ wurden in der ersten Novemberhälfte 1934 in Linz Flugschriften verbreitet, die den Verhandlungskurs der

²²⁷ Ebenda, GZl. 302.044/35, Zl. 304.115/GD. St.B. 1935: Aufdeckung der illegalen Organisation der NSDAP in Oberösterreich, Bericht von Sicherheits- und Polizeidirektion vom 18. Jänner 1935; ebenda, Karton 4.906, Zl. 300.824/GD; St.B. 1935: Ing. Hugo Bohrn und Genossen; Reorganisation der NSDAP in Linz: Bericht der Polizeidirektion Linz vom 31. Dezember 1934.

Befriedungspolitiker aus den Reihen der Nationalsozialisten strikt ablehnten wie alle Versuche, „die NSDAP Österreichs in den ‚vaterländischen‘ Brei zu verrühren“. Vielmehr wurde am „ungebrochenen Kampfgeist der kampfstählten und opferbereiten Bewegung“ festgehalten. Die Texte der beiden Flugschriften kamen vermutlich von auswärts. Vervielfältigt wurden sie aber zu insgesamt 3.000 Stück in Linz. Bohrn wurde zu drei Monaten Arrest verurteilt, der Rest erhielt Strafen zwischen vier Wochen und zwei Monaten.²²⁸

Zu dieser Zeit fungierte der Linzer Tonöfenfabrikant Oskar Hinterleitner, der bereits als Mitarbeiter der „Nationalen Aktion“ in Erscheinung getreten war, unter dem Decknamen „Brandner“ kurzfristig als Gauleiter von Oberösterreich. Mit guten Kontakten zur oberösterreichischen Wirtschaft ausgestattet, war er in dieser Eigenschaft der ideale Verbindungsmann zwischen den NS-Honoratioren und den illegalen Aktivisten, die er in das „Befriedungswerk“ einbinden wollte. Er versuchte auch, Kontakte zu Kreisen in der Arbeiterschaft zu finden.²²⁹

Die Finanzierung der PO lief zum größten Teil nach wie vor über das Reich. Die Polizei vermutete sogar, dass über die Linzer Nationalbankfiliale, deren Leiter der Partei nahe stand, Geldtransaktionen abgewickelt worden wären.²³⁰ Immer wieder kam es zu direkten Geldsendungen und Übermittlungen, die an verschiedenen Adressen in Linz eintrafen. Für Jänner und Februar 1935 wurde etwa ein Betrag von je 2.000 Schilling von der Landeshilfsstelle des NS-Hilfswerks in Wien für das Linzer Hilfswerk zur Verfügung gestellt.²³¹ Ein größerer Geldbetrag, der in der Zeit zwischen 8. und 10. August 1935 für die Linzer Stadtpartei eintraf, ging offensichtlich über die Rechtsanwaltskanzlei des Josef Plakolm,²³² dessen Mitarbeiter

²²⁸ Ebenda, Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 31. Dezember 1934.

²²⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.114, Zl. 324.957/GD. St.B. 1935: Reorganisation der NSDAP in Oberösterreich, Verhaftung des Gauleiters für Oberösterreich und SA Brigadeführers, Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 8. April 1935.

²³⁰ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.105, Zl. 112.016/GD. St.B. 1934: Filialleiter der Österreichischen Nationalbank in Linz, vertrauliche Mitteilungen über angebliche Betätigung für die NSDAP.

²³¹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.109, Zl. 319.403/GD. St.B. 1935: Finsterer Ferdinand und Genossen, nationalsozialistische Unterstützungsaktion und illegale Propagandatätigkeit.

²³² Dr. jur. Josef Plakolm wurde am 22. Juli 1889 in Gallneukirchen als Sohn eines Gastwirts geboren und war römisch-katholisch, später konfessionslos. Nach der Volksschule besuchte er zwischen 1901 und 1908 das Staatsgymnasium in Freistadt und absolvierte danach die juristische Fakultät in Graz. Er war Mitglied der Burschenschaft Cheruskia in Graz. Nach der Promotion in Innsbruck war er als Rechtsanwalt tätig. Im August 1914 meldete sich Plakolm bei der Akademischen Legion in Graz als Kriegsfreiwilliger, kam als Unteroffizier an die Ostfront und meldete sich nach Auskurierung einer einjährigen Kriegsverletzung abermals freiwillig an die italienische Front. 1918 rüstete er als Oberleutnant ab. Zwischen Dezember 1918 und 1930 war er Mitglied der Großdeutschen Volkspartei und ab 1924 wieder als Rechtsanwalt in Linz tätig. Dort wurde er Mitglied des Alldeutschen Verbands, des Rudervereins Ister und des deutschvölkischen Turnvereins. 1932 trat er der NSDAP-Ortsgruppe Linz bei und war seit 26. Juli 1936 bei der SS. Während der Illegalität fungierte er als Gaurechtsberater und Gauführer des NS-Rechtswahrerbunds, arbeitete im SD und war Mitarbeiter des „Österreichischen Beobachters“. Er war angeblich mitverant-

Anton Fellner²³³ zu dieser Zeit eine führende Rolle innerhalb der Partei inne hatte.²³⁴ Unterstützungsgelder kamen auch von Langoth, die für die PO in Linz der Kreisleiter Sepp Wolkerstorfer²³⁵ verteilte, der auch das

wortlich für die Ermordung von Polizeipräsident Dr. Bentz, Dr. Bernegger und zweier weiterer Linzer Polizeibeamter unmittelbar nach dem „Anschluss“. Am 15. März 1938 wurde Plakolm durch Reichsführer SS Heinrich Himmler zum kommissarischen Polizeipräsidenten von Linz berufen, ab 16. März wurde er definitiv Linzer Polizeichef. Er war Gaurechtsamtsleiter und Gauführer des NS-Rechtswahrbunds der NSDAP Oberdonau, zwischen 15. März 1938 und 31. Dezember 1939 Präsident der Rechtsanwaltskammer für Oberdonau, seit 17. März 1938 SS-Untersturmführer, seit 25. Juli 1938 Sturmbannführer, dann SS-Brigadeführer und SS-Oberführer und Träger der Ostmarkmedaille. Als Linzer Polizeipräsident war er für die Verschickung zahlreicher Personen in Konzentrationslager verantwortlich. Seit 1. Juni 1945 war er im Lager Glasenbach inhaftiert und bis 1948 aufgrund des Kriegsverbrechergesetzes in Untersuchungshaft. Nach der Feststellung seines „abnormen Geisteszustands“, seiner Entmündigung und Psychiatriierung in der Heilanstalt Niedernhart erhielt er ein Verfahren wegen Hochverrats und versuchter Denunziation vor dem Linzer Volksgericht. Er wurde am 30. September 1948 aufgrund des Verbots- und Kriegsverbrechergesetzes für schuldig erkannt und zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt, die er auch verbüßte. Anschließend war er in Salzburg wohnhaft und stellte 1951 ein Gewerbeansuchen. AdR, Gaupersonalamt des Gaues Wien, Gauakt Nr. 216.422: Dr. Josef Plakolm.

²³³ Dr. jur. Anton Fellner wurde am 19. März 1908 in Laakirchen in Oberösterreich geboren und war römisch-katholisch. Während seines Jus-Studiums in Wien war er Mitglied der CV-Verbindung „Norica“ und mit Seipel, Dollfuß, Schuschnigg und Gleißner persönlich bekannt. Nach dem Studium wurde er Rechtsanwalt in Linz und Oberregierungsrat. Ab 1927 war Fellner aktives Mitglied der oberösterreichischen Heimwehr. Am 1. September 1933 trat er in die NSDAP Ortsgruppe Linz ein und war in der politischen Leitung und der SS tätig. Am 20. April 1937 ernannte man ihn zum SS-Untersturmführer. Er war Herausgeber und Chefredakteur der „Alpenländischen Morgenzeitung“ und Mitherausgeber des „Österreichischen Beobachters“. Als Leiter der „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher in Österreich“ war er um die Vereinbarkeit zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus bemüht. Wegen illegaler NS-Betätigung verbüßte er diverse Arreststrafen. Nach dem „Anschluss“ war er Gaupresseamtsleiter der NSDAP in Linz, ab 25. Juli 1938 SS-Obersturmführer und ab Dezember 1939 Gauehrenrichter beim Ehren- und Disziplinargericht der DAF im Gau Oberdonau. Während des Krieges war er als Kriegsberichtserstatter tätig, wurde aber 1944 auf Veranlassung Kaltenbrunnens für zwei Monate in Gestapo-Untersuchungshaft genommen und anschließend zu einer SS-Sturmeinheit nach Triest abgestellt. Dort wurde er 1945 im italienischen Gefangenenlager Nervi interniert und anschließend von den englischen Behörden dem Bezirksgericht Villach übergeben. Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft Linz wurde er nach Linz überstellt, wo ihm wegen Hochverrats und Kriegshetze gemäß Kriegsverbrechergesetz in Linz der Prozess gemacht werden sollte. Am 30. Juni 1945 wurde er als „alter Kämpfer“ entlassen und kam Anfang 1946 ins Lager Glasenbach. AdR, Gaupersonalamt des Gaues Wien, Gauakt Nr. 32.244: Dr. Anton Fellner; Müller, Ein „Rechtskatholik“, 251.

²³⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.110, Zl. 369.111/GD. St.B. 1935: Polizeiwachmann Max Hurnaus; Bestrafung wegen Betätigung für die NSDAP.

²³⁵ Josef (Sepp) Wolkerstorfer wurde am 1. September 1905 als Sohn eines Gastwirts und späteren Hilfsarbeiters in Linz geboren und war römisch-katholisch, später konfessionslos. Nach Volksschule und drei Klassen Bürgerschule absolvierte er eine Hutmacherlehre, die er mit der Meisterprüfung abschloss. Anschließend war er als selbstständiger Kaufmann und Hutgeschäftsinhaber in Linz tätig. 1930 wurde er Besitzer eines Herrenmodengeschäfts. Wolkerstorfer trat am 29. März 1933 der NSDAP-Ortsgruppe Linz bei und wurde (illegaler) Kreisleiter von Linz. Wegen NS-Betätigung verbrachte er insgesamt 18 Monate in Haft und war zweimal in Wöllersdorf. Er wurde zum SS-Untersturmführer, SS-Sturmbannführer und SS-Obersturmbannführer ernannt und war nach dem „Anschluss“ Bürgermeister und bis zum 15. Juni 1940 Oberbürgermeister von Linz. Bis Ende 1940 blieb er noch Bürgermeister der Stadt und war ab 1941 in den Hermann-Göring-Werken in Linz tätig. In

örtliche NS-Hilfswerk leitete. Dabei nahm er auch Anweisungen von Langoth und seinem Mitarbeiter Heinrich Steinsky²³⁶ entgegen. Im April 1936 gelang es der Polizeidirektion Linz aufgrund einer vertraulichen Anzeige, den Linzer Versicherungsbeamten Rudolf Püringer als Hauptverteiler des illegalen Hilfswerks der NSDAP für Oberösterreich auszuforschen und zu überführen. Püringer war geständig, die Führung des Hilfswerks im Dezember 1935 übernommen und noch im gleichen Monat 4.500,- Schilling erhalten zu haben, die er in Linz unter der PO, der SS und der SA zur Verteilung brachte. Im März 1936 erhielt er abermals einen Betrag von 6.600,- Schilling, der diesmal auf dem flachen Land verteilt wurde. Dabei bestand ein über ganz Oberösterreich gezogenes Netz von Verteilungsstellen, die teilweise von der Polizei ausgehoben werden konnten.²³⁷

Über die sozialstrukturelle Verteilung der Linzer Parteimitglieder geben aus retrospektiver Sicht die NS-Registrierungslisten des Jahres 1947 Auskunft. Sie bestätigen auch den hohen Arbeiteranteil für die Zeit der Illegalität bei gleichzeitiger rapider Abnahme des Anteiles der öffentlichen Bediensteten ab 1934. Bei den männlichen NSDAP-Mitgliedern dominierten bis 1933 die Angestellten und die Beamten. In der Zeit der Illegalität wuchs die Zahl der Arbeiter jedoch auf beinahe 50 Prozent an, die Angestellten gingen leicht, die Beamten rapide zurück. 1939 lag der Arbeiteranteil bei zirka 23 Prozent und war damit gegenüber seiner Stärke in der Linzer Bevölkerung von 26 Prozent unterrepräsentiert.²³⁸

der NSDAP war er Leiter des Amts für Kommunalpolitik in der Kreisleitung Linz-Stadt. Er war Gaubeauftragter für das Wohnungshilfswerk in Oberdonau, Aufsichtsratsvorsitzender der Bahn Ebelsberg – St. Florian, Aufsichtsrat der Linzer Lokalbahn, Aufsichtsratsmitglied der Linzer ESG und Vorstandsmitglied der OÖ Volkskreditbank. Am 23. Mai 1945 wurde er inhaftiert und war u. a. in Glasenbach. Vom Volksgericht Linz wurde er wegen des Verbrechens des Hochverrats zu drei Jahren schweren Kerkers und Vermögensverfall verurteilt. Danach war er als Weinhändler und Weinhausbesitzer tätig. AdR, Gaupersonalamt des Gaues Wien, Gauakt Nr. 340.689: Josef Wolkerstorfer; Bart/Puffer, Die Gemeindevertretung, 286; Slapnicka, Oberösterreich – Oberdonau, 497 f.

²³⁶ Dr. jur. Heinrich Steinsky wurde am 16. Oktober 1895 als Sohn eines akademischen Malers in Innsbruck geboren und war römisch-katholisch. Nach dem Gymnasium begann er ein Jus-Studium in Innsbruck. Nach seiner Gerichts- und Anwaltstätigkeit in Innsbruck wurde er Rechtsanwalt in Linz, Funktionär der Rechtsanwaltskammer und avancierte zum Linzer Heimwehrlführer. Zwischen 21. Mai 1931 und 6. Oktober 1932 war er als Mandatar des Heimatblocks Mitglied des Linzer Gemeinderats. Zwischen 18. März 1938 und 3. Februar 1939 war er Stadtrat, danach bis zum 5. Mai 1945 Ratsherr der Stadt Linz. Zwischen 1939 und 1945 war er Präsident des Gaurechtswaherbunds. Zwischen 15. November 1955 und 16. Oktober 1960 war er Gemeinderat für die Freiheitliche Wahlgemeinschaft (FPÖ) und schließlich zwischen 18. Jänner bis zu seinem Tod am 16. Oktober 1960 freiheitlicher Stadtrat für Gesundheitswesen, Friedhöfe und Lager. Slapnicka, Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg, 403; Bart/Puffer, Die Gemeindevertretung, 263.

²³⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.942, GZl. 300.450/36, Zl. 330.362/GD. St.B. 1936: Situationsberichte pro April 1936, Situationsbericht der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit vom 10. April 1936.

²³⁸ Katzinger, Arbeiter/innen, 303 ff. und Grafik 7, 8 und 9.

Die Sturmabteilung (SA)

Mit 1. Jänner 1932 hatte der „Vaterländische Schutzbund“ als Vorgängerorganisation der SA in Oberösterreich zwei Standarten, eine in Linz und eine in Wels aufgestellt, die nach den ehemaligen Hausregimentern mit „14“ bzw. „2“ beziffert wurden. Führer der Standarte 14 wurde Gustav Nohel, der zugleich auch der Leiter des Kreises Mühlviertel war. Eine Standarte umfasste 1.200 bis 3.000 Mann und teilte sich in Sturmabteilungen mit 250 bis 600 Mann, in Stürmen mit 70 bis 100 Mann, in Trupps mit 20 bis 60 Mann und in Scharen mit vier bis zwölf Mann, wobei die tatsächlichen Stärken natürlich von Fall zu Fall schwankten. Jedenfalls wurde mit der Anordnung, dass sich jeder Parteigenosse auch in die SA einzugliedern habe, versucht, die Reihen aufzufüllen. War der Beitritt aus beruflichen Gründen nicht möglich, so hatte man sich zumindest dem SA-Reservesturm anzuschließen, der in Linz 60 bis 70 Mann zählte.

Es war die Pflicht eines jeden SA-Mannes, sich den Dienstanzug mit Braunhemd, Koppel und Kappe selbst anzuschaffen und an den einmal wöchentlich stattfindenden Appellen und an den großen Aufmärschen teilzunehmen. Im Frühjahr wurde ein eigenes „SA-Heim“ in drei Räumen des Hauses Untere Donaulände 28 eingerichtet, in dem arbeitslose und bedürftige Mitglieder Unterschlupf finden konnten, was die Attraktivität der Wehrformation für diesen Personenkreis sicherlich befördert haben mag.²³⁹

Anfang 1932 gehörten laut Polizeischätzungen der Linzer SA rund 180 Mann an.²⁴⁰ Im Frühjahr bemühte man sich um den weiteren personellen Ausbau, sodass man im April 1932 bereits mit rund 400 Mann rechnete, die im Bedarfsfall via Reservesturm auf 600 Mann erhöht werden konnten. Die Ausbildung bestand aus körperlicher Ertüchtigung durch Sport und Turnen und aus militärischem Drill. Die sportlichen Übungen, wofür man den Turnsaal in der Diesterwegschule nützte, fanden zweimal im Monat statt. Die militärische Ausbildung erfolgte im selben Umfang nach reichsdeutschem Exerzierreglement und fand im Parteiheim Märzenkeller statt.²⁴¹ Ebenso wie die SS wurde auch die SA in der japanischen Selbstverteidigungsmethode Jiu Jitsu unterrichtet. Anfang 1933 betrug die Zahl der SA für ganz Oberösterreich 690 Mann,²⁴² wobei im Bezirk Linz Ende Februar 1933 368 Mitglieder verzeichnet wurden.²⁴³

²³⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.102, Zl. 138.250/GD. 1/1932: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 23. März 1932; Dienstbuch der NSDAP Österreichs, 106 f.

²⁴⁰ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.102, Zl. 124.738/GD. 1/1932: Politische Parteien und Wehrverbände in Linz, Mitgliederbewegung, Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 17. Februar 1932.

²⁴¹ Ebenda, Zl. 151.662/GD. St.B. 1932: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 16. April 1932.

²⁴² Carsten, Faschismus, 184.

²⁴³ Ebenda, 202.

Neben der paramilitärischen Ausbildung versuchte die SA zu jener Zeit ganz gezielt Heeresangehörige und entlassene Militärs zu gewinnen, mit deren Hilfe man konspirative Pläne schmiedete. So gelang es der Polizei Mitte Oktober 1933, ausführlich laborierte Planungen zur Erstürmung und Besetzung der Linzer Pionierkaserne und des Pulverdepots im Zentrallager Hart aufzudecken. Dabei traten nicht nur Verbindungen zu einzelnen Offizieren der Linzer und Steyrer Kaserne zu Tage, sondern auch noch eine Unzahl von Namenslisten über angeblich entlassene Heeresangehörige. Bei den Verschwörern unter der Führung des Linzer SA-Sturmbannführers Friedrich Ludwig Commenda fanden sich überwiegend ehemalige Heeresangehörige, die im Zivilberuf im Regelfall arbeitslose Fach- oder Hilfsarbeiter waren.²⁴⁴

Der zentrale Ort für die Gruppenstabilität einer Schar als der kleinsten sozialen Einheit einer SA-Figuration war der einmal im Monat stattfindende Scharabend. Nach dem Parteiverbot wurden diese Zusammenkünfte zunehmend in die Wohnungen der Scharführer verlegt. Daneben gab es einmal wöchentlich einen Appell, der ebenfalls im Rahmen der Schar in den Hinterzimmern von Gasthäusern oder einfach auf der Straße abgehalten wurde. Gelegentlich wurden gemeinsame Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung unternommen, um dort von der Polizei ungestört Appelle und Schulungen abhalten zu können. Die Felder der weiteren Aktivität lagen in der Verteilung von Flugschriften und illegalen Zeitungen, in der Durchführung von Schmieraktionen, in der Veranstaltung diverser Rummel und sonstiger propagandistischer Aktionen. Die Parteiwerbung selbst erfolgte nach dem Parteiverbot nur noch mündlich von Mann zu Mann. Der Kreis der bekannten Aktivisten und Führer ging im Regelfall nur selten über den eines SA-Sturmes hinaus, woraus leicht „ein Gefühl der organisatorischen Vereinsamung“ erwachsen konnte.²⁴⁵ Nach dem Februaraufstand 1934 wurde parallel zu dem Bemühen, ehemalige Sozialdemokraten in ihr Lager zu ziehen, von der SA ziemlich erfolglos versucht, sich mit Waffenbeständen der besiegten Schutzbündler auszustatten. Sozialstrukturell gesehen waren die Scharmitglieder stark proletarisch geprägt. So fand die Linzer Polizei etwa bei einer Anfang 1934 komplett ausgehobenen Schar von zwölf Mitgliedern mehr als die Hälfte arbeitslos, von denen keine Mitgliedsbeiträge eingehoben werden konnten. Vom Beruf her waren sie durchwegs landwirtschaftliche oder gewerbliche Hilfsarbeiter.²⁴⁶

²⁴⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.104, Zl. 224.301/GD. St.B. 1933: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 15. Oktober 1933; AVA, Justizministerium, Landesgericht Linz, Strafsachen 1933–1934, Karton 5.355, Zl. 6Vr. 1.716/33, Strafsache Ignaz Fastner und Genossen.

²⁴⁵ Wir wurden legal, 10.

²⁴⁶ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.106, Zl. 138.865/34 und Zl. 150.542/34: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 15. März 1934. Zum „proletarischen“ Charakter der illegalen Aktivisten vergleiche auch die Ergebnisse für Tirol und Vorarlberg: Albrich/Meixner, Zwischen Legalität und Illegalität, 171 ff. Für Kärnten: Elste/Hänisch, Auf dem Weg zur Macht, 319, Anm. 682.

Anfang 1935 geriet auch die SA in die Turbulenzen der so genannten „Selbstauflösung“, weshalb im Jänner die Linzer SA-Brigade unter Strafanordnung jeden Verkehr mit den emigrierten Führern der Münchner Landesleitung, der Exil-Gauleitung und sogar mit der eigenen SA-Obergruppe verbot.²⁴⁷ Somit war der gleichwohl nur kurzfristig dauernde Höhepunkt in der befehls- und organisationsstrukturellen Fragmentierung erreicht.

Zu jener Zeit war der Hilfsarbeiter in der Linzer Tabakfabrik, Johann Hintersteiner, SA-Standartenführer von Linz, sein Stellvertreter war der Lehramtsanwärter Franz Mayrhofer,²⁴⁸ der Handelsangestellte Friedrich Peternell fungierte als Ordonnanz. Die offensichtliche Hauptaufgabe der SA nach dem Juliputsch war die Bereitstellung eines Verteilernetzes für die Hilfswerkgelder, wobei Peternell die Geldverteilung auf dem Land oblag. Die zentrale Geldverteilung für das SA-Hilfswerk organisierte der SA-Führer Ferdinand Finsterer,²⁴⁹ der gleichzeitig der Verbindungsmann zur PO in Hilfswerksangelegenheiten war. Der weitere organisatorische Ausbau des SA-Hilfswerks wurde gemeinsam mit dem SA-Brigadeführer von Oberösterreich, Roman Wamser, sowie mit Hintersteiner und Peternell vorangetrieben. So wurden etwa Listen über unterstützungswürdige Personen erstellt. Die zur Verteilung gelangenden Gelder kamen von Langoth und von der Landeshilfsstelle des NS-Hilfswerks in Wien. Anfang Februar 1935 gab es ein Treffen zwischen Sepp Wolkerstorfer als dem Vertreter der PO, einem Vertreter der SS, der

²⁴⁷ Jagschitz, Zwischen Befriedung, 175.

²⁴⁸ Dr. Franz Josef Mayrhofer wurde am 25. August 1908 in Linz geboren, war ebendort zuständig und römisch-katholisch. Er arbeitete als Mittelschullehrer und Lehramtsassessor. Seit 1921 war er Mitglied des „Deutschen Turnerbunds 1919“. Er war zwischen 1922 und November 1923 Mitglied der HJ und zwischen Oktober 1929 und April 1933 Mitglied des Freikorps Oberland. Als solcher trat er dann zur SA über. Seit Mai 1933 war er Mitglied der NSDAP und zwischen 1. April 1933 und 1. Mai 1936 Mitglied der SA und SA-Truppführer in Linz. Nach dem Juliputsch wurde er Sturmführer, Sturmabteilungsleiter, Standartenführer und Ende 1935 kurz Brigadeführer von Oberösterreich. Im Dezember 1935 flüchtete er nach Deutschland und trat in Freiburg im Breisgau in den Schuldienst ein. Im Mai 1938 wurde Mayrhofer auf Anforderung Gauleiter Eigrubers hauptamtlich bei der NSDAP angestellt, wo er Gauredner, Gauschulungsleiter, Reichsschulungsredner, Gauhauptamtsleiter und Kreisleiter von Wels wurde. Am 26. August 1939 wurde er zum Pionierbataillon 81 in Linz einberufen und nahm am Polen- und Frankreichfeldzug teil. Am 30. Jänner 1942 wurde er Bereichsleiter der NSDAP. Im Mai 1945 versuchte er mit seiner Familie zu flüchten, konnte aber im April 1946 aufgrund des Kriegsverbrechergesetzes beim Volksgericht Linz angeklagt werden. AdR, Gaupersonalamt des Gaues Wien, Gauakt Nr. 339.021: Dr. Franz Josef Mayrhofer.

²⁴⁹ Ferdinand Finsterer wurde am 2. Oktober 1897 in München geboren und war bis 1930 reichsdeutscher Staatsbürger. Danach war er österreichischer Staatsbürger und nach Wien zuständig. Er absolvierte die Volksschule, die Bürgerschule und zwei Jahre eine Handelsschule in Wien. Danach arbeitete er als Korrespondent, Journalführer und Buchhalter bei der Firma Siemens und Schuckert. Zwischen Juli 1927 und Februar 1928 war er Mitglied der oberösterreichischen Heimatwehr und trat im Juli 1933 der NSDAP Ortsgruppe Linz und im August 1933 der SA bei, wo er SA-Brigadeadjutant und SA-Obertruppführer wurde. Er betätigte sich als Ordonnanz im Nachrichtendienst, hatte Verbindungen zum Bundesheer und engagierte sich fleißig im SA-Hilfswerk. Er war wegen seiner NS-Betätigung mehrmals polizeilich vorbestraft und zwischen 1933 und 1935 oft inhaftiert. Seit März 1935 war Finsterer arbeitslos und flüchtete am 3. Oktober 1935 ins Reich. AdR, Gaupersonalamt des Gaues Wien, Gauakt Nr. 344.917: Ferdinand Finsterer.

SA und einem Vertreter des NS-Hilfswerks. Wolkerstorfer gab seinen Bedarf mit 2.000,— Schilling an, die SS mit 1.000,— und Finsterer für die SA mit 2.000,— Schilling. Etwa zur selben Zeit wurde vom SA-Gruppenführer für Ober- und Niederösterreich Leo Latin in Linz der Auftrag erteilt, die SA wieder zu organisieren, wofür er Geld in der Höhe von 3.900,— Schilling bereitstellte.²⁵⁰

Aufgrund diverser Führungsstreitigkeiten stießen zwar die Versuche der Wiederaufrichtung der SA zunächst auf einige Schwierigkeiten, doch vermutete die Polizei bereits für Anfang April 1935 eine zumindest wieder im Ansatz vorhandene Ausweitung der Organisation auf dem flachen Land.²⁵¹ Die oberösterreichische Brigade verfügte angeblich über insgesamt 8.000 Mann, hatte ihren Sitz in Linz und war in sechs Standarten unterteilt. Die Standarte Linz verfügte laut Sicherheitsdirektion angeblich über 750 bis 800 Mann, die in drei Sturmbanne aufgeteilt waren.²⁵² Die mit dem Juliputsch 1934 und mit der „Selbstauflösung“ 1935 erfolgte personelle Ausdünnung im Führungspersonal aufgrund der vielen Verurteilungen und der Flucht vieler Funktionäre in das Reich führte zu einem eklatanten Mangel an erfahrenen Führungsleuten und zu weiteren Schüben in der „Proletarisierung“ der SA. Brigadeführer von Oberösterreich war der entlassene Bundesheersoldat Walter Gasthuber.²⁵³ SA-Standartenführer der Linzer Standarte 1 war der Baupolier Johann Santoll, Sturmbannführer I von Linz-Stadt (300 Mann) war der Hafenarbeiter Johann Eiler, Sturmbannführer II von Urfahr (150 Mann) war der stellenlose Handelsangestellte Otto Kurzbauer und Sturmbannführer III von Linz-Land war der entlassene Wehrmann Erich Gasthuber, allesamt Jahrgang 1908/1910.²⁵⁴ Von den insgesamt zwölf polizeilich bekannten Sturmbann-, Sturm- und Truppführern waren genau Dreiviertel arbeitslos,

²⁵⁰ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.114, GZl. 304.146/35, Zl. 324.957/GD. St.B. 1935: Reorganisation der NSDAP in Oberösterreich, Verhaftung des Gauleiters für Oberösterreich und SA Brigadeführers, Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 8. April 1935.

²⁵¹ Ebenda.

²⁵² AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.914, GZl. 302.051/GD. St.B. 1935: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 19. Februar 1935.

²⁵³ Walter Gasthuber wurde am 3. September 1905 in Molln als Sohn eines Gendarmeriebeamten geboren und war evangelisch A.B., später konfessionslos. Nach der Volksschule und der Militärrealschule in Wiener Neustadt absolvierte er eine Ausbildung zum Maschinenschlosser. Gasthuber war Jugendwart des „Deutschvölkischen Turnvereins Linz-Lustenau“. Zwischen 1925 und zwischen 1931 und 1933 war er beim Bundesheer als Artillerie-Zugsführer tätig. Wegen seiner NS-Betätigung wurde er aus dem Heer ausgeschlossen und arbeitete als Lagerverwalter in einem Installationsbetrieb. Später wurde er Parteiangestellter bei der NSDAP. Zwischen 18. März und 7. Juni 1938 war er Stadtrat in Linz, bis 1941 Kreisleiter von Linz-Land und zwischen 1941 und 1945 Kreisleiter von Budweis. Gasthuber war Mitglied des Deutschen Reichstags. Nach 1945 wurde er Tankstellenleiter in Linz und verstarb ebendort am 17. Februar 1966. AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.877, Zl. 210.466/33: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 8. September 1933. Bart/Puffer, Die Gemeindevertretung, 139.

²⁵⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.913, GZl. 302.044/35, Zl. 313.575/GD. St.B. 1935 und Zl. 310.724/GD. St.B. 1935: Selbstauflösung der illegalen NSDAP in Oberösterreich, Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 13. und 22. Februar 1935.

ein Drittel waren Handelsangestellte, die restlichen gewerbliche Hilfsarbeiter und einfache Arbeiter. Mit einem mittleren Geburtsjahr von 1909 waren sie bei ihrer polizeilichen Ergreifung durchschnittlich 26 Jahre alt. 80 Prozent von ihnen kamen aus Linz bzw. der unmittelbaren Umgebung. Insgesamt unterstanden der Linzer SA zu dieser Zeit laut Polizeiangaben zirka 700 bis 750 Mann,²⁵⁵ doch im November des selben Jahres dürfte sie nur noch 600 Mitglieder gezählt haben.²⁵⁶

Im Sommer 1937 gelang es der Polizeidirektion Linz, die SA-Standarte 14 größtenteils auszuheben: Die Standarte gliederte sich nun nur mehr in zwei Sturmabteilungen, die jeweils in zwei Stürme zu je drei Trupps und diese wieder in je drei Scharen unterteilt waren. Standartenführer war Franz Peterseil,²⁵⁷ als Sturmabteilungsleiter fungierten der Versicherungsbeamte Lothar Gilhofer und der entlassene Wehrmann Johann Eiler. Von den insgesamt 33 ermittelten Standarten-, Sturmabteilungs-, Sturm-, Trupp- und Scharführern waren acht Personen bzw. ein knappes Viertel in ihrem zivilen Beruf Privatangestellte (davon vier Handelsangestellte und ein ÖBB-Kanzlist), weitere 16 Personen bzw. fast die Hälfte waren Metallarbeiter (Eisendreher, Maschinenschlosser, Feilenhauer) und einfache Handwerker (Tischler, Bäcker, Maurer, Pantoffelhersteller, Nieter), von denen wiederum neun Personen Hilfsarbeiter waren. Der Rest setzte sich aus arbeitslosen Maturanten, Schülern, Praktikanten und Lehrlingen sowie entlassenen Soldaten zusammen. Ihr errechnetes mittleres Geburtsjahr war das Jahr 1908, womit das durchschnittliche Alter zur Zeit ihrer Verhaftung bei 28 Jahren lag. Insgesamt 16 Personen, also knapp die Hälfte, waren in der Stadt Linz bzw. in ihrer unmittelbaren Umgebung geboren, der Rest kam aus dem übrigen Oberösterreich. Nur jeweils einer war in Böhmen und in Deutschland geboren. Kaum ein Unterschied zu den Führern bestand in der sozialen Konfiguration der einzelnen Scharmitglieder. Sie waren als Hilfsarbeiter, Handwerksgehilfen, Lehrlinge, Landarbeiter oder Arbeitslose lediglich noch stärker „proletarisiert“.²⁵⁸

Der deutliche Anteil von Arbeitern und Angestellten als SA-Mitglieder findet auch in den Linzer NS-Registrierungslisten von 1947 seine Bestäti-

²⁵⁵ Ebenda, GZl. 304.146/GD. St.B. 1937: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 16. Februar 1935.

²⁵⁶ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.109, GZl. 307.344/GD. St.B. 1935: Ing. Hugo Bohrn, Dr. Kurt Beer und Genossen, Reorganisation der NSDAP in Linz, Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 27. November 1935.

²⁵⁷ Franz Peterseil wurde am 4. Mai 1907 in St. Georgen a.d. Gusen geboren und war römisch-katholisch. Er diente als Zugführer beim Linzer Alpenjägerregiment und wurde im Juli 1933 aus dem Bundesheer entlassen. Anschließend arbeitete er als Vertreter, wurde arbeitslos und schließlich ausgesteuert. Peterseil war Führer des SA-Militärsturms (Terrorsturm). Er war 1934 SA-Sturmabteilungsleiter für das Mühlviertel, zwischen 1935 und 1937 Führer der SA-Standarte 14 in Linz und 1937 und 1938 SA-Brigadeführer von Oberdonau. Insgesamt war er elf Monate in Wöllersdorf, sieben Monate in Gerichts- und fünf Monate in Untersuchungshaft. Nach dem „Anschluss“ wurde Peterseil zum SA-Standartenführer und Gauinspektor ernannt. John, Jüdische Bevölkerung, 153.

²⁵⁸ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.116, GZl. 334.683/GD. St.B. 1937: Aufdeckung der SA Standarte 14 in Linz, Bericht des Sicherheitsdirektors vom 19. Juli 1937.

gung. Bei der ausschließlichen Mitgliedschaft bei der SA (unter Außerachtlassung der Parteimitgliedschaft) betrug der Arbeiteranteil 28 Prozent (zu 26 Prozent der Bevölkerung laut Volkszählung im Jahr 1939), der Anteil der Angestellten 26 Prozent (zu 12 Prozent). Der wieder verstärkte Zustrom von bürgerlichen Schichten ab 1936 und vor allem 1938 drückt sich bei der dreifachen Überrepräsentanz von Beamten und Selbständigen aus: Beamte waren mit 22 Prozent (zu 7 Prozent der Bevölkerung), Selbständige immerhin mit 19 Prozent (zu 6 Prozent) vertreten.²⁵⁹

Die konkrete Tätigkeit bestand im Einsammeln von Mitgliedsbeiträgen, die vom Scharführer einkassiert und über den Truppführer an den Sturmführer weitergegeben wurden. Weiters wurden regelmäßig Appelle auf der Straße und in diversen Gasthäusern abgehalten, wo man auch die politischen Schulungen durchführte bzw. die „Verhaltensmaßregeln für den illegalen Kampf“ erteilte. Den Behörden gegenüber stellte man diese Schulungstreffen freilich als harmlose Dietabende des deutschvölkischen Turnvereins dar. Man war lebhaft an der Organisation und Verteilung des „Österreichischen Beobachters“ und diverser Flugblätter bei aktuellen propagandistischen Aktivitäten beteiligt. Es wurden auch Schulungslager organisiert, wie etwa eines zwischen 2. und 10. März 1937 auf der Hofalm bei Spital am Pyhrn, das nach außen hin als harmlose Schipartie getarnt war und an dem auch prominente Linzer SA-Führer teilgenommen hatten.²⁶⁰

Am 24. November 1937 gelang es der Kriminalpolizei, einen Führerappell der Linzer Standarte Nr. 14 im amtsbekannten Gasthaus „Zum Englischen Garten“ des radikalen Nationalsozialisten Otto Hönes²⁶¹ in Scharlinz/Kleinmünchen zu sprengen, in dem schon mehrmals Veranstaltungen der Nationalsozialisten und ihrer Tarnvereine, der Linzer deutschvölkischen Turnvereine, stattgefunden hatten. Dabei gelang dem bereits lang gesuchten SA-Standartenführer Franz Peterseil die tollkühne Flucht aus dem von der Polizei umstellten Gasthaus. Die restlichen 21 Teilnehmer der Führerbesprechung konnten aber festgenommen werden. Darunter befanden sich die Standarten-, Sturmbann-, Sturm- und Scharführer sowie SA-Nachrichtenleute aus Linz und dem Mühlviertel, von denen ein Drittel Privatangestellte, ein Drittel Beschäftigte in Handel und Gewerbe und der Rest Hilfsar-

²⁵⁹ Katzinger, Arbeiter/innen, 299 und 309, Grafik 3 und 13.

²⁶⁰ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.116, GZl. 334.683/GD. St.B. 1937: Aufdeckung der SA Standarte 14 in Linz, Bericht der Bundes-Polizeidirektion vom 23. Juni 1937; AVA, Justizministerium, Landesgericht Linz, Strafsachen 1937, Karton 5.362, Zl. 6Vr. 1.334/37, Strafsache Friedrich Roß.

²⁶¹ Otto Hönes wurde am 6. Februar 1888 als Sohn eines Gastwirts in Linz geboren, war reichsdeutscher Staatsbürger, nach Ludwigsburg zuständig und evangelisch A.B. Nach der Volks- und Bürgerschule und einer Kellnerlehre wurde er selbstständiger Gastwirt. Hönes nahm am Ersten Weltkrieg teil. Wegen seiner NS-Aktivitäten wurde er mehrmals verhaftet. Sein Gasthaus diente als beliebter Treffpunkt für deutschnationale, völkische und nationalsozialistische Zusammenkünfte. Hönes war zwischen 3. Februar 1939 und 5. Mai 1945 Ratsherr der Stadt Linz und verstarb am 21. Dezember 1950 in Linz. Bart/Puffer, Die Gemeindevertretung, 160.



Abb. 3: Das Gasthaus Hönes in Kleinmünchen, Brunnenfeldstraße 106, das zwischen 1933 und 1938 beliebter Treffpunkt der illegalen Nationalsozialisten war (Postkarte aus dem Jahr 1908).

beiter oder Praktikanten waren. Mit einem durchschnittlichen Geburtsjahr von 1907 waren die Verhafteten im Schnitt 30 Jahre alt. Zwölf von ihnen waren auch in Linz geboren. Unmittelbar nach ihrer Einlieferung in die Bundespolizeidirektion begannen sie, um ihre Freilassung zu erzwingen, mit einem Hungerstreik, konnten aber bald von ihren Anwälten zur Aufgabe überredet werden. Acht der Inhaftierten wurden an das Anhaltelager Wöllersdorf abgegeben, fünf SA-Führer wurden zur Verbüßung bedingt aufgeschobener Strafen herangezogen, die restlichen weniger Belasteten wieder auf freien Fuß gesetzt. Zur gleichen Zeit wurden im Stadtgebiet verschiedene illegale Flugblätter gestreut, in denen die Ereignisse um den Hungerstreik propagandistisch weidlich ausschlachtet wurden. Den Parteigenossen wurde der generelle Boykott von öffentlichen Vergnügungsorten und ein Raucherstreik vorgeschrieben. Beides wurde aber kurz darauf von der Kreisleitung wieder aufgehoben. Als weniger entbehrungsreiche Protestaktion wurde dafür der verstärkte Besuch im Gasthaus Hönes angeordnet. Um der Mär von den zu Unrecht dem „christlichen Blutterror“ ausgesetzten „Helden, die lediglich ihrer deutschen Gesinnung wegen in den Kerkern des Systems“ schmachteten, weitere Glaubwürdigkeit zu verschaffen, kam es am 1. Dezember vor dem Landesgerichtsgebäude zu einer Demonstration von zirka 200 Personen, bei der ein Kern von etwa 80

jugendlichen Nationalsozialisten aus SA und HJ begann, zahlreiche Fensterscheiben des Gerichtsgebäudes zu zertrümmern.²⁶²

Während der ganzen Zeit der Illegalität war für die Aktionsfähigkeit der lokalen nationalsozialistischen Militanten der jeweilige Schar- und Truppführer von außerordentlicher Bedeutung. Die darüberliegenden Führer vom Sturmführer aufwärts durfte der einfache SA-Mann ohnedies nicht mehr kennen. Es lag daher vor allem an diesen Unterführern, wie erfolgreich die Nationalsozialisten vor Ort agierten. Von besonderer Wichtigkeit war dabei die Stetigkeit, Nüchternheit und Sachlichkeit der durchgeführten Aktionen. Gerüchte über eine baldige Intervention des Reichs oder einen von dort geplanten Putsch waren kontraproduktiv, da sie zu emotionaler Unüberlegtheit Anlass gegeben hätten. Man brauchte Kampfgefährten mit kühlem Kopf, die diesen bei einer Aktion oder einer Verhaftung nicht gleich verloren, und mit deren Verlässlichkeit und Standfestigkeit beim Polizeiverhör die Kameraden rechnen konnten. Der fortlaufende Betrieb musste bei der Mannschaft das beruhigende Gefühl der Stetigkeit hervorrufen und den Gegnern den entmutigenden Eindruck der Aussichtslosigkeit all ihrer Anstrengungen vor Augen führen. Aus der Perspektive des Mai 1938 entsprach die zweifelsohne rückwirkend stilisierte und idealisierte Selbstbeschreibung des illegalen SA-Mannes mentalitätsgeschichtlich dem eines Frontkämpfers im Ersten Weltkrieg:

Die Vorstellung, daß wir in Weißhemden kämpften, die ist ungefähr so wie die, daß sie 1918 an der Front, im Stellungskrieg, mit Blechmusik und Standarten marschierten. [...] Der Stellungskrieg, der dreckige, endlose Stellungskrieg, in dem keiner sich auch nur mehr vorstellen konnte, wie ein Ende dabei herauskommen könnte, in dem die einzelne Gruppe geschlossen und einsam kämpfend, ausgehungert und geschwächt gegen einen ungeheuren Aufwand an Gewalt und Material gestellt war; in dem die Front, durch tausend Opfer lückenhaft und mürrisch, dennoch hielt und hielt – nur mehr an die Idee, aber kaum mehr an einen zeitlich befristeten Erfolg glaubend; in dem sie hinter sich die Masse wußte, die die Opfer ihres Kampfes doch nur als sinnlos bezeichnete – all das machte uns die Kämpfer von 1918 zum einzigen Vorbild, das uns aufrecht erhielt.²⁶³

Der einzige Unterschied zu dieser Ikonographie des Frontkämpfers als das zeitlich nicht so weit zurückliegende Vorbild bestand darin, dass der illegale SA-Mann im Unterschied zum Soldaten des Ersten Weltkriegs eben ein politischer und ideologischer Kämpfer für eine „unbesiegbare Idee“ war.

²⁶² AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.115, GZl. 315.890/GD. St.B. 1937: Dirndlabend im Gasthaus Otto Hönes, Familienabend der SA-Standarte 14; AVA, Justizministerium, Landesgericht Linz, Strafsachen 1937, Karton 5.363, Zl. 6Vr. 2.598/37, Strafsache Egon Beran und Genossen; ebenda, Strafsachen 1938, Karton 5.364, Zl. 8dVr. 33/38, Strafsache Otto Hönes, Haftentschädigung.

²⁶³ Wir wurden legal, 12, 16.

Die Schutzstaffel (SS)

Der in Linz bestehende SS-Sturm 1 gehörte zum Sturmbann III, mit diesem zur oberösterreichischen SS-Standarte 37 und damit zum Abschnitt VIII der SS Österreich. Er verfügte unter SS-Sturmführer Apotheker Walter Holitscher im Dezember 1931 lediglich 30 Mann,²⁶⁴ wobei sich die Situation auch in der nächsten Zeit nicht wesentlich verbessern sollte. Denn Anfang 1932 wurden lediglich 45 Mann gezählt.²⁶⁵ Trotz der geringen Zahl war die SS in Österreich nie von der österreichischen NSDAP oder SA abhängig, sondern unterstand direkt dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler, der damals noch dem Stabschef der SA, Ernst Röhm, unterstellt war. Aus diesem Grund entwickelte sie auch von Anfang an ein ausgeprägtes Unabhängigkeitsgefühl gegenüber den anderen Gliederungen der NSDAP.²⁶⁶ Dazu kam, dass auf Verfügung Hitlers im Jahr 1929 der SS das Recht der finanziellen Selbstverwaltung zugestanden wurde. Im Juni 1932 wurde die österreichische SS unter „preußische Führung“ gestellt. Im Zuge der nun folgenden radikalen Reorganisation schloss man alle Mitglieder des SS Sturms 1, III/37, die unverlässlich erschienen oder ihren Parteiverpflichtungen nicht nachgekommen waren, aus der Organisation aus, wodurch sich die Zahl von 50 auf 26 Mann halbierte. Gleichzeitig wurden aber in Urfahr und Kleinmünchen eine dem Sturm 1 untergeordnete, jeweils acht Mann starke SS Schar aufgestellt.

Die wesentliche Aufgabe bestand neben der Abhaltung von Appellen und der Organisation des Rednerschutzes in der Stellung der Hauswache des „Braunen Hauses“, wobei der SS-Sturm ausschließlich dem Landesleiter, dem Landesinspekteur, dem Gruppenführer der SA und dem Abschnittsführer der SS bzw. deren Stellvertretern unterstand.²⁶⁷ Im Oktober 1932 wurde der seit August 1931 der Linzer SS angehörende Rechtsanwaltsanwärter Ernst Kaltenbrunner zum Rechtsberater des SS-Abschnitts VIII ernannt. Seine Aufgabe bestand in der kostenlosen Rechtshilfe für behördlich und gerichtlich verfolgte verfolgte Gesinnungsgenossen, der er auch mit großem Diensteifer nachkam.²⁶⁸

Die Sozialschichtung der Linzer SS-Führung war zu dieser Zeit im Gegensatz zu ihrer Zahl keineswegs elitär: Der Hauptsturmführer verdingte sich im Zivilberuf als Postoffizial, die weiteren Trupp- und Scharführer waren Privat-

²⁶⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.872, GZl. 110.958/GD. 1/1932, Zl. 231.331/31: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 5. Dezember 1931, Erbprinz zu Waldeck, Aufenthalt in Linz.

²⁶⁵ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.102, Zl. 124.738/GD. 1/1932: Politische Parteien und Wehrverbände in Linz, Mitgliederbewegung, Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 17. Februar 1932.

²⁶⁶ Black, Ernst Kaltenbrunner, 84.

²⁶⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.103, Zl. 122.341/GD. St.B. 1933: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 18. Februar 1933.

²⁶⁸ Black, Ernst Kaltenbrunner, 84 ff.

und Handelsangestellte, Spengler-, Schlosser-, Maler-, Buchhandlungs- und Sattlergehilfen bzw. Reitbursche. Trotz dieser beruflichen Herkunft versuchte man, bei der Aufnahme in die SS selektiv vorzugehen. So wurden vor allem nur jene SA-Mitglieder in die SS übergeleitet, die auf eine entsprechende Körpergröße, ein ärztliches Attest von einem SS-Arzt, ein Sittenzeugnis, eine sechsmonatige Probezeit und auf die schließliche Einwilligung der SS-Standartenführung verweisen konnten.

Aufgrund des Platzmangels im „Deutschen Heim“ übersiedelte am 3. Jänner 1933 die SS Standarten-, Sturmbann- und Sturmführung in eine Privatwohnung an der Scharitzerstraße 22/I. Zugleich suchte man auch einen geeigneten Raum für ein Heim für arbeitslose und obdachlose SS-Mitglieder. Darüber hinaus war die SS sehr bemüht, fördernde Mitglieder anzuwerben. Zu diesen gehörte etwa der Linzer Hotelier Eduard Weinzinger, in dessen Hotel einmal ein Zechgelage von Linzer SS-Führern mit ihrem Oberführer Heinrich Himmler veranstaltet worden war, das die Parteimitglieder so erregt hatte, dass einige von ihnen sogar aus der Partei austraten.²⁶⁹ Dennoch schien die Linzer SS insgesamt einen leichten Zuwachs zu verzeichnen. Nach einer Schätzung der Polizei verfügte sie im April 1934 über eine Stärke von zirka 100 Mann.²⁷⁰

Anlässlich der für die SS höchst peinlichen Ereignisse während des Juliputsches gelang es der Polizeidirektion Linz im August und September 1934, die in Oberösterreich bestehende SS-Standarte 76 aufzudecken, die aus drei Sturmbanne mit angeblich zirka 1.000 Mann bestand.²⁷¹ Als SS-Standartenführer wurde der entlassene Verkäufer der Steyr-Werke Heinrich Weithner-Weithenturn ermittelt. Seine engsten Mitarbeiter bei den Putschvorbereitungen waren ein Handelsangestellter, ein ehemaliger Bundesbahnoberrevident und ein ehemaliger ESG-Beamter, die alle wegen Hochverrats zu mehrjährigen Kerkerstrafen verurteilt wurden. Damit schien die SS in Oberösterreich nachhaltig getroffen worden zu sein, denn sie hatte sich danach durch keinerlei Aktionen mehr bemerkbar gemacht. Obwohl die Polizei vereinzelt kleinere Gruppen im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Hilfswerk ermitteln konnte, war weder in Linz noch in Oberösterreich eine durchgebildete Organisation festzustellen.²⁷² Auch im Zuge der Ermittlungen zur „Selbstaflösung“ der NSDAP im Februar 1935 konnten von der Polizei keine konkreten Anhaltspunkte für das Bestehen einer ernst zu nehmenden SS-Organisation gewonnen werden. Denn die

²⁶⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.103, Zl. 122.341/GD. St.B. 1933: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 18. Februar 1933.

²⁷⁰ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.880, Zl. 106.743/GD. St.B. 1934: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 18. April 1934.

²⁷¹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.914, GZl. 302.051/GD. St.B. 1935: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 19. Februar 1935.

²⁷² AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.112, Zl. 317.512/GD. St.B. 1936: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 2. März 1936.

meisten lokalen SS-Führer befanden sich Anfang 1935 nach wie vor in Gerichtshaft.²⁷³

Auf der obersten Führungsebene versuchte man aber ab November 1934, die SS bundesweit wieder zu reorganisieren. Bei diesen Bemühungen spielte Kaltenbrunner, der SS-Führer des Abschnitts West (Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und Tirol) und Sturmbannführer von Oberösterreich war, eine bedeutende Rolle. Über ihn flossen nicht allzu große Mengen diverser Organisationsgelder und NS-Hilfswerksgelder für „bedürftige“ SS-Angehörige. Parallel dazu war Kaltenbrunner ab Anfang Oktober 1934 der Adjutant von Reinthaller und als solcher in dessen „Befriedungsaktion“ maßgeblich involviert. Darüber hinaus verfügte er über gute Kontakte zu den „gemäßigten“ oberösterreichischen Nationalsozialisten wie Langoth und Glaise-Horstenau, die ihn einmal sogar vor dem Gefängnis bewahrt hatten, ebenso zu Sicherheitsdirektor Revertera. Er hatte angeblich auch Freunde bei der Linzer Polizei. Nach dem Scheitern der Aktion Reinthaller wurde zwischen Winter 1934 und Frühjahr 1935 die Führungsstruktur der SS in Westösterreich unter Aufrechterhaltung einer straffen Organisationsstruktur und bei völliger Unabhängigkeit von SA und PO wieder aufgebaut. Ein propagandistischer Aktionismus wurde dabei von vornherein strikt ausgeschlossen. Stattdessen knüpfte Kaltenbrunner diskret Kontakte zu nationalsozialistischen Offizieren in der Linzer Garnison, bis er schließlich am 18. Mai 1935 wegen Hochverrats verhaftet werden konnte. Die Anklage musste aber aus Mangel an Beweisen fallen gelassen werden. Er wurde lediglich wegen illegaler Betätigung zu sechs Monaten Gefängnis und dem Entzug seiner Anwaltslizenz verurteilt.

Zu dieser Zeit bestand in Linz der Sturmbann 3, der territorial in die Bezirke Linz-Stadt und Linz-Land gegliedert war.²⁷⁴ Angeblich war nur noch ein einziger SS-Trupp mit drei Scharen und zusammen etwa 30 Mitgliedern wirklich aktiv. Ihre konkrete Tätigkeit umfasste seit dem November 1934 die Verteilung von NS-Hilfswerksgeldern an ehemalige Mitglieder der SS, die wegen politischer Delikte im Gefängnis waren, bzw. an deren Familienangehörige.²⁷⁵ Vor allem nach dem Juliabkommen leistete die SS verstärkt Informationsdienste, wobei sowohl die eigenen führenden Mitstreiter in den Reihen von PO, SA und HJ überwacht werden sollten, als auch die Aktivitäten der Träger des „austrofaschistischen“ Regimes. Zudem mussten die allgemeine politische Lage, die Stimmung innerhalb der Bevölkerung und die Entwicklung im österreichischen Sicherheitswesen beobachtet und ins Reich

²⁷³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.114, GZl. 304.146/GD. St.B. 1937: Selbstaufklärung der NSDAP in Linz, Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 16. Februar 1935.

²⁷⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.931, GZl. 332.578/35: Sammelmappe Reorganisation der SS in Österreich. Zu Kaltenbrunner in dieser Zeit Black, Ernst Kaltenbrunner, 94, 98, 100 f. sowie 104 f. und 106.

²⁷⁵ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.913, GZl. 302.044/35, Zl. 330.767/GD. St.B. 1935: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 3. Mai 1935.

übermittelt werden.²⁷⁶ Eine der Aufgaben bestand im Unterwandern des bestehenden Systems und im Eindringen in höhere Gesellschaftskreise. Die Befehle erhielt die österreichische SS ausschließlich vom SS-Oberkommando in Berlin in Verbindung mit dem außenpolitischen Amt der NSDAP.²⁷⁷

Im Februar 1936 gelang es, die SS-Organisation in Linz größtenteils aufzudecken. Hier existierten vermutlich drei SS-Stürme, von denen jeder in drei Trupps und diese wieder in drei Scharen zerfielen. Als einer der SS-Sturmführer konnte der stellenlose Chauffeur Ferdinand Schmid²⁷⁸ ermittelt werden, seine untergeordneten Truppführer waren der ebenfalls stellenlose Schlossergehilfe Anton Zischka und der Uhrmachergehilfe Gustav Richtsteiger, etwas später trat der Chauffeur Leopold Mörtenschlager hinzu. Von den weiteren von der Polizei aufgedeckten insgesamt 28 Scharführern und einfachen Scharmitgliedern waren acht Arbeiter bzw. Hilfsarbeiter, sechs Angestellte, sechs Taxichauffeure, vier Schüler bzw. einer davon Lehrling und zwei selbstständige Kaufleute. Insgesamt war ein Viertel arbeitslos. Vom durchschnittlich errechneten Geburtsjahr her waren sie im Jahre 1908 geboren, zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung also im Schnitt 28 Jahre alt. 60 Prozent von ihnen waren in Linz geboren, der Rest kam aus dem übrigen Oberösterreich, einer war in Jugoslawien geboren.

Ihre konkrete Tätigkeit lag seit mindestens Herbst 1935 in der regelmäßigen Abhaltung von Scharappellen, in der Werbung von weiteren Mitgliedern und in der monatlichen Einhebung der Mitgliedsbeiträge. Letztere mussten an die Oberführer, die auch die ganze Organisation zusammenhielten, weitergeleitet werden. Die Appelle fanden wegen der notwendigen Geheimhaltung als formlose Zusammenkünfte auf der Straße oder in Gasthäusern statt und erstreckten sich über den Zeitraum zwischen Herbst 1935 und Jänner 1936. Darüber hinaus wurden eigene Schulungskurse abgehalten, zu denen man den Linzer Rechtsanwaltsanwärter Josef Oberkofler als Schulungsleiter gewinnen konnte. Die Schulungskurse fanden in verschiedenen Linzer Gaststätten statt und waren durchschnittlich von 10 bis 20 SS-Männern besucht. Sie erhielten Unterweisungen im Parteiprogramm der NSDAP, in der weltanschaulichen Fundierung der SS und über „Rassenprobleme“. Zudem wurden auch waffenkundliche Schulungen abgehalten. Kurz vor Weihnachten 1935 fand überdies ein so genanntes „Knödelessen“ im Gasthaus „Zur schönen Aussicht“ auf dem Pöstlingberg mit zirka

²⁷⁶ Pauley, *Der Weg*, 145; Black, Ernst Kaltenbrunner, 96.

²⁷⁷ Walsler, *Die illegale NSDAP*, 69.

²⁷⁸ Ferdinand Schmid wurde am 15. April 1907 in Linz geboren, war ebendort zuständig und römisch-katholisch. Schmid war Taxichauffeur. Wegen illegaler NS-Betätigung wurde er immer wieder bestraft und war u. a. in Wöllersdorf inhaftiert. 1936 fungierte er als illegaler SS-Sturmführer und Schulungsleiter, ab März 1936 arbeitete er im NS-Hilfswerk mit. Dafür wurde er mit vier Monaten Haft bestraft. Durch die Juliarnestie bedingt entlassen, wurde er im April 1937 neuerlich festgenommen. AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.018, GZl. 303.270/38, Zl. 334.587/GD. St.B. 1937: Hilfswerk Führung Franz Langoth in Linz.

50 Teilnehmern statt, das aus Parteimitteln bezahlt worden war. Laut Vermutungen der Polizei sollte der SS-Sturm im „Ernstfall“ die Linzer Kaserne besetzen und für die Aufrechterhaltung eines Ordnungsdienstes sorgen, der Plünderungen bei einem Einmarsch der „Österreichischen Legion“ hintan halten sollte. Ferner waren angeblich die künftige pistolenmäßige Bewaffnung und eine entsprechende Ausbildung vorgesehen. Tatsächlich konnten bei Hausdurchsuchungen weder Waffen noch Sprengkörper gefunden werden. Die Behörden konnten Sturmführer Schmid auch keinerlei Verbindungen zu höheren Stellen nachweisen, ebenso wenig eine Fühlungnahme mit der PO oder der SA.²⁷⁹

In einem Schwurgerichtsprozess wurden die 17 Angeklagten des SS-Sturms wegen Geheimbündelei zwischen einigen Wochen und vier Monaten Arrest verurteilt. Zu ihrer Verteidigung stellten die Angeklagten ihre Aktivitäten als harmlose Unterstützungs- bzw. Winterhilfsaktionen „für bedürftige und arbeitslose deutschbewußte junge Leute“ dar. Der Angeklagte Schmid gab sogar an, dass er, überzeugt von der Notwendigkeit einer inneren Befriedung, mit seinen Aktivitäten lediglich der Aktion Reinhaller den Rücken decken wollte.²⁸⁰

Die stark ins Arbeitermilieu reichende Sozialstruktur der Linzer SS bestätigen auch die NS-Registrierungslisten für Linz und Urfahr aus dem Jahr 1947, die in erster Linie die Entwicklung während der NS-Herrschaft reflektieren. Doch noch überproportionaler vertreten waren die Beamten- und Selbstständigenschichten. Bei der Betrachtung der reinen SS-Mitgliedschaften (unter Außerachtlassung der Parteimitgliedschaft) ergibt sich eine sozialstrukturelle Verteilung von 32 Prozent Arbeitern (bei insgesamt 26 Prozent Arbeiter laut Linzer Volkszählung von 1939), 29 Prozent Angestellten (bei 12 Prozent), 24 Prozent Beamten (bei 7 Prozent) und 13 Prozent Selbstständigen (bei nur 6 Prozent in der Bevölkerung).²⁸¹

Die Hitler-Jugend (HJ)

Ende 1931 zählte der in zwölf Gefolgschaften geteilte Gau der oberösterreichischen HJ nach vertraulichen polizeilichen Erhebungen zirka 750 Mitglieder, davon 140 in Linz. Die HJ rekrutierte sich zu zwei Drittel aus der Jungarbeiterschaft, war aber auch in den Linzer Mittelschulen erfolgreich. HJ-Bezirksführer war nach der Übersiedlung seines Vorgängers Fritz Bauer nach

²⁷⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.112, Zl. 317.512/36: Berichte der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 2. und 12. März 1936.

²⁸⁰ AVA, Justizministerium, Landesgericht Linz, Strafsachen 1936, Karton 5.357, Zl. 6Vr. 283/36, Band I und Band II: Strafsache Ferdinand Schmid und Genossen; AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.967, Zl. 349.035/GD. St.B. 1936: „Die neue Zeit“, Linz am 12. und 13. Juni 1936.

²⁸¹ Katzinger, Arbeiter/innen, 299 und 309, Grafik 3 und 13.

Graz der Student Erich Hochhäuser.²⁸² Daneben schuf man als neue Organisation den „Bund deutscher Mädels“ (BDM), der als integraler Bestandteil der HJ über 200 Mädchen in ganz Oberösterreich umfasste, davon 80 in Linz.²⁸³ Gauleiterin war die 23-jährige Kontoristin Maria Conradi, Ortsgruppenleiterin von Linz die 19-jährige Tochter eines Bundesbahnoberrevidenten und Parteifunktionärs, Edeltrude Ziegler. Neben dem Ausbau des BDM schritt man Anfang 1932 an die generelle Zusammenfassung aller weiblichen Mitglieder der NSDAP in die NS-Frauenschaft, deren Führerin Marie Werbik²⁸⁴ wurde.²⁸⁵

Im Gefolge der „Selbstaflösung“ der NSDAP gelang es den Polizeibehörden, einen Überblick über die Organisationsstruktur der HJ zu gewinnen. Bannführer für Oberösterreich war seit Herbst 1934 der stellenlose Handelspraktikant Gustav Baumann, dem Anfang 1935 in ganz Oberösterreich angeblich 1.500 Jugendliche unterstanden. Der Unterbann Linz (U1) verfügte über vier Gefolgschaften und unterstand dem ebenfalls stellenlosen Handelspraktikanten und gewesenen Realgymnasiasten Friedrich Nunkirch. Darunter standen die Scharen, Kameradschaften und Zellen. Die Führer der Unterbanne Linz, Wels, Steyr, des Mühlviertels und des Innviertels waren durchwegs entlassene Studenten, arbeitslose Maturanten bzw. Praktikanten und Schüler, die vom Durchschnittsalter her im Jahr 1916 geboren waren. Ihre Haupttätigkeit bestand in der Aufrechterhaltung der Organisation durch Herstellung des persönlichen Kontakts zwischen Ober- und Unterführern und in der Einhebung von Mitgliedsbeiträgen.²⁸⁶ Da es die Polizeidirektion Linz der versprochenen Straffreiheit wegen unterließ, die geständigen Jugendlichen dem Landesschulrat zu melden, entbrannte in der weiteren Folge ein Grundsatzstreit um die Frage der Disziplinargewalt zwischen Schulverwaltung und Unterrichtsministerium, da letzteres seine Kompetenz nicht beeinträchtigt sehen wollte.²⁸⁷

²⁸² AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.872, GZl. 110.958/GD. 1/1932, Zl. 234.739/31: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 9. Dezember 1931. Dürr, Zur Geschichte, 53 f.

²⁸³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.101, Zl. 206.786/GD. 1/1931: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 8. Oktober 1931.

²⁸⁴ Marie Werbik wurde als Tochter eines Arztes am 27. Juni 1890 in Botenwald/Mähren geboren und war evangelisch A.B. Bis 1913 lebte sie in Brünn, danach übersiedelte sie nach Linz. Nach der Volks- und Bürgerschule absolvierte sie die Lehrbefähigungsprüfung für Englisch und wurde Lehrerin. Ab 1912 war sie mit dem Linzer Gemeinderat und NS-Landeschatzmeister Fritz Werbik verheiratet. Marie Werbik wurde Leiterin der „Völkischen Frauen- und Mädchengruppe“, war zwischen 31. Jänner 1929 und 21. Mai 1931 Linzer Gemeinderätin und zwischen 1931 und 1933 Herausgeberin einer völkischen Frauenzeitschrift. Sie war als Frauenschaftsführerin für die NSDAP tätig und erhielt das Goldene Parteiabzeichen. 1945 und 1946 war sie interniert. Bart/Puffer, Die Gemeindevertretung, 280.

²⁸⁵ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.872, GZl. 110.958/GD. 1/1932, Zl. 103.615/32: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 7. Jänner 1932.

²⁸⁶ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.114, GZl. 304.146/GD. St.B. 1937: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 16. Februar 1935; AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.913, GZl. 302.044/35, Zl. 313.575/GD. St.B. 1935 und Zl. 310.724/GD. St.B. 1935: Selbstaflösung der illegalen NSDAP in Oberösterreich, Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 13. und 22. Februar 1935.

²⁸⁷ Gehmacher, Jugend ohne Zukunft, 343 f.

Wegen des mangelnden Interesses der Sicherheitsbehörden gegenüber den Umtrieben der HJ, aber auch aufgrund ihrer Tarnungsversuche hinter legalen völkischen Vereinen wie etwa dem „Deutschen Schulverein Südmärk“, dem „Deutsch-Österreichischen Alpenverein“ oder den deutschvölkischen Turnvereinen²⁸⁸ kam es erst am 22. Oktober 1936 zur Aufdeckung des im Sommer dieses Jahres neu aufgestellten HJ-Unterbanns von Linz. Als Unterbannführer stellte sich der 25-jährige Kaufmann und Dietwart-Stellvertreter des Linzer deutschvölkischen Turnvereins, Walter Hiebl, heraus. Sein Stellvertreter und Stadtleiter von Linz (mit Ausnahme von Urfahr) war der 21-jährige Schriftsetzer bei der „Tages-Post“, Karl Wieseneder. Gefolgschaftsführer von Urfahr war der 20-jährige stellenlose Abiturient Siegfried Schneider. Die Hierarchie ging – wie bei faschistischen Organisationsstrukturen üblich – von oben nach unten: Der Unterbannführer bestellte die Gefolgschaftsführer, diese bestellten die Scharführer und jene selbst wieder je zwei bis vier Kameradschaftsführer.

Insgesamt wurden seitens der Polizei 94 HJ-Mitglieder vom einfachen Scharmitglied bis zum Unterbannführer ermittelt, die zwischen den Jahren 1911 und 1922, im errechneten Durchschnitt also im Jahre 1919 geboren waren. Zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung waren sie durchschnittlich 16 1/2 Jahre alt gewesen. Knapp über 40 Prozent von ihnen waren überwiegend gewerbliche und handwerkliche, im geringeren Ausmaß kaufmännische Lehrlinge, zu 20 Prozent arbeitslose Schulabgänger, arbeitslose Hilfsarbeiter oder überhaupt ohne Berufsausbildung sowie zu 30 Prozent Schüler, von denen die meisten aus technischen, wirtschaftlichen und kaufmännischen Schulen, zu einem geringeren Teil aus Gymnasien kamen. Nur etwa fünf Prozent waren in ihrem Beruf Arbeiter oder Angestellte. Elf Jugendliche kamen aus dem Katholischen Lehrlingsheim an der Beethovenstraße und zehn waren Mitglieder des Sportvereins „Grün-Weiß“. Sie bildeten gemeinsam auch eine eigene Kameradschaft. Knapp 60 Prozent waren in Linz und 35 Prozent in Oberösterreich geboren, der Rest im übrigen Österreich oder im Ausland. Es ist nicht ganz unbezeichnend, dass sich unter den Mitgliedern der Linzer HJ auch der Lehrling des Hutmachermeisters Sepp Wolkerstorfer befand und dass für die Inhaftierten Franz Langoth beim Bundesminister Glaise-Horstenau intervenierte.

Die konkreten Aktivitäten der Linzer HJ umfassten die Mitgliederwerbung, die Herstellung und Verteilung von NS-Propagandamaterial, so auch des „Österreichischen Beobachters“, die Abhaltung von Heimabenden, von Gedenkveranstaltungen an die „Schlacht bei Langemarck“ im Ersten Weltkrieg, von Appellen und Führerbesprechungen, die man teils in Gasthäusern, teils in Vereinsheimen des deutschvölkischen Turnvereins Linz oder der „Gemeinschaft für alkoholfreie Kultur“ durchführte. Dabei gab es politische und nachrichtendienstliche Schulungen und es wurden NS-Flug-

²⁸⁸ Ebenda, 316 sowie 339 ff. und 345 f.

schriften verteilt. Am 18. Oktober 1936 veranstaltete man im Raum Koglerau–Gramastetten eine groß angelegte Geländeübung, an der etwa 100 Hitlerjungen teilnahmen. Sie mussten stundenlang Barrikaden aus Waldbäumen errichten und mehrere tausend Meter Feldtelefonleitungen im Gelände legen. Im Anschluss an die Übung wurden zirka 30 Schar- und Kameradschaftsführer vereidigt. Sie hatten ewige Treue auf „Vaterland“, HJ und Adolf Hitler zu schwören. Eine weitere wichtige Aktivität bestand in der planmäßig organisierten Teilnahme an diversen Demonstrationen bei reichsdeutschen Propagandafahrten nach Linz. Sie wurden in der Zeit nach dem Juliabkommen verstärkt unternommen und stellten ganz allgemein für die lokalen Nationalsozialisten eine willkommene Gelegenheit für NS-Kundgebungen dar.²⁸⁹

DIE FOLGEN DES JULIABKOMMENS 1936

Das österreichisch-deutsche Abkommen vom 11. Juli 1936 war in vielerlei Beziehung eine einschneidende Zäsur in der österreichischen Politik zwischen 1934 und 1938. Es bildete in seinen praktischen Auswirkungen die unmittelbare Voraussetzung für den „Anschluss“ von 1938.²⁹⁰ Mit dem Juliabkommen wurde einerseits das seit dem Juliputsch bestehende Patt zwischen „Austrofaschismus“ und Nationalsozialismus definitiv zu Gunsten des letzteren verschoben. Andererseits konnte die interne Stagnation bei den österreichischen Nationalsozialisten, die seit dem Juliputsch aufgrund der vielen internen Positions- und Strategiekämpfe und wegen der vielen Verhaftungen bestanden hatte, durch diese reichsdeutsche diplomatische Offensive überwunden werden.

Als unmittelbare Folge der Aufgabe der italienischen Schutzmachtfunktion für Österreich entstanden und vom deutschen Gesandten in Wien Franz von Papen geschickt eingefädelt, war das Juliabkommen von den Interessen der österreichischen Bundesregierung nach der Schaffung eines außenpolitischen *modus vivendi* mit dem Deutschen Reich getragen. Gleichzeitig bestand der Wunsch, auf diesem Wege zu einer innenpolitischen Befriedung der nationalsozialistischen Opposition zu gelangen, um dadurch eine erhöhte Systemstabilität zu erreichen. Das Abkommen entsprang auch den Bemühungen der reichsdeutschen Außenpolitik, Österreich nach der Methode des „Trojanischen Pferdes“ mit einer inneren Durchdringung und Unterwanderung auf

²⁸⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.949, GZl. 301.903/36, Mappe Hitler-Jugend, Zl. 377.763/GD. St.B. 1936: Hiebl Walter und Genossen, Aufdeckung des Unterbanns Linz der Hitler-Jugend. Zur Sozialstruktur vergleiche auch die ähnlichen Ergebnisse bei Gehmacher, Jugend ohne Zukunft, 342 und 346.

²⁹⁰ Das Juliabkommen von 1936; Volsansky, Das „Juliabkommen“; Volsansky, Pakt; Pauley, Der Weg, 161 ff.; Müller, Ein „Rechtskatholik“, 142 ff. und 271 ff.; Rumppler, Der nationale Dambruch, 14 ff.

evolutionärem Wege „anschlussreif“ zu machen, nachdem der putschistisch-terroristische Weg schon mehrmals gescheitert war.

Zwar wurde formell das österreichische Ziel der Anerkennung seiner staatlichen Souveränität sowie seiner politischen und ökonomischen Koexistenz mit dem Dritten Reich erreicht, materiell lief aber das Juliabkommen mit seiner Generalamnestie für österreichische Nationalsozialisten, der Bestellung von Vertretern der nationalsozialistischen Opposition in Regierungs- und offizielle Machtpositionen und in seinen Vereinbarungen über die Kultur- und Pressepolitik auf eine Durchsetzung der Interessen des Reiches hinaus.

In Oberösterreich wurde die Nachricht über das Juliabkommen weitgehend „mit nüchterner Befriedigung und ohne Überschwenglichkeiten aufgenommen“. In „vaterländischen“ Kreisen und von den Angehörigen der Wehrverbände besonders im Grenzgebiet wurde das Abkommen begrüßt, doch in nationalsozialistischen Kreisen war die Stimmung geteilt: Die „gemäßigten“ Nationalsozialisten nahmen die Nachricht mit großer Freude auf, die „radikalen“ Nationalsozialisten sahen sich hingegen von ihren Führern verraten und zeigten sich sehr enttäuscht.²⁹¹ Dieser alte Bruch zwischen den „gemäßigten“ bürgerlichen Nationalsozialisten und den „radikalen“ allen voran jugendlichen Nationalsozialisten stellte auch hier die Trennlinie in der differentiellen Perzeption und Interpretation des Juliabkommens dar. Letztere, die sich in der heißen Phase des illegalen Kleinkriegs am meisten exponiert und am meisten riskiert hatten, waren verbittert und enttäuscht. Die bürgerlichen „Salon-Nazis“ in ihren Ämtern und Würden fühlten sich hingegen in ihrer bisherigen taktischen Vorgangsweise vollumfänglich bestätigt. Doch diese anfängliche Gedrücktheit, Entmutigung und Desorientierung, die mit einem unerschütterlichen Treuebekenntnis und verordnetem Vertrauen auf die Politik Hitlers überdeckt werden musste, wich alsbald einem stillschweigenden „Augenzwinkern“, da sich ja substantiell am Ziel nichts geändert hatte. Nur quasi die Methoden wurden wieder einmal modifiziert.²⁹² Darüber hinaus konnten das Selbstvertrauen und die Entschlossenheit der österreichischen Nationalsozialisten umso gestärkter hervortreten, als auf „vaterländischer“ Seite durch die Folgen des Juliabkommens der ohnedies nie sehr ausgeprägte Abwehrwille gegen den Nationalsozialismus noch weiter geschwächt wurde.

Nach dem Juliabkommen wurde die Terror- und Sabotagepolitik nicht wieder aufgenommen, und sogar die sichtbare Propaganda nahm 1936 ab. Nach den Informationen der Behörden geschah diese politische Mäßigung auf Geheiß der reichsdeutschen NSDAP, nach deren Weisung die Kontakte unter den Parteigenossen zwar aufrecht erhalten bleiben sollten, aber die

²⁹¹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.969, Zl. 351.262/GD. St.B. 1936: Situationsberichte pro Juli 1936, Situationsberichte der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit vom 12. und 13. Juli 1936.

²⁹² Carsten, Faschismus, 274 ff.

Tätigkeiten ausschließlich ruhig im Hintergrund weiterzulaufen hatten. Die österreichischen Nationalsozialisten sollten „auf der Stelle treten“, nichts unternehmen, was für die deutsche Außenpolitik schädlich wäre, und der VF keinerlei Vorwand liefern, mit dem sie schärfer gegen sie vorgehen konnte. Stattdessen erhoffte man sich bei der Bürokratie durch eine „Penetration pacifique“ großen Erfolg, weswegen auch alles unternommen werden sollte, um allfällige Querschüsse der widerspenstigen SA, SS oder HJ zu verhindern.²⁹³ Doch trafen diese Anweisungen auf den latenten Widerstand der aktivistischen Studenten, Arbeiter und jugendlichen Nationalsozialisten, die eher radikale Aktionen befürworteten. In Oberösterreich ging die Gauleitung sogar so weit, sämtliche Propaganda für den Anschluss zu verbieten, ebenso wie die Losung: „Ein Volk, ein Reich, denn Adolf Hitler selbst hat vertraglich die Unabhängigkeit Österreichs anerkannt und ausgesprochen. Er wird wissen, warum.“²⁹⁴

Für die Linzer Nationalsozialisten boten sich dennoch mannigfache Möglichkeiten, ihren Anschlusswillen und ihr Treuebekenntnis zur deutschen Volks- und Rassegemeinschaft und zum Nationalsozialismus in Form einer so genannten „indirekten Propaganda“ zu manifestieren. Aufgrund der im Juliabkommen festgelegten erleichterten Reisemöglichkeiten und bedingt durch die geographische Nähe zu Bayern, kam es in den folgenden Monaten zu einem verstärkten Veranstaltungstourismus von reichsdeutschen Vereinen nach Österreich, wobei die lokalen Nationalsozialisten die kulturellen und sportlichen Ereignisse als willkommenen Anlass für ihre NS-Bekundungen nutzten. Immer wieder kam es bei gemeinsam veranstalteten Box-, Schwimm- oder Tanzwettbewerben zum verbotenen Hissen von Hakenkreuzfahnen, zur Ableistung des verbotenen „Hitler-Grußes“ oder zum Abspielen des Badenweiler-Marsches, des Lieblingsmarsches Hitlers.²⁹⁵ Anfang 1937 gab es verstärkt Vortragsreisen von Reichsdeutschen, die mit Hakenkreuzabzeichen und „Hitler-Gruß“ über die deutsche Himalaja-Expedition, über den Vierjahresplan und über den allgemeinen ökonomischen Aufschwung im Reich referierten, was in Anbetracht der weitaus schlechteren Situation in Österreich als „indirekte Propaganda“ für den Nationalso-

²⁹³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.975, Zl. 300.467/GD. St.B. 1937: Aktenvermerk vom 30. Dezember 1936.

²⁹⁴ „Gau-Weisungsblatt Nr. 11“ der NSDAP Oberösterreich. Zitiert bei Carsten, Faschismus, 278.

²⁹⁵ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.967, Zl.347.273/GD. St.B. 1936: Erlass des BKA/GD. vom 29. Juli 1936 über das Weiterbestehen des Verbots der Leistung des „Hitler-Grußes“, was auch für Reichsdeutsche galt; ebenda, Zl. 347.272/GD. St.B. 1936: Weisung des BKA/GD. vom 1. August 1936 über die Erlaubnis des Abspielens der beiden deutschen Hymnen (Deutschlandlied und „Horst-Wessel-Lied“) ausschließlich bei großen internationalen Sportveranstaltungen und bei rein internen reichsdeutschen Veranstaltungen; ebenda, Karton 4.971, Zl. 371.754/GD. St.B. 1936: Nach einer Anfrage des oberösterreichischen Sicherheitsdirektors vom 26. November 1936 verfügte die GD, dass das Abspielen des Badenweiler-Marsches nur bei demonstrativem Gebrauch, nicht aber grundsätzlich zu verbieten wäre.

zialismus wirkte und so auch intendiert war. Auf cineastischem Gebiet boten sich bei Vorführungen der „Bavaria-Wochenschau“ (etwa über das „Breslauer Sängerfest“) oder reichsdeutscher Kinofilme wie etwa „Deutschland“, „Hände am Werk“ und „Waffenträger der Nation“ immer wieder Gelegenheiten, im Schutze der Dunkelheit durch „Heil-Hitler“-Rufe und sonstigen heftigen Beifallsovationen seiner Gesinnung freien Lauf zu lassen, was einmal sogar eine Schlägerei mit „vaterländisch“ Gesinnten vor einem Linzer Kino provozierte.²⁹⁶

Im Zuge der ebenfalls im Juliabkommen festgelegten und unmittelbar umgesetzten Amnestie für inhaftierte Nationalsozialisten, bei der auch die meisten Parteiführer wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, ergaben sich Möglichkeiten, dies propagandistisch als Sieg über das herrschende Regime zu verwerthen. So wurden am 24. Juli 1936, dem Vorabend des Dollfuß-Gedenktages, neben vielen anderen die vier inhaftierten Linzer Juliputschisten, unter ihnen Weithner-Weithenturn, aus der Strafanstalt Garsten entlassen. Sie wurden von Linzer Kaufleuten, Zimmermeistern, Auto- und Benzinhändlern und NS-Anwälten, die als NS-Sympathisanten bekannt waren, mit ihren Autos abgeholt und in einem wahren Triumphzug nach Hause chauffiert. Die Polizeidirektion Linz, die hiervon Kenntnis erlangt hatte, trachtete, die Fahrzeuge an der Stadtgrenze abzufangen, doch zweigte der aus 16 Automobilen und Motorrädern bestehende Konvoi in Ebelsberg von der Bundesstraße ab, um auf geschickt gewählten Umwegen in die Stadt einzufahren. An der Landstraße hatte sich inzwischen aufgrund der Mundpropaganda eine große Menschenmenge angesammelt, welche die Heimkehrenden mit kräftigen Heil-Rufen begrüßte. Die von jungen Burschen zuvor mit Blumen geschmückten Fahrzeuge fuhren geschlossen über die Landstraße zum bekannten NS-Gasthaus Ennsthaler in Urfahr, wohin die Bevölkerung „in ziemlich großen Massen“ nachströmte. Die Lokalität wurde deshalb polizeilich geräumt und vorübergehend geschlossen. Die vor dem überfüllten Gasthaus versammelten zirka 100 jungen Nationalsozialisten wurden wie die in der Umgebung stehenden Zuschauer zerstreut. Eine größere Anzahl unter ihnen trug Kornblumen, ein altes auf Bismarck und Schönerer zurückgehendes völkisch-alldeutsches Parteiabzeichen, das als Ersatzsymbol für das Hakenkreuz in Verwendung genommen wurde. Dabei kam es auch zu heftigen verbalen Auseinandersetzungen mit empörten „vaterländisch“ Gesinnten.²⁹⁷ Organisiert und veranstaltet wurde die Propagandaaktion in trauter Kooperation zwischen Kreisleiter Wolkers-

²⁹⁶ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.001, Zl. 335.826/GD. St.B. 1937: Vorbereitung der kommissionellen Verhandlungen mit dem Deutschen Reich in Fragen der Durchführung des Abkommens vom 11. Juli 1936, Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 20. Juni 1937.

²⁹⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.969, Zl. 351.262/GD. St.B. 1936: Situationsberichte pro Juli 1936, Situationsbericht der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit vom 25. Juli 1936.

torfer und dem Verein „Volkshilfe“ unter der Anleitung ihres Mitarbeiters, des Autobesitzers Anton Slupetzky,²⁹⁸ der wegen dieser Aktion für neun Tage in das Anhaltelager Wöllersdorf überstellt wurde. Die offizielle Bewilligung für die Heimbringung der „Kampfgenossen“ wurde freilich vom Obmann der oberösterreichischen „Volkshilfe“, Franz Langoth, bei Sicherheitsdirektor Revertera eingeholt. Dieser verbot zwar jegliche demonstrative Aktion bzw. geschlossene Fahrt im Konvoi, gegen eine Abholung der Entlassenen vom Gefängnis hatte er aber grundsätzlich nichts einzuwenden. Langoth, der „seitens einer maßgebenden Stelle in Wien“ schon lange vor der Linzer Polizei über den genauen Zeitpunkt der Entlassung aus Garsten informiert worden war, der im Rahmen seiner „Gefangenenhilfe“ immer wieder namhafte Beträge inhaftierten Nationalsozialisten zur Verfügung stellte, über die „Volkshilfe“ die Heimreise für entlassene Salzburger Amnestierte und die Bewirtung der über 100 Nationalsozialisten im Gasthaus Ennsthaler bezahlte, blieb jedoch von den Behörden unbehelligt. Das stets gut informierte „vaterländische“ „Linzer Volksblatt“ mokierte sich bereits über das „übergroße Entgegenkommen“ der Sicherheitsdirektion gegenüber Langoth und sprach den frommen Wunsch aus, dass die Sicherheitsdirektion ihre Tore für ihn in Hinkunft weniger weit offen halten möge.²⁹⁹ Auch innerhalb der VF löste die milde Vorgangsweise Reverteras gegenüber Langoth höchst-

²⁹⁸ Anton Slupetzky wurde am 19. Jänner 1899 in Wien geboren, war ebendort zuständig und evangelisch A.B. Er war Beamter in chemisch-technischen Betrieben, Buchhalter in industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben, Oberbuchhalter im Hartmannkonzern und schließlich Inhaber einer Linzer Reinigungs- und Entwesungsanstalt. In der Landesvertretung der Reinigungszunft fungierte er als Zunftmeister. Er war seit 1. Februar 1913 Mitglied des Deutschen Turnerbunds, 1920 Hundertschaftsführer des Alldutschen Verbands, seit 28. Mai 1932 Mitglied der NSDAP Ortsgruppe Linz, seit 15. März 1933 Mitglied der SA, Amtswalter des NSKK und vor dem Parteiverbot Kassier der SS-Motorstaffel Linz. In der illegalen Zeit wurde er Sprengelleiter im politischen Referat des NS-Hilfswerks, Leiter des Kreisnachrichtendienstes und 1934 Nachrichtenmann bei Ernst Kaltenbrunner. Laut eigenen Angaben war Slupetzky Verbindungsmann zwischen Landesleiter Leopold, Gauleiter Eigruber und Sicherheitsdirektor Revertera sowie Verbindungsmann zum deutschen Konsul in Linz, Dirk von Langen. 1936 war er Verteiler von Hilfswerksgeldern. Wegen seiner NS-Aktivitäten wurde er mehrmals verurteilt und war im Anhaltelager Wöllersdorf interniert. Aus Wirtschaftsgründen war er seit 19. Februar 1934 Mitglied der VF, wurde aber wegen staatsfeindlicher Betätigung am 26. Juli 1936 wieder ausgeschlossen. Am 30. Juli 1945 wurde Slupetzky im Rang eines SA-Obersturmführers durch den CIC verhaftet und aufgrund des Kriegsverbrechergesetzes der Staatsanwaltschaft Linz übergeben. Nach seinem Aufenthalt im Lager Glasenbach wurde er an ein amerikanisches Militärgericht übergeben. Slupetzky wurde beschuldigt, die Vergasungsanlagen im KZ Mauthausen eingerichtet zu haben und galt als Erfinder des Vergasungswagens. Am 20. Mai 1946 wurde er bei der Staatsanwaltschaft Urfahr wegen Vergasung von 170 russischen Kriegsgefangenen am 13. März 1941 mit Zyklongas im Block 10 des KZ Gusen angezeigt. Der „Vergasungsspezialist“ übte später wieder seinen Beruf als Ungeziefervertilger aus. Auf Antrag des VdU wurden an ihn öffentliche Aufträge der Gemeinde Linz vergeben. AdR, Gaupersonalamt des Gaues Wien, Gauakt Nr. 336.920: Anton Slupetzky.

²⁹⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/41/2, Karton 5.999, GZl. 346.436/37: Vorfälle anlässlich der Amnestie, Berichte der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 24 und 28. Juli 1936, Bericht des Sicherheitsdirektors Revertera vom 27. Juli 1936 sowie Die Neue Zeit vom 25. Juli 1936, Linzer Volksblatt vom 27. Juli 1936, Kärntner Tagblatt vom 30. Juli 1936.

ten Unmut aus. Die Bezirksleitung der VF Kirchdorf war in ihrer Sitzung am 6. August 1936 einhellig der Meinung, dass die „vaterländische“ Landbevölkerung seine Inhaftierung in Wöllersdorf vollauf begrüßt hätte.³⁰⁰

Jedenfalls ging mit dem Juliabkommen der Kampf um die öffentliche Präsenz und politische Mobilisierungsfähigkeit zwischen dem offensiver werdenden Nationalsozialismus und dem endgültig in die Defensive geratenen „Austrofaschismus“ in ihre nächste Runde: Bei den Begrüßungsfeierlichkeiten anlässlich der Heimkehr der österreichischen Olympiakämpfer aus Berlin am 18. August 1936 gelang es den Amtswaltern der VF nur noch mit einiger Mühe, die Umwandlung der Veranstaltung in eine NS-Kundgebung zu verhindern.³⁰¹ Bei den zunehmend beliebteren Begrüßungsfeiern für reichsdeutsche „Touristen“, die einen Besuch im „Heimatau des Führers“ mit einer völkisch-nationalsozialistischen Verbrüderungskundgebung verbanden, gelang dies oft nicht mehr. So wurde etwa am 6. September 1936 mit einem Donauschiff, mit dem für diese Zwecke etwas unpassenden Namen „Habsburg“, eine Propagandafahrt von Passau nach Linz veranstaltet, an der sich unter dem stets umtriebigen Passauer Oberbürgermeister Max Moosbauer knapp über 300 Nationalsozialisten beteiligten. In Linz wurden die Gäste von der Bevölkerung zu Tausenden stürmisch begrüßt, allen voran von den deutschvölkischen Turnvereinen und der reichsdeutschen Kolonie unter dem deutschen Konsul Hans Kastner. Nach dem enthusiastischen Empfang am Landeplatz wurde eine Abordnung vom Linzer Bürgermeister Bock und vom Vizebürgermeister Danner in das Rathaus geleitet, wo sie auf dem Balkon von der Menge akklamiert wurde. Die Polizei schritt aus Rücksicht vor den Gästen nicht ein, ermittelte aber im Nachhinein in zirka 50 Verwaltungsstrafverfahren wegen verbotener NS-Aktivitäten. Nach dem obligatorischen Besuch am Grab der Eltern Adolf Hitlers auf dem Friedhof in Leonding verbrachten die reichsdeutschen Gäste ihren weiteren Aufenthalt in stadtbekanntem nationalsozialistischen Gasthäusern. Im Gasthaus Ennsthaler versammelten sich im Laufe des Nachmittags neben Heinrich Steinsky und Ernst Kaltenbrunner später am Abend noch Stadtrat Karl Bauer, Landesschulrat Jakob Mayr, Vizebürgermeister Otto Danner und Oberbürgermeister Moosbauer.

Von der oberösterreichischen Landesführung der VF wurde kritisiert, dass sie über den Empfang überhaupt nicht informiert worden war. Sie sah den Vorfall als exemplarisch für das künftige Verhalten bei größeren reichsdeutschen Besuchsfahrten an. In Zukunft wollte die VF stärker mit einbezogen

³⁰⁰ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.113, Zl. 353.664/GD. St.B. 1936: Empfang amnestierter Nationalsozialisten in Linz, Unmut der Bevölkerung über den Bürgerschuldirektor i.R. Langoth.

³⁰¹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.957, GZl. 311.944/36, Sommerolympiade 1936, Zl. 356.367/GD. St.B. 1936: Bericht der Landesführung Oberösterreich der VF vom 26. August 1936; ebenda, Zl. 352.801/GD. St.B. 1936: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 22. August 1936.



Abb. 4: Ankunft des „reichsdeutschen“ Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps am 4. Oktober 1936 in Linz.

werden, um durch vaterländische Aufgebote organisatorisch und personell künftig NS-Demonstrationen hintanhalten zu können. Bezeichnend war auch die Kritik des Generalsekretariats der VF an der „nicht in jeder Beziehung dem tatsächlichen Verlauf der Ereignisse“ entsprechenden fernmündlichen Berichterstattung des Sicherheitsdirektors Revertera, der bei der Schilderung der Ereignisse wohl etwas untertrieben hatte.³⁰²

Die Anregungen der VF schienen auf wenig Umsetzungseifer gestoßen zu sein. Anlässlich einer von reichsdeutschen Zeitungen weidlich ausgeschlachteten „deutsch-ungarischen Besuchsfahrt“ mit 25 Automobilen des „Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps“ (NSKK) unter Korpsführer Generalmajor Hühnlein, die das Ziel hatte, „die Wimpel des nationalsozialistischen Deutschlands hinaus ins Ausland zu tragen“, kam es bei Aufhalten in Leoben und Graz auf der Hinfahrt und in Wien, wo man vom Bundeskanzler

³⁰² Ebenda, GZl. 355.759/GD. St.B. 1936 (sowie die Aktenzahlen Zl. 357.150/36, Zl. 359.974/36, Zl. 356.107/36, Zl. 365.352/36, Zl. 365.577/36 und Zl. 354.933/36): Besuch einer deutschen Reisegesellschaft in Oberösterreich. Vgl. dazu den verharmlosenden Situationsbericht an das staatspolizeiliche Büro der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit vom 6. September 1936, 18 Uhr in AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.942, GZl. 300.450/36, Zl. 360.865/GD. St.B. 1936: Situationsberichte pro September 1936.

empfangen worden war, ebenso wie in St. Pölten, Krems, Enns, Linz, Wels und Braunau bei der Rückfahrt zu abermals größeren nationalsozialistischen Demonstrationen. In Leoben mussten der Marktplatz und die Straßen sogar mit einem Bajonettangriff der Gendarmerie von den nationalsozialistischen Demonstranten geräumt werden. Selbst in den entlegensten Orten wurde die nationalsozialistische Reisegesellschaft mit Massenansammlungen und nicht enden wollenden hysterischen Heil-Rufen begrüßt. Auch auf der Durchfahrt in Linz ereigneten sich am 4. Oktober 1936 enthusiastische Szenen. Die reichsdeutsche Autokolonne konnte nur über Umwege in die Stadt gelangen. Zu ihrer Begrüßung hatten sich am Franz-Joseph-Platz (Hauptplatz) neben anderen bereits zirka 200 jugendliche Nationalsozialisten versammelt, die das Deutschlandlied, das „Horst-Wessel-Lied“, „Sieg-Heil“ und „Heil-Hitler“ brüllten. Als die Demonstranten mit Gummiknüppeln zerstreut wurden, kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen, bei denen der festgenommene Rädelsführer aus der Polizeieskorte befreit werden konnte. Ein Polizist wurde dabei zu Boden geschlagen. Auch die von Schaulustigen völlig verstopfte Landstraße und Bismarckstraße wurden gewaltsam, teilweise unter Pfui-Rufen des Publikums geräumt. Insgesamt wurden bei der Aktion in Linz 24 Personen kurzfristig festgenommen. Die Zahl wäre viel größer gewesen, wenn nicht die Wache auftragsgemäß mit Nachsicht vorgegangen wäre und auf „die Unbesonnenheit der Jugendlichen Rücksicht genommen hätte“.

Der Linzer SA war die polizeiliche Vorgangsweise dennoch zu viel und sie zeigte sich in einem Flugblatt bereit, jedem „einen Denkart zu versetzen, der glaubt, sich durch Knüppelorgien gegen deutsche Frauen und Mädels hervortun zu müssen“. Die „Vorfällenheiten“ um den NSKK-Aufenthalt mitsamt der begeisterten Bevölkerung wurden als Ansporn genommen, „die Reihen noch fester zu schließen“ und die „Freiheitsbewegung“ fortzuführen sowie eine „Volksabstimmung in Österreich“ zu verlangen. Für die SA schien abermals erwiesen, dass das Volk hinter den Nationalsozialisten und nicht hinter der Regierung stünde. Der deutsche Konsul in Linz fühlte sich sogar bemüßigt, im Einvernehmen mit der Deutschen Botschaft in Wien beim Sicherheitsdirektor Protest gegen die Vorgangsweise der Behörden einzulegen. Er stellte fest, dass die Linzer Polizeimethoden angetan wären, die durch das Abkommen vom 11. Juli 1936 angebahnten guten Beziehungen der beiden deutschen Staaten schwer zu beeinträchtigen. Die Linzer Nationalsozialisten und Konsul Kastner waren über den Polizeieinsatz vor allem deswegen so erbost, weil sich dadurch der Empfang in der „Jugendstadt des Führers“ nicht zu einem derartigen Massenereignis wie in Wels oder in Braunau entwickelte, wo die reichsdeutschen Automobilisten von über 3.000 bzw. sogar 6.000 Personen begrüßt worden waren, die die Sicherheitsorgane dabei völlig überrannten. Die Linzer Polizei konnte sogar in Erfahrung bringen, dass die illegale NS-Parteileitung in Wien der Linzer SA und SS den Befehl erteilt hatte, bei ähnlichen Vorfällen wie am 4. Oktober entschieden

gegen solche ungerechten Polizeiaktionen gegenüber der „nationalen“ Bevölkerung vorzugehen. Konkret sollten im Falle eines Waffengebrauchs der Polizeikommandant, der den Befehl erteilt hatte, sofort tödlich angegriffen, energische Polizeibeamte sofort umringt, festgehalten und entwapfnet werden. Bei solchen Angriffen sollten aber unter allen Umständen Verletzungen der Polizeibeamten ebenso wie die Festnahme von Nationalsozialisten verhindert werden.³⁰³

Anlässlich reichsdeutscher Propagandafahrten dürfte es nicht mehr zu solchen extremen Eskalationen gekommen sein. Bei zwei „Kraft durch Freude“-Donauausflugsfahrten am 22. und 25. August 1937 von Passau nach Linz mit dem Sonderschiff „Minerva“ legte man gleich gar nicht mehr in Linz an, sondern begnügte sich mit der Schmückung des Schiffes mit einer großen Hakenkreuzfahne und mit dem Abspielen des Badenweiler-Marsches via Lautsprecher. Dennoch wurden die Reiseteilnehmer von ungefähr 1.000 Linzern, darunter bekannten Nationalsozialisten, an beiden Seiten der Donau mit Tücherschwenken und Heil-Rufen begrüßt.³⁰⁴

Ein weiterer beliebter Ort für Manifestationen reichsdeutscher und einheimischer Nationalsozialisten war das Grab von Hitlers Eltern auf dem Friedhof in Leonding. Es wies auch schon in den Jahren vor dem Juliabkommen besonders zu Allerheiligen und Allerseelen eine erhebliche Besucherfrequenz auf, entwickelte sich aber nach dem Juliabkommen zu einer regelrechten NS-Pilgerstätte und zu einem „nationalen“ Wallfahrtsort der NSDAP.

So pilgerten etwa am 1. und 2. November 1936 mehrere hundert reichsdeutsche Nationalsozialisten, Abordnungen des „Bundes der Reichsdeutschen“ und des reichsdeutschen Kameradschaftsbundes aus Linz und eine Salzburger Abordnung an das Elterngrab Hitlers, um dort Kränze mit Hakenkreuzschleifen niederzulegen, wodurch es bald einem einzigen Blumenhügel glich. Auch bekannte Linzer Nationalsozialisten und SA-Funktionäre, eine Gruppe der Linzer HJ, eine Abordnung des Linzer „Turnvereins Jahn“ und des „Turnvereins 1862“ sowie nationalsozialistische Honoratioren ließen sich in diesen Tagen eine solche Arena der legalen politischen Deklaration nicht entgehen und marschierten teilweise regelrecht in militärischer Formation vor dem Grab auf. Die planmäßige Organisation eines weiteren Grabbesuchs am 8. November 1936 durch Linzer Nationalsozialisten dürfte nach übereinstimmenden Vermutungen der Leondinger Gendarmerie und des Sicherheitsdirektors von Sepp Wolkerstorfer ausgegangen sein.

³⁰³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.970, GZl. 362.248/GD. St.B. 1936: Fahrt des NSKK durch Österreich, nationalsozialistische Demonstrationen, Beschwerde des deutschen Konsuls in Linz über das Vorgehen der Bundes-Polizeidirektion Linz; ebenda: Karton 4.942, GZl. 300.450/36, Zl. 370.245/GD. St.B. 1936: Situationsbericht vom 4. Oktober 1936, 18 Uhr.

³⁰⁴ AdR, BKA, Inneres, Polizeidirektion Wien, Berichte 1919–1938, Karton 43, Sicherheitsdirektorenberichte 1935–1938, Mappe August 1937: Vorfällenheitsberichte der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 23. und 25. August 1937.

Insgesamt dürften die Aktionen diesmal zur größeren Zufriedenheit des Konsuls Kastner verlaufen sein, sprach dieser doch dem Sicherheitsdirektor für das entgegenkommende Verhalten der Sicherheitsorgane gegenüber den reichsdeutschen Besuchern seinen Dank aus und ersuchte ihn bei dieser Gelegenheit, den Vertrieb von Karten mit Bildern des Hitler-Grabes zu erlauben.

Die Aktivitäten in Leonding hatten jedoch noch ein heftiges politisches Nachspiel, als Anfang April 1937 eine reichsdeutsche Rundfunk- und Pressepropaganda wegen angeblicher „ungeheuerlicher Polizeimaßregeln“ am Elterngrab des „Führers“ über die österreichische Bundesregierung hereinbrach, bei der das Grab „in einer unglaublichen Barbarei erniedrigt“ dargestellt wurde, um daraus einen „österreichischen Affront gegen das deutsche Staatsoberhaupt“ zu konstruieren. Nach anfänglich vehementem Entgegen-treten gab die Bundesregierung, die in dieser Pressehetze eine Verletzung des Juliabkommens sah, letztendlich klein bei, um den groß aufgebauschten Konflikt beilegen zu können.³⁰⁵

Ein weiterer fester Bestandteil im nationalsozialistischen Festkalender waren die Feiern zu Hitlers Geburtstag am 20. April. Bereits in den Jahren vor dem Juliabkommen wurde der Tag mit Hakenkreuzfeuern und Geburtstagsglückwunschkarten begangen.³⁰⁶ In den Abendstunden des 19. April 1935 wurden von der SA in Urfahr auf dem Kreuzweg und auf dem Bachberg je ein Höhenfeuer und auf der Eisenbahnbrücke ein Hakenkreuz abgebrannt. Dabei konnten die Täter von der Polizei auf frischer Tat gefasst werden. Es handelte sich um SA-Sturm-, Trupp- und Scharführer. Vom Beruf waren sie ein stellenloser Handelsangestellter, ein Rechtsstudent der Universität Wien, ein arbeitsloser Buchbinder, ein arbeitsloser Hilfsarbeiter und ein arbeitsloser Tischlergehilfe und zwischen 1904 und 1916 geboren.³⁰⁷

Nach dem Juliabkommen nahm die Intensität dieser Propagandaveranstaltungen beträchtlich zu. Bereits in den Tagen vor Hitlers Geburtstag wurde üblicherweise das Grab seiner Eltern in Leonding besucht, am 18. April 1937 etwa von 1.000 Personen. Darunter waren viele bekannte Nationalsozialisten aus Linz, die meist stumm den „deutschen Gruß“ leisteten und das Grab mit Blumen schmückten. In der Zeit zwischen 18. und 20. April gab es in verschiedenen Linzer Gaststätten Essen für jeweils 20 bis 25 Personen,

³⁰⁵ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.114, GZl. 311.905/37, Zl. 324.021/GD. St.B. 1937: Angriffe der reichsdeutschen Presse wegen Bestrafung des Reinhold Bruckner, Kranzniederlegung am Grabe der Eltern des deutschen Reichskanzlers. GZl. 368.839/36, Zl. 373.142/36: Besuch des Grabes der Eltern des deutschen Reichskanzlers in Leonding am 1. November 1936 sowie Neue Freie Presse vom 10. April 1937 und Tages-Post vom 2. November 1936.

³⁰⁶ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.110, Zl. 328.166/GD. St.B. 1935: Vorfällenheitsbericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 20 April 1935.

³⁰⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.913, GZl. 302.044/35, Zl. 332.043/GD. St.B 1935: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 7. Mai 1935.

die auch von arbeitslosen nationalsozialistischen Parteigängern in Anspruch genommen wurden. Die Kolonie der Reichsdeutschen in Linz beging Hitlers Geburtstag mit einer Feier im Lifka-Kino, wo man den Film „SA-Mann Brand“ zeigte, und mit einer Kranzniederlegung am Grab seiner Eltern.

Den krönenden Abschluss der Geburtstagsfeierlichkeiten des Jahres 1937 sollten große Illuminationen bilden. In den Abendstunden des 19. April entwickelte sich auf der Landstraße ein vermutlich von der SA organisierter Bummel, bei dem sämtliche Linzer Nationalsozialisten auf den Beinen waren. Etwa 1.000 Personen sammelten sich am Linzer Brückenkopf und auf der Oberen Donaulände, um die angekündigten Höhenfeuer zu sehen. Sie wurden von der Sicherheitswache auf den Hauptplatz und in die Seitengassen abgedrängt, von wo sie aber wieder zurückfluteten. Auf der Landstraße in der Nähe des Taubenmarkts begann eine Gruppe von Burschen und Mädchen das „Horst-Wessel-Lied“ abzusingen und „Sieg-Heil“-Rufe anzustimmen, woraufhin der Platz von der Polizei unter Einsatz von Gummiknüppeln geräumt wurde. Am späteren Abend waren dann von Linz aus große Feuer auf der Höhe bei Oberbairing, drei auf dem Pfenningberg, zwei oberhalb von Magdalena und eines in der Nähe der Barbarakapelle zu sehen. Eine Feuerwerksaktion auf dem Pöstlingberg, die als abschließender Höhepunkt vorbereitet wurde, konnte von der Polizei gerade noch verhindert werden. Schließlich sammelten sich noch ungefähr 300 bis 400 Demonstranten auf der Landstraße. Sie stimmten vor dem Hotel Kanone abermals das „Horst-Wessel-Lied“ an, bevor sie von der Sicherheitswache zerstreut werden konnten. An diesem Abend wurden allein in Linz 34 Personen festgenommen und 14 in Haft behalten. Im übrigen Oberösterreich wurden an diesem Tag insgesamt 60 Höhenfeuer und 49 Hakenkreuzfeuer abgebrannt sowie 115 Hakenkreuzfahnen und 206 Hakenkreuzwimpel gehisst. Bei Mauthausen wurde ein großes brennendes Hakenkreuz auf der Donau gesichtet und in einigen Orten Oberösterreichs war sogar das Läuten der Kirchenglocken und das Heulen von Sirenen zu vernehmen.³⁰⁸

Einen weiteren fixen Aktionspunkt stellte der Tag des Parteiverbots dar, der ebenfalls vorwiegend mit Hakenkreuzpropaganda begangen wurde. So wurden etwa am 16. Juni 1937 in vielen Straßen der Stadt in großen Mengen Papier-Hakenkreuze gestreut, für deren Entfernung in Haft befindliche Nationalsozialisten herangezogen wurden. Bei einem Demonstrationsummel am 18. Juni 1937 auf der Landstraße, der Spittelwiese und der

³⁰⁸ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.993, GZl. 323.254/37: NS-Propagandaaktionen anlässlich des Geburtstages des deutschen Reichskanzlers am 20. April 1937, Situationsbericht der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit vom 20. April 1937, Vorfällenberichte der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 20. und 21. April 1937, Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 24. April 1937, Berichte des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 22. April und 25. Mai 1937 sowie Die neue Zeit vom 22. April 1937.

Herrenstraße kam es zu Auseinandersetzungen mit einer Gruppe „vaterländisch“ Gesinnter, in deren Verlauf 11 Nationalsozialisten verhaftet wurden. Ihr durchschnittliches Alter von 18 Jahren und ihre berufliche Tätigkeit als gewerbliche Lehrlinge und Gehilfen verweist auf ihre Mitgliedschaft bei der SA oder der HJ.³⁰⁹

Ziel all dieser Aktionen der Nationalsozialisten war es, durch die öffentliche Konzentration ihrer Anhänger den Eindruck zu erwecken, dass der Großteil der Bevölkerung hinter ihnen und nicht hinter der VF bzw. der Regierung Schuschnigg stünde. Dieser Kampf um die Straße und um öffentliche Präsenz wurde teilweise mit reichsdeutscher Assistenz geführt. Er stieß auf die einigermaßen zwiespältigen Reaktionen der österreichischen Behörden, die sich aufgrund des Juliabkommens einerseits um eine friedliche deutsch-deutsche Koexistenz zu bemühen hatten, andererseits durch die vom Regime unklar gezogene Trennlinie zwischen gerade noch erlaubten und eben schon illegalen Aktionen der Nationalsozialisten in Verwirrung gestürzt wurden. Wenn man davon ausgeht, dass ein Beamtenapparat, der zudem noch stark von den autokratischen Mustern der Monarchie geprägt war, im Regelfall den Anweisungen der vorgesetzten Behörden gehorcht, so ermöglichten gerade unklare und widersprüchliche Direktiven, in denen sich die ganze Uneinheitlichkeit der „austrofaschistischen“ Strategie und Vorgangsweise gegenüber dem Nationalsozialismus niederschlug, dass „die klare Linie des Abwehrkampfes verwischt und speziell bei den Unterbehörden Verwirrung und Unsicherheit“ hervorgerufen wurde. In letzter Konsequenz vermochte dies den behördlichen Apparat nachhaltig zu schwächen und schließlich zu paralysieren.³¹⁰

Ein bedeutendes propagandistisches Aktionsfeld und eine wichtige Beschäftigungstherapie für die Aktivisten von SA und HJ waren die Produktion und Verteilung von Flugschriften und regelmäßig erscheinenden Parteiblättern. Sie konnten nicht nur die öffentliche Präsenz der verbotenen Bewegung beweisen und damit das „vaterländische“ Meinungs- und Informationsmonopol durchbrechen, sondern vermochten auch eine wichtige Verbindung zwischen Funktionären, Aktivisten und Anhängerschaft der Partei aufrecht zu erhalten. Von besonderer überregionaler Bedeutung war dabei neben den „getarnten“ legal erscheinenden NS-Blättern der „Österreichische Beobachter“, der ab Ende Juli 1936 als neues illegales Parteizentralorgan herausgegeben wurde. Diese Zeitung wurde von den einzelnen Gauleitungen mit möglichst einheitlichem Layout hergestellt und durch lokale

³⁰⁹ AdR, BKA, Inneres, Polizeidirektion Wien, Berichte 1919–1938, Karton 43, Sicherheitsdirektorenberichte 1935–1937, Mappe Juni 1937: Vorfällenheitsberichte der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 16. und 18. Juni 1937.

³¹⁰ Zu den Verständnisschwierigkeiten gerade bei den unteren Stellen der Exekutive „über die Notwendigkeiten des 11. Juli“ siehe: Zeugenaussage Peter Revertera am 9. April 1947. In: Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt, 292, sowie die Studie der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit vom 4. April 1936. In: Ebenda, 472.

Meldungen ergänzt.³¹¹ Zudem bestanden auf Linzer Lokalebene noch das „Kampfblatt der NSDAP, Bezirk Linz“ und als dessen Ergänzung die „Rundschau der NSDAP, Bezirksleitung Linz“, die als Argumentations- und Informationsgrundlage für die Parteigenossen in ihrem „täglichen Kleinkampf“ in der Mundpropaganda diente.³¹² Bereits Anfang Mai 1934 konnte bei einer Hausdurchsuchung auf dem Dachboden eines Linzer Radiohändlers die Erzeugungsstätte der beiden Zeitungen samt einem Propagandamaterialdepot ausgehoben werden.³¹³ Doch kaum flog eine illegale Produktionsstätte für Zeitungen und Flugblätter auf, schuf man sich nach nicht all zu langer Zeit bereits wieder einen anderen Erzeugungsstandort. Die polizeiliche Aufdeckungsarbeit unterlag den Regeln des Zufalls oder war anonymen Anzeigen zu verdanken und glich einer Sisyphusarbeit. Im Juli 1935 deckten die Sicherheitsbehörden in der Schuhmacherwerkstätte eines Linzer SA-Scharführers eine Depotstelle für NS-Flugschriften auf. Mitte Dezember 1936 hob man beim selben Schuhmachermeister eine Anlauf- bzw. Depot- und Verteilerstelle für den „Österreichischen Beobachter“ aus. Eine weitere Verteilerstelle entdeckte man im Lebensmittelgeschäft eines Linzer Kaufmanns. Von diesen Hauptverteilerstellen aus wurde das Zeitungsmaterial an etwa 20 weitere Personen zur Verbreitung weitergeleitet. Vom Sozialprofil her waren sie Mitglieder des alten Mittelstands (Drogisten, Kaufleute und Fleischhauer), stammten aber auch als Hafnergehilfen, Schlossergehilfen oder Maschinenschlosser aus der Arbeiterschaft. Darüber hinaus kamen Exemplare des „Österreichischen Beobachters“ über einen Hauptkassier und Leiter der NS-Betriebszellenorganisation in der Linzer Oberbank und in verschiedenen Linzer Gast- und Schankstätten zur Verteilung. In letzteren besorgte diese Arbeit der arbeitslose Kellner Johann Wolkerstorfer, der Bruder des Kreisleiters Josef Wolkerstorfer.³¹⁴ Viele von der Polizei geschnappte Verteiler des „Österreichischen Beobachters“ waren zwischen 1907 und 1918 geboren und vom Beruf gewerbliche und kaufmänn-

³¹¹ Spann, Die illegale Flugschriftenpropaganda, 190; Stoppacher, Die Anschluß-Propaganda, 64 f, 71 f und 185 ff. Zur Inhaltsanalyse des „Österreichischen Beobachters“ siehe Hübener, Illegale österreichische Presse, 57 ff. Zu den oberösterreichischen Aspekten des „Österreichischen Beobachters“ Gustenau, Die oberösterreichische Presse, 380 ff.

³¹² AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.106, Zl. 159.299/34: Abschrift der „NS Rundschau. NSDAP Bezirksleitung Linz“ Jg. 1, Folge 1.

³¹³ AdR, BKA, Inneres, Polizeidirektion Wien, Berichte 1919–1938, Karton 42, Sicherheitsdirektorenberichte 1934, Mappe Berichte der Sicherheitsdirektoren Mai 1934, Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 15. Mai 1934; AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.106, Zl. 167.187/GD. St.B. 1934: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 5. Mai 1934.

³¹⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.114, GZl. 306.574/37, Zl. 314.944/GD. St.B. 1937: Karl Wiesmayr und Genossen, Ersuchen der Wiederaufrichtung der politischen Organisation der NSDAP in Linz, Verbreitung der illegalen nationalsozialistischen Druckschrift „Österreichischer Beobachter“, Berichte der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 25. Jänner und 26. Februar 1937; AVA, Justizministerium, Landesgericht Linz, Strafsachen 1937, Karton 5.359, Zl. 6Vr. 462/37: Strafsache Johann Wolkerstorfer und Genossen.

nische Lehrlinge oder Gehilfen, kleinere Beamte und vorwiegend Mitglieder bei der HJ bzw. der SA.³¹⁵

Nach wie vor von Bedeutung war der Schmuggel von illegalem Propaganda- und Schulungsmaterial aus dem Reich, der für die Behörden besonders schwer zu kontrollieren war. Die Organisationszentrale des Schmuggels befand sich in Passau in der Hand des dortigen Kreisleiters und Oberbürgermeisters Moosbauer. Dieser stellte die Transport- und Geldmittel zur Verfügung und organisierte gemeinsam mit dem NS-Gaupresseleiter Anton Fellner die Beschaffung, Versorgung und den Transport des Propagandamaterials über die Grenze. Ende Dezember 1936 gelang den österreichischen Behörden am Grenzübergang Schärding eine spektakuläre Aufdeckung eines solchen Schmuggeltransports pikanterweise gerade im Dienstwagen des Passauer Oberbürgermeisters, der von seinem Chauffeur, einem SS-Mann, gelenkt worden war.³¹⁶

Von nicht untergeordneter Bedeutung war die nationalsozialistische Unterwanderung einiger Linzer Firmen. Hervorzuheben ist hierbei die Baufirma „Universale Redlich & Berger“, die unter anderem mit dem Neubau der Tabakfabrik betraut worden war. Einige ihrer leitenden Mitarbeiter übten maßgebende Positionen in der illegalen oberösterreichischen bzw. Linzer NS-Bewegung aus. So war etwa der bis zur „Selbstauflösung“ als SA-Standarten- bzw. Brigadeführer tätige Johann Santoll Polier bei der „Universale“. Der ebenfalls dort angestellte Ingenieur Arnulf Ibler galt als führender Funktionär der illegalen Gauleitung der oberösterreichischen NSDAP und war maßgebend an der Verteilung von Hilfswerkgeldern beteiligt. Folge einer solchen Personalbesetzung war, dass die Einstellung von Bauarbeitern nach politischen Kriterien erfolgte. Konkret wurden dabei dem zuständigen Bauschreiber arbeitssuchende nationalsozialistische Parteigänger namhaft gemacht, die dieser dann beim Arbeitsamt anforderte. In der Regel wurden diese neben der gesetzlich vorgesehenen Anzahl gedienter Schutzkorpsmänner auch zugeteilt. Tatsächlich wurde immer wieder eine größere Zahl von Beschäftigten wegen nationalsozialistischer Betätigungen politisch beanstandet. Die Polizei konstatierte im Betrieb seit 1935 eine größere Parteigängerschaft für die SA.³¹⁷

³¹⁵ AdR, BKA, Inneres, Polizeidirektion Wien, Berichte 1919–1938, Karton 43, Sicherheitsdirektorenberichte 1935–1937, Mappe Juni 1937: Vorfällenberichte der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 25. und 26. Juni 1937; AVA, Justizministerium, Landesgericht Linz, Strafsachen 1937, Karton 5.361, Zl. 6Vr. 657/37: Strafsache Josef und Johann Kastner.

³¹⁶ DÖW, Nr. 2.162: Bericht Peter Graf Revertera, Helfenberg, am 13. April 1946; AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.015, Zl. 301.009/GD. St.B. 1938: Beschwerde des deutschen Konsulates in Linz über die Schreibweise des „Linzer Volksblatts“ wegen angeblicher Verletzung des Presseabkommens vom 11. Juli 1936 sowie Linzer Volksblatt vom 29. und 30. Dezember 1937.

³¹⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.109, GZl. 307.344/35, Zl. 374.432/GD. St.B. 1935: Ing. Arnulf Ibler, Dr. Kurt Beer u. a., illegale Betätigung für die NSDAP, Vergehen der Geheimbündelei: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 27. November 1935. Vgl. dazu die Bedeutung der Textilunternehmer für den Aufschwung der NSDAP in Vorarlberg bei Walser, Wer stand hinter der NSDAP, 291 ff.

Auf österreichweiter Ebene waren die Jahre zwischen 1936 und 1938 wegen der fortdauernden Führungsstreitigkeiten und erbitterten Machtkämpfe von einer abermaligen Zersplitterung der Gesamtpartei geprägt. Als nomineller österreichischer Landesleiter fungierte zwar der ehemalige Unteroffizier und niederösterreichische Gauleiter Josef Leopold, doch gelang es ihm nach seiner Entlassung aus Wöllersdorf im Juli 1936 nicht, eine ihm ergebene Führungsstruktur in den Ländern aufzubauen. Dies beförderte die Herausbildung von verschiedenen Machtzentren in den Ländern, Gebieten und Organisationsteilen, die nun selbst weitgehend den Aufbau der Organisation übernahmen und die aktive Parteiarbeit leisteten. Folge dieser strukturellen Föderalisierung war, dass Anfang 1937 die Taktik der Nationalsozialisten in Österreich wieder etwas aggressiver wurde. Die Regionalisierungs- und Autonomietendenzen bewirkten aber, dass diese Aktivitäten quantitativ und qualitativ sehr unterschiedlich ausgeprägt waren.³¹⁸ Organisationsstrukturell war man damit in der Entwicklung wieder weit zurückgeworfen. Die lokalen Führer agierten so autonom, wie sie es vor 1931 getan hatten. Besonders die SS fühlte sich an keine Befehle des SA-Mannes Leopold gebunden.³¹⁹ Auch im Konflikt zwischen „Evolutionisten“ und „Revolutionären“ schien sich wenig geändert zu haben. Die fortgesetzten Bemühungen Reinthallers, die Nationalsozialisten in Oberösterreich zum Eintritt in die VF zu überreden, stießen nach wie vor auf wenig Gegenliebe. Die oberösterreichische Gauleitung warf Reinthaller diesbezüglich permanente Befugnisüberschreitung vor und verbot sogar jedem Parteigenossen ausdrücklich, der VF beizutreten, außer er wäre aus wirtschaftlichen Gründen dazu gezwungen.³²⁰ Desgleichen wurde im Juli 1937 jegliche Verbindung zu Walter Pembaur und seinem neu zugelassenen „Volkspolitischen Referat“ zur Integration der Nationalsozialisten in die VF untersagt, mit dem eine De-facto-Legalisierung der kooperationswilligen Nationalsozialisten erreicht worden war.³²¹ Diese Dissonanzen zwischen evolutionärer Systemunterhöhung und kompromissloser Oppositionshaltung spiegelten sich auf der obersten Ebene in der Gegnerschaft der illegalen Parteiführer zur Politik Seyss-Inquarts wider.

Die Opfer der politischen Gewalt der Nationalsozialisten waren ab 1937 weniger die staatlichen Einrichtungen, sondern verstärkt die Veranstaltungen der monarchistischen Organisationen,³²² die in den letzten Jahren etwas mehr an Bedeutung gewannen. Da eine Restauration der Habsburger dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich einen Riegel vorgeschoben

³¹⁸ Jagschitz, Die österreichischen Nationalsozialisten, 247.

³¹⁹ Pauley, Der Weg, 171.

³²⁰ Carsten, Faschismus, 280 f.

³²¹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.003, Zl. 347.956/GD. St.B. 1937: Weisungsblatt der Gauleitung der NSDAP Oberösterreich, Hauptabteilung 1, Beschlagnahme in Oberösterreich, Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 31. Juli 1937.

³²² Als regionales Beispiel Mulley, Nationalsozialismus im politischen Bezirk Scheibbs, 66 f.

hätte, erwuchs für die Nationalsozialisten ab 1935 im Legitimus ein neuer Gegner für die politische Agitation. Seit Ende 1937 nahm österreichweit die antilegitimistische Propaganda als Reaktion auf den habsburgfreundlichen Kurs der Regierung erheblich zu.³²³ Anfang November 1937 kursierten in Linz hartnäckige und scheinbar auch ernst genommene Gerüchte über eine unmittelbar bevorstehende Restauration der Habsburger, die von der Bundesregierung aktiv vorbereitet werde.³²⁴ Dieser kolportierten und angeblich akut drohenden Gefahr begegneten die Nationalsozialisten mit einer beliebten, schon im Kampf gegen die Sozialdemokratie angewandten Methode des Sprengens von Veranstaltungen: Als in Linz am 27. November 1937 im Volksgartensaal vom legitimistischen „Reichsbund der Österreicher“ zu Ehren des 25. Geburtstags von Otto Habsburg eine Feier vor über 1.200 Gästen darunter vielen Offizieren und Vertretern von Behörden abgehalten wurde, versuchten knapp 200 anwesende Nationalsozialisten das Singen der Kaiserhymne durch das Absingen des Textes des Deutschlandlieds zu übertönen. Es entbrannte eine heftige Saalschlacht, bei der Tische, Sessel und Biergläser durch den Saal geschleudert und dabei zehn Personen verletzt wurden. Schon während des Tumults begannen die Demonstranten aus dem Saal zu flüchten, konnten aber zum größten Teil von der Polizei festgenommen werden, sodass die Veranstaltung nach einer viertelstündigen Unterbrechung ihren weiteren Verlauf nehmen konnte. Unter den insgesamt 140 namentlich ermittelten Demonstranten konnte die Polizei zum überwiegenden Teil HJ-Angehörige feststellen, ein kleinerer Teil war bei der SA tätig, die auch den ganzen Rummel organisiert hatte. Die Demonstranten kamen dabei allesamt aus Linz bzw. aus der unmittelbaren Umgebung und waren von der Berufszugehörigkeit her überwiegend Lehrlinge und Gehilfen aus verschiedenen Handels- und Gewerbebranchen wie Kaufmann, Bäcker, Fleischer, Spengler oder Friseur. Es fanden sich auch einige Schüler und einige wenige Kommunisten darunter. Prominente SA-Führer fehlten, denn diese hatte die Linzer Polizei erst drei Tage zuvor anlässlich des „Dirndl-Abends“ im Gasthaus Hönes nahezu vollständig festnehmen können.³²⁵ Nach der Veranstaltung gelang es den Nationalsozialisten, ein Flugblatt mit dem Titel „Deutsches Volk von Linz!“ als eine „letzte Warnung“ zu verteilen, in dem es unmissverständlich hieß: „Habsburg dulden wir nicht! Habsburg ist deutschfeindlich! [...] Habsburg ist Hochverrat! Wehrt Euch! Duldet keinen Monarchistenputsch! Nie wieder Habsburg!“³²⁶ Dass diese Aktionen gegen die Legitimisten von einzelnen radikalen Zirkeln der HJ und der SA ausnahmslos

³²³ Stoppacher, Die Anschluß-Propaganda, 237.

³²⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.008, Zl. 368.790/GD. St.B. 1937: Bericht des Sicherheitsdirektors für Oberösterreich vom 3. November 1937.

³²⁵ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 4.987, GZl. 305.098/37: Monarchistische Bewegung, Bericht und Vorfällenberichtsbericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 28. November 1937.

³²⁶ Carsten, Faschismus, 259.

ohne das Wissen und sogar gegen die Anordnungen der Partei erfolgt waren, veranschaulicht eine zentrale Weisung des österreichischen Landesleiters Leopold: Um seinem schwindenden Einfluss entgegenzusteuern, plante er mit Jahresbeginn 1938 eine zentrale Aktion gegen die Legitimisten, die von der SA durchgeführt werden sollte.³²⁷

Ein weiterer Kernbereich der Nationalsozialisten war die antisemitische Propaganda, die nach dem Juliabkommen wieder stärker in den Vordergrund trat. Sie fiel bei großen Teilen der Bevölkerung im Gefolge der Weltwirtschaftskrise auf fruchtbaren Boden, besonders wenn sie ökonomisch gefärbt war und sich im wirtschaftlichen Boykott ausdrückte: So gelangten etwa am 17. Dezember 1936 im Stadtgebiet von Linz Flugblätter aus reichsdeutscher Fabrikation zur Verteilung, die zum Boykott jüdischer Geschäfte aufriefen und diese gleich auflisteten.³²⁸

Im November 1937 forderte dann der „Österreichische Beobachter“ alle Parteigruppen auf, „ab sofort Kontrollposten vor den jüdischen Geschäften und Warenhäusern ein[zuz]urichten“. Er kündigte an, dass die Namen aller „Nationalen“ und ihrer Frauen, die dort einkaufen, auf einer „jüdischen Prangerliste“ veröffentlicht würden. Im Dezember erschienen tatsächlich die ersten Namen von Kunden jüdischer Geschäfte in Linz, Wels und Bad Hall. Darüber hinaus wurde angekündigt, demnächst auch eine eigene Rubrik mit den Kunden der Palmers-Geschäfte zu bringen, in denen „so viele Damen und Herren der ‚besseren‘ Gesellschaft“ gesehen worden seien.³²⁹ Die Liste der abgedruckten Namen reichte von Linzer Stadthonoratioren bis zu „einfachen Leuten“. Selbst Landeshauptmann Gleißner geriet mit seiner Gattin wegen ihrer Kaufgewohnheiten in das Schussfeld des „Österreichischen Beobachters“.³³⁰

Die oftmaligen Aufrufe und die aktionistischen Anprangerungen jener, die dem Kaufboykott nicht Folge leisteten, legen den Schluss nahe, dass die Nationalsozialisten mit ihren Bemühungen nicht ganz den erwünschten Erfolg erzielt haben. So wurde im Jänner 1938 in einer Flugschrift mit dem freundlichen Titel „Werte Volksgenossen!“, die zu insgesamt 160 Stück als Briefe an „arische“ Geschäftsleute in Linz verschickt worden war, abermals der Judenboykott verhängt. Die Kaufleute von Linz wurden darin aufgefordert, ihre Einkäufe nur noch bei „arischen“ Reisenden und Firmen zu tätigen, die eigenen Angestellten als Mitarbeiter zu behandeln, und sich von

verwerflichen jüdischen Geschäftspraktiken und Konkurrenzmachenschaften ebenso peinlich ferne [zu] halten, wie von der schamlosen Ausbeutung des Umstandes, daß die arbeitende Bevölkerung nunmehr zwangsläufig ihren gesamten Bedarf nur mehr in nichtjüdischen Geschäften decken muß.

³²⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.008, Zl. 378.555/GD. St.B. 1937: Beabsichtigte Aktionen der SA im Jänner 1938, Konfidentenbericht vom 21. Dezember 1937.

³²⁸ AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.114, Zl. 306.517/37: Schreiben der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 26. Jänner 1937.

³²⁹ Carsten, Faschismus, 263.

³³⁰ John, Jüdische Bevölkerung, 123.

Angeblich hätten sich laut Flugblatt allein in Linz fast 3.000 Frauen der NS-Kreis-Frauenschaftsführerin gegenüber mit Handschlag verpflichtet, ein „Judengeschäft“ nicht mehr zu betreten. Schließlich wurde abermals allen gedroht, den Boykottmaßnahmen ja nicht in den Rücken zu fallen, denn „der Abrechnungstag ist nahe“.³³¹

Neben der Verbreitung von Propaganda-Flugschriften und verbalen Drohungen wurden auch direkt nationalsozialistische Demonstrationen gegen jüdische Geschäfte durchgeführt. So wurden zwischen 10. und 15. Februar 1937 von Linzer SA-Aktivistinnen Hakenkreuze auf Auslagenscheiben verschiedener jüdischer Geschäfte geritzt.³³² Das größte Feindbild der Linzer Nationalsozialisten stellte das als „jüdisch“ bezeichnete, nach „amerikanischen“ Gesichtspunkten errichtete moderne Warenhaus „Kraus & Schober“ am Hauptplatz dar, in dem am 19. Dezember 1937, dem „Goldenen Sonntag“, eine NS-Blockade in Szene gesetzt werden sollte. Nach der Geschäftsöffnung kam eine Anzahl junger Burschen und stadtbekannter Nationalsozialisten in das Kaufhaus, die die ausgestellten Waren demonstrativ besichtigten und sich einige vorlegen ließen, um auf diese Weise die wirklich Kaufinteressierten zu behindern. Diese hatten aber von der Blockade nicht viel bemerkt. Umsatzeinbußen wurden an diesem Tag keine verzeichnet, sodass insgesamt der Erfolg der Aktion zweifellos recht bescheiden war. Auch die von der Polizei befürchteten Terrorakte waren ausgeblieben. Doch fand man im Reich fabrizierte, an die „Deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen“ gerichtete antisemitische Flugblätter, in denen wieder einmal zum „rücksichtslosen Boykott und Ächtung der Juden und der Judenknechte“ aufgerufen wurde. Beigefügt war eine Liste von Linzer, Welser, Bad Haller und Steyrer „Geschäfte[n], wo in Ihrem Interesse von einem Einkauf dringend abgeraten wird“. Die Inhaber dieser Geschäfte wurden dabei mit wüsten antisemitischen Diffamierungen und persönlichen Beleidigungen überhäuft.³³³ Die autonomistischen Parteigliederungen von SA und HJ kümmerten sich um die Anordnungen der Landesleitung bereits wenig, denn diese hatte solche vorweihnachtlichen Demonstrationen in jüdischen Geschäften ausdrücklich verboten.³³⁴

Insgesamt gesehen kann angenommen werden, dass der permanente Aufruf zum Kaufboykott, begleitet von antisemitischen Diffamierungen und der Einschüchterung von Kunden langfristig sehr wohl einen ökonomischen

³³¹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.017, Zl. 302.711/GD. St.B. 1938: Illegale nationalsozialistische Druckschriften „Werte Volksgenossen! Arische Geschäftsleute!“, Verbreitung in Oberösterreich. Schreiben der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 12. Jänner 1938.

³³² AdR, BKA, Inneres, SR/22 OÖ, Karton 5.114, Zl. 312.249/GD. St.B. 1937: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 15. Februar 1937.

³³³ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.017, Zl. 378.488/GD. St.B. 1937: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 21. Dezember 1937.

³³⁴ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.008, Zl. 375.785/GD. St.B. 1937: Konfidentenbericht vom 10. Dezember 1937.

Schaden zur Folge hatte, wie die sinkenden Umsatzzahlen einiger jüdischer Geschäfte in Linz trotz des allgemein gestiegenen privaten Konsums zeigen.³³⁵

Eine weitere wichtige „Vorarbeit“ neben dieser emotionalen und psychischen Vorbereitung auf die mit März 1938 einsetzenden physischen Maßnahmen gegen Juden war die zwischen 1936 und 1937 aus amtlichen Karteien und durch besondere Erhebungen eines Linzer Nationalsozialisten zusammengestellte fast vollständige „Judenkartei“. Mit ihrer Hilfe wurde die „Vorbereitung der Wahlen für den 10. April sehr erleichtert“. Außerdem konnten im März und April 1938 dem Judenreferenten der Gestapo „wertvolle Angaben“ gemacht werden.³³⁶

ANSCHLUSSTAUMEL UND LOKALE „MACHTERGREIFUNG“

Der im Laufe des Jahres 1937 zunehmende politische Druck Deutschlands auf Österreich kulminierte am 12. Februar 1938 im „Abkommen von Berchtesgaden“. Hitler diktierte damit unter Androhung eines gewaltsamen Einmarschs Bundeskanzler Schuschnigg die völlige Ausrichtung der österreichischen auf die reichsdeutsche Außenpolitik sowie die politische Integration der Nationalsozialisten in die und ihre machtpolitische Partizipation an den Institutionen des „Ständestaats“. Damit waren die Dämme endgültig gebrochen. Doch die unmittelbaren Reaktionen der nationalsozialistischen Gruppen waren dennoch zwiespältig: In Oberösterreich rief die Kapitulation von Berchtesgaden laut Sicherheitsdirektor Revertera unter den „gemäßigten“ Nationalsozialisten Siegesstimmung, unter den „Radikalen“ jedoch Enttäuschung und Resistenz hervor.³³⁷

Aufgrund der im Berchtesgadener Abkommen festgelegten weitgehenden Amnestie für politische Gefangene wurden nun die restlichen in der Strafanstalt Garsten einsitzenden 30 Nationalsozialisten sowie einige Kommunisten und Revolutionäre Sozialisten entlassen. Die Linzer Nationalsozialisten bereiteten am 18. Februar 1938 ihren Kampfgenossen abermals einen triumphalen Empfang auf der Landstraße und auf dem Hauptplatz, der sich zu einer regelrechten Großkundgebung steigerte.³³⁸

Um die „Ruhe und Ordnung“ im Lande wieder herzustellen, trafen sich am 19. Februar 1938 die Führer des nationalsozialistischen Lagers zur Beratung der weiteren Vorgangsweise beim Sicherheitsdirektor. Sowohl die NS-Führer als auch die Vertreter des „Volkspolitischen Referats“ schworen sich ganz

³³⁵ John, Jüdische Bevölkerung, 123 f.

³³⁶ AdR, Gaupersonalamt der Gau Wien, Gauakt Nr. 266.813: Alois und Henriette Topitz. Angaben aus dem Personal-Fragebogen der NSDAP von Alois Topitz vom 24. Mai 1938.

³³⁷ Carsten, Faschismus, 289.

³³⁸ Olbrich/Özer, Linz 1938, 72.

auf den „legalen und evolutionären“ Weg ein, wandten sich gegen jede „revolutionäre“ Aktion und versprachen Revertera, selbst für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen und sich den Weisungen der Behörden zu fügen. In der Linzer Bevölkerung reproduzierte sich zunächst diese seltsame Konkordanz, indem noch am selben Abend einzelne Gruppen je nach politischer Einstellung entweder mit „Heil Hitler“ oder mit „Heil Österreich“ grüßend, durch die Stadt marschierten, ohne dass es zu Zusammenstößen gekommen wäre. Die besonders erregten Nationalsozialisten wurden dabei von ihren eigenen Leuten, vorwiegend aus den Reihen der SS, zur Ruhe und Mäßigung ermahnt.³³⁹ Denn dem friedlichen Machtwechsel sollte in aller Ruhe der Weg bereitet werden. Auf welcher Seite bereits die Mehrheit der Bevölkerung stand, bewies ein riesiger nationalsozialistischer Fackelzug mit angeblich über 40.000 Teilnehmern, der im Anschluss an die Rundfunkrede Schuschniggs am 24. Februar 1938 in der Linzer Innenstadt organisiert wurde. Im Vergleich dazu besuchten die am selben Tag abgehaltene „vaterländische“ Veranstaltung gerade 3.000 Personen.³⁴⁰

Am 28. Februar 1938 erfolgte ein Aufruf der oberösterreichischen Nationalsozialisten, strengste Disziplin zu halten, keine Parteiabzeichen oder Uniformen zu tragen und keine Hakenkreuzfahne zu hissen. Das Verbot dazu kam vom neuen nationalsozialistischen Innenminister Seyss-Inquart. Den „Hitler-Gruß“ als „Privatgruß“ erlaubte er jedoch. Zumindest wären damit alle Parteiuniformen und Hakenkreuzarmbinden zu beschlagnahmen und alle nicht genehmigten Aufmärsche und Kundgebungen zu verbieten gewesen.³⁴¹ Vielerorts waren aber die Behörden weder imstande noch willens, den Anordnungen Folge zu leisten. Nicht zuletzt deswegen, weil bereits am 1. März Seyss-Inquart in Graz den SA- und SS-Formationen die Wiederherstellung der „Ruhe und Ordnung“ übertragen hatte.³⁴²

Doch trotz aller Ermahnungen zur Ruhe und Besonnenheit konnte der Mobilisierung der Straße kaum mehr Einhalt geboten werden. Ein Sieges- und Triumphgefühl lag in der Luft, und die Macht war zum Greifen nah. In Linz sorgte ein behördliches Verbot des für den 6. März vom „Volkspolitischen Referat“ in Linz geplanten „Deutschen Tages“ für erregte Stimmung unter den Nationalsozialisten. Der Besuch des Innenministers Seyss-Inquart am 5. und 6. März 1938 in Linz, wo er von zirka 20.000 Personen auf den Straßen empfangen worden war, offenbarte bereits die Apathie der lokalen Sicherheitsorgane. Sie wurde nicht zuletzt dadurch befördert, dass der Innenminister nach seiner Unterredung mit Landeshauptmann Gleißner eine Parade der SA in Halbuniform abnahm und vor NS-Funktionären eine Ansprache hielt. Bei der Verabschiedung am Bahnhof war der Kordon

³³⁹ Carsten, Faschismus, 290.

³⁴⁰ Mittmannsgruber, Linzer Stadtverwaltung, 35; Tages-Post vom 25. Februar 1938.

³⁴¹ Carsten, Faschismus, 291 f.

³⁴² Zu den Ereignissen in Graz, Staudinger, Zur Entwicklung, 64 ff.

bereits gemeinsam aus Sicherheitswache und SS gebildet worden. Revertera hingegen spielte nur noch mehr auf Zeit und war zu gewissen Konzessionen bereit. Er war überzeugt, dass es um die Unabhängigkeit Österreichs bereits geschehen wäre, wenn es die Nationalsozialisten darauf anlegten und dafür beim Deutschen Reich Deckung fänden.³⁴³

Unmittelbar nach der Verlautbarung der für den 13. März 1938 angesetzten Volksabstimmung durch Bundeskanzler Schuschnigg kam es am Abend des 9. März auf dem Hauptplatz zu einem weiteren Aufmarsch tausender singender und grölender Nationalsozialisten und ihrer Sympathisanten. Sie erklommen den Rathaus-Balkon und entrollten dort eine Hakenkreuzfahne. Zur selben Zeit kam es in Urfaur zu einem Schusswechsel zwischen der SA und paramilitärischen Einheiten der VF. In der darauf folgenden Nacht überfielen Nationalsozialisten das Jungvolkheim an der Urfaurer Hauptstraße, wobei acht Jungvolk- und Sturmkorpsanhänger verletzt wurden.³⁴⁴

Am Vormittag des 11. März 1938 versammelten sich die regionalen NS-Führer unter Gauleiter Eigruber im Gasthaus Hönes, um die weitere Vorgangsweise zu bestimmen. Im Verlauf des Nachmittags kam es dann zu Ansammlungen von Nationalsozialisten, zur Beflaggung der Innenstadt und zur Verbreitung von Gerüchten über den unmittelbar bevorstehenden reichsdeutschen Einmarsch. Als jedoch das Gerücht über die Verschiebung der Volksabstimmung über den Rundfunk bestätigt wurde und um 19 Uhr das österreichische Radio die Absetzung der Volksbefragung und den Rücktritt des Kabinetts Schuschnigg bei Verbleib Seyss-Inquarts als Innen- und Sicherheitsminister meldete, wuchs die Erregung in den Straßen, die ab 20 Uhr in einem großen, kurzfristig organisierten Fackelzug kanalisiert wurde.³⁴⁵ Während im Radio Bundeskanzler Schuschnigg seine endgültige Kapitulation und sein Weichen vor der Gewalt bekannt gab, kam es zu einem großen Defilee über die Landstraße zum Hauptplatz, bei dem von der Polizei fünf Musikkapellen, 170 Kraftwagen, 123 Motorräder, 660 Mitglieder des BDM, 543 Angehörige der HJ und 8.210 Männer und Frauen gezählt wurden. Es wurden auch Transparente wie „Ein Volk, ein Reich“, „Nie wieder Habsburg“ und die triumphierende Aufschrift „Die Arbeiter sind bei uns“ mitgeführt. Beiderseits der Landstraße hatten sich 15.000 bis 20.000 Zuschauer eingefunden, die immer wieder „Sieg-Heil“ und „Heil Hitler“ riefen. Am völlig überfüllten Hauptplatz versahen SA und SS Ordnungsdienst. Sie waren angewiesen, sich den Sicherheitsorganen, die Hakenkreuzarmbinden

³⁴³ AdR, BKA, Inneres, SR, Varia Situationsberichte der GD, Karton 3, Mappe Situationsberichte März 1938: Bericht vom 6. März 1938, 18 Uhr; Slapnicka, Oberösterreich am Vorabend des „Anschlusses“, 143; Stoppacher, Die Anschluß-Propaganda, 19; Carsten, Faschismus, 293.

³⁴⁴ Botz, Gewalt in der Politik, 378.

³⁴⁵ Befragung von Sepp Wolkerstorfer am 15. April 1971 durch Gerhard Botz. In: HistJbL 1970, 202.

trugen, zur Verfügung zu stellen. Gauleiter Eigruber, Kreisleiter Wolkerstorfer und der volkspolitische Referent Breithenthaler hielten die Ansprachen, wobei Eigruber den Rücktritt der Regierung Schuschnigg, die Regierungsumbildung unter Seyss-Inquart und Verhandlungen über die Neubildung auch der oberösterreichischen Landesregierung bekannt gab. Als Höhepunkt der Veranstaltung wurde der entfesselten Masse ein hellbeleuchtetes Bildnis Hitlers gezeigt. Nach dem Absingen des Deutschlandlieds und des „Horst-Wessel-Lieds“ wurde die Kundgebung um 22 Uhr aufgelöst.

Zu dieser Zeit erfolgte bereits die konkrete „Ergreifung der Macht“ durch die Besetzung der öffentlichen Institutionen der Stadt: Vor dem Gebäude der Polizeidirektion an der Mozartstraße marschierte ein SS-Sturm von 125 Mann auf. SS-Sturmbannführer Heinz Korb³⁴⁶ und die beiden juristischen Beiräte der SS, die Rechtsanwälte Josef Plakolm und Anton Fellner, erschienen bei Polizeidirektor Bentz und teilten ihm mit, dass die SS im Auftrag des „neuen“, zu diesem Zeitpunkt aber noch gar nicht ernannten Bundeskanzlers Seyss-Inquart das Amt sofort zu übernehmen habe. Es durften keine Akten, insbesondere keine Konfidentenakten vernichtet werden. Die SS war angewiesen, sich der Polizeidirektion zur Verfügung zu stellen. Etwa zur gleichen Zeit wurden auch die Sicherheitsdirektion und das Landesgendarmierkommando, das Landhaus und das Rathaus, die Nationalbankfiliale und die Landeshypothekenanstalt sowie der Linzer Sender auf dem Freinberg mit der gleich lautenden Berufung auf den Auftrag des neuen Bundeskanzlers von den SS- und SA-Formationen besetzt.³⁴⁷ Eigruber und Wolkerstorfer lösten Landeshauptmann Gleißner bzw. Bürgermeister Bock ab, die wenige Tage später in „Schutzhaft“ genommen und anschließend in das Konzentrationslager Dachau abtransportiert wurden. „Um die Agenden ordnungsgemäß zu übergeben“ führte Sicherheitsdirektor Revertera im Auftrag des neuen Landeshauptmanns und mit dem Einverständnis von Himmler und Kaltenbrunner seine Amtsgeschäfte noch einige Tage unter SS-Aufsicht weiter.³⁴⁸

Polizeidirektor Bentz informierte seine Beamtenschaft über die Sachlage und ermahnte sie noch in altösterreichischer Beamtenmanier zur getreuen Dienst- und Pflichterfüllung gegenüber der neuen Bundesregierung und zur

³⁴⁶ Heinrich Korb wurde am 12. August 1911 in Linz geboren, war ebendort zuständig und römisch-katholisch. Nach der Volksschule, dem Bundesgymnasium Linz, dem Obergymnasium in Kremsmünster und einem nach drei Semestern abgebrochenen Medizinstudium absolvierte er eine Ausbildung zum Buchhändler. Beschäftigung fand er im väterlichen Betrieb. Zwischen 1928 und 1930 war er Mitglied bei der HJ. Er trat am 23. August 1929 der NSDAP bei und war zwischen 1930 und 1931 bei der SA. Am 7. Mai 1931 wurde Korb Mitglied der SS, wo er zum SS-Sturmbannführer ernannt wurde. AdR, Gaupersonalamt des Gau Wien, Gauakt Nr. 266.395: Heinrich Korb.

³⁴⁷ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.026, Zl. 315.810/GD. St.B. 1938: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 11. März 1938.

³⁴⁸ DÖW, Nr. 2.162: Bericht Peter Graf Revertera, Helfenberg, am 13. April 1946. Kepplinger, Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft, 419.

Zusammenarbeit mit den NS-Formationen. Beruhigend fügte Sturmbannführer Kolb neben seinem Wunsch nach einer reibungslosen Zusammenarbeit die Versicherung hinzu, dass kein Beamter etwas zu befürchten habe, der bisher sein Amt pflichtgetreu ausgeübt habe. Auf den Straßen erwartete man noch bis nach Mitternacht die reichsdeutschen Truppen und bildete dazu auf der Landstraße bereits Spalier.³⁴⁹ Um Mitternacht kam es dann noch auf dem „Platz“ in Urfahr durch nationalsozialistische Provokationen zu Zusammenstößen mit Funktionären und Angehörigen des österreichischen Jungvolks. Es gab einen Schusswechsel, in dessen Folge das Haus der Gauführung der Linzer VF von den Nationalsozialisten unter Max Hubner³⁵⁰ gestürmt wurde. Aus der ganzen Stadt eilten Nationalsozialisten zum Kampfplatz. Auch die VF unter Kreisleiter Aigner rückte mit Gummiknüppeln zur Verteidigung ihres Parteiheims an, was die Nationalsozialisten zu weiteren Gewalttätigkeiten gegen die „Vaterländischen“ veranlasste. Sie konnten nur noch mit Hilfe der Polizei zerstreut werden.³⁵¹ Am 12. März 1938 um 2 Uhr früh konnte schließlich Anton Fellner vom Linzer Rundfunksender aus den erfolgreichen Abschluss der „Machtergreifung“ verkünden.³⁵² Das deutsche Konsulat in Linz berichtete am selben Tag, dass die Machtübernahme „schnell, reibungslos und ohne Blutvergießen unter begeisterter Zustimmung der Bevölkerung“ erfolgt war:

Auf den öffentlichen Gebäuden der Stadt, auf den Kasernen des Bundesheeres und auf vielen Häusern der Stadt weht seit gestern Nacht die Hakenkreuzflagge. Die Tatsache, daß auch viele Häuser nur die österreichische Flagge rot-weiß-rot zeigen, ist allein auf die Unmöglichkeit, im Augenblick Hakenkreuzflaggen zu beschaffen, zurückzuführen. Abends und Nachts durchzogen viele Tausende von Nationalsozialisten, voran SA und SS mit Hakenkreuzfahnen, die deutschen Hymnen [Deutschlandlied und „Horst-Wessel-Lied“; Anm. T.D.] singend, von der zutiefst begeisterten Bevölkerung immer wieder in wahrhaft ergreifender Weise stürmisch

³⁴⁹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.026, Zl. 315.810/GD. St.B. 1938: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 11. März 1938. Vgl. auch Carsten, Faschismus, 294; Mittmannsgruber, Linzer Stadtverwaltung, 37; Tages-Post vom 12. März 1938.

³⁵⁰ Max Hubner wurde am 26. November 1905 in Linz geboren, war ebendort zuständig und römisch-katholisch bzw. gottgläubig. Nach der Volksschule, zwei Klassen Bürgerschule und einer Schuhmacherlehre wurde er 1930 selbstständiger Schuhmachermeister in Linz. Hubner war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des Arbeiterturnvereins. Im Februar 1934 trat er der NSDAP-Ortsgruppe Linz bei. Während der Illegalität war er SA-Sturmhauptführer und verbrachte wegen NS-Betätigung insgesamt sechs Wochen in Untersuchungshaft und drei Monate in Wöllersdorf. 1938 wurde er ehrenhalber zum SA-Sturmbannführer ernannt. Er war zwischen 3. Februar 1939 und 5. Mai 1945 Ratsherr der Stadt Linz, DAF-Kreisobmann und bei der NSV. Ab 1944 war Hubner im Kriegseinsatz. Am 5. Juli 1945 wurde er in Haft genommen und arbeitete danach als Schuhmachergeselle und seit 1951 als Werkslehrer. AdR, Gaupersonalamt des Gaues Wien, Gauakt Nr. 345.727: Max und Grete Hubner. Bart/Puffer, Die Gemeindevertretung, 165; AVA, Justizministerium, Landesgericht Linz, Strafsachen 1938, Karton 5.364, Zl. 8dVr. 28/38: Strafsache Max Hubner, Haftentschädigung.

³⁵¹ AdR, BKA, Inneres, SR/22 gen., Karton 5.026, Zl. 315.811/GD. St.B. 1938: Bericht der Bundes-Polizeidirektion Linz vom 11. März 1938.

³⁵² Kepplinger, Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft, 419. Zum 11. März in Linz siehe auch die Zeitzeugenberichte von Peter Kammerstätter, Ernst Koref und Walter Schwarzer in: Finis Austriae, 134 ff.

begrüßt, die Stadt. Mit einem unerhörten Jubel wurde das auf einem langsam fahrenden Kraftwagen mitgeführte Bild des Führers von der Menge begrüßt.³⁵³

Am Abend des 12. März hielt Adolf Hitler um zirka 20 Uhr dann endlich persönlich den lang erwarteten triumphalen Einzug in seine Jugendstadt, wo Seyss-Inquart bei seiner Begrüßungsrede auf dem überfüllten Hauptplatz vor 60.000 Menschen den Artikel 88 des Friedensvertrags von St. Germain, der das Anschlussverbot enthielt, für null und nichtig erklärte. Hitler wollte ursprünglich Österreich als selbstständigen Staat erhalten und lediglich eine Personalunion durch die Verbindung der Ämter des deutschen Reichspräsidenten und des österreichischen Bundespräsidenten installieren. Der Anschlussstaumel in Linz ließ in ihm die Überzeugung vom völligen „Anschluss“ Österreichs reifen, wobei er auch von Göring zur Gleichschaltung gedrängt wurde, da die internationale Lage dem nicht entgegen zu stehen schien. Als „Anschluss“ hatte in der Geschichte der österreichischen Anschlussbewegung nie eine lockere Personalunion, sondern stets eine engere staatsrechtliche Konstruktion gegolten. Letztere erwartete sich auch die begeisterte Masse von Hitler.³⁵⁴ Nach hektischen Vorbereitungsplänen in Wien und dem Beschluss des Kabinetts über die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich unterzeichnete Hitler in Linz das von Bundeskanzler Seyss-Inquart überbrachte entsprechende Reichsgesetz über die „Wiedervereinigung“.³⁵⁵ Damit hatten die Nationalsozialisten der „Ostmark“ ihr lang ersehntes Ziel erreicht, dessen reibungslose Vollstreckung nicht zuletzt der jahrelangen illegalen Untergrundarbeit zur Gewinnung Österreichs für den Nationalsozialismus zu verdanken war.

Durch die völlig verfehlte Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und die gescheiterte Legitimations- und Integrationspolitik des „austrofaschistischen“ Regimes gelang es den Nationalsozialisten, aus dem einst „roten“ Linz eine mehrheitlich „braune“ Stadt zu machen. Im „Anschluss“ von 1938 sahen nicht nur überzeugte Nationalsozialisten, sondern auch weite Teile der Bevölkerung ihre Hoffnungen auf eine bessere wirtschaftliche und soziale Zukunft erfüllt.³⁵⁶ Mit der Übernahme der „Patenschaft“ über die Gauhauptstadt Linz schien sie durch Adolf Hitler sogar persönlich garantiert zu sein.

³⁵³ Zitiert bei Schmidl, März 38, 119 f.

³⁵⁴ Botz, Hitlers Aufenthalt in Linz, 188 f.

³⁵⁵ Slapnicka, Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg, 225 f.

³⁵⁶ Tweraser, Der Linzer Gemeinderat, 160 f. und 162.